



Die Erde. Sie ist Ursprungsort und Heimat aller bekannten Lebewesen. Vom All aus betrachtet erkennt man ihre ganze Schönheit.

Wer Großes vorhat,
braucht den Blick aufs Ganze.
Der Geschäftsbericht 2017.

Kenngrößen des LBBW-Konzerns.

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. EUR	1.1. - 31.12.2017	1.1. - 31.12.2016 ¹
Zinsergebnis	1 587	1 669
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-92	-51
Provisionsergebnis	534	527
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	219	146
Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis	163	195
Sonstiges betriebliches Ergebnis	101	101
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 511	2 586
Verwaltungsaufwendungen	-1 824	-1 814
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	-61	-93
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	-69	-71
Wertminderung Goodwill	0	-379
Restrukturierungsergebnis	-41	-87
Konzernergebnis vor Steuern	515	142
Ertragsteuern	-97	-131
Konzernergebnis	419	11
Kennzahlen in %	1.1. - 31.12.2017	1.1. - 31.12.2016¹
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	4,1	1,1
Cost Income Ratio (CIR)	74,8	74,3
Bilanzzahlen in Mrd. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Bilanzsumme	237,7	243,6
Eigenkapital	13,4	13,1
Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (nach vollständiger Umsetzung)	31.12.2017	31.12.2016
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	75,7	77,4
Harte Kernkapitalquote (CET 1) (in %)	15,7	15,2
Gesamtkapitalquote (in %)	22,2	21,5
Mitarbeiter	31.12.2017	31.12.2016
Konzern	10 326	10 839

Rating (Stand 1. März 2018).

Rating	Moody's Investors Service	Rating	Fitch Ratings
Langfrist-Rating (ungarantierte Verbindlichkeiten) Long-term Bank Deposits Senior Unsecured and Long-term Issuer Ratings	Aa3, stabil A1, negativ	Langfrist-Rating (ungarantierte Verbindlichkeiten)	A-, stabil
Kurzfrist-Rating	P-1	Kurzfrist-Rating	F1
Finanzkraft	baa2	Finanzkraft	bbb+
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa	Öffentliche Pfandbriefe	-
Hypothekendarlehen	Aaa	Hypothekendarlehen	-

¹ Nach Berücksichtigung von Anpassungen gemäß IAS 8.
Differenzen sind rundungsbedingt.

2017

Vorwort und Berichte 4

Vorwort des Vorstands.....	5
Bericht des Aufsichtsrats.....	7
Corporate Governance bei der LBBW.....	16
Vergütungsbericht.....	25
Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit.....	28

Zusammengefasster Lagebericht 30

Grundlagen des Konzerns.....	32
Wirtschaftsbericht für den Konzern.....	37
Risiko- und Chancenbericht.....	50
IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.....	101
Prognosebericht.....	105
Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).....	112
Nichtfinanzielle Erklärung.....	120

Konzernabschluss 135

Gewinn- und Verlustrechnung.....	138
Gesamtergebnisrechnung.....	139
Bilanz.....	140
Eigenkapitalveränderungsrechnung.....	142
Kapitalflussrechnung.....	144
Anhang (Notes).....	146
Grundlagen der Aufstellung.....	146
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	146
Segmentberichterstattung.....	171
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	178
Angaben zur Bilanz.....	187
Angaben zu Finanzinstrumenten.....	205
Sonstige Angaben.....	235
Zusatzangaben nach § 315e HGB.....	250

Weitere Informationen 261

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.....	262
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.....	263
Vermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über eine Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit der zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung.....	271
Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.....	274

Vorwort und Berichte.

Vorwort des Vorstands.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

wir haben das Geschäftsjahr 2017, in dem wir unseren Fokus nach Jahren der Konsolidierung wieder stärker auf das Kundengeschäft ausgerichtet haben, mit einem Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 515 Mio. EUR abgeschlossen.

Die gute Ergebnisentwicklung unterstreicht, dass wir unsere Kunden als mittelständische Universalbank überzeugen konnten. Die Flexibilität, die uns unsere kompakte Unternehmensgröße ermöglicht, gepaart mit einem breiten Produktportfolio und der Leistungsfähigkeit einer Großbank, hat sich bewährt. Dabei lässt uns unsere solide Kapitalausstattung Spielraum für weiteres Wachstum.

Auf dieser soliden Basis gehen wir die Chancen und Herausforderungen der kommenden Jahre aktiv an. Bei den Themen Geschäftsfokus und Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Agilität, die wir im Frühjahr 2017 als strategische Prioritäten festgelegt hatten, haben wir bereits gute Fortschritte gemacht. So haben wir zu Ostern ein neues Kernbanksystem eingeführt und das digitale Informations- und Serviceangebot für unsere Kunden modernisiert und ausgebaut. Mit der gemeinsam mit Daimler durchgeführten Schuldscheintransaktion über die Blockchain-Technologie haben wir im Markt ebenso Maßstäbe gesetzt, wie mit der Emission unseres ersten eigenen Green Bonds mit einem Rekordvolumen für eine europäische Geschäftsbank von 750 Mio. EUR.

Darüber hinaus haben wir 2017 die letzte große Altlast aus der Finanzkrise abgelegt. Das Sealink-Portfolio, in dem Wertpapiere der ehemaligen Sachsen LB gebündelt sind, wurde durch den Verwalter nach einvernehmlicher Beauftragung durch den Freistaat Sachsen in einem günstigen Marktumfeld nahezu vollständig an internationale Investoren verkauft. Der Verkauf entlastet die LBBW zukünftig von den Kosten des hierfür gespannten Risikoschirms ihrer Träger, der von der Bank nicht in Anspruch genommen wurde.

2018, dem Jahr unseres 200-jährigen Bestehens, blicken wir vor diesem Hintergrund mit Optimismus entgegen. Innovationen und tiefgreifende Veränderungen in unserer Branche sehen wir nicht als Bedrohung, sondern als Chance, das Leistungsversprechen an unsere Kunden immer wieder aufs Neue zu erfüllen. Nicht zuletzt unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen wir für ihr großes Engagement an dieser Stelle herzlich danken, zeigen in diesen Zeiten des Wandels, dass sie sich flexibel auf geänderte Kundenbedürfnisse und Marktbedingungen einstellen können. Unser Jubiläumsjahr haben wir deshalb unter das Motto »200 Jahre LBBW. Bereit für Neues« gestellt – eine Einstellung, die wir mit unseren Kunden teilen.

Unseren Kunden, Geschäftspartnern und Eigentümern danken wir an dieser Stelle ganz herzlich für das Vertrauen, das sie unserem Haus entgegenbringen. Wir freuen uns darauf, die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Ihnen fortzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



RAINER NESKE
Vorsitzender



MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender



KARL MANFRED LOCHNER



DR. CHRISTIAN RICKEN



THORSTEN SCHÖNENBERGER



VOLKER WIRTH

Bericht des Aufsichtsrats.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im abgelaufenen Geschäftsjahr haben wir den Vorstand bei der Leitung der LBBW beraten und seine Geschäftsführung regelmäßig überwacht. Über wesentliche Entwicklungen der Bank sowie des Konzerns im Jahr 2017 hat uns der Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend informiert. Dabei wurden die wirtschaftliche Situation der einzelnen Geschäftsfelder sowie die Geschäftslage des LBBW-Konzerns intensiv erörtert. Ebenso haben wir uns über das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse von erheblicher Bedeutung für die Bank informieren lassen und den Vorstand hierzu beraten. Daneben haben wir uns über bedeutende Entwicklungen im nationalen und europäischen Bankaufsichtsrecht ausgetauscht und die Unternehmensführung und -planung der LBBW kritisch hinterfragt und überwacht. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats stand ich auch zwischen den Sitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorsitzenden des Vorstands. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die LBBW war der Aufsichtsrat eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach umfassender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt.

Auch das vergangene Geschäftsjahr war geprägt durch Negativzinsen sowie eine hohe Wettbewerbsintensität und Regulierungsdichte. Ich freue mich, dass die Bank diese Herausforderungen mit ihrer soliden Kapitalausstattung, ihrem ausgewogenen, kundenorientierten Geschäftsmodell sowie dem Ergreifen von profitablen und nachhaltigen Wachstumschancen erfolgreich meistern konnte. Mit der Implementierung eines Handlungsprogramms mit den vier Stoßrichtungen Geschäftsfokus, Digitalisierung, Agilität und Nachhaltigkeit hat der Vorstand zudem gute Voraussetzungen geschaffen, auch künftig die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und somit den Kunden der LBBW weiterhin als verlässlicher Partner zur Seite zu stehen.

Sitzungen des Aufsichtsrats.

Im Berichtsjahr fand sich der Aufsichtsrat zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen, an denen auch Vertreter der Rechtsaufsicht und der Bankenaufsicht teilnahmen.

In allen ordentlichen Aufsichtsratssitzungen hat der Vorstand zur aktuellen Lage und dabei insbesondere zur Entwicklung von Erträgen, Aufwendungen, Risiken und Kapitalquoten berichtet. Nachfragen aus dem Aufsichtsrat wurden unverzüglich und zur Zufriedenheit des Aufsichtsrats beantwortet. Außerdem haben wir uns anlassbezogen mit Vorstandsangelegenheiten und Rechtsthemen befasst. Zudem haben wir uns auch im Jahr 2017 mit zahlreichen gesetzlichen, regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Änderungen beschäftigt: So haben wir uns mit Basel IV, mit dem CSR-RL-Umsetzungsgesetz, der Neuerung der Institutsvergütungsverordnung, den Entwicklungen der Kapitalanforderungen, dem laufenden Supervisory Review and Evaluation Process (SREP) und MiFID II befasst. Prüfungen der Aufsicht von besonderer Relevanz standen ebenso auf der Tagesordnung.

In der ersten ordentlichen Sitzung des Jahres am 20. Februar 2017 befassten wir uns schwerpunktmäßig mit den vorläufigen Ergebnissen des Geschäftsjahres 2016 sowie den mit Basel IV verbundenen Herausforderungen. Daneben nahmen wir den aktuellen Stand der IT-Transformation zur Kenntnis.

Gegenstand der außerordentlichen Sitzung am 23. März 2017 war die Vorstellung des neuen Handlungsprogramms durch den Vorstand. Daneben berichtete der Vorstand aus seinen einzelnen Ressorts.

In unserer Sitzung am 31. März 2017 bildete der Jahresabschluss 2016 den Schwerpunkt. Vorstand und Abschlussprüfer berichteten umfassend zum abgelaufenen Geschäftsjahr. Auf Basis der Empfehlung des Prüfungsausschusses stellten wir den Jahresabschluss 2016 fest und billigten den Konzernabschluss. Außerdem haben wir dem Vorschlag des Prüfungsausschusses zugestimmt und der Hauptversammlung vorgeschlagen, KPMG erneut als Abschlussprüfer und Prüfer nach § 36 WpHG für das Geschäftsjahr 2017 zu bestellen. Darüber hinaus befassten wir uns mit dem Sachstand zur Migration des neuen Kernbankensystems.

Im Rahmen dieser Sitzung haben wir auch die variable Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 festgelegt.

In der Sitzung am 24. Juli 2017 haben wir den ausführlichen Bericht des Vorstands zur aktuellen Geschäftslage und ein Update zum Handlungsprogramm zur Kenntnis genommen. Daneben haben wir uns mit dem EBA-Stresstest 2018 und der Umsetzung von MiFID II beschäftigt. Ferner wurden wir über das künftige Erfordernis einer nichtfinanziellen Erklärung nach dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz informiert.

Am 8. Dezember 2017 befassten wir uns mit der Aktualisierung der Konzernstrategie und der von der Aufsicht geforderten Aktualisierung des Sanierungsplans, diskutierten die Neuerungen der Institutsvergütungsverordnung sowie die jährliche Evaluierung von Vorstand und Aufsichtsrat. Neben dem Budget für die variable Vergütung von Vorstand und Mitarbeiter haben wir den Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2018 genehmigt und die Mittelfristplanung zur Kenntnis genommen. Auch wurden wir zu dem Vorschlag der Bank für den Vergütungsbeauftragten nebst seinem Stellvertreter angehört.

Ausschüsse des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte insgesamt vier Ausschüsse gebildet: Risiko-, Prüfungs-, Vergütungskontroll- und Präsidialausschuss, wobei letzterer die dem Nominierungsausschuss gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernimmt. Die aktuelle Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf Seite 14 dieses Geschäftsberichts abgedruckt.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum sieben Mal. Den Schwerpunkt der Beratungen bildete die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsratsplenums, insbesondere Personalien und Rechtsthemen. Daneben befasste sich der Präsidialausschuss mit der Evaluierung des Vorstands und des Aufsichtsrats 2017 gemäß KWG, der Genehmigung von Mandaten des Vorstands, der Veräußerung des Sealink-Wertpapierportfolios durch den Verwalter, der langfristigen Nachfolgeplanung und der Überprüfung der Grundsätze für die Besetzung der oberen Leitungsebene sowie dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat und einer Strategie zur Erreichung dieser Zielsetzung.

Der Vergütungskontrollausschuss nahm in insgesamt fünf Sitzungen seine gesetzlich zugewiesenen Aufgaben wahr. Insbesondere überprüfte er die Vergütungssysteme der LBBW gemäß den Anforderungen der Institutsvergütungsverordnung. Der Vergütungsbeauftragte nahm regelmäßig an den Ausschusssitzungen teil und legte einen umfangreichen Jahresbericht über seine Tätigkeit ab. Der Leiter des Personalbereichs informierte ausführlich über die Vergütungsstruktur der Bank. In seiner originären Zuständigkeit beriet der Vergütungskontrollausschuss zudem über Fragen der Vorstandsvergütung und bereitete Aufsichtsratsentscheidungen vor.

Der Prüfungsausschuss trat 2017 zu insgesamt vier Sitzungen zusammen. Er erörterte den Jahresabschluss, den Konzernabschluss der LBBW sowie die Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Er holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein und bereitete den Vorschlag des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung zur erneuten Bestellung von KPMG vor. Zudem vereinbarte er Prüfungsschwerpunkte und Honorar des Abschlussprüfers. Der Prüfungsausschuss ließ sich regelmäßig über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung unterrichten und hat die Durchführung der Jahresabschlussprüfung überwacht. Ergänzend befasste er sich mit den Aufträgen an den Abschlussprüfer im Rahmen von Nichtprüfungsleistungen. Ebenso erörterte der Prüfungsausschuss mit Vorstand und Abschlussprüfer den Halbjahresfinanzbericht. Zudem hat sich der Ausschuss von der Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risikomanagement-, Revisions- und Compliancesysteme überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Unter anderem nahm der Prüfungsausschuss den Jahresbericht des Geldwäschebeauftragten sowie den Jahresbericht über die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems zur Kenntnis. In jeder Sitzung wurde über die Arbeit der Konzernrevision durch deren Leitung berichtet. Außerdem berichteten Vertreter der Bereiche Compliance und Risikoccontrolling über aktuelle Themenstellungen im Ausschuss. Daneben befasste sich der Prüfungsausschuss mit der Frage einer externen Prüfung der nichtfinanziellen Erklärung. Nicht zuletzt beschäftigte sich der Prüfungsausschuss mit der für die LBBW ab dem Geschäftsjahr 2020 erforderlichen Rotation des Abschlussprüfers sowie des hierfür notwendigen Auswahlverfahrens.

Der Risikoausschuss befasste sich in insgesamt neun Sitzungen intensiv mit der Risikolage und dem Risikomanagement der Bank sowie den nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte, sofern erforderlich, seine Zustimmung. Im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung des Vorstands befasste sich der Ausschuss ausführlich mit der Risikotragfähigkeit und den wesentlichen Risikoarten der Bank. Der Risikoausschuss erörterte zudem die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Konzernrisikostrategie sowie die Kreditrisiko-, Marktpreisrisiko-, Liquiditätsrisiko-, Immobilienrisiko-, Developmentrisiko-, Beteiligungsrisiko- und Operationelle-Risiken-Strategie mit dem Vorstand. Daneben prüfte der Risikoausschuss, ob das Vergütungssystem der Bank die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank angemessen berücksichtigte. Ferner nahm der Risikoausschuss Kenntnis vom Sachstand einer aktuellen Prüfung der Aufsicht. Regelmäßig hat sich der Risikoausschuss auch mit aktuellen Branchentrends, insbesondere der Bedeutung der Elektromobilität und der Brennstoffzelle in der Automobilbranche, geopolitischen Risiken in Bezug auf das Immobilienportfolio in Großbritannien (»Brexit«) sowie aktuellen Projekten wie dem Verkauf des Sealink-Wertpapierportfolios durch den Verwalter, der Prüfung neuer Marktzugänge und Blockchain-Transaktionen befasst.

Die Ausschussvorsitzenden haben regelmäßig in den Sitzungen des Aufsichtsratsplenums über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2017 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil (durchschnittliche Präsenz 90%).

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der LBBW angemessen unterstützt. Neben individuellen Fortbildungsmaßnahmen hat sich der Aufsichtsrat am 20. Februar 2017 zu aktuellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Arbeit des Aufsichtsrats und seine Mitglieder sowie am 24. Juli 2017 zu IFRS 9 schulen lassen.

Jahres- und Konzernabschluss.

Der Abschlussprüfer KPMG hat den Jahresabschluss und Konzernabschluss 2017 unter Einbeziehung des Lageberichts geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die Abschlussunterlagen und die wesentlichen Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhielten darüber hinaus alle einschlägigen Prüfungsberichte. Der Abschlussprüfer nahm an den Gremiensitzungen zum Jahresabschluss teil, erläuterte die wesentlichen Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Der Prüfungsausschuss erörterte in seiner Bilanzsitzung am 09. April 2018 ausführlich die Abschlussunterlagen mit Vorstand und Abschlussprüfer.

Der Aufsichtsrat schloss sich in seiner Sitzung am 13. April 2018 nach Würdigung der Berichte und eingehender Diskussion der Empfehlung des Prüfungsausschusses an, dass keine Einwendungen gegen den Jahres- und Konzernabschluss zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 festgestellt und den Konzernabschluss 2017 gebilligt.

Interessenkonflikte.

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 KWG erforderlichen Kreditgenehmigungen sowie den Genehmigungen gemäß dessen Geschäftsordnung. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenkonflikt ausgesetzt waren. Insoweit gelten für den Aufsichtsrat die Regelungen zum Umgang mit Interessenkonflikten in der Gemeindeordnung Baden-Württemberg entsprechend.

Rechtsangelegenheiten.

Wir haben uns im Aufsichtsrat und in den jeweiligen Ausschüssen fortlaufend detailliert über bedeutende Rechtsangelegenheiten berichten lassen. Bei Bedarf haben wir von uns beauftragte externe Spezialisten hinzugezogen.

Personalien (Veränderungen in Aufsichtsrat und Vorstand).

Auf Vorschlag eines Trägers wurde Herr Burkhard Wittmacher neu in den Aufsichtsrat der LBBW gewählt. Er folgte auf Herrn Carsten Claus, der sein Mandat im Aufsichtsrat der LBBW mit Wirkung zum 30. September 2017 niederlegte.

In der ordentlichen Aufsichtsratssitzung am 24. Juli 2017 haben wir Herrn Thorsten Schönenberger ab 1. August 2017 zum Mitglied des Vorstands bestellt. Herr Schönenberger verantwortet in seinem Dezernat die Bereiche Immobilien, Projektfinanzierungen und Konzernorganisation.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 8. Dezember 2017 beschlossen, die Zuständigkeiten im Vorstand neu zu verteilen. Herr Alexander von Uslar, Chief Financial Officer, bislang schwerpunktmäßig für Finanzen, Informationstechnologie und Back Office Financial Markets verantwortlich, schied in bestem beiderseitigen Einvernehmen zum 31. Dezember 2017 aus dem Vorstand der LBBW aus. Ab dem 1. Januar 2018 reduzierte sich damit die Anzahl der Vorstandsmitglieder auf sechs.

Im Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats danke ich dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen im Geschäftsjahr 2017.

Für den Aufsichtsrat



CHRISTIAN BRAND
Vorsitzender

Aufsichtsrat der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Stv. Vorsitzende.

EDITH SITZMANN MDL
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

CARSTEN CLAUS
bis 30. September 2017
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

UTA-MICAELA DÜRIG
Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung GmbH

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Mitglied des Aufsichtsrats der
WGV-Versicherung AG

CHRISTIAN HIRSCH
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

SABINE LEHMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatsminister
Chef der Staatskanzlei
Staatsministerium Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt

Präsidialausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Stv. Vorsitzende.

EDITH SITZMANN MDL
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschafter der
Unternehmensgruppe Eberspächer

CHRISTIAN ROGG
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

CLAUS SCHMIEDEL
Mitglied im Kreistag des Landkreises
Ludwigsburg

B. JUTTA SCHNEIDER
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP
Deutschland SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Geschäftsführende Gesellschafterin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

DR. BRIGITTE THAMM
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

BURKHARD WITTMACHER
seit 1. Oktober 2017
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Vergütungskrollausschuss
der LBBW.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND

ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Stv. Vorsitzende.

EDITH SITZMANN MDL

Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

FRITZ KUHN

Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

PETER SCHNEIDER

Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF

Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

Prüfungsausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

CARSTEN CLAUS

bis 30. September 2017
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

Stv. Vorsitzender.

KLAUS-PETER MURAWSKI

Staatsminister
Chef der Staatskanzlei
Staatsministerium Baden-Württemberg

Mitglieder.

UTA-MICHAELA DÜRIG

Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung GmbH

HELMUT HIMMELSBACH

Mitglied des Aufsichtsrats der
WGV-Versicherung AG

SABINE LEHMANN

Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

B. JUTTA SCHNEIDER

Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP
Deutschland SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER

Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER

Geschäftsführende Gesellschafterin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

BURKHARD WITTMACHER

seit 8. Dezember 2017
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen

Gast.

CHRISTIAN BRAND

ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Risikoausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

PETER SCHNEIDER

Präsident des Sparkassenverbandes
Baden Württemberg

Stv. Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND

ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

Mitglieder.

CARSTEN CLAUS

bis 30. September 2017
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

WOLFGANG DIETZ

Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

WALTER FRÖSCHLE

Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE

Rechtsanwalt

CLAUS SCHMIEDEL

Mitglied im Kreistag des Landkreises
Ludwigsburg

B. JUTTA SCHNEIDER

Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP
Deutschland SE & Co. KG

BURKHARD WITTMACHER

seit 8. Dezember 2017
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen

Corporate Governance bei der LBBW.

Die LBBW berücksichtigt grundlegende Aspekte des Deutschen Corporate Governance Kodex. Dieser stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält – auch in Form von Empfehlungen – international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Aufgrund seiner Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Kodex für die Landesbank Baden-Württemberg als nicht-börsennotiertes Kreditinstitut in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht in allen Punkten anwendbar. Deshalb lassen sich einige Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex nur analog auf die Landesbank Baden-Württemberg übertragen. Inhaltlich orientiert sich die Corporate Governance der LBBW jedoch sehr eng am Geist des Deutschen Corporate Governance Kodex. Für eine Vielzahl von Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex bestehen daher spezielle Regelungen im Gesetz über die LBBW, in der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen der Organe und der weiteren Gremien. Außerdem ergeben sich aus dem Bankenaufsichtsrecht Besonderheiten für die Corporate Governance, welche im Kodex nicht berücksichtigt sind, jedoch in der LBBW Anwendung finden.

Bei der LBBW werden Führungs- und Kontrollregeln gelebt, wie sie für Kapitalgesellschaften gelten. So sind beispielsweise die Aufgaben von Hauptversammlung und Aufsichtsrat der LBBW – trotz der abweichenden Rechtsform – wie bei einer Aktiengesellschaft geregelt. Die Vorstandsmitglieder der LBBW treffen ihre Entscheidungen ohne Weisungen von außen. Zudem wird auf die Einbindung unabhängigen Sachverständigen in den Kontrollgremien geachtet. Im Aufsichtsrat der LBBW sind insgesamt acht – einschließlich des Aufsichtsratsvorsitzenden – unabhängige Aufsichtsratsmitglieder vertreten.

Nachfolgend wird die in der LBBW gelebte Corporate Governance vorgestellt. Die Struktur des Berichts orientiert sich dabei an den Vorgaben des freiwilligen – und für die LBBW aufgrund ihrer Rechtsform nicht verpflichtenden – Deutschen Corporate Governance Kodex in seiner Fassung vom 7. Februar 2017.

Aktionäre und Hauptversammlung.

Aktionäre.

Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts hat die LBBW keine Aktien verbrieft. Die Anteilseigner (Eigentümer) der LBBW werden daher als Träger und nicht als Aktionäre bezeichnet.

Träger der Landesbank Baden-Württemberg sind:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 40,534118%,
- das Land Baden-Württemberg (Land)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 24,988379%,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 18,931764% und
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW)
mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 15,545739%.

Die Träger der LBBW nehmen im Rahmen der gesetzlichen und satzungsmäßig vorgesehenen Möglichkeiten ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung wahr und üben dabei ihr Stimmrecht aus. Die Stimmrechte der Träger richten sich dabei nach der Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital; jeder Euro gewährt eine Stimme.

Hauptversammlung.

In der Hauptversammlung üben die Träger ihre Rechte in den Angelegenheiten der LBBW aus, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder die Satzung der LBBW nichts anderes bestimmen. Die Träger werden in der Hauptversammlung durch eine oder mehrere Personen vertreten.

Die Befugnisse der Hauptversammlung umfassen die typischen Aufgaben einer Hauptversammlung nach dem Aktienrecht, beispielsweise die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns oder die Entlastung von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern. Darüber hinaus entscheidet die Hauptversammlung über den Inhalt der Satzung und deren Änderungen und über wesentliche Strukturmaßnahmen wie Unternehmensverträge, über die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Ausgabe von Genussrechten und die Gewährung von stillen Beteiligungen. Über die Änderung der Grundsätze der Geschäftspolitik beschließt der Aufsichtsrat.

Die Funktionen der Beaufsichtigung und Überwachung des Vorstands, also auch die Bestellung und Abberufung von Vorständen, sind im Aufsichtsrat gebündelt. In Einklang mit der Satzung der LBBW legt der Vorstand dem Aufsichtsrat den geprüften Jahresabschluss zur Feststellung vor.

Das Stammkapital der LBBW kann durch Beschluss der Hauptversammlung erhöht oder herabgesetzt werden. Die LBBW kann von ihren Trägern und Dritten Genussrechtskapital, Stille Einlagen sowie

nachrangiges Haftkapital und andere Arten von Kapital nach Maßgabe des Gesetzes über das Kreditwesen aufnehmen.

Jedem Träger, der am Stammkapital beteiligt ist, gebührt bei Erhöhungen ein seinem Anteil entsprechender Anteil am neuen Stammkapital. Soweit ein Träger von seinem Bezugsrecht keinen Gebrauch macht, wächst dieses den anderen Trägern gegen einen entsprechenden Ausgleich in dem Verhältnis zu, in welchem ihre Anteile am Stammkapital zueinander stehen, sofern sie untereinander nichts anderes vereinbaren.

Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate des Jahres statt, weitere Hauptversammlungen werden einberufen, wenn das Wohl der LBBW es erfordert und dann, wenn es der Aufsichtsrat oder ein Träger unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt. Die Geschäftsordnung der Hauptversammlung bestimmt hierzu das Nähere, insbesondere Form und Frist von Einberufungsverlangen und Einberufung.

Im Vergleich zu einer Aktiengesellschaft stellt die LBBW ihren Eigentümern die für die Hauptversammlung erforderlichen Dokumente – wie zum Beispiel die Einberufungsunterlagen zur Hauptversammlung – aufgrund des überschaubaren Trägerkreises nicht auf ihrer Internetseite, sondern jeweils unmittelbar per E-Mail bzw. postalisch zur Verfügung.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens hierzu mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legen die Satzung oder der Aufsichtsrat – dieser ggf. auch im Einzelfall – Zustimmungsvorbehalte des Aufsichtsrats fest. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern.

Die Information des Aufsichtsrats ist Aufgabe des Vorstands. Der Aufsichtsrat hat jedoch seinerseits sicherzustellen, dass er angemessen informiert wird. Zu diesem Zweck legt der Aufsichtsrat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands näher fest. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und der Compliance. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat werden dabei in der Regel in Textform erstattet. Entscheidungsnotwendige Unterlagen werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats in der Regel rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet.

Der Vorsitzende des Vorstands unterrichtet den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter – auch zwischen den einzelnen Sitzungsterminen – über wichtige Vorkommnisse.

Nach dem Verständnis der LBBW und ihrer Eigentümer setzt gute Unternehmensführung eine offene Diskussion zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie innerhalb des Vorstands und Aufsichtsrats voraus. Die umfassende Wahrung der Vertraulichkeit ist dafür von entscheidender Bedeutung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie des Vorstands sind daher zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit in den Organen der Landesbank bestehen. Alle Organmitglieder stellen insoweit sicher, dass die von ihnen zur Unterstützung einbezogenen Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Verletzen sie die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsratsmitglieds schuldhaft, so haften sie der LBBW gegenüber auf Schadensersatz. Bei unternehmerischen Entscheidungen liegt keine Pflichtverletzung vor, wenn das Mitglied von Vorstand oder Aufsichtsrat vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft zu handeln (Business Judgement Rule).

Im Hinblick auf die abgeschlossene D&O-Versicherung für den Vorstand wurde ein Selbstbehalt von 10% des Schadens bis zur Höhe des 1,5-Fachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds vereinbart. Ein entsprechender Selbstbehalt wurde auch bei Abschluss der D&O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats vereinbart.

Über die Gewährung von Krediten des Unternehmens an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie an deren Angehörige wird in Einklang mit § 15 KWG im Risikoausschuss entschieden. Da der Risikoausschuss ein Ausschuss des Aufsichtsrats ist, ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die vorgenannten Kreditentscheidungen eingebunden ist.

Im Rahmen dieses Berichts informiert die LBBW seit dem Geschäftsjahr 2010 im Geschäftsbericht über ihre Corporate Governance.

Vorstand.

Aufgaben und Zuständigkeiten.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Landesbank in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Eigentümer, ihrer Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder) mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung. Er ist nach den Rechtsgrundlagen der LBBW für alle Angelegenheiten der Landesbank zuständig, für die nicht nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder aufgrund der Satzung der LBBW eine andere Zuständigkeit bestimmt ist. Die Vorstandsmitglieder wenden bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters an. Der Vorstand entwickelt dabei die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Der Vorstand sorgt weiterhin für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen der LBBW hin. Ferner sorgt der Vorstand für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern.

Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter sämtlicher Beschäftigten der Landesbank, einschließlich ihrer Niederlassungen, Filialen, Börsenbüros, Repräsentanzen und rechtlich unselbstständigen Anstalten des öffentlichen Rechts. Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen strebt der Vorstand Vielfalt (Diversity) und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

Zusammensetzung des Vorstands.

Der Vorstand der LBBW besteht aus mehreren Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands, der Vorstandsvorsitzende sowie sein oder seine Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat bestellt bzw. bestimmt. Bei der Besetzung von Vorstandspositionen achtet der Aufsichtsrat auf Vielfalt (Diversity).

Zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Flexibilität hat die LBBW von einer Fixierung der Kompetenzverteilung der Mitglieder des Vorstands in der Geschäftsordnung abgesehen. Die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Der Aufsichtsrat beschließt über die Geschäftsordnung des Vorstands und die Zustimmung zu der vom Vorstand vorgeschlagenen Geschäftsverteilung.

Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Vorstands finden sich im Vergütungsbericht.

Interessenkonflikte.

Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Sie dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen, unterliegen während ihrer Tätigkeit für die LBBW einem umfassenden Wettbewerbsverbot und dürfen Geschäftschancen, die der LBBW zustehen, nicht für sich nutzen. Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter dürfen zudem im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten ungerechtfertigte Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren.

Jedes Vorstandsmitglied legt etwaige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen und informiert hierüber die anderen Vorstandsmitglieder. Alle Geschäfte zwischen der LBBW einerseits und den Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmungen andererseits entsprechen branchenüblichen Standards. Wesentliche Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Vorstandsmitglieder übernehmen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des LBBW-Konzerns, nur mit Zustimmung des Präsidialausschusses. Der Präsidialausschuss besteht aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, seinem Stellvertreter und drei Mitgliedern des Aufsichtsrats. Hierdurch ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die Entscheidung über Nebentätigkeiten des Vorstands eingebunden ist.

Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Vorstands über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Vorstandsmitglieder insoweit entsprechend.

Aufsichtsrat.

Aufgaben und Zuständigkeiten.

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung der LBBW regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ihm obliegt die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands, ferner die Festlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands. Der Aufsichtsrat kann stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen; die stellvertretenden Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Der Aufsichtsrat hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter werden auf Vorschlag der Hauptversammlung vom Aufsichtsrat aus der Mitte des Aufsichtsrats gewählt, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes bestimmt.

Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats beruft den Aufsichtsrat bei Bedarf, mindestens jedoch vier Mal im Jahr, ein und leitet dessen Sitzungen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt das Nähere, insbesondere Form und Frist der Einberufung. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr.

Der Aufsichtsratsvorsitzende nimmt an den Sitzungen des Prüfungsausschusses als ständiger Gast teil.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands, regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement der LBBW. Er wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden des Vorstands informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet sodann den Aufsichtsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

Bildung von Ausschüssen.

Der Aufsichtsrat hat, abhängig von den spezifischen Gegebenheiten der LBBW und der Anzahl seiner Mitglieder, vier fachlich qualifizierte Ausschüsse in Gestalt des Präsidial-, des Vergütungskontroll-, des Prüfungs- und des Risikoausschusses gebildet. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.

Dem Präsidialausschuss obliegen die gesetzlichen Aufgaben des Nominierungsausschusses, wobei ausschließlich Vertreter der Anteilseigner dem Aufsichtsrat für dessen Vorschläge an die Hauptversammlung zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern geeignete Kandidaten benennen, soweit sich aus dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes ergibt.

Der Prüfungsausschuss befasst sich insbesondere mit der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems und der Revision, Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance. Zudem überwacht er die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses. Der Prüfungsausschuss schlägt dem Aufsichtsrat eine begründete Empfehlung für die Wahl des Abschlussprüfers vor, die, wenn ein anderer als der bisherige Abschlussprüfer vorgeschlagen wird, mindestens zwei Kandidaten umfasst. Der Prüfungsausschuss überwacht die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und befasst sich darüber hinaus mit den von ihm zusätzlich erbrachten Leistungen, mit der Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten und der Honorarvereinbarung. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Er ist kein ehemaliges Vorstandsmitglied der LBBW.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden von der Hauptversammlung gewählt, soweit sie nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Beschäftigten zu wählen sind und das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes bestimmt. Acht der von der Hauptversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrats, einschließlich des Vorsitzenden, sind unabhängig. Jeder Träger hat das Recht, Wahlvorschläge zu unterbreiten.

Der Aufsichtsrat ist so zusammengesetzt, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Dabei werden sie von der LBBW angemessen, beispielsweise in Gestalt der Benennung von konkreten Seminaren bzw. durch das Angebot entsprechender Fachvorträge, unterstützt. Im Jahr 2017 wurden zwei Fachseminare speziell für den Aufsichtsrat organisiert.

Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen, gehört dem Aufsichtsrat eine durch die Regelwerke der LBBW vorgegebene Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Ein Aufsichtsratsmitglied wird dabei als unabhängig angesehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft, dem Vorstand oder den Trägern steht, die einen Interessenkonflikt begründet. Dem Aufsichtsrat gehören keine ehemaligen Mitglieder des Vorstands an. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet zudem darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht.

Falls ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr nur an der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse, denen er angehört, oder weniger teilgenommen hat, wird dies im

Bericht des Aufsichtsrats vermerkt. Als Teilnahme gilt auch eine solche über Telefon- oder Videokonferenzen, das sollte aber nicht die Regel sein.

Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Aufsichtsrats finden sich im Vergütungsbericht.

Interessenkonflikte.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Etwaige Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, werden dem Aufsichtsrat gegenüber offengelegt. Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Mitglieder des Aufsichtsrats insoweit entsprechend.

Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats. Ferner bedürfen Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit und bewertet mindestens einmal jährlich seine Struktur, Größe, Zusammensetzung und Leistung sowie die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrung sowohl seiner einzelnen Mitglieder als auch des Organs in seiner Gesamtheit.

Transparenz.

Die LBBW behandelt ihre Eigentümer bei Informationen unter gleichen Voraussetzungen gleich.

Die LBBW steht in gutem Kontakt mit ihren Trägern. Die Veröffentlichung eines Finanzkalenders würde nach Ansicht der LBBW keinen Mehrwert bieten und unterbleibt daher.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Rechnungslegung.

Eigentümer und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss informiert. Während des Geschäftsjahres werden sie zusätzlich durch den Halbjahresfinanzbericht unterrichtet. Der Konzernabschluss und der verkürzte Konzernabschluss des Halbjahresfinanzberichts werden unter Beachtung der einschlägigen internationalen Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom Aufsichtsrat geprüft. Halbjahresfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrats mit dem Vorstand erörtert. Zusätzlich ist die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung befugt, die Übereinstimmung des Konzernabschlusses mit den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften zu überprüfen (Enforcement). Als nicht-börsennotiertes Unternehmen veröffentlicht die LBBW ihren Konzernabschluss und den Halbjahresfinanzbericht in den im WpHG geforderten Zeitrahmen. Der Jahresfinanzbericht wird spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres (§37v WpHG) und der Halbjahresfinanzbericht spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums (§37w WpHG) veröffentlicht.

Die LBBW erläutert in ihrem Konzernabschluss Beziehungen zu Vertretern der Eigentümer, die im Sinne der anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften als nahe stehende Personen zu qualifizieren sind.

Abschlussprüfung.

Vor Unterbreitung des Wahlvorschlags an die Hauptversammlung über die Bestellung des Abschlussprüfers holt der Aufsichtsrat bzw. der Prüfungsausschuss eine Erklärung des vorgesehenen Prüfers ein, ob und ggf. welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und der LBBW und ihren Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung erstreckt sich auch darauf, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für die LBBW, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Aufsichtsrat bzw. dessen Prüfungsausschuss beauftragt den Abschlussprüfer und trifft mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats bzw. des Prüfungsausschusses wird vom Abschlussprüfer über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden.

Der Aufsichtsrat hat zudem vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Prüfungsausschusses und Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

Vergütungsbericht.

Vorstand.

Grundzüge des Vergütungssystems.

Zuständigkeit.

Der Aufsichtsrat trifft die Entscheidungen über das Vergütungssystem sowie die Festsetzung der Bezüge der Vorstandsmitglieder und überprüft regelmäßig deren Angemessenheit. Der Vergütungskontrollausschuss nimmt dabei eine wichtige beratende Funktion wahr und bereitet die Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

Grundsätze des Vergütungssystems.

Die Vergütungsparameter, welche die erfolgsabhängige variable Vergütung bestimmen, sind auf die nachhaltige Erreichung der aus der Strategie der Bank abgeleiteten Ziele ausgerichtet und unterstützen das Erreichen der strategischen Unternehmensziele. Die erfolgsabhängige variable Vergütung der Vorstandsmitglieder orientierte sich im Jahr 2017 zu 50% am nachhaltigen Gesamterfolg des Konzerns (bewertet anhand des wirtschaftlichen Erfolgs und der strategischen Komponente¹ über drei Jahre hinweg) und zu 50 Prozent an den individuellen Erfolgsbeiträgen der einzelnen Vorstandsmitglieder im Berichtsjahr. Der individuelle Erfolgsbeitrag ist an Zielvereinbarungen gebunden, die sich an der Geschäftsstrategie und dem Wirtschaftsplan orientieren. Die endgültige Bemessung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung erfolgt auf Basis der Gesamtzieelerreichung durch Beschluss des Aufsichtsrats im Folgejahr.

Neben der Nachhaltigkeit bei der Erfolgsmessung stellt die Nachhaltigkeit der Auszahlung der variablen Vergütung einen zentralen Bestandteil der Vorstandsvergütung dar. Signifikante Teile der variablen Vergütung sind vom nachhaltigen Unternehmenserfolg abhängig. Aus diesem Grund werden 60% der für das Berichtsjahr 2017 gewährten variablen Vergütung über einen Zeitraum von vier Jahren aufgeschoben und zeitanteilig ausbezahlt (sogenannte Deferrals), wobei negative Erfolgsbeiträge das Deferral verringern bzw. verfallen lassen können (Malus). 50% des aufgeschobenen Anteils der für das Berichtsjahr 2017 gewährten variablen Vergütung unterliegen einer Sperrfrist von einem Jahr und sind an der nachhaltigen Wertentwicklung ausgerichtet (d. h. mit einem sogenannten Wertsteigerungsrecht ausgestattet). Die nachhaltige Wertentwicklung der LBBW wird in Form der Veränderung der bereinigten Risikodeckungsmasse² gemessen. Hierzu wird im jeweiligen Auszahlungsjahr die bereinigte Risikodeckungsmasse mit der des Ausgangsjahres (Gewährung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung) verglichen. 20% der ermittelten variablen Vergütung werden unmittelbar ausbezahlt. Der gleiche Anteil unterliegt einer einjährigen Sperrfrist und in dieser Zeit ebenfalls der nachhaltigen Wertentwicklung des Instituts.

¹ Die strategische Komponente dient einer verstärkten Berücksichtigung der Erreichung der in der Geschäftsstrategie enthaltenen Unternehmensziele. Konkret wird die strategische Komponente anhand der Zielerreichung der in der Geschäftsstrategie für das jeweilige Geschäftsjahr festgesetzten Zielwerte von harter Kernkapitalquote (hKKQ) und Eigenkapitalrendite (RoE) gemessen.

² Grundlage ist die in der Risikosteuerung der Bank verankerte Größe »Risikodeckungsmasse«, welche um bestimmte Positionen bereinigt wird.

Nach Ablauf des Deferral-Zeitraums erfolgt vor Auszahlung eine Malus-Prüfung anhand von im Vorstandsvergütungsmodell festgelegten Kriterien auf Konzernebene und individueller Ebene. Zudem wird vor Auszahlung die Einhaltung von Nebenbedingungen sichergestellt (positiver Gesamterfolg Konzern, keine Gefährdung einer angemessenen Eigenmittelausstattung, ausreichende Liquidität der Bank und Erfüllung der kombinierten Kapitalpuffer-Anforderungen).

Die Altersversorgung ist grundsätzlich als beitragsorientierte Leistungszusage konzipiert. Einige Vorstandsmitglieder haben eine endgehaltsbezogene Regelung. Die Höhe bemisst sich dabei nach der Dauer der Vorstandstätigkeit.

Vergütung 2017.

Im Jahr 2017 setzte sich die Vergütung der Mitglieder des Vorstands aus einer erfolgsunabhängigen Fixvergütung sowie einer erfolgsabhängigen variablen Vergütung zusammen. Die Fixvergütung umfasst neben dem vertraglich vereinbarten Festgehalt auch die Leistungen zur betrieblichen Altersversorgung sowie alle sonstigen Leistungen (im Wesentlichen Dienstwagennutzung).

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2017 für ihre Vorstandstätigkeit ein vertraglich vereinbartes Festgehalt von 5,3 Mio. EUR. Die sonstigen Leistungen betragen 0,2 Mio. EUR. Darüber hinaus wurde den aktiven Vorstandsmitgliedern im Berichtsjahr eine erfolgsabhängige variable Vergütung von insgesamt 1,2 Mio. EUR ausbezahlt (Zufluss), wobei in diesem Betrag auch Anteile von aufgeschobener variabler Vergütung aus Vorjahren enthalten sind.

Für die aktiven Vorstandsmitglieder wurden den Pensionsverpflichtungen nach IFRS im Jahr 2017 als Bestandteil der Fixvergütung 2,1 Mio. EUR GuV-wirksam zugeführt. Die Pensionsverpflichtungen nach IFRS für zum Stichtag aktive Vorstandsmitglieder der LBBW beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf insgesamt 16,0 Mio. EUR.

Aufsichtsrat.

Grundzüge für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die Hauptversammlung hat am 22. Juli 2011 die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wie folgt beschlossen:

- Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das jeweilige Geschäftsjahr eine Festvergütung von 25 000 EUR. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der Festvergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.
- Aufsichtsratsmitglieder, die einem Ausschuss angehören, erhalten hierfür jeweils pro Ausschuss eine weitere Festvergütung i. H. v. 10 000 EUR. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der weiteren festen Vergütung.
- Für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder einer seiner Ausschüsse erhält jedes Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld i. H. v. 200 EUR.
- Darüber hinaus werden den Aufsichtsratsmitgliedern die Auslagen erstattet, die ihnen in Verbindung mit ihrer Aufgabenwahrnehmung als Aufsichtsratsmitglied entstehen (Reisekosten, individuelle bankbezogene Fortbildung etc.).

- Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder einen Ersatz der zu entrichtenden Umsatzsteuer, die durch sie wegen ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses zu entrichten ist.

Die bei der LBBW angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung.

Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berechnet.

Vergütung 2017.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden für das Geschäftsjahr 2017 insgesamt 0,93 Mio. EUR an Vergütung und 0,05 Mio. EUR an Sitzungsgeldern gezahlt.

Sonstige Angaben.

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (»D&O«). Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder beträgt der Selbstbehalt jeweils 10% des Schadens, max. das 1,5-Fache der festen jährlichen Vergütung.

Landesbank Baden-Württemberg

Der Aufsichtsrat

Der Vorstand

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) hat gemäß §§ 21 ff. EntgTranspG einen Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit zu erstellen und zu veröffentlichen. Dieser bezieht sich ausschließlich auf die LBBW (Bank).

Die Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sind fest in den Leitplanken der Personalpolitik verankert, insbesondere in den beiden Säulen »Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben« sowie »Chancengleichheit und Diversity«. Konkret haben wir beispielweise die Kinderbetreuungskapazitäten ausgeweitet und durch die »Re-Auditierung« in 2016 das Zertifikat »Audit berufundfamilie« der Hertie-Stiftung behalten. Daneben haben wir uns durch den Beitritt zur Initiative »Diversity als Chance – die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland« (www.charta-der-vielfalt.de) verpflichtet, für alle Beschäftigten ein von Vorurteilen freies Arbeitsumfeld zu schaffen. Begleitet und betreut werden die Themen Vielfalt und Chancengleichheit in der LBBW von einer Diversity-Beauftragten.

Um die Karrierechancen von Frauen weiter zu fördern, wird ein Mentoring-Programm angeboten, das sich gezielt an Frauen richtet, die sich vorstellen können, Führungsverantwortung auf der 2. und 3. Ebene (Bereichs- bzw. Abteilungsleitung) zu übernehmen. Auch die Seminare »Lebensplanung und Karriere« sowie »Bewusst kommunizieren«, die sich an Mitarbeiterinnen mit Führungsambitionen richten, sollen der Förderung von Frauen dienen.

Die Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer sind in den Vergütungssystemen der LBBW dahingehend verankert, dass sich diese an Leistung, Ergebnis und Markt orientieren. Die Fixvergütung richtet sich grundsätzlich nach der ausgeübten Funktion und deren Wertigkeit entsprechend den gültigen Tarifverträgen bzw. im außertariflichen Bereich entsprechend den Marktgegebenheiten. Vergütungsrelevant sind unter anderem die Aufgaben und Anforderungen der Stelle, die Anforderungen an die Qualifikation und die Fähigkeiten der Beschäftigten sowie die nachhaltige individuelle Leistung.

Grundsätzlich werden einmal im Jahr eine Überprüfung der Fixgehälter und die Festlegung der erfolgsabhängigen variablen Vergütung (Bonus) durchgeführt. Die Entscheidung, welcher Beschäftigte eine individuelle Erhöhung und/oder einen Bonus erhält, wird von der zuständigen Führungskraft getroffen. Der Anteil der Frauen und Männer mit Maßnahmen sowie deren durchschnittliche Höhe werden den Führungskräften dabei als Entscheidungshilfe transparent gemacht.

Geschlechtsspezifische Vergütungen werden darüber hinaus in internen und externen Berichterstattungen offengelegt, beispielsweise im jährlich veröffentlichten Nachhaltigkeitsbericht.

In der folgenden Tabelle ist die Verteilung der Geschlechter auf Teil- und Vollzeitstellen ersichtlich.

Personalkennzahlen für die LBBW (Bank) – jeweils durchschnittliche Gesamtzahl für 2017
(Vorjahreszahlen in Klammer).

	Gesamt		davon Frauen		davon Männer	
Beschäftigte	8 706	(9 135)	4 564	(4 781)	4 142	(4 355)
Beschäftigte in Vollzeit	6 087	(6 593)	2 242	(2 459)	3 845	(4 135)
Beschäftigte in Teilzeit	2 619	(2 542)	2 322	(2 322)	297	(220)

Zusammen- gefasster Lagebericht.

Der Lagebericht der LBBW (Bank) und der Konzernlagebericht sind nach § 315 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB zusammengefasst und werden gemeinsam mit dem Konzernabschluss im LBBW Geschäftsbericht 2017 veröffentlicht.

Grundlagen des Konzerns.

Der vorliegende Finanzbericht der Landesbank Baden-Württemberg besteht aus dem zusammengefassten Lagebericht und dem Konzernabschluss (IFRS). Der Lagebericht der LBBW (Bank) und der Konzernlagebericht sind gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard (DRS) 20 zusammengefasst. Damit ist neben dem Konzern auch die Einzelgesellschaft LBBW (Bank) mit Erläuterungen auf Basis des Handelsgesetzbuches enthalten. Der Jahresabschluss LBBW (Bank) nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der zusammengefasste Lagebericht werden zeitgleich im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Erstmals enthält der zusammengefasste Lagebericht eine zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung, die sich auf die fünf Aspekte Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelange, Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung bezieht. Dadurch konnten die bisher separaten Kapitel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Nachhaltigkeit im zusammengefassten Lagebericht entfallen. Informationen zu Mitarbeiterzahlen finden sich auch im Wirtschaftsbericht.

Struktur und Geschäftsmodell.

Der Konzern Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) besteht zum überwiegenden Teil aus der Einzelgesellschaft Landesbank Baden-Württemberg. Im Folgenden wird diese als LBBW (Bank) aufgeführt. Die LBBW (Bank) ist die Muttergesellschaft des LBBW-Konzerns.

Die LBBW (Bank) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie verfügt über vier Hauptsitze in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Anteilseigner sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,534 %, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,932 % und das Land Baden-Württemberg mit 40,534 % der Anteile am Stammkapital. Das Land Baden-Württemberg hält seine Anteile direkt und indirekt über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH.

Der LBBW-Konzern bietet das komplette Produkt- und Dienstleistungsangebot einer Universalbank. Das Geschäftsmodell des Konzerns fokussiert sich auf das Kundengeschäft, welches sich in den Segmenten Unternehmenskunden, Immobilien/Projektfinanzierungen, Kapitalmarktgeschäft sowie Private Kunden/Sparkassen widerspiegelt. Der LBBW-Konzern ist in seinen regionalen Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen aktiv und nutzt selektiv Wachstumschancen in attraktiven Wirtschaftsräumen wie z. B. in Nordrhein-Westfalen, Bayern und im Großraum Hamburg. Dabei waren im Geschäftsjahr 2017 die Geschäftsaktivitäten der LBBW (Bank) unter dem Dach von vier Marken – LBBW, BW-Bank, LBBW Sachsen Bank und LBBW Rheinland Pfalz Bank – gebündelt.

Zur Vereinfachung der Konzernstruktur sowie der Reduzierung der Markenvielfalt plant die LBBW die Auflösung der unselbständigen Einheit LBBW Sachsen Bank. Das Privatkundengeschäft im Marktgebiet der LBBW Sachsen Bank würde unter dem Namen BW-Bank firmieren, das Unternehmenskundengeschäft unter der Marke LBBW. Ähnliche Überlegungen wie in Sachsen sollen zukünftig auch

mit Blick auf die LBBW Rheinland-Pfalz Bank untersucht werden. Finale Gremienentscheidungen gibt es noch nicht.

Konzernunternehmen für Spezialprodukte (Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung) ergänzen das Leistungsportfolio im LBBW-Konzern. Zusätzlich unterstützt ein weltweites Netz an Auslandsstandorten und German Centres die Kunden mit Länderexpertise und Finanzlösungen sowie bei ihrem Markteintritt.



Als mittelständische Universalbank hat die LBBW höchste Ansprüche an die Qualität ihres Angebots sowie an die Kundenorientierung. Mit Blick auf die vielfältigen Herausforderungen in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Kundenanforderungen, Markttrends sowie Gesellschaft und Umwelt, sieht sich die LBBW mit vier strategischen Stoßrichtungen gut positioniert:

- **Geschäftsfokus:** Die LBBW strebt Wachstum durch Erweiterung der bereits starken Kundenbasis an. Darüber hinaus soll künftig die spezialisierte Produktexpertise stärker mit ihren Kundenbereichen verzahnt werden. Voraussetzungen für den Erfolg sind Effizienzsteigerungen und die Leistungsfähigkeit des Betriebsmodells.
- **Digitalisierung:** Die strategische Stoßrichtung Digitalisierung zielt auf die Übertragung der Wettbewerbsvorteile in das digitale Zeitalter ab. Zum einen sollen zentrale Kundengeschäftsabläufe digitalisiert sowie innovative Produkte und Lösungen angeboten werden. Zum anderen sind schnellere und schlankere interne Abläufe durch Prozessdigitalisierung und Modernisierung der IT notwendig.
- **Nachhaltigkeit:** Die LBBW strebt den sukzessiven Ausbau des nachhaltigen Produkt- und Dienstleistungsangebots sowie die Begleitung der Zukunftsherausforderungen unserer Kunden auf dem Weg hin zu nachhaltigen Geschäftsmodellen an. Ein zentraler Schritt ist die Anpassung der Kreditpolitik hinsichtlich Nachhaltigkeits- und Risikokriterien. Der Aufbau eines an den strategischen Zielen der LBBW ausgerichteten Talentmanagements zur internen Entwicklung geeigneter Kandidaten für die Besetzung aller Ebenen soll die Nachhaltigkeitsbestrebungen vervollständigen.
- **Agilität:** Schnelle und unbürokratische Entscheidungswege, eine stärkere Kunden- und Lösungsorientierung und eigenverantwortliches bereichsübergreifendes Handeln stehen im Mittelpunkt der Verankerung des Agilitätsaspekts innerhalb der LBBW.

Unternehmenskunden.

Im Unternehmenskundengeschäft liegt der Fokus auf Unternehmen des klassischen Mittelstands, des großen Mittelstands mit Kapitalmarktbezug bis hin zu Konzernen mit ständiger Kapitalmarkt-orientierung in den regionalen Kernmärkten sowie weiteren attraktiven Wirtschaftsräumen – wie z. B. Nordrhein-Westfalen, Bayern und dem Großraum Hamburg.

Der LBBW-Konzern lebt den Universalbankansatz mit einer breiten Produkt- und Dienstleistungs-palette – vom Auslandsgeschäft über alle Formen der Finanzierung, dem Zahlungsverkehr bis hin zu Absicherungsgeschäften und dem Asset Management. In ihren Kernmärkten ist die LBBW außerdem Partner der Kommunen.

Verschiedene Tochterunternehmen wie die SüdLeasing, die MKB Mittelrheinische Bank/MMV Leasing, die SüdFactoring und die Süd Beteiligungen ergänzen das Angebot des Unternehmenskunden-geschäfts.

Immobilien/Projektfinanzierungen.

Im Segment Immobilien/Projektfinanzierungen werden professionelle Investoren, Immobilien- und Wohnungsunternehmen sowie offene und geschlossene Immobilienfonds im gewerblichen Immobili-engeschäft betreut. Die Nutzungsarten umfassen dabei die Bereiche Wohnen, Büro, Einzelhandel sowie Logistik – vornehmlich in den Zielmärkten Deutschland, USA, Großbritannien sowie selektiv in Frankreich und Kanada. Im Syndizierungsgeschäft konzentriert sich die LBBW auf die Strukturierung und Arrangierung großvolumiger Transaktionen. Zudem werden Refinanzierungslösungen von Im-mobilien-Leasing-Geschäften angeboten.

Das Geschäftsfeld Projektfinanzierungen umfasst Projekt- und Transportfinanzierungen von Groß-projekten, Schienenfahrzeugen und Flugzeugen. Kunden sind sowohl die Investoren als auch die Nutzer oder wesentliche Lieferanten und Zulieferer. Im Mittelpunkt stehen stabile, risikoarme Felder mit geringen Marktrisiken wie Projekte mit der öffentlichen Hand, Infrastruktur, erneuerbare Ener-gien und Jurisdiktionen mit stabilen Rahmenbedingungen. Der Schwerpunkt liegt auf den Regionen Nordamerika, Großbritannien sowie Kontinentaleuropa.

Das Tochterunternehmen LBBW Immobilien Management GmbH bietet ergänzende Immobiliendienst-leistungen an.

Kapitalmarktgeschäft.

Im Kapitalmarktgeschäft werden Sparkassen, Institutionelle und Banken betreut. Die LBBW ist Zentral-bank für die Sparkassen in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen sowie Rheinland-Pfalz. Sie bildet mit den Sparkassen einen Leistungsverbund und versorgt diese mit einer breiten Palette an Produkten und Dienstleistungen sowohl für die Eigengeschäfte der Sparkassen als auch für das Marktpartnergeschäft. Es werden Dienstleistungen wie u. a. Research oder Wertpapierabwicklung und -verwaltung zum Weitervertrieb an die Kunden der Sparkassen angeboten. Außerhalb der Kern-märkte werden Produkte und Dienstleistungen selektiv auch anderen Sparkassen zur Verfügung gestellt.

Weiterhin wird in diesem Segment das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft mit Banken und institutionellen Kunden gebündelt und eng verzahnt. Das Produktangebot ist konsequent an Kunden-bedarf ausgerichtet und setzt sich aus Kapitalmarktanlage, (Kapitalmarkt)-Finanzierungen, Risiko-

management-Produkten und Financial Services (inklusive Verwahrstellenfunktion) sowie Research zusammen. Exportorientierte Kunden werden speziell durch maßgeschneiderte Angebote für das Auslandsgeschäft sowie das internationale Netzwerk der LBBW unterstützt. Die Produktexpertise im Kapitalmarktgeschäft wird ebenfalls für die Kunden im Unternehmenskundengeschäft bereitgestellt.

In der Konzerntochter LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ist das Asset-Management-Geschäft der LBBW gebündelt. Die wichtigsten Geschäftsfelder sind das Management von Spezialfonds und Direktanlage-Mandaten für institutionelle Investoren sowie Publikumsfonds für institutionelle und private Anleger.

Private Kunden/Sparkassen.

Das Segment Private Kunden/Sparkassen setzt sich aus dem klassischen und gehobenen Privatkundengeschäft sowie dem Meta- und Förderkreditgeschäft mit Sparkassen zusammen. Die BW-Bank ist die Sparkasse der Landeshauptstadt Stuttgart. Dabei stellt sie ihre gesamte Leistungspalette zur Verfügung und gewährleistet mit einem universellen Angebot an Finanz- und Serviceleistungen die kreditwirtschaftliche Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger.

Neben dem klassischen Privatkundengeschäft ist außerhalb Stuttgarts das Geschäftsmodell auf das gehobene Privatkundengeschäft in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie weiteren attraktiven Wirtschaftsstandorten wie Hamburg, München oder Düsseldorf ausgerichtet.

Das umfassende Produkt- und Dienstleistungsangebot reicht vom Giro- und Kartengeschäft über klassische Finanzierungen bis hin zu Wertpapier-, Vermögensverwaltungs- und Vorsorgelösungen für Kunden mit hohem Anlagevermögen und komplexer Vermögensstruktur.

Darüber hinaus bietet die LBBW für Sparkassen im Rahmen des Metakreditgeschäfts ein Angebot zur Teilung von Kreditrisiken an und übernimmt eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von Förderkrediten an die Kunden der Sparkassen.

Segmentzuordnung und Steuerung.

Das Segment Corporates, das sich aus dem Geschäft mit Unternehmens-, Immobilien- und Projektfinanzierungskunden zusammensetzt, wurde Anfang 2018 in die Segmente Unternehmenskunden sowie Immobilien/Projektfinanzierungen aufgeteilt. Das Segment Kapitalmarktgeschäft entspricht zusammen mit den zugeordneten Treasury-Aktivitäten im Wesentlichen dem Geschäft mit Sparkassen, Institutionellen und Banken. Das Geschäft mit Privaten Kunden sowie das Meta- und Förderkreditgeschäft mit Sparkassen finden sich ab Anfang 2018 im gleichnamigen Segment Private Kunden/Sparkassen wieder, das bis Ende 2017 noch unter dem Namen Retail/Sparkassen geführt wurde. Zusätzlich weist die Segmentrechnung der LBBW auch die Segmente Credit Investment und Corporate Items aus. Nach dem nahezu vollständigen Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter im Berichtsjahr wurden die verbleibenden Teile des Segments Credit Investment Anfang 2018 in das Segment Corporate Items integriert. Informationen zu den Segmenten sind in den Notes in der Segmentberichterstattung nach IFRS enthalten.

Innerhalb des vorgestellten Geschäftsmodells erfolgt die Gesamtbanksteuerung des Vorstands der LBBW über ein Kennzahlenset entlang der strategischen Segmente unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Konzerns. Die für die Steuerung erforderliche Informationsversorgung wird durch ein umfassendes, zielgerichtetes monatliches Reporting gewährleistet. Von besonderer Relevanz für die Steuerung des Konzerns sind dabei folgende finanzielle Leistungsindikatoren:

- Die harte Kernkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die Gesamtkapitalquote (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Die risikogewichteten Aktiva (gemäß CRR/CRD IV)
- Die Leverage Ratio (gemäß CRR/CRD IV nach vollständiger Umsetzung)
- Das Konzernergebnis vor Steuern (IFRS)
- Nachrichtlich: für die LBBW (Bank) das Jahresergebnis vor Steuern (HGB)
- Die Cost Income Ratio
- Die Konzernbilanzsumme (IFRS)
- Die Auslastung der Risikodeckungsmasse (bankinterne Ermittlung gemäß MaRisk)
- Der Return on Equity
- Die Liquidity Coverage Ratio (gemäß CRR/CRD IV i. V. m. Delegierter Verordnung (EU) 2015/61)

Im Jahresverlauf 2018 rückt zudem die Net Stable Funding Ratio (gemäß CRR/CRD IV) verstärkt in den Fokus der Gesamtbanksteuerung.

Wirtschaftsbericht für den Konzern.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Weltwirtschaft.

Das zurückliegende Jahr brachte eine globale Konjunkturbelebung. Das BIP der Welt legte 2017 nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds um 3,7% nach 3,2% im Jahr 2016 zu. Im Euroraum beschleunigte sich das BIP-Wachstum von 1,8% auf 2,5%. Auch in den USA war mit einem Anstieg des Wachstums von 1,5% im Jahr 2016 auf 2,3% im Jahr 2017 eine Konjunkturbelebung zu verzeichnen. Die Wirtschaftsleistung Chinas legte um 6,9% zu gegenüber 6,7% im Jahr 2016.

Der Ölpreis entwickelte sich zweigeteilt. In der ersten Hälfte des Jahres sank er von über 56 USD je Fass der Sorte Brent auf etwa 45 USD. Bis Ende 2017 stieg der Ölpreis dann auf 66 USD. Im Jahreschnitt 2017 lag der Ölpreis um rund 10 USD über den Preisen von 2016 und war ein globaler Inflationstreiber. Im Euroraum etwa legte die Inflation von 0,2% auf 1,5% zu.

Deutschland.

In Deutschland wuchs die Wirtschaftsleistung 2017 um 2,2%. Bereinigt um den Kalendereffekt betrug das Plus 2,5%. Im Jahr 2016 hatte der Zuwachs bei 1,9% gelegen. Getragen wurde das Wachstum von der Binnennachfrage. Vor allem der private Konsum sowie die Investitionen legten deutlich zu. Der Außenhandel hat nur einen geringfügig positiven Beitrag geleistet. Steigende Energiepreise waren zusammen mit einem Preisschub für Nahrungsmittel dafür maßgeblich, dass die Inflationsrate in Deutschland im Berichtsjahr von 0,5% auf 1,8% zugelegt hat.

Notenbankpolitik.

Mit der Aufhellung der Konjunkturaussichten und den steigenden Inflationsraten hat die Notwendigkeit für die extrem expansive Geldpolitik im Euroraum abgenommen. Der EZB-Rat hat zwar über weite Strecken betont, dass für die Konjunktur Abwärtsrisiken dominieren. Aber schon im April hat die EZB ihre monatlichen Anleihekäufe von 80 Mrd. EUR auf 60 Mrd. EUR reduziert. Im Oktober hat der EZB-Rat entschieden, die Käufe ab Januar 2018 auf 30 Mrd. EUR monatlich zu halbieren und das Kaufprogramm bis Ende September 2018 zu befristen. Fälligkeiten aus früheren Anleihekäufen werden wieder angelegt. Die Leitzinsen der EZB wurden im Berichtszeitraum nicht angepasst. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt weiterhin bei 0%, der Satz für die Einlagefazilität bei -0,40%.

In den USA hat die Notenbank ihre Leitzinsen im abgelaufenen Jahr angesichts der konjunkturellen Aufhellung und des steigenden Preisdrucks insgesamt drei Mal, im März, im Juni und im Dezember, um jeweils 25 Basispunkte angehoben. Das Zielband für die Federal Funds Target Rate lag damit zum Jahresschluss bei 1,25% bis 1,50%.

Rentenmarkt.

Der Rentenmarkt wurde vor allem von zwei Faktoren bewegt. Im Euroraum stand er zunächst im Zeichen der Furcht vor einer Stärkung eurokritischer Parteien. Sowohl in den Niederlanden als auch in Frankreich bekamen diese Parteien beträchtliche Zustimmung von den Wählern. Vor allem die Möglichkeit einer Stichwahl zweier extremer Kandidaten von Links und Rechts um das Amt des Präsidenten Frankreichs wurde an den Märkten mit Sorge beobachtet. Letztlich haben sich indes die eindeutig pro-europäischen Kräfte durchgesetzt. Das Tief der Renditen für 10-jährige Bundesanleihen wurde Mitte April mit 0,18% verzeichnet. Der Zeitpunkt lag nur wenige Tage vor dem Einzug von Emmanuel Macron in die Stichwahl und seinem sich abzeichnenden klaren Sieg. Das Hoch der Renditen wurde Anfang Juli mit 0,57% erreicht (jeweils Tagesschlusskurse lt. Reuters). Auslöser für den sommerlichen Renditeanstieg war eine Rede von EZB-Präsident Mario Draghi auf einer geldpolitischen Konferenz im portugiesischen Sintra. Draghis Worte wurden von den Märkten zunächst als Signal für eine beabsichtigte Straffung der Geldpolitik interpretiert. Diese Erwartungen stellten sich jedoch als verfrüht heraus und wurden im weiteren Jahresverlauf korrigiert. Zum Jahresende lag die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihen bei 0,42%. In den USA sorgte die Unsicherheit über die Entwicklung der Inflationsrate und damit verbunden über den Kurs der Geldpolitik der Federal Reserve dafür, dass die Renditen im ersten Halbjahr tendenziell rückläufig waren. Erst im zweiten Halbjahr, als sich die weitere Straffung der Geldpolitik abzeichnete, legten sie wieder zu. Die Rendite für 10-jährige US-Treasuries am Jahresschluss 2017 von 2,41% lag nur wenig unter dem Vorjahresabschluss von 2,43%. Im gleichen Zeitraum stiegen die Renditen für 2-jährige US-Treasuries per Saldo von 1,18% auf 1,88%, wodurch sich die US-Zinskurve gemessen am Abstand der Renditen 10- und 2-jähriger Restlaufzeiten deutlich abflachte.

Devisenmarkt.

Am Devisenmarkt startete der Euro mit einem Wechselkurs von fast 1,05 USD je EUR ins Jahr 2017, wertete bis Ende August bis auf 1,20 USD je EUR auf und schloss zum Jahresultimo bei 1,1993 USD je EUR. Dabei profitierte der Euro von der Konjunkturerholung im Euroraum sowie den im Verlauf des ersten Halbjahres nachlassenden Sorgen vor den politischen Risiken in einigen Mitgliedstaaten der Währungsunion.

Aktienmarkt.

Der Aktienmarkt durchlief 2017 ein weiteres von Kursgewinnen geprägtes Jahr. Die Erwartung einer guten Konjunktur bei anhaltend niedrigen Leitzinsen sorgte rund um den Globus für deutliche Gewinne bei Anteilsscheinen. Der US-Leitindex S&P 500 startete mit 2 251 Punkten in das Jahr und schloss mit 2 673 Punkten. Der deutsche Leitindex DAX begann mit 11 426 und schloss mit 12 917 Punkten. Der DAX verzeichnete indes im Schlussquartal per Saldo keine Kursgewinne mehr. Diese Phase der Stagnation fiel zusammen mit den Schwierigkeiten einer Regierungsbildung in Deutschland, nachdem die Bundestagswahl Ende September deutliche Verluste für die bis dahin regierende Große Koalition mit sich brachte und der Versuch einer Koalition zwischen Unionsparteien, Liberalen und Grünen Ende November scheiterte.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Die deutsche Kreditwirtschaft profitierte 2017 von den stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, die auch in eine steigende Kreditnachfrage mündete. Eine überwiegend gute Asset-Qualität und ein damit einhergehend geringer Kreditrisikoversorgebedarf sowie die robuste Entwicklung am Immobilienmarkt stützten die Entwicklung der Branche im vergangenen Jahr. Gleichzeitig litten die Institute unter einem anhaltend hohen Wettbewerbs- und Margendruck. Vor allem bei Instituten mit stark zinsabhängigen Geschäftsmodellen treten die Auswirkungen des Niedrig- und Negativzinsumfelds immer deutlicher zu Tage. Die Kreditwirtschaft muss sich weiterhin einem hohen Anpassungsdruck ausgelöst durch neue regulatorische Rahmenbedingungen und technologische Veränderungen stellen. In diesem Umfeld blieb die Kosten- und Ertragslage der Branche angespannt.

Die Geschäftsentwicklung im LBBW-Konzern. Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Geschäftsverlauf 2017.

Insgesamt stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland kennzeichneten einerseits den Jahresverlauf für den LBBW-Konzern und waren die Grundlage für ein solides Jahresergebnis. Im Mittelpunkt der Geschäftsentwicklung stand dabei eine noch stärkere Fokussierung auf das Kundengeschäft und die Ausrichtung des Konzerns auf die im Frühjahr 2017 im Rahmen einer Strategieinitiative definierten weiteren Stoßrichtungen: Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Agilität. Dabei konnten bereits gute Erfolge verzeichnet werden, bspw. durch den Ausbau des digitalen Angebots, erfolgreiche Transaktionen auf Basis der Blockchaintechnologie sowie die im April abgeschlossene Implementierung eines neuen Kernbanksystems. Mit nachhaltigen Produkten konnte sich die LBBW im Markt gut positionieren. So war die LBBW im Oktober 2017 erstmalig als Arrangeur an der Begebung eines »grünen« Schuldscheins beteiligt, dem kurz vor Jahresende die Emission des ersten eigenen Green Bonds folgte.

Beeinflusst wurde der Geschäftsverlauf jedoch andererseits auch durch einen intensiven Wettbewerb in der Kreditwirtschaft der, begleitet von weiter zunehmenden Herausforderungen aus der Regulierung und hohem Investitionsdruck durch die Digitalisierung, Zeichen eines großen Umbruchs der Branche ist. Darüber hinaus verstärkten die unverändert weiter niedrigen Leitzinsen im Euroraum den Druck auf die Ertragslage der Banken. Trotz der zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und der Europäischen Union im Dezember 2017 geschlossenen Grundsatzvereinbarung über die Austrittsmodalitäten verbleiben Unsicherheiten, die eine verlässliche Einschätzung der Folgen für die Bankenlandschaft weiter schwierig gestalten. Insgesamt bewertet die LBBW potentielle Folgen eines Brexits als gut beherrschbar und begegnet den Risiken durch ein laufendes Monitoring. Zum Jahresende 2017 wurde mit dem nahezu vollständig abgeschlossenen Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter die letzte große Altlast aus der Finanzkrise abgebaut. Damit verbunden war eine leichte Reduzierung der Bilanzaktiva und, insbesondere mit Blick auf die Zukunft, der Wegfall von Garantiezahlungen, die über viele Jahre die Gewinn- und Verlustrechnung der LBBW belasteten.

Insgesamt verfügt die LBBW im Branchenvergleich über eine solide Ausgangsbasis, um nach Jahren des Bilanz- und Risikoabbaus wieder risikoorientiert zu wachsen und die Kostendisziplin sowie die Kunden- und Lösungsorientierung weiter in den Vordergrund zu stellen.

Das Konzernergebnis vor Steuern verbesserte sich kräftig um 373 Mio. EUR und lag zum Ende des Berichtsjahres 2017 bei 515 Mio. EUR (Vorjahr 142 Mio. EUR). Damit konnte der Planwert signifikant übertroffen werden, wozu nahezu alle Ertragsposten beitrugen. Beträchtlich höher als erwartet fiel das Finanzanlageergebnis aus, das sowohl von Wertpapier- als auch Beteiligungsverkäufen profitierte, obgleich diese erheblich unter den Vorjahreswerten lagen. Moderat besser als geplant entwickelte sich das Provisionsergebnis, das unter anderem im Depot- bzw. Kreditgeschäft gesteigert werden konnte. Das Zinsergebnis übertraf den Planwert geringfügig; bereinigt um eine Ausweisänderung, lag das Ergebnis nur leicht unter den Erwartungen. Gegenläufig führte diese Ausweisänderung zu einer betragsgleichen Belastung des Handelsergebnisses. Auch ohne Berücksichtigung dieses Effekts bewegte sich das Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten merklich unter Plan.

Bei einer weiterhin guten Qualität des Kreditportfolios der LBBW und bei einer stabilen wirtschaftlichen Situation in Deutschland lag die Nettozuführung zur Risikovorsorge auf dem erwarteten Niveau. Die Verwaltungsaufwendungen bewegten sich geringfügig unterhalb der Planwerte und damit im Bereich der Erwartungen.

Die **Cost Income Ratio (CIR)** zum 31. Dezember 2017 betrug 74,8%. Damit lag die Kennzahl auf dem Niveau des Vorjahres (74,3%) und auf Planniveau. Die LBBW berechnet die CIR aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zur Summe aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis. Die **Eigenkapitalrentabilität (ROE)** verbesserte sich vor allem aufgrund des Wegfalls eines Sondereffektes aus der Goodwill-Abschreibung im Vorjahr auf 4,1% (Vorjahr: 1,1%) und lag zudem auch durch ein höheres Ergebnis signifikant über dem Planansatz. Basis für die Berechnung des Leistungsindikators ROE sind das (annualisierte) Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital. Dabei wird dieses um die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebniseffekte bereinigt.

Die **Bilanzsumme** sank gegenüber dem Jahresultimo 2016 um 5,9 Mrd. EUR auf 237,7 Mrd. EUR. Bereinigt um die Effekte aus dem nahezu vollständig abgeschlossenen Verkauf des Sealink-Portfolios¹, erhöhten sich die Bilanzaktiva dagegen im Vergleich zum Vorjahr geringfügig. Insbesondere aufgrund der Ablösung der Darlehen an Sealink sowie dem Abgang des Garantiebonds der GPBW & Co. KG blieb die Bilanzsumme leicht hinter dem Planansatz.

Die **Verschuldungsquote (Leverage Ratio)** der LBBW verblieb mit 4,6% (gemäß CRR/CRD IV »fully loaded«) ohne Änderung gegenüber dem Vorjahr und konnte damit die von der Aufsicht vorgesehene Mindestmarke von 3,0% erheblich übertreffen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 betrug die **Mindestliquiditätsquote (LCR, Liquidity Coverage Ratio)** der LBBW nach der delegierten Verordnung (EU) 2015/61 zu Liquiditätsdeckungsanforderungen 145,8% und verbesserte sich gegenüber dem Jahresende 2016 um 35,4 Prozentpunkte (Vorjahr 110,4%). Der für 2017 gültige gesetzliche Mindestwert von 80% wurde damit beträchtlich überschritten.

Die **risikogewichteten Aktiva** sanken im Berichtszeitraum geringfügig um 1,7 Mrd. EUR auf 75,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 77,4 Mrd. EUR). Neben einer methodischen Verbesserung bei der Abbildung von Risiken aus Aktienpositionen ist dies durch eine Portfolioverbesserung bei Unternehmenskunden und Immobilien begründet. Gegenläufig wirkte sich die positive Geschäftsentwicklung im Adressrisiko aus.

Die **Kapitalquoten** des LBBW-Konzerns lagen zum Abschlussstichtag weiterhin beträchtlich oberhalb der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen nach den Vorschriften der CRR bei vollständiger Umsetzung (CRR/CRD IV »fully loaded«). Hierbei erreichte die **harte Kernkapitalquote** 15,7% (Core Equity Tier 1; 31. Dezember 2016: 15,2%) bzw. die **Gesamtkapitalquote** 22,2% (31. Dezember 2016: 21,5%).

¹ Die Hintergründe und Auswirkungen des Verkaufs des Sealink-Portfolios werden mit Blick auf detaillierte Auswirkungen in der Bilanz ausführlich in der Vermögenslage beschrieben.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat der LBBW mitgeteilt, dass sie ab dem 1. Januar 2018 dazu verpflichtet ist, eine harte Kernkapitalquote von 8,80% einzuhalten. In dieser Quote berücksichtigt ist die Kapitalanforderung der Säule 2 sowie das nach § 10c KWG als Kapitalerhaltungspuffer und das nach § 10g KWG als Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute vorzuhaltende harte Kernkapital. Für einen geringfügigen Teil von Auslandsforderungen ist nach § 10d KWG ein antizyklischer Kapitalpuffer vorzuhaltend. Die EZB hat des Weiteren eine über die verpflichtende Anforderung hinausgehende Kapitalempfehlung ausgesprochen, die ebenfalls aus hartem Kernkapital zu bestehen hat.

Die Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns befindet sich ebenfalls auf einem komfortablen Niveau. Die Auslastung der **Risikodeckungsmasse (RDM)** verringerte sich zum Abschlussstichtag 2017 auf 41,9% und lag damit leicht unter dem Wert zum Jahresende 2016.

Insgesamt zeigten die zentralen Leistungsindikatoren des LBBW-Konzerns zum Ende des Geschäftsjahres 2017 eine gegenüber dem Vorjahr weiter verbesserte Entwicklung.

Ertragslage.

Mit einem Konzernergebnis vor Steuern von 515 Mio. EUR übertraf die LBBW im Geschäftsjahr 2017 den Vorjahreswert beträchtlich um 373 Mio. EUR. In verkürzter Form stellen sich die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung des LBBW-Konzerns wie folgt dar (bezüglich der Darstellung der einzelnen Segmentergebnisse verweisen wir auf die Ausführungen in den Notes):

Erfolgszahlen:

	01.01.2017 - 31.12.2017 Mio. EUR	01.01.2016 - 31.12.2016 ¹ Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Zinsergebnis	1 587	1 669	- 82	- 5
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-92	-51	-41	81
Provisionsergebnis	534	527	7	1
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	219	146	73	50
Finanzanlage- und at-Equity-Ergebnis	163	195	-32	-17
Sonstiges betriebliches Ergebnis	101	101	0	0
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 511	2 586	- 75	- 3
Verwaltungsaufwendungen	- 1 824	- 1 814	- 11	1
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	-61	-93	32	-34
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	-69	-71	2	-2
Wertminderung Goodwill	0	-379	379	-100
Restrukturierungsergebnis	-41	-87	47	-54
Konzernergebnis vor Steuern	515	142	373	> 100
Ertragsteuern	-97	-131	34	-26
Konzernergebnis	419	11	408	> 100

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.
¹ Anpassungen Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Das **Zinsergebnis** sank insbesondere aufgrund weiter historisch niedriger Zinsen in der Eurozone moderat um - 82 Mio. EUR auf nunmehr 1 587 Mio. EUR. Während sich die unverändert expansive Geldpolitik der EZB mit teilweise negativen Zinsen in der Eigenmittelanlage der LBBW ergebnismindernd auswirkte, konnten insbesondere im Wealth Management verbesserte Ergebnisse erzielt werden. Rechnungslegungsspezifische Effekte, bspw. im Zusammenhang mit der Abbildung von Sicherungsbeziehungen, schmälerten das Ergebnis nicht wesentlich. Belastend wirkte insgesamt der intensive

Wettbewerb innerhalb der Bankenbranche, was sich in zunehmendem Margendruck insbesondere im Neugeschäft mit großen Unternehmenskunden bemerkbar machte.

Als Zeichen einer leichten Normalisierung erhöhte sich der **Nettoaufwand aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft** um – 41 Mio. EUR auf – 92 Mio. EUR (Vorjahr: – 51 Mio. EUR). Während bei den Zuführungen zur Risikovorsorge insgesamt ein geringfügiger Anstieg von – 7 Mio. EUR zu verzeichnen war, reduzierten sich die Auflösungen signifikant um – 55 Mio. EUR. Dem standen kräftig gesunkene Direktabschreibungen in Höhe von – 24 Mio. EUR (Vorjahr: – 80 Mio. EUR) gegenüber. Während im Vorjahr noch Auflösungen von Rückstellungen im Kreditgeschäft zu verzeichnen waren, mussten zum Jahresende 2017 Zuführungen verarbeitet werden. Ergänzend reduzierten sich die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen um 11 Mio. EUR. Trotz eines höheren Nettoaufwands liegt die Risikovorsorge im Kreditgeschäft weiter unter dem langjährigen Durchschnitt und reflektiert die gute Portfolioqualität sowie die gute wirtschaftliche Lage in den Kernmärkten der LBBW.

Das **Provisionsergebnis** verbesserte sich im Geschäftsjahr 2017 geringfügig um 7 Mio. EUR auf 534 Mio. EUR (Vorjahr 527 Mio. EUR). Dabei profitierte insbesondere das Ergebnis aus dem Depotgeschäft von einer positiven Entwicklung der Aktienmärkte und der Ende 2016 abgeschlossenen Übernahme der Fondsbestände der Nord/LB. Auch das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften entwickelte sich unter anderem durch höhere Erträge im Avalgeschäft positiv. Transaktionsbezogene Gebühren sowie geringfügige Zuwächse im Kartengeschäft sorgten zudem für ein verbessertes Ergebnis im Zahlungsverkehr. Leicht hinter der Entwicklung des Vorjahres zurück blieben die Provisionen im Vermittlungsgeschäft aufgrund geringer Nachfrage nach Lebensversicherungen und Bausparverträgen.

Signifikant erhöhte sich das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten**, welches gegenüber dem Vorjahr um 73 Mio. EUR auf 219 Mio. EUR anstieg. Maßgeblich dafür war die starke Nachfrage nach Kapitalmarktlösungen insbesondere bei Anlageprodukten für Privatkunden. Zusätzlich wirkten sich niedrigere Bewertungsabschläge für Kontrahentenrisiken ergebniserhöhend aus. Auch das eigentliche Ergebnis aus dem Hedge Accounting sorgte nach Belastungen im Vorjahr für einen positiven Ergebnisbeitrag. Negative Bewertungseffekte aus derivativen Finanzinstrumenten, die in ökonomischen Sicherungsbeziehungen stehen, aber nicht in das Hedge Accounting einbezogen werden können, reduzierten sich im Vorjahresvergleich. Bewertungseffekte im Zusammenhang mit Absicherungen von Kreditsyndizierungen wirkten hingegen aufwandserhöhend und belasteten das Ergebnis geringfügig.

Mit einer Reduzierung um 32 Mio. EUR auf 163 Mio. EUR entwickelte sich das **Ergebnis aus Finanzanlagen und at Equity bewerteten Unternehmen** rückläufig. Das Ergebnis aus Wertpapieren verminderte sich erheblich auf 54 Mio. EUR. Auch das Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen blieb mit 78 Mio. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert, der unter anderem durch den Vollzug des Verkaufs der cellent AG Anfang des Jahres 2016 begünstigt war. Zudem wiederholten sich positive Beiträge aus nachträglichen Kaufpreisanpassungen nicht. Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen erhöhte sich dagegen kräftig auf 31 Mio. EUR.

Unverändert gegenüber dem Vorjahr zeigte sich mit 101 Mio. EUR (Vorjahr: 101 Mio. EUR) das **sonstige betriebliche Ergebnis**. Sowohl das Ergebnis aus Investment Properties als auch das sonstige betriebliche Ergebnis im engeren Sinne verblieben auf Vorjahresniveau.

Ebenfalls auf Vorjahresniveau bewegten sich – trotz umfangreicher Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der LBBW – die **Verwaltungsaufwendungen**. Diese erhöhten sich gegenüber der Vorjahresperiode geringfügig um – 11 Mio. EUR auf – 1824 Mio. EUR (Vorjahr – 1814 Mio. EUR). Dabei entwickelte sich der Personalaufwand im Wesentlichen bedingt durch einen Rückgang der Mitarbeiterzahl rückläufig und reduzierten sich auf – 1026 Mio. EUR (Vorjahr – 1036 Mio. EUR). Trotz umfangreicher Aufwendungen zur Modernisierung der IT-Architektur, bspw. in Form der Produktivnahme des neuen Kernbanksystems im April und hoher Investitionen im Hinblick auf eine stärkere Digitalisierung, verblieben die anderen Verwaltungsaufwendungen mit – 691 Mio. EUR (Vorjahr: – 688 Mio. EUR) auf Vorjahresniveau. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das im langfristigen Vergleich hohe Investitionsniveau des Jahres 2016 gehalten wurde. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betrugen – 108 Mio. EUR nach – 89 Mio. EUR im Vorjahr. Der merkliche Anstieg war dabei auf höhere Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte zurückzuführen, die nachgelagert aus Investitionen der Vorjahre resultierten. Niedrigere Abschreibungen auf Sachanlagen konnten diesen Effekt nicht vollständig kompensieren.

Für bestimmte Kredite an die Zweckgesellschaft Sealink existierte bis Mitte Dezember eine Garantie des Landes Baden-Württemberg. Hierfür war im Jahr 2017 eine **Garantieprovision** i. H. v. – 61 Mio. EUR zu entrichten. Aufgrund des im Jahr 2017 erneut rückläufigen Kreditvolumens und des im 4. Quartal nahezu vollständig abgewickelten Verkaufs des Sealink-Portfolios durch den Verwalter reduzierte sich die Provision gegenüber dem Vorjahr um 32 Mio. EUR.

Die **Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung** sanken gegenüber dem Vorjahr um 2 Mio. EUR auf – 69 Mio. EUR.

Nach der vollständigen Wertberichtigung des dem Segment Corporates zugeordneten **Goodwill** in Höhe von 379 Mio. EUR im Vorjahr verfügt die LBBW über keinen bilanzierten Goodwill mehr.

Im Zusammenhang mit geplanten Umstrukturierungen fiel im Jahr 2017 ein **Restrukturierungsergebnis** in Höhe von – 41 Mio. EUR (Vorjahr: – 87 Mio. EUR) an. Der Betrag entfällt überwiegend auf die Bildung von Rückstellungen für Umstrukturierungen in den das Kreditgeschäft betreffenden Marktfolgeeinheiten sowie auf Programme zur Steigerung der Effizienz der sonstigen Betriebsabläufe.

Das **Konzernergebnis vor Steuern** in Höhe von 515 Mio. EUR übertraf den Vorjahreswert kräftig um 373 Mio. EUR, was maßgeblich im Zusammenhang mit der gegenüber dem Vorjahr entfallenen Wertberichtigung des Goodwill in Höhe von 379 Mio. EUR steht.

Der **Ertragsteueraufwand** sank auf – 97 Mio. EUR (Vorjahr – 131 Mio. EUR), was vor allem auf niedrigere latente Steuern zurückzuführen ist. Dabei kamen aufgrund der positiven Geschäftserwartungen der Niederlassung New York dort erstmals latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge zum Ansatz. Die Nutzung steuerlicher Verlustvorträge war auch mit ausschlaggebend dafür, dass sich die laufenden Steuern reduzierten, während die aperiodischen Steuern gegenüber dem Vorjahr anstiegen.

Das Konzernergebnis nach Steuern verbesserte sich kräftig um 408 Mio. EUR auf 419 Mio. EUR (Vorjahr: 11 Mio. EUR).

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 ¹ Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Barreserve	22 729	13 532	9 198	68,0
Forderungen an Kreditinstitute	48 184	39 288	8 896	22,6
Forderungen an Kunden	108 332	111 232	- 2 900	- 2,6
Risikovorsorge	- 684	- 828	144	- 17,4
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	31 386	50 175	- 18 789	- 37,4
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	23 092	25 926	- 2 833	- 10,9
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	606	764	- 158	- 20,7
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	104	191	- 87	- 45,4
Immaterielle Vermögenswerte	244	249	- 5	- 1,9
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	554	574	- 19	- 3,4
Sachanlagen	482	507	- 26	- 5,1
Laufende Ertragsteueransprüche	92	116	- 24	- 20,7
Latente Ertragsteueransprüche	1 016	1 037	- 20	- 2,0
Sonstige Aktiva	1 575	861	714	82,9
Summe der Aktiva	237 713	243 623	- 5 910	- 2,4

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Passiva	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 ¹ Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61 895	44 568	17 327	38,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	79 415	70 641	8 773	12,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	44 432	34 343	10 089	29,4
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	27 922	69 846	- 41 925	- 60,0
Passives Portfolio Hedge Adjustment	239	485	- 246	- 50,7
Rückstellungen	3 796	3 734	62	1,7
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	47	57	- 10	- 17,6
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	28	31	- 3	- 9,9
Sonstige Passiva	1 199	889	310	34,9
Nachrangkapital	5 364	5 895	- 531	- 9,0
Eigenkapital	13 377	13 134	242	1,8
Stammkapital	3 484	3 484	0	0,0
Kapitalrücklage	8 240	8 240	0	0,0
Gewinnrücklage	820	1 014	- 195	- 19,2
Sonstiges Ergebnis	371	348	23	6,5
Bilanzgewinn/-verlust	416	10	406	> 100
Nicht beherrschende Anteile	46	38	8	21,1
Summe der Passiva	237 713	243 623	- 5 910	- 2,4
Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen	6 734	5 971	763	12,8
Unwiderrufliche Kreditzusagen	22 412	22 784	- 372	- 1,6
Geschäftsvolumen	266 859	272 378	- 5 520	- 2,0

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Konzernbilanzsumme reduziert.

Die **Bilanzsumme** reduzierte sich gegenüber dem Jahresultimo 2016 um - 5,9 Mrd. EUR auf 237,7 Mrd. EUR. Ein wesentlicher Teil der Veränderung ist auf den nahezu vollständig abgeschlossenen Verkauf des Sealink Portfolios durch den Verwalter zurückzuführen, welches im Zusammenhang mit dem Erwerb der Sachsen LB im Jahr 2008 stand. Bereinigt um die Effekte im Zusammenhang mit dem Verkauf des Portfolios erhöhten sich die Bilanzaktiva gegenüber dem Vorjahr geringfügig.

Das **Geschäftsvolumen** (Konzernbilanzsumme einschließlich der als außerbilanziell geführten Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge sowie unwiderrufliche Kreditzusagen) sank im LBBW-Konzern im Vergleich zum Vorjahr um – 5,5 Mrd. EUR auf 266,9 Mrd. EUR, was nahezu ausschließlich auf den Rückgang der bilanziellen Größen zurückzuführen war.

Beginnend mit dem 2. Halbjahr 2016 erfolgte im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts die Erfassung von Neugeschäft zur Liquiditätssteuerung im Anlagebestand. Die Umsetzung dieser Strategie wurde in der ersten Jahreshälfte 2017 abgeschlossen und nunmehr auch für die ausländischen Niederlassungen praktiziert.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2016 zeigten sich daher deutliche Veränderungen in Form von Volumensverschiebungen bei Handelsaktiva und –passiva sowie bei Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Vor dem Hintergrund des günstigen Marktumfeldes wurde das Portfolio der Zweckgesellschaft Sealink Funding, in dem Wertpapiere der ehemaligen Sachsen LB gebündelt waren, durch den Verwalter nach einvernehmlicher Beauftragung durch den Freistaat Sachsen nahezu vollständig an internationale Investoren verkauft. Das ursprünglich 17,3 Mrd. EUR große Portfolio war vor dem Verkauf der Sachsen LB an die LBBW im Jahr 2008 an diese Zweckgesellschaft ausgelagert worden. Die LBBW refinanzierte Sealink über ein Darlehen, welches wiederum über eine Garantie des Landes Baden-Württemberg abgesichert wurde.

Mit dem weitgehenden Verkauf des Portfolios entfallen nun sämtliche Risiken aus Sealink für die Träger der LBBW und die letzte große Altlast aus der Finanzmarktkrise wurde damit abgebaut. Der Risikoschirm des Landes Baden-Württemberg war mit dieser Transaktion hinfällig, sodass die im Jahre 2009 aufgesetzte Risikoabschirmung vollständig aufgelöst werden konnte, ohne dass die Garantie in Anspruch genommen werden musste.

Nachhaltigkeit ist eine der vier Stoßrichtungen der LBBW auf dem Weg zu mehr Wachstum und Effizienz. Um den hohen Stellenwert der Nachhaltigkeit zu unterstreichen, setzte die LBBW die Begleitung ‚grüner‘ Emissionen fort und begab im Jahr 2017 ihren ersten eigenen Green Bond¹. Die Anleihe im Format Senior Unsecured hatte ein Volumen von 750 Mio. EUR und eine Laufzeit von vier Jahren.

Aktivgeschäft.

Zum 31. Dezember 2017 betrug die **Barreserve** 22,7 Mrd. EUR und lag damit um 9,2 Mrd. EUR über dem Vorjahreswert. Der Zuwachs war im Wesentlichen auf einen Anstieg von Zentralbankguthaben zurückzuführen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** erhöhten sich um 8,9 Mrd. EUR und erreichten damit einen Endbestand in Höhe von 48,2 Mrd. EUR. Im Zusammenhang mit der fortgesetzten Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung stiegen Tages- und Termingelder um 6,0 Mrd. EUR auf 7,2 Mrd. EUR. Das Wertpapierpensionsgeschäft legte um 2,5 Mrd. EUR auf 10,1 Mrd. EUR zu. Kommunalkredite, die vor allem die Weiterleitung von Fördermitteln an Sparkassen umfassen, wuchsen um 0,7 Mrd. EUR auf 26,5 Mrd. EUR an.

Der Bestand der **Forderungen an Kunden** reduzierte sich hingegen um –2,9 Mrd. EUR und lag zum

¹ Weitere Informationen dazu finden Sie auf <http://www.LBBW.de> unter Presse > Presseinformationen

aktuellen Stichtag bei 108,3 Mrd. EUR. Maßgeblich für die Bestandsreduzierung war unter anderem der Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter. Bei den Kommunalkrediten wirkte sich dies über die Rückzahlung des Garantie-Financing-Loans an Sealink in Höhe von – 1,2 Mrd. EUR und bei den anderen Krediten über die Rückführung des Junior Loan an Sealink in Höhe von – 3,1 Mrd. EUR aus. Bereinigt um diesen Effekt stiegen die Forderungen an Kunden um 1,4 Mrd. EUR. Hier konnten insbesondere Geschäfte mit Mittelstandskunden und großen Unternehmenskunden ausgebaut werden.

Die **erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte** sanken hauptsächlich aufgrund von rückläufiger Handelsaktiva um – 18,8 Mrd. EUR auf 31,4 Mrd. EUR. Neben der Verringerung bank- bzw. kundeninduzierter Geldmarktgeschäfte um – 8,8 Mrd. EUR aufgrund der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts verzeichnete dieser Posten einen marktbedingten zinsinduzierten Rückgang von positiven Marktwerten aus Handelsderivaten in Höhe von – 6,2 Mrd. EUR und einen Abgang von Anleihen und Schuldverschreibungen in Höhe von – 2,3 Mrd. EUR. Letzere verminderten sich hauptsächlich aufgrund von Tilgungen und Verkäufen von Inlandsanleihen.

Die **Finanzanlagen und Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen** verzeichneten einen geringfügigen Rückgang von – 2,8 Mrd. EUR auf 23,1 Mrd. EUR. Dies war im Wesentlichen auf den Rückgang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere der Kategorie Loans and Receivables zurückzuführen, was hauptsächlich den Abgang des Garantiebonds der GPBW GmbH & Co. KG in Höhe von – 4,3 Mrd. EUR im Zusammenhang mit dem Verkauf des Sealink-Portfolios betrifft.

Refinanzierung

Auf der Passivseite der Konzernbilanz waren im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen die Handelspassiva, die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die verbrieften Verbindlichkeiten sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von größeren Volumenveränderungen betroffen. Der Rückgang wurde dabei maßgeblich durch Barsicherheiten verursacht die für den vom Land Baden-Württemberg gewährten Risikoschirm hinterlegt waren. Aufgrund des nahezu vollständig abgeschlossenen Verkaufs des Sealink-Portfolios durch den Verwalter reduzierten sich die Giroverbindlichkeiten gegenüber Kunden entsprechend.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2016 erhöhte sich der Bestand der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** im Jahr 2017 um 17,3 Mrd. EUR auf 61,9 Mrd. EUR. Dies resultierte vor allem aus einem Anstieg der Tages- und Termingelder, was unter anderem auf die Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung zurückzuführen war. Infolgedessen stieg das Volumen an Verbindlichkeiten aus Tages- und Termingeldern gegenüber Kreditinstituten kräftig um 16,8 Mrd. EUR auf 24,2 Mrd. EUR an. Bei Weiterleitungsdarlehen war ein Anstieg von 1,7 Mrd. EUR zu verzeichnen. Gegenläufig reduzierten sich Kontokorrentverbindlichkeiten um – 0,6 Mrd. EUR.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** weiteten sich im Vergleich zum Jahresende 2016 um 8,8 Mrd. EUR auf 79,4 Mrd. EUR aus. Insbesondere Kontokorrentverbindlichkeiten nahmen um 7,0 Mrd. EUR zu. Die Einlagen aus Tages- und Termingeldern stiegen trotz des Abgangs der vom Land als Barsicherheit für den Risikoschirm hinterlegten Mittel um 6,3 Mrd. EUR. Die Zunahme der kurzfristigen Gelder war hauptsächlich bedingt durch die Anpassungen im Liquiditätsmanagement. Gegenläufig reduzierte sich die Refinanzierung mit Wertpapierpensionsgeschäften um – 3,6 Mrd. EUR.

Der Bilanzposten **Verbriefte Verbindlichkeiten** nahm im Jahr 2017 um 10,1 Mrd. EUR auf 44,4 Mrd. EUR zu. Die kurzfristige Refinanzierung über verbrieftete Geldmarktgeschäfte wurde ebenfalls, hauptsächlich im Zuge der Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung, um 7,1 Mrd. EUR ausgeweitet. Neuemissionen ließen das Volumen an Sonstigen Schuldverschreibungen um 2,0 Mrd. EUR auf 17,4 Mrd. EUR ansteigen. Hierfür waren hauptsächlich zwei Emissionen im Benchmark-Format verantwortlich, wozu der erste von der LBBW erfolgreich emittierte Green Bond mit einem Volumen von 750 Mio. EUR zählte.

Analog zur Entwicklung des Postens auf der Aktivseite sanken die **erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen** um – 41,9 Mrd. EUR auf 27,9 Mrd. EUR. Maßgeblich hierfür war der rückläufige Bestand an Handelspassiva. Dieser Rückgang stand, wie auf der Vermögensseite, im Zusammenhang mit den zuvor beschriebenen Anpassungen des Liquiditätsmanagements. Hieraus resultierte insbesondere die kräftige Abnahme von Geldmarktgeschäften um – 28,7 Mrd. EUR und Verbriefte Verbindlichkeiten in Höhe von – 6,6 Mrd. EUR. Negative Marktwerte aus Handelsderivaten reduzierten sich vor allem durch zinsinduzierte Effekte in einer Größenordnung von – 5,9 Mrd. EUR.

Eigenkapital.

Das **Eigenkapital** der LBBW erhöhte sich zum 31. Dezember 2017 um 0,3 Mrd. EUR auf 13,4 Mrd. EUR. Nachdem zum Jahresende 2016 der Sondereffekt aus der vollständigen Abschreibung des Goodwill in Höhe von 379 Mio. EUR den Bilanzgewinn auf 10 Mio. EUR reduzierte, verbleibt zum Abschluss des aktuellen Geschäftsjahres 2017 ein Bilanzgewinn von 0,4 Mrd. EUR.

Finanzlage.

Die LBBW strebte auch im vergangenen Geschäftsjahr eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur an. Der Konzern achtete dabei insgesamt auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage des Konzerns war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätssituation geordnet. Die LBBW war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl LiqV ist lediglich auf Instituts-ebene zu ermitteln und verbesserte sich zum Stichtag 31. Dezember 2017 erneut auf nunmehr 1,92 (Vorjahr: 1,50). Die Angabe dieser Kenngröße erfolgt letztmalig. Da ab dem 01. Januar 2018 die LCR für CRR-Institute in Höhe von 100% verbindlich einzuhalten ist, entfällt die Verpflichtung zur Meldung der LiqV. Die LCR beträgt zum 31. Dezember 2017 145,8%.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Engagierte, motivierte und leistungsfähige Beschäftigte sind zentraler Erfolgsfaktor jedes Unternehmens. Dies gilt insbesondere für die Finanzdienstleistungsbranche, die großem Veränderungsdruck unterliegt. Neben Integrität, exzellenten fachlichen Fähigkeiten und hoher Kundenorientierung gewinnen eine dauerhaft Veränderungsbereitschaft sowie die Offenheit für neue Marktentwicklungen zunehmend an Bedeutung als Erfolgskriterien im Wettbewerb.

Die LBBW ist, wie die gesamte Branche, angesichts der fortschreitenden Digitalisierung, verschärften regulatorischen Vorgaben sowie einer lang anhaltenden Niedrigzinsphase gezwungen, ihre Angebote und die dahinter liegenden Prozesse in immer schnelleren Zyklen zu erneuern. Entsprechend werden konsequente Kundenorientierung, hohe Anpassungsfähigkeit und die Bereitschaft zu agilem Arbeiten dauerhaft von hoher Bedeutung für den Erfolg des LBBW-Konzerns bleiben.

Die LBBW hat einen hohen Anspruch an sich und damit an ihre Beschäftigten. Gleichzeitig bietet sie hoch attraktive Arbeitsplätze mit Entwicklungspotenzial für ambitionierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Freude am Erfolg haben. Über ihre Angebote und Leistungen als attraktiver Arbeitgeber berichtet die LBBW umfassend in ihrer nichtfinanziellen Erklärung als Bestandteil des zusammengefassten Lageberichts.

Beschäftigtenzahlen.

	LBBW (Bank)		LBBW	
	2017	2016	2017	2016
Beschäftigte	8 574	9 030	10 326	10 839
Anteil Frauen	52,6%	52,4%	52,6%	52,5%
Anteil Männer	47,4%	47,6%	47,4%	47,5%
Beschäftigte in Teilzeit	30,9%	28,6%	29,1%	26,9%
Beschäftigte in Vollzeit	69,1%	71,4%	70,9%	73,1%
Auszubildende (inklusive Dual-Studierende)	281	369	300	394
Ausbildungsquote	3,3%	4,1%	2,9%	3,6%

Die Beschäftigtenzahl der LBBW sank auch aufgrund von Anpassungen ihrer strategischen Ausrichtung zum 31. Dezember 2017 auf 10 326 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 10 839). Die Fluktuationsrate nach der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)-Formel stieg 2017 in der LBBW (Bank) zum Vorjahr von 4,6% auf 7,4%. Bereinigt um restrukturierungsbedingte Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen (3,5%) lag die Quote der LBBW (Bank) leicht über dem Vorjahreswert bei 3,9%.

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der LBBW (Bank) hat sich im Berichtsjahr mit 44,8 Jahren zum Vorjahr (44,2 Jahre) leicht erhöht. Auch die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit stieg mit 18,9 Jahren (Vorjahr: 18,3 Jahre) in der Bank etwas an. Dagegen blieb der Anteil weiblicher Beschäftigter 2017 fast unverändert bei 52,6%. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit wiederum stieg in der LBBW leicht von 26,9% auf 29,1% an.

Risiko- und Chancenbericht.

Grundlagen.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit und der durch den Vorstand festgelegten Strategie. Risiken und die damit verbundenen Ertragschancen und Wachstumspotenziale sollen im Rahmen der internen Kontrollverfahren sowie einer fest definierten Risikotoleranz bewusst und kontrolliert eingegangen werden.

Die internen Kontrollverfahren und die Vorgaben aus der Risikotoleranz bilden damit einen Kernbestandteil des konzernweiten Systems zur risikoorientierten Gesamtbanksteuerung und bestehen insbesondere aus Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie der internen Revision.

Risikostrategie.

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch den Vorstand und den Risikoausschuss festgelegt.

In der konzernweit und risikoartenübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden die risikostrategischen Vorgaben gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) sowie den einschlägigen europäischen Vorgaben zusammengeführt. Die Konzernrisikostrategie definiert dabei Festlegungen zur Risikotoleranz sowohl in qualitativer wie auch in quantitativer Hinsicht, welche bei allen Geschäftsaktivitäten einzuhalten sind.

Der quantitative Teil der Risikotoleranz trifft konkrete Vorgaben in Form von Schwellen für die maßgeblichen Steuerungsgrößen der LBBW – dabei werden Vorgaben sowohl für Zeiten des normalen Geschäftsbetriebs als auch für Stressphasen getroffen.

Das strategische Limitsystem als Teil der quantitativen Risikotoleranz operationalisiert die in der Geschäftsstrategie definierten Maßgaben und Ziele für alle wesentlichen, in der Risikotragfähigkeit erfassten Risikoarten. Das oberste Risikolimit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) wurde durch den Gesamtvorstand unter Berücksichtigung der o. g. risikostrategischen Grundbedingungen sowie unter Beachtung der ÖKap-Prognose für die kommenden fünf Jahre für das Jahr 2018 festgelegt und auf die wesentlichen Risikoarten allokiert. Weitere Details sind im Kapitel Risikolage LBBW-Konzern aufgeführt.

Die Liquiditätsrisikotoleranz limitiert das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, d. h. das Risiko der Zahlungsunfähigkeit. Weitere Informationen hierzu sind im Kapitel Liquiditätsrisiken enthalten.

Die Risikoleitsätze bilden den qualitativen Teil der Risikotoleranz. Sie stellen zentrale strategische Grundsätze und Verhaltensregeln für die Abwägung von Chancen und Risiken innerhalb des LBBW-Konzerns dar. Sie tragen zur Schaffung einer einheitlichen Risikokultur bei und bilden – unter Materialitätsgrundsätzen – den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Prozesse, Verfahren und Methoden des Risikomanagements. Dieser qualitative Teil der Risikotoleranz wird durch weitere Vorgaben – etwa in Form eines konzernweit gültigen Verhaltens- und Ethikkodex – ergänzt.

Die für jede wesentliche Risikoart verabschiedeten spezifischen Risikostrategien dokumentieren darüber hinaus das aktuelle und das angestrebte Risikoprofil der LBBW, machen kunden-, produkt- und marktspezifische Vorgaben und bilden damit gemeinsam mit der Geschäftsstrategie den Rahmen der Mittelfristplanung. Ergänzende Informationen zu den spezifischen Risikostrategien sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Die operative Umsetzung dieser Vorgaben wird durch Plan-Ist-Vergleiche, monatliche Ergebnisanalysen sowie strategische und operative Limitsysteme überwacht.

Risikomanagementsysteme.

Risikokapital- und Liquiditätsmanagement.

Ziel der Kapitalsteuerung der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sowohl in Zeiten normaler Geschäftstätigkeit wie auch in Stressphasen sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals und damit verbunden die dauerhafte Überlebensfähigkeit der LBBW unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus einer ökonomischen, barwertigen Sichtweise (1. Steuerungskreis) als auch einem regulatorischen Blickwinkel (2. Steuerungskreis) betrachtet. Beide Steuerungskreise haben für den normalen Geschäftsbetrieb die Erreichung der Unternehmensziele im Fokus, während zugleich für Stressphasen Vorkehrungen für eine hinreichende Stressresistenz getroffen werden.

Die Risikomanagementverfahren der LBBW sind angemessen vor dem Hintergrund von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten und der Geschäftsstrategie. Die Ausgestaltung berücksichtigt die MaRisk sowie sonstige einschlägige Verlautbarungen der nationalen und internationalen Aufsichtsbehörden.

Es werden alle wesentlichen Risiken in die Risikomanagementverfahren einbezogen. Die Prozesse, Verfahren und Methoden werden regelmäßig auf ihre Angemessenheit überprüft und permanent weiterentwickelt. Im Rahmen dessen werden auch die in Prüfungen und dem SREP-Prozess der Europäischen Zentralbank (EZB), des Jahresabschlussprüfers sowie der Konzernrevision getroffenen Feststellungen entsprechend berücksichtigt und umgesetzt.

Risikoarten.

Das Gesamtrisikoprofil der LBBW wird jährlich anhand der Konzernrisikoinventur durch das Konzernrisikocontrolling erhoben und dem Vorstand in Form einer Risikolandkarte zur Zustimmung gebracht. Die Risikomessung hinsichtlich der aus Risikosicht wesentlichen Tochterunternehmen (Risk Management Group) erfolgt nach dem Transparenzprinzip, d. h., die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in die konzernweite Risikomessung der jeweiligen

Risikoart integriert. Gesellschaften, deren Risiken als unwesentlich eingestuft werden, bildet die LBBW über das Beteiligungsrisiko ab.

Es wurden folgende wesentliche Risikoarten identifiziert:

Risikoarten.

Risikoart	Beschreibt mögliche...
Adressenausfallrisiken	...Wertverluste durch den Ausfall oder die Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern. ...Ausfälle von staatlichen Kreditnehmern sowie Zahlungsverkehrsbeschränkungen. ...Verluste durch Mindererlöse aus Sicherheitenverwertungen.
Marktpreisrisiken	...Wertverluste durch Veränderungen der Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Devisenkurse, Rohwarenkurse, Volatilitäten. ...Probleme, größere Marktpositionen kurzfristig zum Marktwert schließen zu können.
Liquiditätsrisiken	...Probleme, Zahlungsverpflichtungen kurzfristig nachzukommen.
Operationelle Risiken	...Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten, inkl. Rechtsrisiken.
Beteiligungsrisiken	...Wertverluste in Konzernunternehmen und Beteiligungen, sofern nicht in den o. g. Risikokategorien enthalten.
Reputationsrisiken	...Verluste aufgrund einer Schädigung der Reputation der Bank.
Geschäftsrisiken	...Verluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet oder aus strategischen Fehlentscheidungen, sofern sie nicht die o. g. banktypischen Risiken betreffen.
Pensionsrisiken	...Erhöhungen von Pensionsrückstellungen.
Immobilienrisiken	...Wertverluste im Immobilienbestand des Konzerns.
Developmentrisiken	...Wertverluste, die insbesondere aus potenziellen Planabweichungen im Projektentwicklungsgeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH resultieren.
Modellrisiken	...Verluste, die als Folge von Entscheidungen entstehen können, die sich auf das Ergebnis von Modellen stützen. Auslösende Faktoren können dabei Fehler bei der Konzeption, Anwendung und Validierung von Modellen sein.

Ökonomische Sicht (1. Steuerungskreis).

Zur Sicherstellung einer unter ökonomischen Gesichtspunkten angemessenen Kapitalisierung erfolgt eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikoarten und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur ökonomischen Kapitalausstattung (Risiko-deckungsmasse). Diese Risikotragfähigkeitsrechnung (RTF) wird auf einem sehr hohen Konfidenz-niveau und unter einer umfassenden Abgrenzung des Kapitalbegriffs unter Einbeziehung nachrangiger Verbindlichkeiten durchgeführt.

Die interne Überwachung dieser Kennzahl anhand von verbindlichen Zielwerten und Toleranzgrenzen stellt die Angemessenheit der ökonomischen Kapitalausstattung des LBBW-Konzerns für Zeiten der normalen Geschäftstätigkeit wie auch für Stressphasen sicher.

Die Risikodeckungsmasse (RDM, entspricht Risikodeckungspotenzial laut MaRisk) bezeichnet in der LBBW die nach ökonomischen Kriterien abgegrenzten Eigenmittel, die zur Deckung von unerwarteten Verlusten zur Verfügung stehen. Neben dem Konzerneigenkapital nach IFRS inkl. Neubewertungsrücklagen werden Nachrangkapitalien und realisiertes GuV-Ergebnis nach IFRS als Bestandteile einbezogen. Zusätzlich werden aufgrund aufsichtlicher Vorgaben umfangreiche konservative Abzugspostitionen berücksichtigt.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf, oder auch Ökonomisches Kapital, berechnet. Dieser ist als der Betrag an Kapital zu verstehen, der benötigt wird, um die aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es also das aus Sicht der LBBW ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird. Es wird für Kredit-, Marktpreis-, Immobilien-, Development-, Beteiligungs- und Operationelle Risiken als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,93% und einem Jahr Haltedauer sowie für Sonstige Risiken über vereinfachte Verfahren quantifiziert.

Die Liquiditätsrisiken (im Sinne von Zahlungsunfähigkeitsrisiken) werden abweichend hiervon durch die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten quantitativen und prozessualen Regelungen gesteuert und limitiert.

Die Modellrisiken werden vollumfänglich über den Modellrisikomanagement-Prozess und die entsprechenden Instrumente gesteuert, wobei die Identifikation und Klassifizierung von Modellen via Modellinventur sowie die unabhängige Validierungseinheit des Bereichs Konzernrisikocontrolling eine hervorgehobene Rolle einnehmen.

Das oberste Risikolimit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) als Teil der quantitativen Risikotoleranz stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für sämtliche relevanten, quantifizierten Risikoarten dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme des LBBW-Konzerns wider. Es wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie der Risikotoleranz deutlich unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt und lässt damit Raum für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen, die ebenfalls begrenzt werden (Stressresistenz). Ergänzend erfolgt eine Verifizierung des ÖKap-Limits auf Basis der Planwerte aus dem Kapitalplanungsprozess. Ausgehend vom obersten ÖKap-Limit werden ÖKap-Limite für die verschiedenen direkt quantifizierten Risikoarten und für die nicht im Rahmen eines Modellansatzes quantifizierten Sonstigen Risiken abgeleitet. Die Risikotragfähigkeit wird über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht. Die jeweiligen Ampelschwellen sind mit dem Sanierungsplan gemäß dem Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) verbunden und mit einem Eskalationsprozess verknüpft. Die Darstellung der Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns erfolgt vor möglichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung (sog. Bruttobetrachtung).

Regulatorische Sicht (2. Steuerungskreis).

Neben der ökonomischen, barwertigen Sichtweise (1. Steuerungskreis) umfasst das Risikotoleranz- und Steuerungskonzept der LBBW auch den sogenannten normativen (regulatorischen) Steuerungskreis. Dabei wird zum einen die Einhaltung der internen Zielvorgaben (Toleranzgrenzen, die weit über den

regulatorischen Mindestanforderungen liegen) mittels eines laufenden Überwachungsprozesses sichergestellt, zum anderen wird die langfristige Erreichung bzw. Erfüllung der Unternehmensziele im Rahmen des Kapitalplanungsprozesses sichergestellt. Ergänzend wird die Einhaltung der internen Zielvorgaben auch bei adversen und gestressten Entwicklungen durch Betrachtung von Planungsszenarien und Stressszenarien sichergestellt (Stressresistenz). Weitere Details hierzu sind in den Notes abgebildet.

Stresstests.

Neben den vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind Stressszenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren die Wirkung zukünftig möglicher konjunktureller Schwankungen und krisenhafter Marktentwicklungen daraufhin, ob die LBBW auch für Extremsituationen gerüstet ist.

Stresstests sind daher ein integraler Bestandteil des Risikomanagements der LBBW. Die Stressszenarien werden so ausgestaltet, dass die Auswirkungen von außergewöhnlichen, aber plausiblen Ereignissen unterschiedlicher Schweregrade auf die ökonomische und regulatorische Kapitalausstattung sowie auf die Liquiditätssituation berücksichtigt werden. Dabei werden unterschiedliche Methoden verwendet, von der einfachen Sensitivitätsanalyse bis hin zu komplexen risikoartenübergreifenden makroökonomischen Szenarien. Auch wird regelmäßig ein sog. inverses Stresstesting durchgeführt, um zu untersuchen, welche Szenarien zu einer existenziellen Gefährdung des LBBW-Konzerns führen könnten.

Um die Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten auch im Stressfall sicherstellen zu können, werden für die verschiedenen Risikoarten sog. MaRisk-Stressszenarien definiert. Diese Stressszenarien sind volkswirtschaftlich ausgerichtete, risikoartenübergreifende Szenarien, bei deren Definition ein besonderer Fokus auf die Risikokonzentrationen der LBBW gelegt wird. Ergänzend zur Betrachtung der ökonomischen und regulatorischen Kapitalausstattung im Status quo erfolgt auf Basis dieser Szenarien eine Überwachung der Stressresistenz des Konzerns. Sie bilden außerdem die Basis für die Sanierungsplanung gemäß SAG. Überschreitungen werden über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling sowie das Finanzcontrolling überwacht und eskaliert.

Risikolage LBBW-Konzern.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns während des gesamten Geschäftsjahres 2017 jederzeit uneingeschränkt gegeben war. Die Risikodeckungsmasse ist zum Jahresende 2017 gegenüber dem Jahresende 2016 weiter erhöht worden. Durch die Stärkung der Kapitalbasis mittels Neuemission nachrangiger Verbindlichkeiten sowie der gleichzeitigen Risikoreduktion hat sich die Auslastung der Risikodeckungsmasse mit 41,9% gegenüber dem Jahresende 2016 weiter verbessert. Auch die Stressresistenz war über das gesamte Geschäftsjahr hinweg gegeben.

Risikotragfähigkeit LBBW-Konzern.

Mio. EUR	31.12.2017 Absolut ¹	Auslastung	31.12.2016 Absolut ¹	Auslastung
Risikodeckungsmasse	16 495	42%	16 206	44%
Ökonomisches Kapitallimit ²	12 800	54%	12 800	56%
Ökonomische Kapitalbindung	6 903		7 111	
davon:				
Diversifikationseffekte	- 446		- 422	
Adressenausfallrisiko	3 326		3 899	
Marktpreisrisiko	1 974		1 659	
Beteiligungsrisiko	35		47	
Operationelles Risiko	781		716	
Developmentrisiko	102		61	
Immobilienrisiko	162		186	
Sonstige Risiken ³	970		965	

¹ Konfidenzniveau 99,93%/1 Jahr Haltedauer.

² Die einzelnen Risikoarten sind über ÖKap-Limite limitiert.

³ Sonstige Risiken (insbesondere Reputations-, Geschäfts-, Pensions- und Modellrisiken).

Ausgehend vom Jahresende 2016 hat sich die ökonomische Kapitalbindung in Summe um -0,2 Mrd. EUR verringert. Der Rückgang beim Adressenausfallrisiko resultiert maßgeblich aus Änderungen bei den Marktdaten sowie Portfolioveränderungen. Die Abbildung des Marktpreisrisikos im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Basis des aktuellen und des auf Basis langfristiger Historien (inklusive Stresszeiträumen) ermittelten Risikobetrags. Aufgrund von Modelladjustierungen im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung hat sich das Operationelle Risiko gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Chancen.

Die für die Berechnung der Risikotragfähigkeit relevante Risikodeckungsmasse (RDM) ist als jeweils niedrigste RDM der folgenden 12 Monate definiert. Chancen ergeben sich somit, wenn die tatsächliche RDM die prognostizierte Entwicklung übertrifft oder wenn sich die Prognose infolge einer positiven Entwicklung verbessert. Dies ist insbesondere der Fall bei Marktentwicklungen mit positiver Wirkung auf Ergebnis- und Kapitalgrößen (vor allem Credit Spreads) bei aufgrund der konjunkturellen Entwicklung verminderter Risikovorsorge oder bei einer besser als erwarteten Geschäftsentwicklung. Neben markt- und geschäftsinduzierten Verbesserungen kann die RDM aktiv durch Maßnahmen wie die Emission von Nachrangkapital gestärkt werden.

Die Risikotragfähigkeitssituation wird neben der Risikodeckungsmasse vom Ökonomischen Kapital geprägt. Die Entwicklung des ÖKaps ist von einer Vielzahl an Einflussfaktoren abhängig. Eine positive Marktlage bei den Credit Spreads, Zinsen und Volatilitäten kann ebenso zu einer Verringerung des ÖKaps beitragen wie eine z. B. konjunkturbedingte Verbesserung der Portfolioqualität.

Die sehr geringe Auslastung der Risikodeckungsmasse schafft darüber hinaus aus ökonomischer Sicht Kapazitäten für potenzielles Neugeschäft.

Prozesse und Reporting im Risikomanagement.

Risikomanagement und Überwachung.

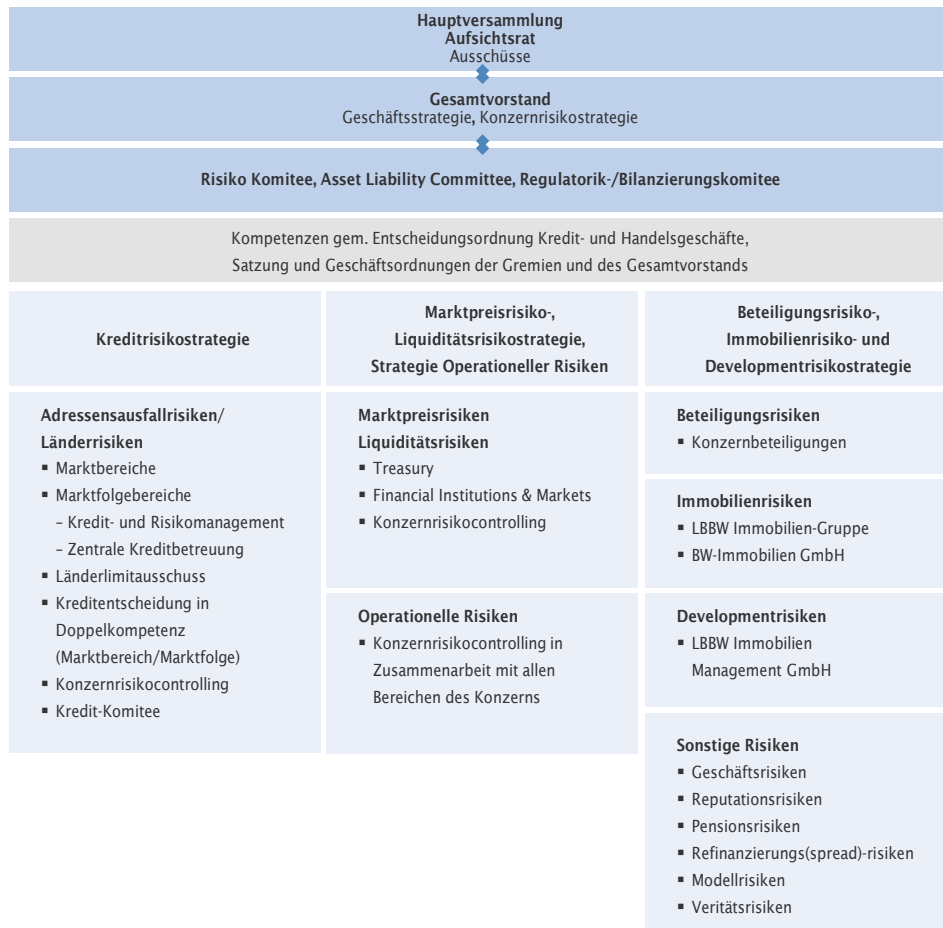
Das Risikomanagement der LBBW und die Überwachung der Risiken basieren auf den Leitlinien der Risikostrategie sowie den definierten Limiten bzw. Kompetenzen.

In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen sowie der Leitlinien der Risikostrategie eingegangen werden. Innerhalb des definierten Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikoartenspezifische Details.

Besondere Beachtung finden potenzielle Risikokonzentrationen. Konzentrationen entstehen zum einen durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart. Zum anderen können sie auch durch gemeinsame Risikofaktoren oder durch Interaktionen verschiedener Risikofaktoren unterschiedlicher Risikoarten entstehen. In der LBBW werden Konzentrationsrisiken mittels geeigneter Verfahren identifiziert und entsprechend bewusst gesteuert. Bestandsgefährdende Risiken sind auszuschließen. Es bestehen differenzierte Überwachungsprozesse (z. B. Bericht über Risikokonzentrationen, Stresstests) und Limite (z. B. Branchen- und Länderlimitierungen), um diese strategische Vorgabe zu überwachen. Ergänzende Informationen hierzu sind in den Kapiteln zur jeweiligen Risikoart aufgeführt.

Die Struktur sowie die einzelnen Elemente des Risikomanagementsystems der LBBW sind in nachfolgender Grafik im Überblick dargestellt:

Risikomanagementstruktur.



Gremien und Reporting.

Die Mitglieder des Gesamtvorstands werden bei Entscheidungen durch Gremien und ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen unterstützt. Das risikorelevante Berichtswesen im Sinne der Vorgaben der MaRisk bilden dabei der Gesamtrisikobericht und der Bericht an das Asset Liability Committee (ALCo).

Das Risiko Komitee setzt sich zusammen aus den für Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, Finanzen/Strategie sowie Risikomanagement/Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern aus Konzernrisikocontrolling, Konzernstrategie und Finanzcontrolling, Treasury und Marktfolge. Als beratender Ausschuss arbeitet es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Risikoüberwachung, Risikomethodik und Risikostrategie für den Gesamtkonzern. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen.

Das ALCo hat ebenfalls eine beratende Funktion und beschließt über Vorschläge zur Entscheidung durch den Gesamtvorstand. Fokus des Asset Liability Committee ist die strategische Ressourcensteuerung für den Gesamtkonzern. Es unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, Kapitalsteuerung, Liquiditätssteuerung und Refinanzierung sowie der Marktpreisrisikosteuerung. Das Committee setzt sich zusammen aus den für Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft und Finanzen/Strategie zuständigen Dezernenten sowie den Bereichsleitern aus Konzernstrategie und Finanzcontrolling sowie Treasury. Darüber hinaus nehmen die Bereiche Konzernrisikocontrolling und Finanzen an den Sitzungen teil.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht ein koordinierendes Regulatorik-/Bilanzierungskomitee. Das Komitee setzt sich u.a zusammen aus den für Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, Risikomanagement/ Compliance und Revision verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern aus Recht, Informationstechnologie, Finanzen, Konzernrisikocontrolling, Konzernstrategie und Finanzcontrolling sowie Treasury.

Anpassungsprozesse.

Neuartige Handels- und Kreditprodukte durchlaufen in der LBBW einen Neue-Produkte-Prozess, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Konzernrisikocontrollings, aber auch die Abbildung möglicher rechtlicher Konsequenzen sicherstellt.

Schwerpunktmäßig sind Produkte des Handels betroffen. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Bei wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in den IT-Systemen analysiert die LBBW im Rahmen eines festgelegten Regelprozesses potenzielle Auswirkungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität.

Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Konzernrevision überwacht prozessunabhängig die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Konzernrevision

nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Konzernrevision überwacht zudem die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Die Prüfungstätigkeit der Konzernrevision richtet sich grundsätzlich nach einer vom Vorstand genehmigten jährlichen Prüfungsplanung, die auf Basis einer langfristigen, risikoorientierten Planung erstellt wird. Dabei sind unter Berücksichtigung der Risikogewichtung in einem angemessenen Zeitraum, grundsätzlich innerhalb von drei Jahren, alle Aktivitäten und Prozesse des LBBW-Konzerns zu erfassen.

Regulatorische Entwicklungen.

Aufsichtsübernahme durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Im Rahmen des Einheitlichen Europäischen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) hat die EZB am 4. November 2014 die Aufsicht über die LBBW übernommen. Dabei ist die LBBW innerhalb der Bankenaufsicht der EZB der Generaldirektion I zugeordnet, welche sich um die 30 bedeutendsten Banken kümmert.

Dabei ist eine Kernaufgabe der EZB, eine eigenständige Bewertung und Überprüfung der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Banken vorzunehmen. Zentrales Instrument ist der sog. aufsichtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP). Neben Workshops, Datenabfragen und Auskunftersuchen zu verschiedenen Fokusthemen sind dabei auch Stresstests ein wesentliches Aufsichtsinstrument. Im Jahr 2017 fand ein EZB-Stresstest zu Zinsänderungsrisiken im Bankbuch statt sowie die jährliche Transparency Exercise mit Veröffentlichung auf der EBA- und LBBW-Homepage.

Darüber hinaus hat die EZB am 18. Dezember 2017 ihre Prioritäten für die Aufsichtstätigkeit in 2018 für alle Banken genannt. Die zentralen Schwerpunktthemen bleiben im Wesentlichen die Risiken im Zusammenhang mit Geschäftsmodell, Ertragskraft, Kreditrisiko (NPL und Konzentrationsrisiken) und Risikomanagement der Institute. Darüber hinaus werden u. a. die Themen »Brexit«-Vorbereitung, Durchführung des Stresstest 2018 sowie Risiken im Zusammenhang mit IT- und Cyberkriminalität weiterverfolgt.

Weiterentwicklung der CRD/CRR.

Am 1. Januar 2014 ist die europäische Umsetzung des Basel-III-Regelwerks über das CRD IV/CRR-Legislativpaket in Kraft getreten. Die EU-Kommission hat im November 2016 Vorschläge zur Überarbeitung der beiden Regularien (CRR II/CRDV) vorgestellt, die im Rahmen des sog. Trilogs mit dem EU-Parlament und -Rat verhandelt werden. 2017 wurden lediglich die eilbedürftigen Themen (u. a. zur Übergangsregelung für die Erstanwendungseffekte aus der Einführung von IFRS 9) im Rahmen des sog. Fast-track-Verfahrens verabschiedet. Ziel der Überarbeitung ist die Behebung von Inkonsistenzen sowie die Implementierung internationaler regulatorischer Anforderungen. Dazu gehören Vorgaben zur Verschuldung, Liquidität und Passiva. Darüber hinaus werden neue Handelsbuchvorschriften (»FRTB« – Fundamental Review of the Trading Book), Vorgaben zum Kontrahentenrisiko von Derivaten (»SA-CRR« – Standardised Approach Counterparty Credit Risk) sowie Zinsänderungsrisiken im Bankbuch eingeführt, die informell als Teil des »Basel-IV«-Reformpakets bezeichnet werden.

CRD und CRR bilden den europarechtlichen Rahmen für Banken und Finanzdienstleistungsinstitute. Diese müssen strenge Anforderungen an Solvabilität, Liquidität sowie besondere Meldepflichten erfüllen. Die CRD enthält Vorgaben für die Zulassung und Beaufsichtigung von Banken- und Finanzdienstleistungsunternehmen, grundsätzliche Regeln zur Eigenkapitalausstattung der Institute, Sanktionen bei Verstößen sowie Regeln zu den Organen der Institute und ihrer Aufsicht. Vorgaben zu den aufsichtsrechtlich bereitzuhaltenden Eigenmitteln sowie Großkredit- und Liquiditätsvorschriften werden in der CRR geregelt.

Dieser regulatorische Rahmen hat Implikationen auf die Geschäftsstrategie, die Ausrichtung der Geschäftsfelder, die Steuerungsmetrik sowie die technische Meldefähigkeit. Die Interdependenzen zwischen dem regulatorischen Rahmen und der Geschäftsstrategie werden laufend im Rahmen einer integrierten Betrachtung analysiert und entsprechend berücksichtigt.

Finalisierung Basel III (»Basel IV«).

Nach langen Verhandlungen haben sich die Aufseher im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht im Dezember 2017 auf das vorerst letzte Reformpaket zum Abschluss des Basel-III-Rahmenwerks (»Basel IV«) geeinigt. Zentrales Verhandlungsergebnis war die Einigung auf den sog. Output-Floor über 72,5%, mit dem zukünftig die Ergebnisse der internen Modelle in der aufsichtlichen Kapitalunterlegung begrenzt werden sollen. Gleichzeitig sollen neue bzw. überarbeitete Standardansätze zur Ermittlung der Risikoaktiva angewendet werden, die risikosensitiver sind. Dazu gehören neue Vorgaben im Kreditrisiko, die Eigenmittelanforderung für CVA und operationelle Risiken. Die neuen Regeln, die sich im Ergebnis auf den Nenner der Solvenz- bzw. Eigenkapitalquoten auswirken, sollen international ab 2022 sukzessive über 5 Jahre eingeführt werden. Dazu müssen die Standards erst noch in europäisches Recht überführt werden.

Die LBBW nimmt regelmäßig an den Basler Auswirkungsstudien teil, um die RWAs zu quantifizieren und in der Kapitalplanung zu berücksichtigen. Darüber hinaus werden weitere Schritte initiiert, um die Auswirkungen zu antizipieren und potenzielle, strategische Handlungsoptionen zu erarbeiten.

Risikoarten.¹

Adressenausfallrisiko.

Definition.

Mit dem übergeordneten Begriff Adressenausfallrisiko wird das Verlustpotenzial bezeichnet, das daraus resultiert, dass Geschäftspartner zukünftig eventuell nicht mehr in der Lage sind, vollumfänglich ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Ein Adressenausfallrisiko kann sowohl über direkte Vertragsbeziehungen (z. B. Kreditgewährung, Kauf eines Wertpapiers) als auch indirekt, z. B. über Absicherungsverpflichtungen (insbesondere Garantiegewährung, Verkauf von Absicherung über ein Kreditderivat), entstehen.

Die wesentlichen Ausprägungen dieses Risikos werden nachfolgend definiert und kurz erläutert.

Kreditrisiko.

Der oft auch synonym zu Adressenausfallrisiko verwendete Begriff Kreditrisiko bezeichnet hier das Adressenausfallrisiko aus dem Kreditgeschäft, d. h. aus der Gewährung von Krediten und der Absicherung der Kreditvergabe Dritter (z. B. über Garantien).

Emittentenrisiko.

Unter dem Begriff Emittentenrisiko wird das Adressenausfallrisiko gefasst, das aus Wertpapieren resultiert. Einbezogen in die Betrachtung sind sowohl der direkt gehaltene Wertpapierbestand als auch über Derivate referenzierte Wertpapiere (insbesondere über Kreditderivate).

Kontrahentenrisiko.

Kontrahentenrisiko bezeichnet das Adressenausfallrisiko aus Finanztransaktionen (insbesondere derivativen Geschäften), das dadurch entsteht, dass der Vertragspartner (Kontrahent) nicht mehr in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Situation können zum einen beim Schließen der dadurch offen gewordenen Position Kosten anfallen (sog. Wiedereindeckungsrisiko), zum anderen besteht die Gefahr, dass gegenüber dem Kontrahenten Vorleistungen erbracht wurden, ohne dass der Kontrahent die entsprechende Gegenleistung erbringt (sog. Vorleistungs-, Erfüllungs- bzw. Settlementrisiko).

Länderrisiko.

Als Länderrisiko wird das Adressenausfallrisiko bezeichnet, das dadurch entsteht, dass aufgrund von kritischen politischen oder ökonomischen Entwicklungen in einem Land (oder einer ganzen Region) der Devisentransfer nicht oder nur noch in eingeschränktem Umfang möglich ist.

Sicherheitenrisiko.

Das Sicherheitenrisiko ist kein direktes Adressenausfallrisiko, sondern bezeichnet das Potenzial, dass zur Reduktion von Adressenausfallrisiko erhaltene Sicherheiten an Wert verlieren, insbesondere dann, wenn dies systematisch geschieht (z. B. durch Verwerfungen auf Immobilienmärkten).

¹ Informationen zur ökonomischen Kapitalbindung der einzelnen Risikoarten sind im Kapitel Risikomanagementsysteme/Risikolage LBBW-Konzern enthalten.

Adressenausfallrisikomanagement.

Das Management des Adressenausfallrisikos wird in der LBBW als ganzheitlicher Prozess gelebt und kann in die drei Hauptbestandteile Risikomessung, Risikoüberwachung und -reporting sowie Risiko-steuerung eingeteilt werden:

Bestandteile des Adressenausfallrisikomanagements.

Risikomessung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Risikoklassifizierungsverfahren (PD) ▪ Sicherheitenbewertung (LGD) ▪ Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls (EaD) ▪ Erwartete Verluste (EL), Wertberichtigung und Credit Value Adjustment (CVA) ▪ Credit Value-at-Risk (CVaR) ▪ Risikokonzentrationen und Stresstests
Risikoüberwachung und -reporting	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einzelengagementebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Aktives Risikomanagement durch Marktfolgebereiche ▪ Frühwarnindikatoren ▪ Intensivbetreuung problembehafteter Engagements ▪ Betreuung von Sanierungs- und Abwicklungsengagements in speziellen Einheiten des Risikomanagements ▪ Portfolioebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kontrahenten-, Länder- und Branchenlimite ▪ Turnusmäßige Berichte ▪ Ad-hoc-Informationen zur Risikolage
Risikosteuerung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einzelengagementebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorgaben der Kreditrisikostategie ▪ Risiko- und eigenkapitaladäquate Bepreisung ▪ Teil-Portfolioebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Maßnahmen zur Einhaltung diverser Portfoliolimitierungen ▪ Zielvorgaben der Kreditrisikostategie ▪ Gesamt-Portfolioebene <ul style="list-style-type: none"> ▪ Allokation des Ökonomischen Kapitals auf Branchen

Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden permanent weiterentwickelt.

Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsaktivitäten hat die LBBW spezifische Rating- und Risikoklassifizierungsverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD) der einzelnen Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt.

Die Qualität der im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungsverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren werden bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege dieser Verfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Beteiligung der Landes-

banken) bzw. der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes) durchgeführt.

Der überwiegende Teil des Portfolios wird mit internen Ratingverfahren beurteilt, die von der Bankenaufsicht die Zulassung für den Internal Rating Based Approach (IRBA) erhalten haben. Damit werden die Ratingnoten nicht nur zur internen Steuerung, sondern auch zur Bemessung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen verwendet.

Sicherheitenbewertung.

Ausgangspunkt für die Sicherheitenbewertung ist der Marktwert, der turnusgemäß sowie anlassbezogen überprüft und bei Änderung bewertungsrelevanter Faktoren angepasst wird. Aufbauend auf der individuellen Sicherheitenbewertung erfolgt die Schätzung der Verlusthöhe bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Diesbezüglich werden differenzierte Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Pooldaten.

Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls.

Während zu Reportingzwecken ein stichtagsbezogener Exposurebegriff (Exposure at Default, EaD) verwendet wird, wird für die Credit-Value-at-Risk-Ermittlung und für die Linienanrechnung, z. B. bei Derivaten, ein potenzielles zukünftiges Exposure kalkuliert. Dieses wird überwiegend auf Basis von Marktwerten und entsprechenden Add-ons ermittelt. In der Add-on-Berechnung werden neben der Restlaufzeit die Produktart und Marktfaktoren (Zins, Währung etc.) berücksichtigt. Nettingvereinbarungen und Collateral Agreements werden zur Risikoreduzierung eingesetzt. Bei den Emittentenrisiken des Handelsbuches werden für die Bestimmung der Anrechnungsbeträge auf das jeweilige Limit die Ausgleichszahlungen sowie die tatsächlichen Marktwertverluste eines potenziellen Ausfalls berücksichtigt (Jump-to-Default-Methode). Für Emittenten- bzw. Referenzschuldnerisiken aus Wertpapieren und Beständen des Anlagebuches werden die (modifizierten) Nominalwerte verwendet.

Erwartete Verluste, Wertberichtigungen und Credit Value Adjustment.

Der erwartete Verlust (Expected Loss, EL) – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. Auch im Rahmen der Impairmentrechnung wird auf den erwarteten Verlust zurückgegriffen. Bei Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge wird der eingetretene Verlust (incurred loss), der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde, auf Basis des EL geschätzt. Bei Einzelwertberichtigungen werden die Barwerte der erwarteten Zahlungsströme (einschließlich Zahlungen aus Sicherheitenverwertungen) ermittelt und für die erwarteten Verluste nach konzernweit einheitlichen Maßstäben Risikovorsorge gebildet.

Bezüglich der Aktivitäten im Rahmen der Umstellung auf das neue Wertminderungsmodell gemäß IFRS 9, dem das Konzept des erwarteten Verlusts zugrunde liegt, wird auf die Ausführungen unter Note 2 (»Änderungen und Schätzungen«) verwiesen.

Der Marktpreis des Kontrahentenrisikos von zum Fair Value bilanzierten OTC-Derivaten wird mit dem sogenannten Credit Value Adjustment (CVA) gemessen. Dieses geht als Bewertungsanpassung

in die GuV der LBBW ein. Hierbei wird sowohl die Bonität des Kontrahenten als auch die Bonität der LBBW berücksichtigt.

Credit Value-at-Risk.

Der Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den unerwarteten Verlust, das ist der potenzielle Wertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Zur Ermittlung wird ein Kreditportfoliomodell verwendet, das neben den Ausfällen auch Ratingmigrationen einbezieht. Die entsprechenden Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten sind den Kreditnehmern anhand ihres Ratings zugeordnet. Der CVaR wird in einem Monte-Carlo-Simulationsansatz ermittelt und berücksichtigt Korrelationen zwischen den Kreditnehmern ebenso wie Konzentrationen auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene. Das Kreditportfoliomodell der LBBW wird fortlaufend einem von der Modellentwicklung unabhängigen Validierungsprogramm unterzogen.

Die Maßzahl CVaR wird als Ökonomisches Kapital für Adressenausfallrisiken in der Risikotragfähigkeitsanalyse und in der Steuerung der LBBW verwendet. CVaR und Ökonomisches Kapital sind mit einem adäquat hohen Konfidenzniveau und auf einen Zeithorizont von einem Jahr definiert.

Risikokonzentrationen und Stresstests.

Risikokonzentrationen werden u. a. anhand des CVaR gemessen. Die Konzentrationsrisikoschwellen werden für Einzeladressen als auch auf Branchenebene durch das Konzernrisikocontrolling vorgeschlagen und durch den Vorstand festgelegt. Die Schwellenwerte werden in Abhängigkeit der Entwicklung des Kreditportfolios sowie der Risikotragfähigkeit jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst.

Darüber hinaus werden auf Ebene des LBBW-Konzerns, speziell auch im Hinblick auf mögliche Konzentrationsrisiken, umfangreiche Stressszenarien gerechnet, die mögliche Veränderungen des LBBW-Portfolios oder bestimmter Ratingverfahren in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) oder des Marktumfelds analysieren. Die Adressenausfallrisiken sind in die risikoartenübergreifenden Szenarien eingebunden.

Risikoüberwachung und -reporting.

Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzelengagements sind die Marktfolgebereiche zuständig. Diese sind gemäß den aufsichtsrechtlichen Anforderungen organisatorisch von den Markteinheiten getrennt. In der Marktfolge werden eindeutige Zuständigkeiten und angemessene Erfahrung und Fachkenntnisse durch eine kunden- bzw. branchenspezifische Aufbauorganisation sichergestellt. Kreditentscheidungen werden in einem System abgestufter Kompetenzen vorgenommen, die in den Entscheidungsordnungen der Bank geregelt sind.

Im Rahmen der Risikoüberwachung kontrollieren die zuständigen Risikomanager laufend die Einhaltung der eingeräumten Linien sowie die Entwicklung bonitätsrelevanter Informationen. Hierzu gehören die Überwachung von Auffälligkeiten im Kontoverhalten, Bewertung von Unternehmensnachrichten sowie das Beobachten von makroökonomischen und branchenspezifischen Trends. Sofern für ein Unternehmen Marktdaten beobachtbar sind, kommt bei Bedarf zusätzlich ein marktdatenbasiertes System zum Einsatz.

Zur Risikofrüherkennung existiert ein System aus prozessualen Regelungen und systemgenerierten Signalen, deren Zielsetzung insgesamt das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen ist.

Durch das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen, wie z. B. Erhöhung der Sicherheiten oder präventive Umstrukturierung, eingeleitet werden. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und in den zuständigen Abteilungen betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt im von Markt- und operativen Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. Hier sind die Zuständigkeiten für die Angemessenheit der Ratingverfahren, die Adressenausfallrisiko-Messung, die Überwachung der Kontrahenten-, Länder- und Branchenlimite sowie die Erstellung der Risikoberichte angesiedelt.

Die jeweiligen Auslastungen der gesetzten Exposure- und CVaR-Limite werden u. a. im monatlichen Gesamtrisikobericht dargestellt.

- Die Einhaltung der Länderlimite wird täglich mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert.
- Das Financials-Portfolio ist in Summe limitiert.
- Branchenrisiken aus dem Unternehmensportfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst. So werden bspw. Maschinenbauunternehmen, deren Produkte überwiegend an Kunden aus der Automobilbranche verkauft werden, ebenfalls der Automobilbranche zugeordnet.

Zur Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Ad-hoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Als wichtigste turnusmäßige Berichte sind zu benennen:

- Der monatlich im Risiko Komitee vorgestellte Gesamtrisikobericht mit Angaben zur Risikolage auf Portfolioebene und über die Einhaltung der wesentlichen Limitierungen. Im Kontext von Portfolioanalysen wird ergänzend z. B. über die Risikosituation einzelner Branchen sowie über Risikokonzentrationen berichtet.
- Der pro Quartal erstellte ausführliche Kreditrisikobericht als Anlage zum Gesamtrisikobericht. Dieser enthält zusätzliche Detailinformationen bezüglich der Entwicklung der Risikoversorge, Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostategie, Ratingverteilungen, Größenklassen, Produktarten, Restlaufzeiten, Neugeschäft und Risikokonzentrationen aus Einzelengagements.
- Der halbjährliche ausführliche Branchenbericht mit detaillierten Angaben zur Branchensituation, Portfoliostruktur und bedeutenden Kunden je Branche.

Risikosteuerung.

Die Steuerung von Adressenausfallrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostategie, durch die ÖKap-Allokation auf Sub-Portfolios mithilfe des CVaR sowie die Vermeidung bzw. Reduzierung von Konzentrationsrisiken auf Branchen-, Länder- und Einzelkontrahentenebene.

Einzelengagementebene.

Grundsätzlich werden die Obergrenzen auf Ebene der Einzelengagements individuell durch den jeweils zuständigen Kompetenzträger von Markt und Marktfolge festgelegt. Auf diese Obergrenze werden alle risikorelevanten Geschäfte eines Kunden bzw. einer Kreditnehmereinheit oder Gruppe verbundener Kunden angerechnet. Wesentlicher Bestandteil der Einzelgeschäftssteuerung ist die Einhaltung der quantitativen und qualitativen Vorgaben der Kreditrisikostategie. Hier werden auf Basis der Geschäftsstrategie sowie unter Berücksichtigung der Konzernrisikostategie die Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer sich das Kreditgeschäft in der LBBW bewegen soll. Auf der Vermeidung von Konzentrationsrisiken liegt dabei ein besonderes Augenmerk.

Aus ökonomischer Sicht ist der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss, weshalb grundsätzlich die Pflicht zur Vorkalkulation der Einzelgeschäfte besteht. Die Vorkalkulation umfasst neben dem Einstandszinssatz und der Bankenabgabe Bestandteile zur Deckung des erwarteten Verlustes (Risikospanne), zur Verzinsung des aufgrund unerwarteter Verluste vorzuhaltenden Eigenkapitals (Kapitalspanne) sowie zur Deckung der Liquiditäts- und Bearbeitungskosten. Die Ergebnisse sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Kundenebene.

Teil-Portfolioebene.

Maßnahmen zur Risikosteuerung unterscheiden sich in Abhängigkeit der jeweiligen Teil-Portfolioebene:

- Länderlimite werden vom Vorstand auf Basis eines Vorschlags des Länderlimit-Ausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länderlimit-Auslastung erfolgt eine Warnmitteilung an die tangierten Markt- und Marktfolgebereiche, bei einer Überziehung wird ein Geschäftsstopp verhängt. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite reduziert und/oder ausgesetzt. Des Weiteren existieren für besonders im Fokus stehende Länder Abbauziele.
- Die Limitierung des Portfolios der Finanzinstitute sowie der Unternehmensbranchen löst bei Überschreiten definierter Schwellenwerte steuernde Maßnahmen, wie z. B. den Abschlussrisikomindernder Sicherungsgeschäfte, Neugesäftsstopp etc., aus.
- Auf Ebene der Geschäftsfelder bzw. Teil-Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch Maßnahmen zur Einhaltung der Portfoliovorgaben der Kreditrisikostategie u. a. in Bezug auf Obergrenzen, Ratingstrukturen und die Portfolioqualität.

Gesamt-Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere das Limit für das Ökonomische Kapital für Adressenausfallrisiken auf Basis des CVaR auf die Branchen allokiert. Hohe Limitauslastungen werden frühzeitig durch ein Ampelsystem angezeigt und es werden entsprechend Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell existenzgefährdende Risikokonstellationen, die ggf. Maßnahmen notwendig machen.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Vorbemerkung.

Die quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Die Risikolage der LBBW wird somit mit den Zahlen dargestellt, mit denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgt. Der Managementansatz weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Ursachen hierfür sind insbesondere die Darstellung unter Risikogesichtspunkten sowie Abweichungen vom bilanziellen Konsolidierungskreis nach IFRS. In der internen Risikosteuerung ist als Tochterunternehmen die SüdLeasing-Gruppe konsolidiert abgebildet.

Die Unterschiede zwischen den Größen der internen Risikosteuerung einerseits und der externen Rechnungslegung andererseits lassen sich wie folgt quantifizieren:

Überleitung Bilanzansatz auf Managementansatz.

Mio. EUR	Bilanzansatz	Überleitung			Management-Ansatz
		Konsolidierungskreis	Bewertung	Sonstige	
31.12.2017					
Barreserve	22 729	- 7	- 16 604	0	6 118
Handelsaktiva	28 698	298	29 004	16	58 015
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	732	- 2	- 101	0	629
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1 956	0	2 240	0	4 196
Finanzanlagen AfS	21 185	1 401	- 632	0	21 954
Forderungen	156 515	- 4 354	10 937	- 753	162 345
Finanzanlagen LaR	1 663	- 5	0	0	1 657
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	104	- 104	0	0	0

Die in den folgenden Darstellungen maßgebliche Größe ist das Brutto- bzw. Netto-Exposure. Hierbei ist das Brutto-Exposure als Marktwert bzw. Inanspruchnahme zzgl. externer offener Kreditzusagen definiert. Im Netto-Exposure werden ergänzend risikoreduzierende Wirkungen berücksichtigt. Hierzu gehören z. B. Netting- und Collateralvereinbarungen, die Sicherungswirkung durch Kreditderivate oder die Anrechnung klassischer Kreditsicherheiten wie z. B. Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten, Garantien oder Bürgschaften.

Die eingegangenen Adressenausfallrisiken standen 2017 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns.

Entwicklung des Exposures.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der beiden Exposuregrößen sowie der risikoreduzierenden Wirkungen im Stichtagsvergleich.

Entwicklung des Exposures.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Brutto-Exposure	307 309	324 667
Netting/Collateral	77 368	86 808
Kreditderivate (Protection Buy)	7 828	11 111
Klassische Kreditsicherheiten	40 487	44 252
Netto-Exposure	181 625	182 496

Das Brutto-Exposure beträgt zum Stichtag 307 Mrd. EUR und ist damit um 17 Mrd. EUR bzw. 5 % geringer als zum Jahresende 2016. Die Veränderung steht einerseits maßgeblich im Zusammenhang mit dem nahezu vollständig abgeschlossenen Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter¹, andererseits ist der Rückgang auch durch die Marktwertentwicklung bei Zinsderivaten induziert. Durch den gleichzeitigen Rückgang der risikoreduzierenden Wirkungen aus Netting- und Collateralvereinbarungen sowie einem Rückgang bei Kreditderivaten (Protection Buy) und den klassischen Kreditsicherheiten schlägt sich der Rückgang nicht vollständig im Netto-Exposure nieder. Das Netto-Exposure reduzierte sich um rund 1 Mrd. EUR bzw. 1 % auf 182 Mrd. EUR.

Die folgenden Darstellungen zu Portfolioqualität, Branchen, Regionen und Größenklassen geben einen Überblick über die relevanten Aspekte der Risikolage der LBBW. Dabei wird auf das Netto-Exposure abgestellt.

Portfolioqualität.

Die Darstellung nach internen Ratingklassen zeigt die Entwicklung der Portfolioqualität im Vergleich zum 31. Dezember 2016.

Portfolioqualität.

Netto-Exposure	Mio. EUR	in %	Mio. EUR	in %
	31.12.2017	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2016
1(AAAA)	33 780	18,6%	41 196	22,6%
1(AAA) – 1(A-)	87 524	48,2%	80 517	44,1%
2 – 5	43 962	24,2%	43 443	23,8%
6 – 8	9 804	5,4%	10 244	5,6%
9 – 10	2 604	1,4%	2 702	1,5%
11 – 15	1 041	0,6%	1 202	0,7%
16 – 18 (Default) ¹	908	0,5%	1 181	0,6%
Sonstige	2 003	1,1%	2 011	1,1%
Insgesamt	181 625	100,0%	182 496	100,0%

¹ Als »Default« werden Engagements ausgewiesen, für die ein Ausfallereignis gemäß CRR Art.148, wie z. B. Unwahrscheinlichkeit der Rückzahlung oder 90 Tage Zahlungsverzug, eingetreten ist. Das Exposure wird vor Berücksichtigung von Risikoversorge/Impairments dargestellt.

Der LBBW-Konzern verfügt über eine gute Portfolioqualität, die sich im Vergleich zum 31. Dezember 2016 geringfügig verbessert hat. Der Investmentgrade-Anteil (Ratings 1(AAAA) bis 5) erhöhte sich leicht auf 91,0% (zum Vergleich 31. Dezember 2016: 90,5%). In der Ratingklasse 1(AAAA) sind vor allem inländische Gebietskörperschaften enthalten. Im Zusammenhang mit dem nahezu vollständig abgeschlossenen Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter reduzierte sich zwar der Anteil in der besten Ratingklasse, was aber durch Erhöhung des Netto-Exposures in den Ratingclustern 1(AAA) – 1(A-) und 2 – 5 kompensiert wird. Der Anstieg basiert auf Neugeschäften sowie Rating-upgrades. Das Netto-Exposure in den Ratingklassen 6 – 15 (Non-Investmentgrade) hat sich ebenfalls leicht rückläufig entwickelt. Der Portfolioanteil liegt bei 7,4% (Vorjahr: 7,8%). Im Trend der Vorjahre wurde auch das non-performing Exposure weiter leicht auf 0,5% des Gesamtportfolios reduziert.

¹ Zum Sealink-Portfolio siehe auch Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.

Branchen.

Die Darstellung der Branchen nach den Dimensionen Netto-Exposure, Credit Value-at-Risk (CVaR) und Default-Bestand gibt Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit und die Risikolage in der jeweiligen Branche. Die Brancheneinteilung erfolgt auf Grundlage des LBBW-internen risikoorientierten Branchenschlüssels, der im Unternehmensportfolio mit den organisatorischen Marktfolgezuständigkeiten korrespondiert.

Branchen.

Mio. EUR	Netto-Exposure 31.12.2017	CVaR 31.12.2017	Default 31.12.2017	Netto-Exposure 31.12.2016	CVaR 31.12.2016	Default 31.12.2016
Financials	73 240	790	20	73 769	1 045	34
davon Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung ¹	12 347	21	0	13 445	17	0
Unternehmen	69 456	1 546	713	61 711	1 670	830
Automobil	12 718	368	100	11 411	411	88
Chemie und Pharma	6 260	127	9	5 627	114	28
Handel und Konsumgüter	11 345	198	127	9 095	218	114
Industrie und Bau	17 754	390	160	15 311	377	261
davon Bauwirtschaft	6 679	175	56	5 809	165	117
Telekommunikation und Medien	3 574	64	56	3 187	69	63
Transport und Logistik	3 830	93	16	4 252	112	40
Versorger und Energie	9 645	214	179	8 888	278	167
davon Versorger & Entsorger	3 985	87	38	3 632	115	5
davon Erneuerbare Energien	2 993	78	84	2 681	89	108
Sonstige	4 332	92	65	3 941	92	68
Immobilien	8 870	323	117	9 677	406	247
Gewerbliche Immobilienwirtschaft (CRE)	6 163	271	95	6 354	304	216
Wohnungswirtschaft	2 707	53	23	3 323	102	31
Öffentliche Haushalte	25 199	314	0	32 477	366	0
Privatpersonen	4 861	104	58	4 862	127	69
Insgesamt	181 625	3 078	908	182 496	3 614	1 181

¹ Ausgewiesen werden hier Geschäfte unter Gewährträgerhaftung sowie im Vorjahr Geschäfte, die im Rahmen der Risikoabschirmung mit einer Garantie des Landes Baden-Württemberg versehen waren (Sealink). Des Weiteren sind hier Zentralbanken und Banken mit staatlichem Hintergrund enthalten.

Financials stellen mit einem Netto-Exposure von 73 Mrd. EUR zum Stichtag die größte der fünf Hauptbranchen dar. Der leichte Rückgang im Vergleich zum Jahresende 2016 um knapp 1 Mrd. EUR steht insbesondere im Zusammenhang mit dem nahezu vollständig abgeschlossenen Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter. Damit verbunden ist auch ein Rückgang der Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung. Der CVaR-Rückgang ist unter anderem eine Folge von Ratingupgrades bei einigen wichtigen Kontrahenten.

Im Unternehmensportfolio haben vor allem die Branchen Industrie und Bau, Handel und Konsumgüter sowie auch Automobil zur Exposure-Erhöhung um insgesamt 8 Mrd. EUR auf 69 Mrd. EUR beigetragen. Die Einzelbranche Automobil ist analog zum Vorjahr die aus Portfoliosicht bedeutendste Unternehmensbranche und wird daher weiterhin intensiv unter dem Aspekt der Steuerung von Branchenkonzentrationen überwacht. Neben den Analysen zur Marktentwicklung werden die aktuellen Themen wie Elektromobilität, das autonome Fahren sowie neue Mobilitätskonzepte und deren Auswirkungen auf die Hersteller und Zulieferer analysiert und ausgewertet. Der CVaR-Rückgang trotz Exposure-Anstieg ist auf Marktdateneffekte (z. B. aus Veränderung der Zinsen und Währungskurse

und der Verringerung von Branchenkorrelationen) sowie Ratingupgrades bei einigen großen Kunden zurückzuführen.

Neben Automobil zählt auch die gewerbliche Immobilienwirtschaft zu den aus Portfoliosicht bedeutendsten Einzelbranchen. In diesem Portfolio sehen wir aufgrund der Diversifikation in unsere strategischen Standorte kein übermäßiges Konzentrationsrisiko. Das Netto-Exposure in der Hauptbranche Immobilien liegt mit rund 9 Mrd. EUR leicht unter Niveau des Vorjahres. Der bereits geringe Defaultanteil in diesem Portfolio konnte insbesondere durch Forderungsverkäufe deutlich reduziert werden. Der überproportionale CVaR-Rückgang resultiert unter anderem aus Zins- und Währungseffekten.

Bei Öffentlichen Haushalten hat sich das Netto-Exposure im Vergleich zum Jahresende 2016 deutlich um 7 Mrd. EUR auf 25 Mrd. EUR reduziert. Der Rückgang steht ebenfalls im Zusammenhang mit dem nahezu vollständig abgeschlossenen Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter. Aufgrund der sehr hohen Bonität hatte dies keine nennenswerte Wirkung auf den CVaR. Weitere Rückgänge im Netto-Exposure und CVaR ergaben sich gegenüber ausländischen Öffentlichen Haushalten.

Das Netto-Exposure und der CVaR bei Privatpersonen liegen auf Niveau des Vorjahres. Dieses Portfolio zeichnet sich durch eine besonders hohe Granularität aus.

Regionen.

Der Anteil des inländischen Geschäfts am Netto-Exposure beträgt 70,9%. Die grundsätzliche Verteilung nach Regionen ist weitgehend konstant, wenngleich sich zum Stichtag kleinere regionale Verschiebungen ergeben haben. Die Fokussierung auf die stabilen und risikoarmen Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank werden auch zukünftig einen dominierenden Deutschland-Anteil sicherstellen.

Die Auslandsengagements verteilen sich insbesondere auf Westeuropa und Nordamerika. Bei den Engagements in Osteuropa, Lateinamerika und Afrika handelt es sich überwiegend um Exportfinanzierungen. Deren Anteil am Netto-Exposure ist von untergeordneter Bedeutung.

Regionen.

Netto-Exposure in %	Anteil 31.12.2017	Anteil 31.12.2016
Deutschland	70,9%	69,1%
Westeuropa (ohne Deutschland)	17,9%	19,0%
Nordamerika	6,2%	7,4%
Asien/Pazifik	2,3%	1,4%
Osteuropa	0,7%	0,8%
Lateinamerika	0,6%	0,7%
Afrika	0,1%	0,0%
Sonstige ¹	1,2%	1,5%
Insgesamt	100,0%	100,0%

¹ Unter »Sonstige« werden Geschäfte ohne Länderzuordnung (z. B. Geschäfte mit supranationalen Institutionen) subsummiert.

Im Verlauf des Jahres 2017 haben sich die im Vorjahr entstandenen politischen Wogen weitgehend geglättet. Nach Einreichung des Austrittsgesuchs aus der Europäischen Union am 29. März 2017 kamen die Verhandlungen der britischen Regierung mit der EU voran, die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich im Frühjahr 2017 sicherten der europafreundlichen politischen Mitte

die für Reformen notwendigen Mehrheiten und das US-amerikanische System der »Checks and Balances« begrenzte allzu folgenschwere Reformvorhaben des neuen US-Präsidenten Trump. Mit einer Rückkehr auf den Wachstumspfad aller wesentlichen Volkswirtschaften entwickelte sich die Weltwirtschaft 2017 noch freundlicher, sodass beinahe eine Dekade nach der globalen Finanzkrise Überhitzungstendenzen wieder thematisiert werden mussten.

Im Hinblick auf den Austritt Großbritanniens aus der EU wurden und werden mögliche Schwachstellen identifiziert und Handlungsalternativen erarbeitet. Die LBBW hat potenzielle Auswirkungen des Austritts analysiert und kommt derzeit zum Ergebnis, dass diese gut beherrschbar sind.

Obwohl die wirtschaftliche Erholung auch die wesentlichen Schwellenländer erfasst hat, sind einige Volkswirtschaften einschließlich der BRICS-Staaten gegenüber internen und externen Schocks weiterhin anfällig, sodass Produkt- und Limiteinschränkungen ebenso wie ein sehr enges Monitoring der wichtigsten Eckdaten für die internationale Zahlungsfähigkeit unverändert fortbestehen. Besonders im Fokus stand 2017 die Außenwirtschaftsentwicklung der Türkei.

Größenklassen.

Die nachfolgende Darstellung der Größenklassen erfolgt auf Kundenebene oder, sofern eine Konzerneinbindung vorliegt, auf Ebene der Kreditnehmereinheit.

Größenklassen.

Netto-Exposure	Anzahl 31.12.2017	Netto- Exposure in % 31.12.2017	Anzahl 31.12.2016	Netto- Exposure in % 31.12.2016
bis 10 Mio. EUR	730 149	11,9%	761 364	12,0%
bis 50 Mio. EUR	1 144	14,1%	1 140	13,9%
bis 100 Mio. EUR	245	9,8%	219	8,8%
bis 500 Mio. EUR	291	35,7%	268	33,1%
bis 1 Mrd. EUR	40	15,7%	36	14,2%
über 1 Mrd. EUR	13	12,9%	14	18,0%
Insgesamt	731 882	100,0%	763 041	100,0%

Auf die Größenklassen bis 100 Mio. EUR Netto-Exposure entfallen 36% des Netto-Exposures (Vorjahr: 35%). Die hohe Kundenanzahl resultiert hier insbesondere aus dem Retailportfolio.

In den beiden Größenklassen 100 bis 500 Mio. EUR bzw. 500 Mio. bis 1 Mrd. EUR Netto-Exposure dominieren mit einem Anteil von 97% bzw. 100% die sehr guten bis guten Bonitäten (Ratings 1(AAAA) bis 5).

Die Anzahl der Engagements mit > 1 Mrd. EUR Netto-Exposure reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr per Saldo von 14 auf 13 Adressen, was zu einem Rückgang des Portfolioanteils um fünf Prozentpunkte auf 13% geführt hat. Der Rückgang betrifft insbesondere Öffentliche Haushalte und Financials. Dadurch sind zum Stichtag 31. Dezember 2017 in dieser Größenklasse annähernd zu gleichen Anteilen Öffentliche Haushalte (inländische Gebietskörperschaften), Financials und Unternehmen vertreten. Es handelt sich um Adressen mit ausschließlich sehr guter bis guter Bonität (mindestens Ratingklasse 1(A-) sowie eine Adresse mit Ratingklasse 5). Die Großengagements werden unter dem Aspekt der Steuerung von Klumpenrisiken weiterhin intensiv überwacht.

Chancen.

Die hohe Risikotragfähigkeit und starke Kapitalsituation der LBBW ermöglichen Wachstum, ohne die Risikosituation zu gefährden. Dies wird durch eine im Wettbewerbsvergleich günstige Refinanzierung unterstützt.

Die Kerngeschäftstätigkeit der LBBW ist mit dem Eingehen von Adressenausfallrisiken verbunden. Diese Risiken werden angemessen in der Preisfindung berücksichtigt. Durch die Selektion von Geschäften mit einem vorteilhaften Risk-Return-Verhältnis ergeben sich besondere Gewinnchancen. Ferner kann sich aus einer über den Erwartungen liegenden Entwicklung der wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten die Chance auf eine verbesserte Portfolioqualität und damit einhergehend einen weiterhin geringen Wertberichtigungsbedarf ergeben. Geschäftspotenzial sowie höhere Margen könnten sich durch Prozessoptimierungen, bei einer geringeren Wettbewerbsintensität auf dem deutschen Bankenmarkt sowie in einem attraktiveren Zinsumfeld erzielen lassen.

Mit den vier strategischen Stoßrichtungen Geschäftsfokus, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Agilität sieht sich die LBBW in einem anspruchsvollen Marktumfeld gut positioniert: Die Stoßrichtung Geschäftsfokus strebt Wachstum durch Erweiterung der bereits starken Kundenbasis an, z. B. über den Ausbau des Kreditportfolios in neuen Fokussektoren (z. B. Pharma, Gesundheitswesen) bei gleichzeitiger Optimierung der Portfoliodiversifikation. Die Chancen der Digitalisierung werden verfolgt: Zum einen werden zentrale Kundengeschäftsabläufe digitalisiert sowie innovative Produkte und Lösungen angeboten. Zum anderen sind schnellere und schlankere interne Abläufe durch Prozessdigitalisierung und Modernisierung der IT notwendig. Bei der Platzierung von Schuldscheinen mittels Blockchain-Technologie gehört die LBBW zu den Pionieren in Deutschland. Ein überdurchschnittliches Wachstum wird zudem bei nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen erwartet, an dem die Bank verstärkt partizipieren möchte. Die Begleitung der Zukunftsherausforderungen unserer Kunden auf dem Weg hin zu nachhaltigen Geschäftsmodellen sowie die Anpassung der Kreditpolitik hinsichtlich Nachhaltigkeits- und Risikokriterien sind zentrale Bestandteile der Nachhaltigkeitsbestrebungen. Mit der Emission eines eigenen Green Bonds sowie als Joint Bookrunner hat die LBBW dabei bereits erste Chancen ergriffen. Unterstützend wirkt die Verankerung des Agilitätsaspekts innerhalb der LBBW: Schnelle und unbürokratische Entscheidungswege, eine stärkere Kunden- und Lösungsorientierung sowie eigenverantwortliches, bereichsübergreifendes Handeln stehen im Mittelpunkt.

Marktpreisrisiken.

Definition.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW potenzielle Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren. Marktpreisrisiken werden in die Kategorien Aktien, Zins und Währung/Rohwaren untergliedert.

Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW.

Aktienrisiko.

Das Aktienrisiko ist zurückzuführen auf Aktien- bzw. Indexkursbewegungen und ggf. Aktien- bzw. Indexvolatilitäten.

Zinsrisiko.

Das Zinsrisiko beruht auf Änderungen von Marktzinsen, Zinsspreads, Credit Spreads oder auch Zinsvolatilitäten. Dies beinhaltet auch die Zinsänderungsrisiken im Bankbuch (IRRBB).

Währungs-/Rohwarenrisiko.

Währungs-/Rohwarenrisiken werden im LBBW-Konzern unter der Risikoart FX-Risiko zusammengefasst und abgebildet. Das Währungsrisiko beruht auf der Entwicklung von Wechselkursen. Das Rohwarenrisiko basiert auf der Änderung von Edelmetallkursen und Rohwarenpreisen.

Marktpreisrisikomanagement.

<p>Risikomessung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Aufsichtsrechtlich zugelassenes internes Risikomodell ▪ Tägliche Value-at-Risk-Berechnung ▪ Stresstests, StressVaR-Ermittlung, Backtesting-Analyse ▪ Sensitivitäten ▪ Überwachung Risikokonzentration
<p>Risikoüberwachung und -reporting</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Überwachung und Einhaltung der Limite durch Portfolioverantwortliche im Konzernrisikocontrolling ▪ Tägliches, wöchentliches und monatliches Reporting
<p>Risikosteuerung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorgaben durch die Marktpreisrisikostategie und Portfoliosteckbriefe ▪ VaR-Limitierung bis auf Portfolioebene ▪ Verlustgrenze pro Portfolio durch Loss-Warning-Trigger ▪ Limitierung der Sensitivitäten

Risikomessung.

Risikomodell.

Im Finanzsektor wird das Marktrisiko der Handels- und Bankportfolios über Value-at-Risk-Prognosen abgebildet. Der Value-at-Risk (VaR) lässt sich im Rahmen eines stochastisch-mathematischen Modells bestimmen. Dieses leitet aus einer Verteilung der Marktfaktoren, einer darauf aufbauenden Bewertung und ggf. entsprechenden Vereinfachungen eine Portfoliowertverteilung ab. Hieraus wird der VaR als größtmöglicher Verlust unter dem vorgegebenen Konfidenzniveau bestimmt.

In der LBBW erfolgt die Messung mit einem eigenentwickelten Verfahren, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. Dabei werden marktinduzierte Wertschwankungen von komplexen Geschäften teilweise genähert. Darüber hinaus gehen die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzmatrix mit ein. Mithilfe von Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt.

Das Risikomodell wird für allgemeine Zins- und Aktienrisiken zur Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken des Handelsbuches¹ verwendet. In die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals geht das Gesamtrisiko ein.

Die LBBW ermittelt für aufsichtsrechtliche Zwecke den VaR aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95% und ein Tag Haltedauer verwendet. Für die Abbildung im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt eine Skalierung des Maximums aus StandardVaR (Kovarianzmatrix über 250 Handelstage) und Long-Term-VaR auf ein dem Ökonomischen Kapital angepasstes Niveau bei Konfidenzniveau und Haltedauer. Dem Long-Term-VaR werden dabei zwei Beobachtungsperioden mit einer Länge von jeweils 5 Jahren zugrunde gelegt, die auch Krisenzeiträume und Marktphasen mit höherer Volatilität beinhalten. Auf diese Weise wird die Krisenfestigkeit des berechneten ökonomischen Kapitals gesteigert.

Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuches.

Die Credit-Spread-Risiken haben einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW. Die bonitäts-sensitiven Geschäfte des Handels- und Anlagebuchs werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und Schuldscheinen gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads einzelner Adressen berechnet. Für die Credit-Spread-Risiken aus Kreditderivaten werden Referenzschuldern CDS-Sektorkurven zugeordnet.

Vervollständigt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stressszenarien für das Handels- und Anlagebuch. Mittels Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kursverläufe und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte synthetische als auch historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausgewählte Marktfaktorgruppen, wie z. B. einzelne oder kombinierte Zins-Shifts oder Credit-Spread-Shifts. Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktschocks generiert. Alle Szenarien

¹ Handelsbuch ohne Fonds, die nicht transparent abgebildet werden.

dienen dazu, extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse, darunter bspw. auch der 200 Basispunkte Zinsschock i.R. der IRRBB-Vorschriften, werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt. Diese Wertänderungen aus der Stresssimulation sind außerdem in die risikoartenübergreifenden Stressszenarien eingebunden und damit für die Risikotragfähigkeit relevant.

Für die StressVaR-Rechnungen wird statt der letzten 250 Handelstage ein Beobachtungszeitraum zugrunde gelegt, der einen signifikanten Stresszeitraum umfasst. Wöchentlich wird der StressVaR unter Berücksichtigung der relevanten Beobachtungsperiode für das in der aufsichtlichen Meldung erforderliche Handelsbuchportfolio berechnet. Eine zweite Rechnung simuliert auf der für den Konzern relevanten Periode die Risikoerhöhung unter Stress. Dieser Wert wird auch in die risikoartenübergreifenden MaRisk-Stressszenarien eingebunden und ist damit für die Stressresistenz relevant. Der relevante Beobachtungszeitraum wird vierteljährlich für das nach CRR relevante Portfolio sowie den Konzern ermittelt.

Die Überwachung der Risikokonzentration wird monatlich durchgeführt und erfolgt mittels Sensitivitätsanalysen und anhand von VaR-Betrachtungen. Dabei wird unterschieden zwischen Konzentrationsrisiko auf Risikoart (z. B. Swap- oder Credit-Spread-Risiko), Emittentengruppen (z. B. Sovereigns, Financials), Einzelemittenten und Zins- bzw. Währungsrisiko.

Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells.

Im Laufe des Jahres 2017 wurden wesentliche Verbesserungen am Risikomodell vorgenommen. Zunächst wurde im April die Parametrisierung der Aktienvolatilitäten auf eine neue Methodik umgestellt und dadurch die im Risikomodell modellierte Dynamik von Aktien- und Indexoptionen optimiert. Im Juli erfolgte eine Verfeinerung des Zinsrisikomodells durch Einführung tenorspezifischer Forwardkurven sowie kollateralisierungsabhängiger Diskontkurven. Im gleichen Zuge wurde das Credit-Spread-Risiko um Kredite mit kapitalmarktfähigen Adressen erweitert.

Validierung des Risikomodells.

Das Marktrisikomodell der LBBW unterliegt einem umfangreichen Validierungsprogramm, in dem mögliche Modellrisiken in der Stochastik der Markt Faktoren (u. a. Verteilungsmodell, Risikofaktorwahl und -mapping), in den implementierten Bewertungsverfahren sowie in den relevanten Marktdaten identifiziert und anhand maßgeschneiderter Validierungsanalysen in ihrer Materialität bemessen werden. Die Validierungsanalysen werden innerhalb des Bereichs Konzernrisikocontrolling durch die Organisationseinheit Risikomodellvalidierung durchgeführt, diese ist organisatorisch unabhängig von der Modellentwicklung. Validierungsanalysen erfolgen an der Materialität der Modellrisiken orientiert in regelmäßigen zeitlichen Abständen (zumindest jährlich) sowie ad hoc bei wesentlichen strukturellen Änderungen in der Modellkonzeption, auf dem Markt oder der Portfoliozusammensetzung.

Eine besondere Bedeutung innerhalb des Validierungsprogramms kommt der Backtesting-Analyse zu. Dieser statistische Rückvergleich mit den tatsächlich eingetretenen Portfoliowertänderungen fokussiert sich nicht nur auf die VaR-Prognose mittels Binomialtest, sondern bezieht zusätzlich die gesamte Verteilungsprognose mit ein. Nach aufsichtlicher Vorgabe beruht er einerseits auf Portfoliowertänderungen ohne Neu- und Intraday-Geschäfte, Nettozinserträge sowie Provisionen und Gebühren (sog. Clean-P/L) und andererseits auf Portfoliowertänderungen ohne Provisionen und Gebühren (sog. Dirty-P/L), die sich direkt aus der ökonomischen P/L ableiten.

Sollten die Backtesting- oder Validierungsanalysen wesentliche Modellrisiken indizieren, so werden diese bei allen in den Marktrisikomanagementprozess integrierten Akteuren (Modellentwickler, Modellanwender (operatives Marktrisikococontrolling) und Empfänger der Modellergebnisse (Risiko Komitee, Handel)) transparent gemacht, sodass erforderliche Modelloptimierungsmaßnahmen effizient eingeleitet werden können. Modelloptimierungsmaßnahmen werden dabei entsprechend der Model Change Policy vorgenommen und der Aufsicht gegenüber kommuniziert.

Risiküberwachung und -reporting.

Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der u. a. in den Portfoliosteckbriefen detaillierten Risikostrategie werden durch den jeweiligen Portfolioverantwortlichen im Konzernrisikococontrolling überwacht und dem Gesamtvorstand berichtet. Die Berichterstattung umfasst im Einzelnen:

- Tagesbericht mit der Übersicht über die Ergebnis- und Risikoentwicklung,
- Stresstestbericht, der wöchentlich die Auswirkungen der Stressszenarien enthält,
- Gesamtrisikobericht, der monatlich erstellt wird und detaillierte Informationen über Risiko- und Ertragsentwicklung, StressVaR, Risikokonzentration, Ökonomisches Kapital und die Überwachung des ÖKap-Limits beinhaltet.

Risikosteuerung.

Grundsätzliches Steuerungsziel für die Marktbereiche ist die Erwirtschaftung vom IFRS-Ergebnis. Die Detaillierung dieses Ziels erfolgt über ein in der Mittelfristplanung durch den Vorstand fixiertes gesamtheitliches Kennzahlenset, welches auf die Geschäftsfelder heruntergebrochen wird und die Basis für das Reporting bildet.

Die Marktpreisrisikosteuerung dokumentiert hierbei den strategischen Rahmen im LBBW-Konzern und ist aus der Geschäftsstrategie sowie der Konzernrisikosteuerung abgeleitet. Die Konzernrisikosteuerung enthält übergeordnete Vorgaben zum Eingehen von Marktpreisrisiken und sind in den Leitsätzen zur Risikonahme formuliert. Die Vorgaben zur aktiven Steuerung der wesentlichen Portfolios der LBBW sind, anknüpfend an die Marktpreisrisikosteuerung, in Portfoliosteckbriefen dokumentiert.

Die quantitative Marktpreisrisikosteuerung im LBBW-Konzern ist durch die Festlegung des ÖKap-Limits für Marktpreisrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch den Vorstand begrenzt. Der Loss-Warning-Trigger dient als Indikator für Marktwertverluste der ökonomischen P/L und damit einhergehend einer Reduktion der Risikodeckungsmasse. Die Loss-Warning-Trigger auf Bereichs- bzw. Segmentebene werden mindestens jährlich unter Berücksichtigung der Risikotoleranz durch den Vorstand vorgegeben. Die Verteilung auf die darunter liegenden Portfolios wird durch die zuständigen Kompetenzträger vorgenommen.

Für die strategische Steuerung und die monatliche Anrechnung auf das ÖKap-Limit im strategischen Limitsystem erfolgt die Ermittlung des relevanten VaR-Betrags. Soweit für materielle Risiken eine vollständige Quantifizierung der Risiken nicht möglich ist, werden entsprechende Puffer oder Reserven angesetzt.

An das ÖKap-Limit gekoppelt sind differenzierte VaR-Portfoliolimite. Zusammen mit den Loss-Warning-Triggern legen diese gemeinsam mit den Teilstrategien den risikobezogenen Handlungs-

rahmen der Bereiche, Abteilungen und Gruppen des Dezernats Kapitalmarktgeschäft und Asset Management/Internationales Geschäft, des Dezernats Unternehmenskunden sowie der Tochterunternehmen fest. Die Verantwortlichkeiten für die Steuerung der Marktpreisrisiken im LBBW-Konzern sind über die Escalation Policy festgelegt.

Die operative Steuerung (Intra Day und End of Day) in den Handelsbüchern der LBBW erfolgt mittels Sensitivitätenlimiten. Die vom Konzernrisikocontrolling überwachten End-of-Day-Portfoliolimite sind einzuhalten. Außerdem sind verschiedene Sonderlimite und Einschränkungen, z. B. aus dem Neuprodukte-Prozess, verabschiedet. Diese werden vom Konzernrisikocontrolling überwacht und ggf. an das Risk Committee bzw. den Vorstand eskaliert.

Zur detaillierten Risikosteuerung der Marktpreisrisiken werden zwischen den Handelseinheiten interne Geschäfte abgeschlossen, die in die Marktrisikoberechnung einfließen.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

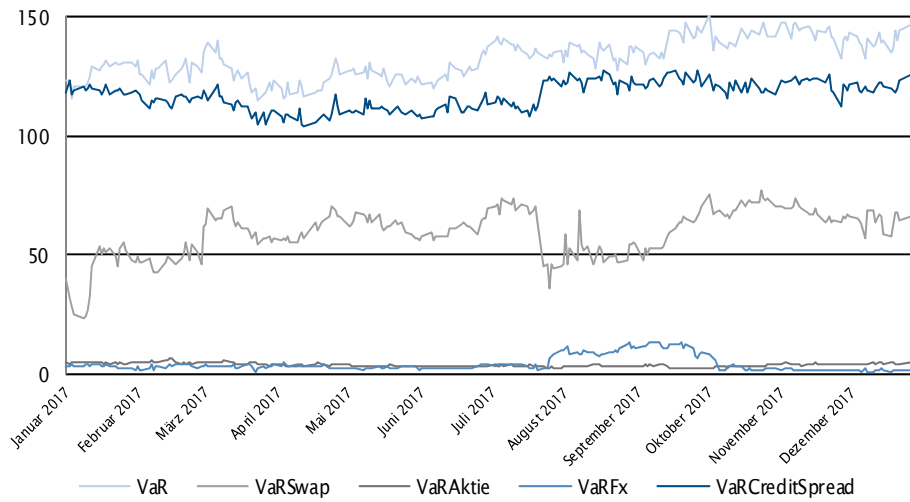
Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2017 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Auch für die einzelnen Konzerneinheiten wurde im Jahr 2017 das Risikolimit nicht überschritten. Der Loss-Warning-Trigger für den LBBW-Konzern, das Anlage- und das Handelsbuch wurde in 2017 nicht überschritten.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei von den Positionen im Anlagebuch dominiert, welches größtenteils aus Treasuryaktivitäten resultiert. Maßgeblich für das Gesamtrisiko sind die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen einzelnen europäischen Staaten bzw. Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit Spreads aus festverzinslichen Wertpapieren. Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie die Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

Die folgende Grafik stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken des LBBW-Konzerns dar.

Risikoverlauf LBBW-Konzern in Mio. EUR (99%/10 Tage).



VaR 99%/10 Tage.

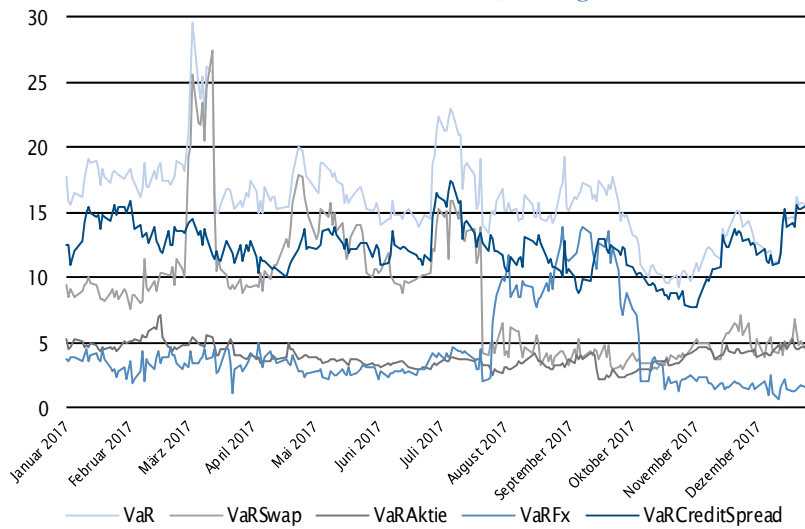
Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	31.12.2017 ¹	31.12.2016
LBBW-Konzern	133	151	115	142	131
Swap-Risiko	59	77	23	64	53
Credit-Spread-Risiko	117	128	104	120	120
Aktienrisiken	4	7	2	4	6
Währungsrisiken ²	4	14	1	1	3

¹ Im Geschäftsjahr 2017 war der 29. Dezember 2017 der letzte Reportingtag.
² Inklusive Rohwarenrisiken.

Im Jahr 2017 hat sich der VaR des LBBW-Konzerns erhöht. Der Risikoanstieg ab Mitte 2017 resultiert aus einer Umstellung der Liquiditätssteuerung im Treasury sowie einem Positionsaufbau in Zinsderivaten mit langer Laufzeit. Im Juli 2017 wurde das Risikomodell der LBBW umgestellt (siehe hierzu auch Kapitel Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells), wodurch es zu deutlichen Veränderungen des VaR für Credit-Spread- und Swap-Risiken kam.

Für das Handelsbuch zeigt sich folgende Entwicklung des VaR im Jahr 2017:

Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR (99%/10 Tage).



VaR 99%/10 Tage.

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	31.12.2017 ¹	31.12.2016
LBBW (Bank) Handelsbuch	16	30	9	16	17
Swap-Risiko	9	27	3	6	10
Credit-Spread-Risiko	12	17	8	15	13
Aktienrisiken	4	7	2	4	6
Währungsrisiken ²	4	14	1	1	3

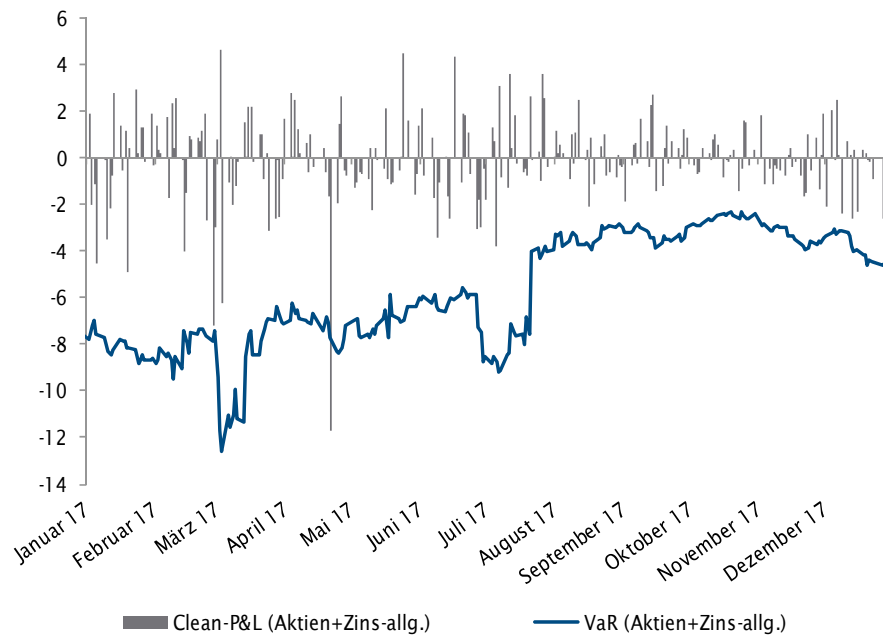
¹ Im Geschäftsjahr 2017 war der 29. Dezember 2016 der letzte Reportingtag.
² Inklusiv Rohwarenrisiken.

Das Handelsbuch der LBBW beinhaltet die Positionen des Segments Financial Markets sowie Positionen des Treasury, welche der kurzfristigen Zins- und Liquiditätssteuerung dienen. Insgesamt ist das Risiko im Handelsbuch auf einem niedrigen Niveau und auch in 2017 leicht zurückgegangen, womit sich der Trend der letzten Jahre fortsetzte. Die Grafik zeigt im März 2017 einen vorübergehend erhöhten Risikowert im VaR und Swap-VaR infolge starker Veränderungen von Zinssätzen und daraus resultierend starken Marktwertschwankungen von Zinsderivaten. Nach Auslaufen bzw. Ausübung von Positionen ging das Risiko wieder auf das ursprüngliche Niveau zurück. Ende Juni 2017 stieg das Risiko temporär durch Positionsaufbau in Rentenfuture-Optionen an. Die Risikoschwankungen im Juli sind auf Änderungen des Risikomodells zurückzuführen.

Ergebnis Backtesting.

Clean Backtesting CRR-Portfolio für den Zeitraum 29. Dez. 2016 – 29. Dez. 2017 in Mio. EUR.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer.

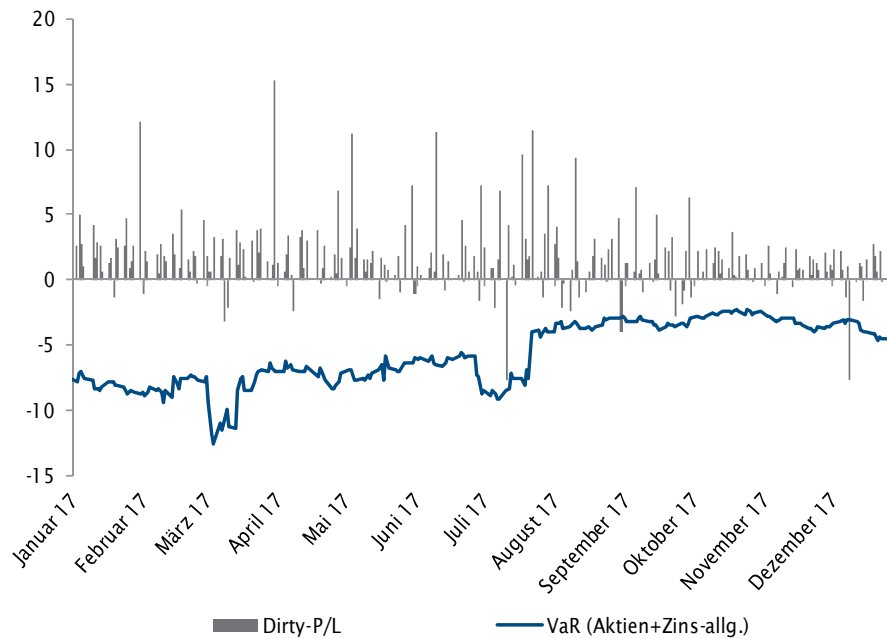


Bis einschließlich des letzten Berichtstags 29. Dezember 2017 weist das interne Risikomodell für die zurückliegenden 250 Handelstage im CRR-Portfolio für die Clean-P/L eine Ausnahme auf. Die Ursache lag in einer starken Marktbewegung der Euro-Zinskurven nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Frankreich.

Im Anlagebuch ereignete sich ebenfalls eine Ausnahme, die durch eine deutliche Marktbewegung der Euro-Zinskurve und eine Veränderung der Basis zwischen USD-Zins- und USD-Governmentkurve verursacht wurde. Im Konzern und im Handelsbuch gab es keine Ausnahme.

Dirty Backtesting CRR-Portfolio für den Zeitraum 29. Dez. 2016 – 29. Dez. 2017 in Mio. EUR.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer.



Auf Basis der Dirty-P/L waren für das Jahr 2017 für das nach CRR relevante Portfolio vier und für das Handelsbuch drei Ausnahmen zu verzeichnen. Die Ursache der ersten Ausnahme im August im CRR-Portfolio war eine starke Schwankung des EUR-USD Wechselkurses. Die zweite Ausnahme im August resultierte erneut aus einer Schwankung des EUR-USD Wechselkurses und zusätzlich aus der Anpassung des monatlich ermittelten Credit Valuation Adjustments. Im Dezember ereigneten sich zwei Ausnahmen im CRR-Portfolio und im Handelsbuch aufgrund von Anpassungen von Valuation Adjustments. Die dritte Ausnahme im Handelsbuch ereignete sich im Juli, ebenfalls durch Anpassung des Credit Valuation Adjustments.

Für den LBBW-Konzern und das Anlagebuch sind auf Basis der Dirty-P/L keine Ausnahmen zu verzeichnen.

Aufsichtsrechtlich muss daher kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden. Da erst ab fünf Ausnahmen eine Auswirkung auf den Gewichtungsfaktor des internen Modells gegeben ist, bleibt dieser unverändert.

Stresstest.

Bei unverändertem Adverse-Case-Szenario liegt der Stresstestwert für den LBBW-Konzern im Dezember 2017 im Vergleich zum Vorjahr etwa ein Drittel höher. Das Szenario stellt eine Ausweitung der Credit Spreads zwischen 30 und 1500 Basispunkten abhängig vom Rating dar. Der Anstieg resultiert überwiegend aus im Juli neu aufgenommenen Credit-Spread-Risiken.

Im Rahmen der Durchführung der Stresstests werden auch die Auswirkungen eines Zinsschocks auf die Strategische Bankposition ermittelt. Hierzu werden die Zinskurven um +/- 200 BP verschoben.

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben fordern hierzu, dass das Ergebnis einen Anteil von 20% des haftenden Eigenkapitals nicht überschreitet. Dieses Limit war im Jahr 2017 stets eingehalten.

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Marktpreise auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Das Marktliquiditätsrisiko wird für Anleihen, Kreditderivate, Aktien und OTC-Zinsderivaten ermittelt. Es erfolgt eine Aufteilung in exogenes und endogenes Risiko. Das exogene Marktliquiditätsrisiko resultiert aus der Tatsache, dass die Bewertung der Marktrisikopositionen auf Mid-Werten basiert, bei einer Glattstellung von Positionen jedoch Bid- oder Ask-Preise erzielt werden. Bei der Berechnung des exogenen Risikos wird auch die Volatilität des Bid-Ask-Spreads berücksichtigt. Das endogene Marktliquiditätsrisiko tritt in den Fällen auf, in denen die eigene Position relativ zur Marktkapazität nicht mehr vernachlässigt werden kann. Hier besteht das Risiko, mit der Liquidierung bzw. Glattstellung der Position eine zusätzliche, aus Sicht der LBBW ungünstige Veränderung des Bid-Ask-Spreads zu verursachen.

Das Marktliquiditätsrisiko wird über ein Modell ermittelt, welches Bonds, Kreditderivate, OTC-Zinsderivate und Aktien beinhaltet. Zum 31. Dezember 2017 lag das über dieses Modell ermittelte Marktliquiditätsrisiko bei 383 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr hat sich das Marktliquiditätsrisiko um 88 Mio. EUR erhöht. Der Anstieg ist u. a. zurückzuführen auf einen Bestandsaufbau in Anleihen mit hoher Bonität zur Liquiditätsanlage und die Aufnahme weiterer Produktgruppen in die Berechnung des Credit-Spread-Risikos im Rahmen der Weiterentwicklung des Risikomodells.

Chancen.

Die Portfolios des LBBW-Konzerns sind stark von der Credit-Spread-Entwicklung abhängig. Eine weitere Verringerung der relevanten Credit Spreads wirkt sich aus heutiger Sicht positiv für das Bewertungsergebnis des LBBW-Konzerns aus. Die Höhe der Auswirkung ist abhängig von der Entwicklung der Bestände im LBBW-Konzern. Weiterhin hat die Zinsentwicklung auf verschiedene Portfolios Einfluss. Je nach Positionierung bzw. Ausrichtung der Portfolios und der Zinsentwicklung können sich daraus Risiken aber auch Chancen ergeben. So wirken steigende Zinsen tendenziell negativ auf die Anlagebuchportfolios der LBBW. Gleichzeitig ermöglicht ein steigendes Zinsniveau aber sukzessive erhöhte Zinsergebnisse in der Zukunft.

Liquiditätsrisiken.

Definition.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

Liquiditätsrisikomanagement.

<p>Risikomessung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ermittlung des Gesamtrefinanzierungsbedarfs (Cashflow aus dem Geschäftsbestand sowie Quantifizierung von Abruftrisiken) ▪ Ermittlung des Gesamtrefinanzierungspotenzials (Quantifizierung freier Liquiditätsreserven und des unbesicherten Marktpotenzials) ▪ Durchführung von Liquiditätsstresstests ▪ Erhebung der strukturellen Liquidität ▪ Analyse der Investorenbasis auf mögliche Konzentrationen ▪ Monitoring der Innertagesliquidität
<p>Risikoüberwachung und -reporting</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Tägliche Überwachung und Erstellung detaillierter Berichte zum Refinanzierungsbedarf (Cashflow aus dem Geschäftsbestand) je Standort und Währung ▪ Tägliche Überwachung der Entwicklung freier Liquiditätsreserven ▪ Mindestens wöchentliche Überwachung und Berichterstellung zum Gesamtrefinanzierungsbedarf und -potenzial des Konzerns ▪ Monatliche Berichte zu allen Aspekten des Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikos im Risiko Komitee und im ALCo
<p>Risikosteuerung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz in Form von Limiten für den maximalen Refinanzierungsbedarf, Survival Times für die Deckung durch Refinanzierungspotenzial sowie Stresstestvorgaben ▪ Festgelegte Eskalationswege bei Nichteinhaltung der Vorgaben ▪ Steuerung der Aktiv- und Passivseite der Bilanz über ein Funds Transfer Pricing ▪ Aktive Steuerung der Innertagesliquidität

Risikomessung.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst u. a.:

- Tägliche Ermittlung taggenauer Liquiditäts-Gaps (Refinanzierungsbedarf aufgrund von Netto-Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand) in allen Währungen für die LBBW (Bank).
- Tägliche Quantifizierung aller wesentlichen Abruftrisiken.
- Tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei Notenbanken.
- Zwei Mal wöchentliche Erstellung taggenauer Liquiditäts-Gaps und des Liquiditätsprofils (aus Gesamtrefinanzierungsbedarf und -potenzial) für den LBBW-Konzern.
- Tägliche Durchführung eines 5-Tage-Stresstests sowie Berechnung monatlicher und anlassbezogener längerfristiger Stresstests. Laufende Überprüfung und ggf. Anpassung der Annahmen und Parameter.
- Monatliche Erstellung einer Liquiditätsablaufbilanz zur Beurteilung der strukturellen Liquidität und als Basis für die Funding-Planung.
- Erstellung von Investorenlisten, anhand derer mögliche Konzentrationen und etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Monitoring und Berechnung von Kennziffern zur Innertagesliquidität.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein Survival-Period-Konzept definiert, d. h., es werden durch die Geschäftsleitung Zeitspannen vorgegeben, über welche die LBBW auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahmemöglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll.

Die bei der regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung dieser Vorgaben insbesondere im Rahmen von Stresstests zu treffenden Annahmen werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob sie unter den aktuellen Marktgegebenheiten noch angemessen sind. Besteht infolge aktueller Entwicklungen Anpassungsbedarf, wird dieser über das Risiko Komitee an die Geschäftsleitung berichtet und führt nach entsprechender Genehmigung zu zeitnahen Adjustierungen.

Daneben besteht ein Limitsystem für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand über diverse Zeithorizonte und Währungen sowie Auslastungsprüfungen, die den Refinanzierungsbedarf dem Refinanzierungspotenzial gegenüberstellen.

Zur frühzeitigen Identifikation neu hinzukommender Abruftrisiken oder einer Erhöhung des Risikos aus bekannten, aber bisher immateriellen Abruftrisiken dienen u. a. die folgenden Maßnahmen:

- Permanente Analyse des dokumentierten Geschäftsbetriebs (Gesamtrisikobericht, ALCo-Unterlagen, Neue-Produkte-Prozesse) auf neue oder an Bedeutung zunehmende Abruftrisiken.
- Regelmäßig tagende Liquiditätsrunde zwischen Treasury, Risikocontrolling, Regulatory Reporting und Finanzcontrolling zum operativen Austausch zu aktuellen Themen der Liquidität.
- Überwachung der täglichen Innertagesliquidität im Rahmen des aktiven Liquiditätsmanagements über das EZB-Konto. Zusätzlich Prüfung, ob große Zahlungsflüsse auftreten, die nicht aus fälligen Geschäften oder den sonstigen bekannten Ursachen für Zahlungsbewegungen resultieren.
- Überprüfungen von Modellen, Annahmen und Wesentlichkeitseinstufungen im Rahmen der Risikoinventurprozesse des Konzerns.

Alle gemäß Risikoinventur wesentlichen Tochtergesellschaften (Risk Management Group) und Conduits werden über die Liquiditätsrisikostategie in einen einheitlichen Rahmen für strategische Festlegungen der liquiditätsrisikotragenden Aktivitäten überführt, indem etwa Vorgaben zur Gestaltung der Refinanzierung oder Reportingpflichten bestimmt werden. Die Liquiditätsrisiken bei Töchtern und Beteiligungen werden im Einzelfall bewertet und bei entsprechender Wesentlichkeit grundsätzlich gegenüber denen der LBBW (Bank) gleich behandelt.

Risiküberwachung und -reporting.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risiko Komitee der LBBW verantwortlich. Es agiert entscheidungsvorbereitend für den Gesamtvorstand. Auf operativer Ebene erfolgt die tägliche Überwachung durch das Liquiditätsrisikocontrolling. Über den Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risiko Komitee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests sowie vierteljährlich zur Innertagesliquidität berichtet. Zur laufenden Überwachung werden täglich detaillierte Berichte erstellt, die unterschiedliche Teilaspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos – wie bspw. eine Disaggregation der Liquiditäts-Gaps nach Währungen – darstellen und an Empfänger im Konzernrisikocontrolling und Treasury verteilt werden.

Risikosteuerung.

Das zentrale Gremium für die Steuerung der Liquidität und der Refinanzierung ist das monatlich tagende Asset Liability Committee (ALCo). Das ALCo erstellt im Auftrag des Gesamtvorstands die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie, legt diese dem Gesamtvorstand zum Beschluss vor und überwacht die Umsetzung der Beschlüsse.

Die Entscheidungen des Asset Liability Committees werden vom Bereich Treasury unter der Zielsetzung einer aktiven Ertrags- und Risikooptimierung und unter Einhaltung der Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz umgesetzt. Die strategischen Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz sind dabei so gestaltet, dass die Zahlungsfähigkeit des Konzerns in Euro und Fremdwährung auch in extremen Marktsituationen sowie im Fall einer deutlichen Verschlechterung der von den Marktteilnehmern wahrgenommenen Bonität der LBBW für einen hinreichend langen Zeitraum gesichert ist, um vorübergehende Krisen zu überstehen. Damit ist auch sichergestellt, dass bei vorübergehenden adversen Entwicklungen ein ausreichendes Zeitfenster für Anpassungen der Geschäftsstrategie und die Prüfung geschäftspolitischer Alternativen zur Verfügung steht.

Das ALCo ist für die internen Verrechnungszinssätze (OZ-Sätze) sowie die Überwachung der Steuerungswirkungen der OZ-Sätze und Pricing-Modelle auf die Geschäftsbereiche und die Liquiditäts- und Refinanzierungslage des Konzerns verantwortlich. Die Risikoadäquanz der Methoden zur Ermittlung der internen Liquiditäts-Verrechnungspreise (Funds Transfer Pricing) wird durch das Konzernrisikocontrolling geprüft. Die Methodenverantwortung liegt beim ALCo, bei Aktualisierungen erfolgt eine Validierung der Methoden durch das Risiko Komitee.

Die operative Steuerung über laufend an die Marktgegebenheiten anzupassende markt- und risikogerechte interne Verrechnungspreise erfolgt durch das Treasury und ist ein elementarer Bestandteil des Managements der Aktiv- und Passivseite der Bilanz.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2017 bildeten erneut Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retail-Geschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding. Pfandbriefe stellen weiterhin eine wesentliche Refinanzierungsquelle dar. Diese wurden aufgrund der regulatorischen Rahmenbedingungen (LCR) verstärkt im Benchmark-Segment emittiert. Zudem emittierte die LBBW im Dezember erstmalig einen großvolumigen Green Bond mit vierjähriger Laufzeit.

Für die Sicherstellung der Innertagesliquidität ist das Treasury zuständig. Hier erfolgt bei Bedarf ein aktives Management der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Liquiditätsbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen. Das Liquiditätsrisikocontrolling wertet die täglichen Zahlungen aus und überwacht die Innertagesliquidität anhand berechneter Kennziffern, die an das Risiko Komitee berichtet werden.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstands vorgesehen. Die Notfallplanung wird jährlich überprüft und durch den Vorstand neu in Kraft gesetzt.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Im Jahr 2017 war die Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns stets komfortabel. Das Kundeneingangsgeschäft zeigte die gewünschte ruhige Entwicklung, und auch Kapitalmarktplatzierungen – sowohl gedeckt als auch ungedeckt – stießen bei nationalen und internationalen Investoren auf reges Interesse. Die Refinanzierungsquellen des LBBW-Konzerns sind dem Volumen und dem Grad der Diversifikation nach sehr stabil.

Der Refinanzierungsbedarf und das Refinanzierungspotenzial stellten sich zum Stichtag 31. Dezember 2017 wie folgt dar:

Übersicht Refinanzierungsbedarf und Refinanzierungspotenzial.

Mrd. EUR	3 Monate		12 Monate	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand (deterministischer Cashflow)	- 7,1	6,7	- 6,9	11,0
Refinanzierungsbedarf aus wesentlichen Abruftrisiken (stochastischer Cashflow)	16,7	14,4	32,3	31,7
Refinanzierungspotenzial aus freien Liquiditätsreserven	18,5	19,7	23,4	27,0
Refinanzierungspotenzial am Markt	45,3	38,1	61,7	53,8

Der Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand ist zum Jahresende negativ, da Liquiditätszuflüsse den Refinanzierungsbedarf übersteigen und so den Gesam refinanzierungsbedarf reduzieren. Das Refinanzierungspotenzial war ausreichend bemessen, um eventuelle Liquiditätsabflüsse kurzfristig ausgleichen zu können, und sichert eine weiterhin hohe Überdeckung auf Sicht von 3 und 12 Monaten. Auf Jahressicht wird dabei bei den freien Liquiditätsreserven die nicht für den Erhalt des Pfandbriefratings erforderliche Überdeckung aus den Deckungsregistern angerechnet. Das Refinanzierungspotenzial am Markt wird aus den Historien der tatsächlich aufgenommenen unbesicherten Mittel approximiert.

Ergebnisse der ökonomischen Stressszenarien.

Mrd. EUR	Refinanzierungsbedarf (3 Monate)		Refinanzierungspotenzial (3 Monate)	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Szenario Ratingdowngrade	13,0	24,5	39,2	39,9
Szenario Finanzmarktkrise	13,0	24,9	51,4	49,8
Kombinationsszenario Marktkrise mit Downgrade	13,2	24,8	46,8	46,0

Die angestrebte Stressresistenz war im gesamten Jahr 2017 gegeben. Die gemäß den Vorgaben des BTR 3.2 MaRisk gestalteten Liquiditätsrisiko-Stressszenarien Ratingdowngrade, Finanzmarktkrise und Marktkrise mit Downgrade zeigten stets ein verbleibendes Refinanzierungspotenzial über den Markt zzgl. freier Liquiditätsreserven, welches den möglichen Refinanzierungsbedarf unter Stressbedingungen in komfortabler Höhe überstieg.

Limitierungen und Vorgaben der Geschäftsleitung gemäß LBBW-Liquiditätsrisikotoleranz umfassen neben den Vorgaben zur Stressresistenz auch Limite für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand und Vorgaben zu dessen Deckung durch Refinanzierungspotenzial. Die Limitierungen waren mit einer eintägigen Ausnahme (USD-Limit) im gesamten Jahr 2017 eingehalten. Die Limitierung wurde seit dem Folgetag wieder eingehalten.

Der vorgegebene Mindestwert der europäischen Kennziffer zur kurzfristigen Liquidität »Liquidity Coverage Ratio (LCR)« von 80% für das Jahr 2017 wurde durchgehend eingehalten und per Ultimo 2017 mit 145,8% deutlich übertroffen (31. Dezember 2016: 110%). Dies gilt auch für die in diesem Jahr letztmalig zu meldenden Anforderungen des Standardansatzes der Liquiditätsverordnung (LiqV), die mit 1,92 zum 31. Dezember 2017 ebenfalls deutlich über der Anforderung von 1,0 lag (31. Dezember 2016: 1,50).

Chancen.

Wir erwarten auch für 2018 eine komfortable Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns. Zu Beginn des Jahres werden der LBBW wie in den Vorjahren an den Geld- und Kapitalmärkten mehr Gelder angeboten, als aktuell für die Refinanzierung des Konzerns benötigt werden. Die breite und gut diversifizierte Refinanzierungsbasis würde es der LBBW ermöglichen, deutlich mehr Passivmittel aufzunehmen. Wir rechnen damit, dass die EZB auch 2018 auf dem Pfad einer expansiven Geldpolitik bleibt und damit dem Geld- und Kapitalmarkt mehr als genügend Liquidität zur Verfügung stellt. Unserer Einschätzung nach würde an dieser Situation auch ein eventuelles Auslaufen des aktuellen QE Programms (Quantitative Lockerung) nach September 2018 kurzfristig nichts ändern. Das Interesse der Investoren an Refinanzierungsprodukten des LBBW-Konzerns ist zu Beginn des Jahres 2018 ungebrochen hoch. Für die weitere Entwicklung des LBBW-Konzerns sind damit keine Restriktionen von der Refinanzierungsseite erkennbar.

Das Kapitel Liquiditätsrisiken des Risiko- und Chancenberichts stellt die Risikoerklärung des Vorstands gemäß Art. 435 Abs. 1f CRR und gemäß der Ergänzung durch die Leitlinie der EBA zur Offenlegung der Liquiditätsdeckungsquote (EBA/GL/2017/01) dar.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Zur Überwachung der Risiken aus dem Pfandbriefgeschäft (§ 27 PfandBG) ist ein differenziertes Limitsystem eingerichtet. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung implementiert. Der Vorstand und das Risiko Komitee werden vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Im Jahr 2017 wurden die gesetzlichen Anforderungen jederzeit erfüllt. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen. Die Erfassung und Verwaltung des Deckungsregisters wurde 2017 auf eine neue technische Plattform migriert.

Operationelle Risiken.

Definition.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. In jeder dieser genannten Risikokategorien können Rechtsrisiken zu Verlusten führen. Dies liegt darin begründet, dass der LBBW-Konzern in jeder Kategorie Gegenstand von Rechtsansprüchen, Klagen oder Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften und Rahmenbedingungen werden kann.

Kreditrisiken im Zusammenhang mit Operationellen Risiken werden analog den aufsichtsrechtlichen Vorgaben ebenfalls betrachtet. Die Effekte hierzu sind in den Angaben zum Adressenausfallrisiko enthalten. Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken sind nicht Teil der Operationellen Risiken.

Management Operationeller Risiken.

<p>Risikomessung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Säule I: Standardansatz ▪ Säule II: OpVaR
<p>Risikoüberwachung und -reporting</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Dualer Gesamtansatz; zentral, dezentral ▪ Zentrale Vorgaben: Strategie und Regelwerke ▪ Organisationsmodell: Rollen und Verantwortlichkeiten ▪ Risikoüberwachung: Methoden und Instrumente des OpRisk-Controllings ▪ Derivatevertriebsprozess, Rechtsrisiko-Scoring ▪ Internes Berichtswesen (vierteljährlich an den Risikoausschuss, monatlich an das Risiko Komitee, Ad-hoc-Reportings) ▪ Externes Berichtswesen ▪ Risikolage
<p>Risikosteuerung</p>	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Einhaltung der Vorgaben der »Risikostrategie Operationelle Risiken« ▪ Dezentrale Festlegung der Handlungsstrategien ▪ Maßnahmenmanagement zur Risikoreduzierung

Risikomessung.

Im LBBW-Konzern wird zur Ermittlung des regulatorischen Kapitalbedarfs im normativen Steuerungskreis der Standardansatz verwendet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit (RTF) des LBBW-Konzerns wird für den ökonomischen Steuerungskreis ein Operational-Value-at-Risk (OpVaR)-Modell verwendet.

Das Modell basiert auf dem Loss Distribution Approach. Es erfolgt eine separate geschäftsfeldspezifische Modellierung von Häufigkeits- und Schadenshöhenverteilung. Für die OpVaR-Berechnung werden interne und externe Schadensfälle sowie Szenario-Analysen einbezogen.

Für die Ermittlung des OpVaR im Rahmen der Risikotragfähigkeit wird analog zu den anderen Risikoarten ein Konfidenzniveau von 99,93% sowie ein Zeithorizont von einem Jahr verwendet.

Das für die interne Steuerung verwendete OpVaR-Modell ist in das strategische Konzern-Limitsystem integriert. Es bestehen ökonomische Stressszenarien, welche die Risikoparameter Häufigkeit oder Schadenshöhe zukünftiger erwarteter Schadensfälle des OpVaR-Modells variieren. Hierdurch werden die wesentlichen Geschäftsfelder und Ereigniskategorien abgedeckt. Die Stresstestergebnisse des operationellen Risikos fließen auch in die übergreifenden MaRisk-Stressszenarien ein.

Für die OpVaR-Berechnung wird eine Eigenentwicklung auf Basis der Software Wolfram Mathematica in Kombination mit einer Web-Anwendung eingesetzt.

Risiküberwachung, Reporting und Risikosteuerung.

Der LBBW-Konzern verfügt über ein umfassendes System zum Management und Controlling operationeller Risiken. Entsprechend einem dualen Gesamtansatz ist zum einen eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings zuständig. Zum anderen fällt die Durchführung der implementierten Prozesse für das Management der operationellen Risiken im LBBW-Konzern in die primäre Verantwortung der Bereiche und Tochterunternehmen.

Die zentralen Vorgaben im Umgang mit operationellen Risiken sind in der Risikostrategie und Policy für operationelle Risiken sowie darüber hinaus in Rahmen- und Arbeitsanweisungen verankert. Hierbei sind in der Risikostrategie und Policy das Risikoprofil des LBBW-Konzerns, die Leitsätze und Vorgaben der Risikokultur, die Aufbauorganisation sowie der Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess im Hinblick auf operationelle Risiken geregelt.

Das funktionale Organisationsmodell beschreibt umfassend die Rollen und Verantwortlichkeiten der Prozessbeteiligten (Three-Lines-of-Defense-Modell).

Die dezentralen Operational Risk Manager haben als erste Verteidigungslinie bei der Unterstützung der Bereichsleitungen bzw. Geschäftsführungen bei der Umsetzung der OpRisk-Controllinginstrumente eine sehr wichtige Funktion. Sie stellen die Qualität, Vollständigkeit und zeitnahe Bearbeitung der OpRisk-Informationen innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen sicher. Gleichzeitig sind die Operational Risk Manager Ansprechpartner und Multiplikatoren im Themengebiet Operationelle Risiken für die Mitarbeiter. Das zentrale OpRisk Controlling stellt mit nachgelagerten Kontrollprozessen die zweite Verteidigungslinie dar und pflegt einen engen Austausch mit den dezentralen OpRisk-Managern. Parallel führt der Bereich Compliance weitere Kontrollhandlungen aus. Die prozessunabhängige Prüfung und Bewertung erfolgt durch die Konzernrevision (dritte Verteidigungslinie).

Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Methoden und Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung wird jährlich eine Risikoinventur mit Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt. In den Self Assessments werden

die individuellen Risiken der einzelnen Bereiche und wesentlichen Tochtergesellschaften des LBBW-Konzerns erhoben. Die bedeutendsten Risiken werden in der Szenario-Analyse mithilfe von Standardszenarien aggregiert und umfassend analysiert. Des Weiteren werden regelmäßig Risikoindikatoren erhoben, um mögliche Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen.

In aggregierter Sicht wird das Gesamtrisiko Operationeller Risiken im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzepts durch den Operational Value-at-Risk (OpVaR) im Limitsystem des LBBW-Konzerns erfasst. Mit den gesammelten Risikodaten werden spezifische Analysen durchgeführt, um umfangreiche steuerungsrelevante Informationen zu erhalten und darauf aufbauend Reduzierungsmaßnahmen zu erheben und zu implementieren.

Ein Hauptaugenmerk im Management und Controlling operationeller Risiken liegt darauf, diese früh zu erkennen, transparent darzustellen und aktiv zu steuern. Das OpRisk-Maßnahmenmanagement spielt hierbei eine wichtige Rolle. Für den Umgang mit Operationellen Risiken stehen vier Handlungsstrategien zur Auswahl: Risiko vermeiden, transferieren, reduzieren oder akzeptieren. Die Steuerung erfolgt proaktiv durch die Bereiche und Tochterunternehmen auf Basis der Risikostrategie für operationelle Risiken und anhand der erhobenen und analysierten Risikodaten. Die Entscheidung über die Auswahl und Priorisierung von entsprechenden Maßnahmen wird von den Bereichen bzw. Tochterunternehmen getroffen und dezentral nachgehalten. Neben dem internen Kontrollsystem und einer offenen Risikokultur spielen bei der Begrenzung operationeller Risiken die Sensibilität aller Mitarbeiter für Risiken und ein offener Umgang damit eine weitere wichtige Rolle. Als Ziel wird eine Risikominimierung bzw. -vermeidung unter Berücksichtigung von Kosten-/Nutzenaspekten verfolgt. Können mögliche Schäden nicht komplett vermieden werden, sorgt der zentrale Bereich Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor. Eine weitere Reduzierung des OpRisk-Potenzials erfolgt u. a. durch die stetige Verbesserung der Geschäftsprozesse. Notfallkonzepte und Geschäftsfortführungspläne, die im Rahmen des Business Continuity Managements erhoben werden, dienen der Schadenbegrenzung bei Eintritt eines Notfalls.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Darüber hinaus wird in Abhängigkeit von Schadenshöhen auch ad hoc berichtet. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion wird der Vorstand durch das Risiko Komitee unterstützt. Dadurch sind Operationelle Risiken in die risikartenübergreifende Risikotragfähigkeitsüberwachung und Stressanalyse einbezogen und in die Gesamtrisikosteuerung integriert.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Die bestehenden operationellen Risiken standen 2017 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Vorausschauend werden keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

Nachfolgend werden Rechtsrisiken, IT-Risiken und Personalrisiken erläutert, da sie zentrale Bereiche des operationellen Risikos darstellen.

Rechtsrisiken.

Die Definition der operationellen Risiken umfasst auch die Rechtsrisiken. Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen bspw. durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen. Dies gilt auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folge von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene.

Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch den Bereich Recht der LBBW. Dieser ist in rechtlich beratender Funktion für den Konzern tätig. Hinzu kommt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche hat der Rechtsbereich eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die LBBW auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden, soweit möglich, anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleitet der Bereich Recht diese Prozesse und gestaltet sie aktiv mit.

Der Rechtsbereich verfolgt – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie, in Kooperation mit den zuständigen Bereichen, neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen des Konzerns.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirkt der Rechtsbereich an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb des Konzerns in maßgeblicher Weise mit.

Aufgrund neuerer höchst- und obergerichtlicher Rechtsprechung bleibt die Bankenlandschaft weiterhin mit nicht unerheblichen Rechtsrisiken aus Kundentransaktionen in komplexen Derivaten und mit der Fortentwicklung des Verbraucherrechts konfrontiert. Die vom BGH im Jahr 2017 vorgenommene Übertragung verbraucherrechtlicher Grundsätze auch auf gewerbliche Kunden unterstreicht die Notwendigkeit zur intensiven Verfolgung entsprechender Rechtsentwicklungen.

Weitere Rechtsrisiken bestehen im steuerrechtlichen Umfeld betreffend die Anrechnungsvoraussetzungen für Kapitalertragssteuer. Hier kann eine fortentwickelte Rechtsauffassung mit retrospektiven Auswirkungen auf Grundlage neuer Rechtsprechung bzw. neuer Verlautbarungen der Finanzverwaltung nicht ausgeschlossen werden.

Die vom Vorstand der LBBW initiierten laufenden rechtlichen Analyse- und Risikoprozesse tragen den vorgenannten Entwicklungen Rechnung.

Nach heutigem Kenntnisstand wurde angemessene Vorsorge zur Abdeckung rechtlicher Risiken getroffen, wobei die künftige Entwicklung von Rechtsprechung und Rechtsstreitigkeiten weiterhin

von wesentlicher Bedeutung für die LBBW ist. Die Rückstellungsbildung betrifft dabei auch vor dem Hintergrund der ungeklärten Rechtsprechung im Wesentlichen die Abdeckung rechtlicher Risiken aus bestimmten Derivatetransaktionen sowie verbraucherrechtlicher Risiken.

IT-Risiken.

Die wesentlichen Geschäftsprozesse der Bank sind heute maßgeblich durch IT unterstützt oder abhängig von IT-Lösungen. Die IT-Systeme werden immer komplexer, die Menge an Daten größer, der Grad an Arbeitsteilung und die Bedrohungen auf die IT-Systeme nehmen weiter zu, was in Summe zu höheren IT-Risiken führt. In diesem Zuge kommt auch der Informationssicherheit als risikominimierende Funktion eine zentrale Bedeutung zu. Einhergehend mit dieser wachsenden Bedeutung betreibt die LBBW ein auf dem internationalen Standard ISO 27001 basierendes Information Security Management System (ISMS) und entwickelt dieses kontinuierlich weiter.

Das Managen von IT-Risiken ist als dauerhaft integrierter Prozess im Unternehmen verankert und orientiert sich am Regelkreis des Risikosteuerungs- und -controllingprozesses.

Um ein möglichst vollständiges Bild der IT-Risikosituation der Bank zu erhalten, werden spezifische Risikoanalysen, Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt, Bedrohungen und Schwachstellen aus unterschiedlichen Datenquellen (z. B. Computernotfallteam S-Cert, BSI-Katalog und Experten) bewertet und die gewonnenen Informationen in den Regelkreis des Risikosteuerungs- und -controllingprozesses übernommen.

Bedrohungen und Risiken werden kontinuierlich analysiert, bewertet und mit Sicherheitsmaßnahmen hinterlegt, um diese auf ein akzeptables Maß zu reduzieren.

Durch die Erhebung von ausgewählten Risikoindikatoren zu den Themen IT-Betrieb und Sicherheit über einen längeren Zeitverlauf können Fehlentwicklungen erkannt werden, um frühzeitig einer Bedrohungslage entgegenzuwirken.

Mit der Auslagerung des IT-Produktionsbetriebs sowie eines Teils der Anwendungsentwicklung im Jahr 2013 an einen professionellen, auf Finanzinstitute spezialisierten Dienstleister setzt die LBBW auf risikoreduzierende Vorteile wie die konsequente Nutzung von Standardisierung, Steigerung der Kosteneffizienz sowie Erhaltung der Innovationsfähigkeit.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von IT-Systemen sicherzustellen, ist ein IT-Krisenstab implementiert, der nach definierten Prozessen im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch mit den IT-Dienstleistern, gewährleistet. Die Vorgehensweise und die organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement-Handbuch beschrieben. Es erfolgt eine quartalsmäßige Überprüfung des IT-Krisenmanagement-Handbuches, der IT-Krisenräume und der Schlüsselpositionen.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten wie z. B. Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen wie bspw. Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen gemessen.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird u. a. jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht ein eigener Bereich mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen. Zusätzlich gilt für alle Mitarbeiter der Code of Conduct der LBBW. Mithilfe dieser Maßnahmen soll auch möglichen Verhaltensrisiken der Mitarbeiter begegnet werden.

Chancen.

Im LBBW-Konzern werden die Schnittstellen der Bereiche mit Bezug zu operationellen Risiken stetig den aktuellen aufsichtsrechtlichen Vorgaben angepasst und gemeinsame Prozesse weiterentwickelt. Darüber hinaus werden durch eine enge Zusammenarbeit mit den OpRisk-Managern und weiteren Schnittstellenverantwortlichen Synergien erarbeitet und die Mitarbeiter des LBBW-Konzerns regelmäßig über die Risikokultur im LBBW-Konzern informiert. Dies ermöglicht unter anderem einen einheitlichen und umfassenden Blick auf die Risikosituation. Es ist eine Weiterentwicklung der Datenbank zur Erfassung der OpRisk-Daten für das Jahr 2018 geplant. Durch die weitere Automatisierung des Berichtswesens erhöht sich die Datenqualität und es ist eine schnellere Reaktion auf Fehlentwicklungen möglich. Die Prozesse bezüglich Rechtsrisiken, Neue Produkte oder zu Auslagerungen werden laufend überwacht und weiterentwickelt. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Risikosituation stetig zu verbessern.

Die LBBW wird das bankweite IT-Risikomanagement, das als Basis u. a. die Prozesse, Methodik und Strukturen des zentralen Risikocontrollings nutzt, weiterentwickeln. Über dieses IT-Risikomanagement werden die Fachbereiche in die Lage versetzt, die Risiken, die aus der Nutzung von IT im Rahmen der Geschäftsprozesse entstehen, adäquat abzuschätzen und unter Wirtschaftlichkeitsaspekten über Schutzmaßnahmen zu entscheiden. Die Weiterentwicklung des IT-Risikomanagements der LBBW erfolgt auf Basis aktueller regulatorischer Anforderungen.

Weitere wesentliche Risiken.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich im Konzernverbund an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochterunternehmen aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Unter Beteiligungsrisiken versteht die LBBW im engeren Sinne insbesondere das Risiko eines potentiellen Wertverlustes sowohl infolge von Ausfallereignissen als auch aufgrund der Unterverzinslichkeit von Investments in Tochterunternehmen und Beteiligungen.

Um das Beteiligungsrisiko einzudämmen, werden Tochterunternehmen und Beteiligungen nur eingegangen, sofern eine adäquate Risikosteuerung sowie eine angemessene Einbindung in die Prozesse der LBBW gewährleistet sind.

In Abhängigkeit der Einflussnahmemöglichkeiten der LBBW erfolgt die Steuerung der Tochterunternehmen und Beteiligungen über definierte Maßnahmen und Prozesse (u. a. Quartals-Jour fixe mit ausgewählten Tochterunternehmen, Plausibilisierung der Mehrjahresplanungen, diverse Berichte an den Vorstand und Gremien der LBBW sowie Gremien der Tochterunternehmen).

Für die Beteiligungssteuerung ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklung der Tochterunternehmen und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Insbesondere bei den geschäftspolitisch wesentlichen Tochterunternehmen dienen diesem Ziel regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und des Tochterunternehmens. Auf Ebene dieser Tochterunternehmen erfolgt die Steuerung und Kontrolle in der Regel über institutionalisierte Aufsichtsräte oder vergleichbare Gremien. Auf Ebene des Konzerns erfolgt unter Beachtung der Corporate Governance die Steuerung und Kontrolle durch die Einbindung von Stabs-, Betriebs- und Markt-bereichen in den Entscheidungsprozess.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW (direkt und über Holdinggesellschaften gehaltene Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW) zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

- Wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Anteile mehrheitlich im Besitz der LBBW stehen und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist. Diese Gesellschaften bilden die Risk Management Group.
- Nicht wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist.

Wesentliche Tochterunternehmen werden grundsätzlich nach dem Transparenzprinzip behandelt. Dementsprechend werden alle auf Konzernebene wesentlichen Risiken für jedes Tochterunternehmen der Risk Management Group separat quantifiziert, ggf. mittels Schätzverfahren.

Bei nicht wesentlichen Tochterunternehmen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte durch eine integrierte Simulation mit dem Kreditportfolio des LBBW-Konzerns quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird

ein ratingbasierter CVaR-Ansatz inklusive Stresstesting-Funktionalität herangezogen, der durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die Geschäfts- und Risikoentwicklung in den Portfolios der aus Risikosicht nicht wesentlichen Tochterunternehmen der LBBW spiegelt sich in dem für die Berechnung des Beteiligungsrisikos herangezogenen Beteiligungswert wider.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Gesellschaften wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über Transaktionsverträge strebt die LBBW eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Gesellschaft beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW werden jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung der Buchwertansätze unter Berücksichtigung ggf. vorliegender Planfortschreibungen der Tochterunternehmen und Beteiligungen. Bei ausgewählten Tochterunternehmen und Beteiligungen erfolgt zudem jeweils zum 31. März und 30. September eine Plausibilisierung der Wertansätze.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlusts infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert. Haupttreiber sind hierbei die großen strategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Zudem ergeben sich Risiken aus der Inanspruchnahme der übernommenen persönlichen Haftung als Anteilseigner (z. B. Gewährträgerhaftung, Patronatserklärung) bei Tochterunternehmen und Beteiligungen, wobei diesbezüglich auch widerrufenen Patronatserklärungen bzw. Haftungserklärungen gegenüber bereits veräußerten Tochterunternehmen und Beteiligungen mit umfasst sind. Darüber hinaus besteht das Risiko der Übernahme laufender Verluste von Tochterunternehmen aufgrund von Beherrschungs- bzw. Ergebnisabführungsverträgen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Tochterunternehmen und Beteiligungen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten, konservativen Risikopolitik.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde das Beteiligungsportfolio weiter reduziert: Es wurden u. a. die ConCardis GmbH verkauft sowie die BW Capital Markets Inc., die LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH und die Rhein-Neckar S.A. im Rahmen der Liquidation bzw. Verschmelzung beendet. Zudem wurden die stillen Beteiligungen an der DekaBank Deutsche Girozentrale zurückgeführt.

Chancen.

Grundsätzlich besteht über die bankstrategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW die Chance auf eine optimale Ausschöpfung von Marktpotenzialen und damit eine Stärkung der Marktstellung der LBBW bei den Zielkunden und Kernmärkten sowie die Chance der optimalen Ausschöpfung bestehender Wertpotenziale und einer angemessenen Kapitalverzinsung (Dividenden/Ausschüttungen). Durch den Verkauf, die Verschmelzung bzw. die Liquidation von kleineren Tochterunternehmen und Beteiligungen wird das Beteiligungsportfolio bereinigt und entsprechend der Geschäftsstrategie eine Komplexitätsreduktion erreicht.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken, Pensionsrisiken und Modellrisiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinns aufgrund einer Schädigung/Verschlechterung der Reputation der LBBW bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des Operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem Operationellen Risiko oder anderen Risikoarten verursacht werden. Eingetretene Reputationsrisiken können sich auch auf Geschäfts- und Liquiditätsrisiken auswirken.

Die LBBW unterscheidet zwischen transaktionsbezogenem Reputationsrisikomanagement (Maßnahmen mit Bezug auf einzelne Geschäftsabschlüsse) und dem nicht transaktionsbezogenen Reputationsrisikomanagement (insbesondere Presse/Issue Management).

Bei allen Geschäftsentscheidungen ist die Auswirkung des Geschäfts auf die Reputation der LBBW zu berücksichtigen. Geschäfte, welche die Reputation der LBBW nachhaltig gefährden, werden vermieden. Die im LBBW-Konzern formulierte Nachhaltigkeitspolitik ist einzuhalten. Der LBBW-Konzern hat den Anspruch, im besten und langfristigen Interesse seiner Kunden und Stakeholder zu handeln.

Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik definiert die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit Standards für alle Geschäftsbereiche. Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche insbesondere im Rahmen des Neuprodukte-Prozesses (NPP) und des Kreditantragsprozesses. Der Bereich Compliance und die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit unterstützen die relevanten Marktbereiche im täglichen Geschäft bei der Identifizierung und Bewertung von Reputationsrisiken. Bei OTC-Derivaten für Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement ist dem NPP ein Produkt-Zertifizierungs-Prozess vorgeschaltet.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikoarten haben. Sie können u. a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie durch Auswirkungen von eingetretenen Reputationschäden verursacht werden. Es zeigt sich insbesondere in verringerten Provisionserträgen oder Zinskonditionsbeiträgen sowie in erhöhten Kosten.

Um für das Geschäftsrisiko Transparenz zu schaffen, wird im Rahmen des Planungsprozesses das Risiko der Nichterreichung der Ziele durch das Aufzeigen von Risikofaktoren berücksichtigt. Die Marktbereiche haben ihre Aufbau- und Ablauforganisation so auszurichten, dass mit der Geschäftstätigkeit verbundene Risiken minimiert und die Planungen erreicht werden können.

Zudem erfolgt bei strategischen Projekten (bspw. Neuausrichtung bestimmter Geschäftsfelder oder Akquisition) eine umfassende Abwägung und Offenlegung der Chancen und Risiken. Dabei werden alle relevanten Bereiche in die Entscheidungsfindung eingebunden.

Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt. Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

Grundlage für die Quantifizierung der Geschäfts- und Reputationsrisiken sind historische Plan-Ist-Abweichungen ausgewählter GuV-Positionen.

Das Pensionsrisiko ist die potenzielle Notwendigkeit zur Erhöhung der Pensionsrückstellungen aufgrund gestiegener erwarteter Pensionsausgaben und insbesondere bewertungstechnischer Auswirkungen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Zins-, Renten- und Gehaltsentwicklung. Die Pensionsrisiken werden über Szenario-Analysen auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens quantifiziert. Das Pensionsrisiko wird derzeit akzeptiert und passiv überwacht. Auf die mögliche Absicherung z. B. der Zinskomponente wird aktuell verzichtet. Bei steigenden Zinsen ergibt sich für die LBBW damit die Chance auf rückläufige Pensionsrückstellungen. Bei wesentlichen Änderungen erfolgt eine Entscheidung des Vorstands bezüglich der Risikostrategie (Risiko akzeptieren oder absichern) unter Berücksichtigung der GuV- und Eigenkapital-Volatilität.

Das Modellrisiko beschreibt potenzielle Verluste, die als Folge von Entscheidungen entstehen können, die sich auf das Ergebnis von unangemessenen, falschen oder falsch verstandenen Modellen stützen. Auslösende Faktoren können dabei Fehler bei der Konzeption, Anwendung und Validierung von Modellen sein. In der LBBW werden Modelle zur Identifizierung und Steuerung von Kapital- und Liquiditätsrisiken oder zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen (Risikomodelle), für die Gewinn- und Verlustrechnung (Bewertungsmodelle) sowie für Geschäfts(abschluss)entscheidungen (Entscheidungsmodelle) verwendet.

Die LBBW hat ihre Prozesse zur Steuerung des Modellrisikos im Berichtsjahr deutlich weiterentwickelt. In diesem Kontext wurde eine Modellinventur zur einheitlichen Erfassung der verwendeten Modelle durchgeführt und die dabei identifizierten Modelle nach Relevanz für das Modellrisiko klassifiziert. Die Grundzüge der Steuerung des Modellrisikos wurden zudem in Form eines internen Rahmenwerkes durch den Vorstand festgelegt – demnach legt die LBBW den Schwerpunkt beim Umgang mit Modellrisiken auf die sichere Identifikation und schnellstmögliche Behebung von entsprechenden Risiken. Zu diesem Zwecke wurde die Rolle der unabhängigen Validierungseinheit gestärkt. Falls wesentliche Modellrisiken nicht in angemessener Zeit beseitigt werden können, werden Vorkehrungen durch Risikoaufläufe, Puffer oder spezifisch festgelegte Limitierungen getroffen.

Die LBBW wird in 2018 ihr Framework zur Steuerung der Modellrisiken weiter ausbauen.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobilienmarktsituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilien (Nutzungsmöglichkeiten, Leerstände, Mindereinnahmen, Bauschäden etc.). Davon abzugrenzen sind Developmentrisiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft, die eine eigene Risikokategorie bilden, sowie Risiken aus dem Dienstleistungsgeschäft. Letztere werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Immobilienrisiken können sowohl in den eigengenutzten Beständen (Büroimmobilien) als auch in den fremdgenutzten Gewerbebeständen auftreten. Das Management der Immobilien erfolgt vor allem durch die LBBW Immobilien-Gruppe und die BW-Immobilien GmbH.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf positive Wertveränderungen und die Generierung weiterer Erträge (höhere Mieten, Mietvertragsverlängerungen, Vermietbarkeit schwieriger Flächen etc.).

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bei der Beurteilung von Investitions-/Deinvestitionsentscheidungen, wesentlichen Änderungen in der Objektplanung, dem Abschluss von Mietverträgen sowie zur Verminderung des Risikos negativer Wertveränderungen der Bestandsimmobilien sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

In der LBBW kommt zur Messung des Immobilienrisikos ein Immobilien-Value-at-Risk (IVaR)-Modell zum Einsatz. Die quartalsweise Berechnung des IVaR und dessen Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des Konzerns wird im Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Als Eingangsgrößen gehen in das Modell aus Marktdatenhistorien abgeleitete Volatilitäten und Korrelationen ein, die den Portfoliowerten zugeordnet werden.

Die Steuerung der im Asset Management tätigen operativen Tochtergesellschaften der LBBW Immobilien-Gruppe erfolgt darüber hinaus anhand spezieller immobilienpezifischer Steuerungsgrößen wie z. B. Mietsteigerungen, Leerstand und Rückstandsquoten. Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung bewertet und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement sorgt dafür, dass Chancen und Risiken innerhalb des Portfolios in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Das Gewerbeportfolio ist diversifiziert nach Nutzungsarten, insbesondere in Büro und Einzelhandel, sowie nach Größenklassen. Die strategischen Bestände sind überwiegend am Standort Stuttgart gelegen. Dieser zeichnet sich insgesamt durch einen stabilen Markt mit relativ geringen Mietschwankungen aus. Die Objekte der LBBW Immobilien befinden sich zudem überwiegend in Top-Lagen mit geringem Vermietungsrisiko und sind an Mieter guter Bonität vermietet. Bei Neuvermietungen wird die Bonität potenzieller Mieter eingehend geprüft und das Ziel verfolgt, Mietverträge mit möglichst langer Mietvertragslaufzeit abzuschließen. Je nach zugrunde liegender Objektstrategie (z. B. Projektentwicklung) ist jedoch in Einzelfällen auch der Abschluss von Mietverträgen mit kurzen Laufzeiten sinnvoll und möglich. Darüber hinaus tragen die Bestände zur Wertentwicklung, die überwiegend außerhalb Stuttgarts – derzeit in München und Frankfurt am Main - gelegen sind, zur

makrostandortspezifischen Diversifikation bei. Es handelt sich hierbei um zugekaufte Einzelimmobilien bzw. (Teil-)Portfolios, die durch ein aktives Asset Management kontinuierlich weiter- bzw. vollvermietet werden. Anschließend sollen die Objekte (mittelfristig) wieder veräußert werden. Insgesamt wird das makrostandortspezifische Risiko daher als überschaubar eingeschätzt.

Im Segment Asset Management werden bei der LBBW Immobilien aufgrund der überschaubaren Anzahl an Objekten, Investitions- bzw. Desinvestitionsentscheidungen in der Regel nach einer eingehenden Prüfung der Wirtschaftlichkeit einzelfallbezogen getroffen. Hierbei werden ganzheitliche immobilienwirtschaftliche Gesichtspunkte, wie z. B. Kosten-/Ertragssituation, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern berücksichtigt.

Für die eigengenutzten Immobilien der LBBW ist die BW-Immobilien GmbH verantwortlich. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Das Zielfortfolio wird den Nutzungsanforderungen des LBBW-Konzerns laufend angepasst und sieht weiterhin eine Flächenoptimierung an allen Zentralstandorten der LBBW vor. Diese wird größtenteils durch eine Konzentration auf Objekte im Eigentum der LBBW und einen weitestgehenden Verzicht auf angemietete Flächen sowie eine Belegungsoptimierung erreicht. Daher ist kein wesentlicher Einfluss auf die eigengenutzten Bestände und das Immobilienrisiko zu erwarten.

Durch die German Centres werden Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum bei der Expansion im Ausland durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und einem umfassenden Dienstleistungsangebot unterstützt. Die eigengenutzten Immobilien der German Centres werden daher durch die strategische Ausrichtung und den Bedarf der Unternehmenskunden bestimmt. Die Gewinnerzielung durch Weiterentwicklung, Verkauf oder Asset Management der Immobilien der German Centres ist nicht der Fokus der Geschäftstätigkeit.

Developmentrisiken.

Das Developmentrisiko ist definiert als das Bündel von Risiken, welche im Rahmen der Realisierung von gewerblichen und wohnwirtschaftlichen Projektentwicklungen typischerweise auftreten. Die Risiken in diesem Geschäftsfeld liegen im Planungs- und Genehmigungsbereich, den geplanten Baukosten und Terminen sowie insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Soweit Projektentwicklungen in Partnerprojekten durchgeführt werden, ergeben sich hieraus zusätzliche Risiken, z. B. Bonitätsrisiko des Partners, Durchsetzung von Entscheidungen gegenüber dem Partner, Informationsfluss oder Qualität des Partners. Das Eintreten dieser Risiken kann dazu führen, dass die erwartete Rendite nicht erwirtschaftet, das investierte Kapital nicht vollständig bzw. im Extremfall gar nicht mehr zurückfließt oder sogar Eigenkapital nachgeschossen werden muss, sofern es sich nicht um Non-Recourse-Finanzierungen handelt.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf höhere Exiterlöse, getrieben von höheren Vermietungsergebnissen sowie von höheren Vervielfältigern. Gleichzeitig erschwert eine positive Marktentwicklung jedoch den preisgünstigen Erwerb geeigneter Developmentgrundstücke.

Zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken bereits vor Projektbeginn sowie in sämtlichen Projektphasen bezüglich einzelprojektbezogener Faktoren sowie Auswirkungen auf das

Projektportfolio sind in der Konzernrisikostategie des LBBW-Konzerns bzw. der LBBW Immobilien definiert.

Der regionale Fokus liegt auf den Kernmärkten Süddeutschland (Baden-Württemberg und Bayern), Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet und Berlin. In diesen Märkten tritt die LBBW Immobilien-Gruppe als Investor und Dienstleister in den Bereichen Gewerbe- sowie Wohnimmobilien auf. Die Abarbeitung der vorhandenen Projekte außerhalb dieser Zielmärkte, insbesondere im Ausland, ist weitgehend abgeschlossen. Die Neuprojekte verlaufen planmäßig, wesentliche Risiken hieraus sind derzeit nicht zu erkennen.

Zur Messung der Developmentrisiken wird von der LBBW Immobilien-Gruppe ein mit Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft validiertes Risikomodell eingesetzt. Das Modell basiert auf einem Risikotreiberbaum, der zum Ziel hat, Risiken zu erfassen und deren Schwankungsbreiten bereits vor Beginn eines Bauprojekts aufzuzeigen. Daraus leiten sich Zu- bzw. Abschläge auf sämtliche zukünftige Kosten und Erlöse ab, die auf die Vorschaukalkulation im sog. Real Case angewendet werden. Auf Basis unterschiedlich großer Schwankungsbreiten der Risikofaktoren werden ein Normal- und ein Extremrisiko ermittelt. Die quartalsweise Berechnung des Developmentrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling der LBBW Immobilien-Gruppe. Die Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des LBBW-Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

In der LBBW wird das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) als umfassendes System verstanden, das sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) anlehnt. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften organisatorisch umzusetzen.

Das IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sowie die Lageberichterstattung dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW (Bank) und des LBBW-Konzerns. Die Beurteilung der Effektivität des IKS wird auf Basis des Rahmenwerkes des »Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission« (COSO) durchgeführt. Dabei besteht das IKS aus folgenden fünf Komponenten:

- Das **Kontrollumfeld** bildet den Rahmen für die Einführung und Anwendung der Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen in einem Unternehmen.
- Die **Risikoeinschätzung** dient der Erkennung und Analyse interner und externer Risiken.
- Die **Kontrollaktivitäten** stellen die Beachtung der Entscheidungen des Managements sicher und begegnen den Unternehmensrisiken mit geeigneten Maßnahmen.
- **Information und Kommunikation** gewährleisten, dass Informationen für unternehmerische Entscheidungen eingeholt und an die zuständigen Stellen im Unternehmen weitergeleitet werden.
- Das **Monitoring** des IKS dient zur Beurteilung der Wirksamkeit des Systems im Zeitablauf.

Wesentliches Ziel ist, sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Darüber hinaus wird sichergestellt, dass die im Konsolidierungskreis befindlichen Gesellschaften so in die Abläufe einbezogen werden, dass eine frist- und sachgerechte Erstellung des Konzernabschlusses gewährleistet ist.

Das rechnungslegungsbezogene IKS ist integraler Bestandteil des IKS der Gesamtbanksteuerung.

Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation trägt der Vorstand der LBBW. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle Organisationseinheiten bei der Erstellung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen aller Konzerngesellschaften entsprechen den an sie gestellten quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelmäßig geschult.

Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Die Kontrollen sind darauf ausgerichtet, dass die Erstellung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts im Einklang mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften bzw. den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfolgt und die ordnungsgemäße und fristgerechte interne wie externe Finanzberichterstattung sichergestellt ist. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt.

Die Risiken, die dem Ziel der Regelungskonformität des Abschlusses entgegenstehen, werden jährlich durch die Führungskräfte in den jeweiligen Fachabteilungen ermittelt und hinsichtlich ihrer Relevanz bewertet. Die Dokumentation der erkannten Risiken erfolgt in der Risiko-Kontroll-Matrix.

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Begrenzung erkannter Risiken sind unter anderem das im Vordergrund stehende Vier-Augen-Prinzip, die Funktionstrennung und die Kompetenzordnung unter Berücksichtigung der bestehenden Entscheidungsordnungen zu nennen. Diese haben so auch Eingang in die in den jeweiligen Konzerngesellschaften getroffenen Regelungen gefunden. Des Weiteren werden regelmäßig beispielsweise Berechtigungen sowie das Notfallkonzept überprüft.

Die Überprüfung erkannter Risiken erfolgt über den IKS-Regelkreislauf. Dieser besteht aus drei Teilen. Erstens aus dem IKS-Quick-Check, in welchem eine Selbsteinschätzung des internen Kontrollsystems anhand eines Fragebogens erfolgt. Zweitens aus dem Management-Testing ausgewählter Schlüsselkontrollen auf Basis der Risiko-Kontroll-Matrix und drittens aus dem IKS-Self Assessment. Die Kontrollfunktionen werden konzernweit in den jeweiligen Fachabteilungen ausgeübt. Die bei der LBBW definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab. Diese sind in der schriftlich fixierten Ordnung festgehalten.

Sowohl die Erstellung des Jahresabschlusses der Bank als auch die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt – unter Einbindung der Fachbereiche – durch den Bereich Finanzen bei der LBBW (Bank) zentral.

Für die Einzel- und Konzernabschlusserstellung (Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresabschluss) liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet, die Kompetenzordnung beachtet und die Funktionstrennung berücksichtigt.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften verfügen über systemtechnisch unterstützte Prozesse bei der Abschlusserstellung nach lokalem Recht, die in die Lieferung der abgestimmten und überwiegend auch durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschlüsse als Basis für die Konzernabschlusserstellung münden. Die Geschäftsführung der jeweiligen Konzerngesellschaft trägt die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der an die Gruppe Group Accounting übermittelten Ergebnisdaten.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt auf Grundlage der IFRS und unter Berücksichtigung der im Konzernhandbuch niedergelegten einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten in der LBBW (Bank und Konzern), die zum beizulegenden Zeitwert bzw. Fair Value bewertet werden, erfolgt entweder auf der Basis von Preisnotierungen im Falle aktiver Märkte (Börsen, Broker, Preisserviceagenturen etc.) oder auf Basis anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, deren Inputdaten öffentlich zugänglich sind (z. B. Zinskurven, Volatilitäten, Spreads). In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Für die handelsunabhängige Überprüfung und Validierung der für Bilanzierungszwecke benutzten Preise sorgt die separate Organisationseinheit Independent Price Verification im Konzernrisikocontrolling.

Die übergeordnete Steuerung und Koordination des bereichsübergreifenden Erstellungsprozesses für den Lagebericht der LBBW erfolgt zentral durch den Bereich Konzernkommunikation unter fachlicher Gesamtverantwortung des Bereichs Finanzen. Der Erstellungsprozess ist in die Termin- und Ablaufpläne für den Halbjahres- und Jahresabschluss integriert. Die Lageberichtsteile werden unter Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips dezentral in den Fachbereichen erstellt und durch die Bereichsleiter freigegeben. Der Bereich Konzernkommunikation (interne Evidenzzentrale) überprüft die inhaltliche Konsistenz des gesamten Lageberichts.

Information und Kommunikation.

Die Risikoleitsätze des LBBW-Konzerns, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen IKS sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die grundsätzlich in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW (Bank) veröffentlicht werden. Das gilt analog für das Konzernhandbuch, in dem die Bewertungs- und Bilanzierungsvorgaben für die Erstellung des Konzernabschlusses enthalten sind. Dieses wird unter Berücksichtigung der aktuellen IFRS-Regelungen regelmäßig aktualisiert und an die Konzerngesellschaften versandt.

Die Gruppe Finance Principles & NPP identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und Tochtergesellschaften und initiiert die Umsetzung.

Neuartige Produkte und Produktvarianten werden im Neue-Produkte-Prozess der Bank und in den Konzerngesellschaften auf ihre bilanzrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der

Geschäftsarten geprüft. Werden bei neuartigen Produkten von Konzerngesellschaften die Systeme und/oder Prozesse der Konzernzentrale benötigt, erfolgt die Einstufung der bilanzrechtlichen Behandlung durch die Gruppe Finance Principles & NPP.

Die Gruppe Group Accounting erstellt auf Basis der Zulieferungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften das Zahlenwerk des Konzernabschlusses unter der Verwendung einer standardisierten Konsolidierungssoftware. Die Datenkonsistenz der Zulieferungen durch die Konzerngesellschaften wird hier durch implementierte Prüfregele und umfangreiche Validierungen geprüft. Die Erstellung des Konzernanhangs erfolgt ebenfalls unter Verwendung von Standardsoftware. Die Gruppe Group Accounting stellt die Vollständigkeit und Richtigkeit der relevanten Anhangangaben auf Basis der von den Konzerngesellschaften zugelierten Informationen sicher.

Im Zusammenhang mit der Rechnungslegung erstellte und an externe Interessenten bzw. Adressaten versendete Finanzberichte durchlaufen vor Versendung eine Konsistenzprüfung durch eine interne Evidenzzentrale.

Darüber hinaus hat der Vorstand Regelungen erlassen, nach denen er unverzüglich zu informieren ist, wenn in einzelnen Bereichen oder Konzerngesellschaften Zweifel an der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation aufkommen (»Ad-hoc-Informationspflicht«). Das trifft auch für die Rechnungslegung zu. Bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen sind diese vom Konzernvorstand unverzüglich an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats weiterzuleiten.

Monitoring.

Das derzeitige IKS der LBBW zeichnet sich durch eine dezentrale Verantwortung der Fachbereiche für wesentliche rechnungslegungsrelevante Prozesse aus.

Wirksamkeit und Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen IKS werden regelmäßig überwacht. Im Bereich Finanzen ist hierfür eine IKS-Evidenzstelle eingerichtet. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden. Das Monitoring findet laufend während der Erstellung des Konzernjahres-/Halbjahresabschlusses statt.

In regelmäßigen Abständen finden zwischen den am Erstellungsprozess für den Jahres- und Konzernabschluss sowie für den Lagebericht beteiligten Mitarbeitern bi- und multilaterale Abstimmungsgespräche statt, im Rahmen derer aufgetretene Probleme thematisiert und analysiert werden. Es werden Maßnahmen abgeleitet, die Eingang in die fortlaufenden Prozesse finden.

Sowohl der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats als auch die Konzernrevision fungieren als übergeordnete Monitoring-Organe. Die Konzernrevision ist für die prozessunabhängige Überprüfung des Geschäftsbetriebs zuständig und als solche Instrument der gesamten Geschäftsleitung. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfung und informiert darüber den Aufsichtsrat.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Das Jahr 2018 dürfte im Zeichen eines fortgesetzten Aufschwungs stehen. Viele der gängigen Frühindikatoren sind auf oder nahe ihrer historischen Höchststände. Das ifo Geschäftsklima erreichte seinen bisherigen historischen Höchststand im November 2017 bei 117,6 Indexpunkten und hat diesen Wert im Januar 2018 nochmals bestätigt. Das Economic Sentiment für den Euroraum stand im Dezember 2017 mit 116,0 Punkten so hoch wie zuletzt im Jahr 2000. Vor dem Hintergrund dieser guten Lage und der weiterhin expansiven Geldpolitik der EZB - die monatlichen Anleihekäufe von 30 Mrd. EUR werden mindestens bis September 2018 fortgeführt, die Leitzinsen bleiben unverändert - erwarten wir für 2018 eine ähnliche konjunkturelle Dynamik. Im Euroraum dürfte das BIP um 2,3% zulegen, in Deutschland dürfte das Plus ebenfalls bei 2,3% liegen. In den USA dürfte das BIP-Wachstum 2,4% betragen. Die Inflation dürfte in diesem Umfeld etwa auf dem Niveau des Vorjahres liegen. In Deutschland rechnen wir für die Inflation 2018 mit 1,8%, im Euroraum mit 1,5% und in den USA mit 2,2%. Zwar dürften die Energiepreise langsamer zulegen als im Vorjahr. Dafür wird die verbesserte Konjunktur durch die steigende Kapazitätsauslastung voraussichtlich für Lohn- und Preisdruck sorgen. In den USA dürfte die Notenbank in diesem Umfeld ihre Leitzinsen 2018 um weitere 75 Bp. anheben. Die Reaktion der Geldpolitik dürfte indes insgesamt nicht ausreichen, um die Wachstumsdynamik zu verlangsamen, zumal die Fiskalpolitik in den USA mit der unlängst beschlossenen Steuerreform deutlich expansiv wirkt. In China dagegen dürfte sich das BIP-Wachstum von 6,8% auf 6,3% verlangsamen. Die hohe Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen sowie die Überkapazitäten der Industrie lassen erwarten, dass das Wachstumstempo der vergangenen Jahre nicht ganz gehalten werden kann.

Die Abwärtsrisiken haben gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Im Euroraum sind die politischen Risiken für den Zusammenhalt von EU und Währungsunion gesunken. Lediglich die Wahlen in Italien am 4. März könnten für größere Spannungen sorgen. In den USA stellen sich die Unwägbarkeiten nach einem Jahr Erfahrungen mit Präsident Trump als überwiegend beherrschbar heraus. Zumindest ist ein »Handelskrieg« der USA weder mit der EU noch mit China in Sicht. Der Austritt Großbritanniens aus der EU bleibt zwar eine Belastung für die Konjunkturentwicklungen auf dem europäischen Festland. Aber die laufenden Verhandlungen über die Modalitäten des Austritts Großbritanniens aus der EU lassen erwarten, dass es ein Abkommen geben wird, evtl. mit Übergangsfristen für jene Bereiche, in denen bis zum offiziellen Ausscheiden im März 2019 noch keine Einigung erzielt werden wird.

An den Aktienmärkten dürften die zuversichtliche Stimmung und das gute makroökonomische Umfeld für weitere Kursgewinne sorgen. Wir prognostizieren einen DAX-Stand von 14 000 Punkten bis Ende 2018. Der Anfang 2018 gesehene Höhenflug des Euro zum US-Dollar mit Kursen bis 1,25 USD je EUR dürfte sich wieder in eine Euro-Schwäche umkehren. Wir erwarten für Ende 2018 einen Kurs von 1,12 USD je EUR. Am Rentenmarkt sind in diesem Umfeld moderate Kursverluste wahrscheinlich. Die Rendite für die 10-jährige Bundesanleihe dürfte Ende 2018 bei 1,00% liegen, in den USA rechnen wir mit einem Renditeanstieg für 10-jährige US-Treasuries auf 2,80%.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Niedrige und teils negative Zinsen im Euroraum, der hohe Wettbewerbs- und Margendruck sowie der regulierungs- und technologiegetriebene Wandel werden aus Sicht der LBBW auch 2018 die zentralen Herausforderungen für die deutschen Banken bleiben. Dagegen werden die robusten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland in Verbindung mit der zu erwartenden steigenden Kreditnachfrage die Branche voraussichtlich weiterhin stützen. Dazu kommt die Perspektive auf moderat steigende Zinsen in den USA sowie hierzulande die Erwartung einer weniger expansiven Geldpolitik der EZB. Darüber hinaus führen nahezu alle Institute Initiativen zur Verbesserung der Kosteneffizienz durch. Dadurch wird sich unter anderem die Zahl der Bankfilialen in Deutschland voraussichtlich weiter reduzieren. Eine besondere Herausforderung und Belastung könnte für die Branche aus den zahlreichen Unsicherheiten erwachsen, die das internationale politische Umfeld aktuell prägen.

Die Reform des regulatorischen Rahmens für den Bankensektor ist mittlerweile weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen. So sind etwa die Basel III Reformen verabschiedet, welche jedoch im nächsten Schritt noch in europäisches Recht umgesetzt werden müssen. Außerdem dürften die jüngsten Entscheidungen zur finalen Ausgestaltung der Sanierungs- und Abwicklungsregelungen auf EU-Ebene in Deutschland perspektivisch zu weiteren Gesetzesanpassungen führen. Zudem steht eine Einigung auf eine gemeinsame europäische Einlagensicherung als dritte Säule der europäischen Bankenunion weiterhin aus. Die Regulierung bleibt damit zusammen mit Veränderungen in der aufsichtsrechtlichen Praxis ein wesentlicher Unsicherheits- und Belastungsfaktor für die Bankbranche. Dabei dürfte gerade auch die zunehmende Reglementierung der Geschäftstätigkeit durch Aufsicht und Gesetzgeber, z. B. zur Steigerung von Markttransparenz und Verbraucherschutz, für einen anhaltenden Druck auf die Erträge und Geschäftsmodelle der Institute sorgen.

Ein weiterer wesentlicher Unsicherheitsfaktor für die Branche ist der technologische Wandel, der sich beschleunigen dürfte. Die zunehmende Digitalisierung des Bankgeschäfts wird voraussichtlich anhaltende Investitionen, insbesondere in die IT, erfordern. In welchem Ausmaß technologiegetriebene Finanzinnovationen auch die Markt- und Wettbewerbsstrukturen am deutschen Bankenmarkt verändern können, ist derzeit nicht hinreichend abzuschätzen. Für die einzelnen Institute ergeben sich daraus sowohl Chancen als auch Risiken.

Unternehmensprognose.

Rahmenbedingungen.

Die im Folgenden ausgeführten Aussagen zur Unternehmensprognose der LBBW basieren auf der Ende 2017 erstellten Planung. Die Planung berücksichtigt bereits die ab 2018 anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften des IFRS 9. Entsprechend sind diese auch der Prognose zugrunde gelegt, ebenso wie die aufgrund der Umsetzung des IFRS 9 notwendig gewordenen Anpassungen im Ergebnisschema sowie der in dem Zuge vorgenommenen Anpassungen der Leistungsindikatoren Return on Equity¹ und Cost Income Ratio².

Für den Prognosezeitraum wird im Euroraum erneut von einem niedrigen, jedoch leicht steigenden Zinsniveau ausgegangen. Für Deutschland und die Eurozone wird eine positive wirtschaftliche Entwicklung unterstellt. Trotz der weit fortgeschrittenen Reform des regulatorischen Rahmens für Banken bleibt die Regulierung ein wesentlicher Unsicherheits- und Belastungsfaktor. Vor allem die zunehmende Regulierung der Geschäftstätigkeit, beispielsweise zur Steigerung von Markttransparenz und Verbraucherschutz, dürfte für einen anhaltenden Druck auf die Erträge und das Geschäftsmodell sorgen. Auch die zunehmende Digitalisierung wird weiterhin ein großes Maß an Flexibilität sowie weitere Investitionen erfordern.

Ausblick der LBBW.

Die LBBW sieht ihr **kundenorientiertes Geschäftsmodell**, ihre tiefe Verwurzelung in den Kernmärkten, ihre solide Kapitalisierung und ihr angemessenes Risikoprofil als stabile Basis für die zukünftige Entwicklung. Um die eigenen hohen Ansprüche bezüglich Qualität des Angebots sowie der Kundenorientierung als mittelständische Universalbank erfüllen zu können, konzentriert sich die LBBW auf ihre **vier strategischen Stoßrichtungen** Geschäftsfokus, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Agilität. Im Rahmen der Stoßrichtung **Geschäftsfokus** strebt die LBBW ein Wachstum durch Erweiterung der bereits starken Kundenbasis an. Dabei sollten breit gefächerte Maßnahmen auf der Kunden- und Produktseite und entsprechende Investitionen in neue Märkte, Produktentwicklungen und Infrastruktur zur angestrebten Entwicklung beitragen. Auch die Stoßrichtungen **Nachhaltigkeit** und **Digitalisierung** sollten durch den Ausbau nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen sowie durch den Einsatz innovativer technologischer Lösungen mit entsprechender Kostenreduktion und Ertragssicherung dazu beitragen. Im Hinblick auf die Digitalisierung strebt die LBBW auch an, die Modernisierung ihrer IT-Architektur weiter voranzutreiben. Die Stoßrichtung **Agilität** sollte der LBBW bei der Anpassung an sich schnell verändernde wirtschaftliche Entwicklungen, Kundenanforderungen, Markttrends und auch Bedürfnisse von Mitarbeitern helfen, um die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen.

Im Geschäftsjahr 2018 werden für die weitere Umsetzung der vier strategischen Stoßrichtungen anfangs Investitionen erforderlich sein. Trotz der vielfältigen Herausforderungen aus der wirtschaftlichen Entwicklung, den Kundenanforderungen, den Markttrends sowie aus Gesellschaft und Umwelt sieht sich die LBBW mit ihrer stabilen Basis sowie ihren vier strategischen Stoßrichtungen gut aufgestellt.

¹ Return on Equity (Konzern): (Annualisiertes) Konzernergebnis vor Steuern/durchschnittliches bilanzielles Eigenkapital; Eigenkapital bereinigt um Bilanzgewinn der laufenden Berichtsperiode; Return on Equity (Segmente): (Annualisiertes) Ergebnis vor Steuern/Maximum des geplanten durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals bzw. des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals der laufenden Berichtsperiode

² Cost Income Ratio: (Verwaltungsaufwendungen + Sonstige Aufwendungen)/(Zinsergebnis + Provisionsergebnis + Bewertungs- und Veräußerungsergebnis + Sonstiges betriebliches Ergebnis); Ertragsgröße bereinigt um impairments auf Kredite und Wertpapiere

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren der **LBBW** werden sich auf Konzernebene im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich folgendermaßen entwickeln:

Für das Jahr 2018 rechnet die LBBW mit einer anziehenden Kundennachfrage und daraus resultierend mit einem deutlichen Volumenausbau in den Kerngeschäftsfeldern. Die **Risikoaktiva** nach CRR/CRD IV sollten dabei aufgrund der guten Qualität im Neugeschäft jedoch nur mäßig ansteigen. Folglich sollte die harte Kernkapitalquote sowie die Gesamtkapitalquote (jeweils »fully loaded«) trotz Berücksichtigung von Eigenkapitaleffekten aus der Umstellung auf IFRS 9, die mit rund 0,25%-Punkten belasten werden, nur geringfügig unter dem soliden Wert des Jahresendes 2017 verbleiben.

Die **harte Kernkapitalquote** wird weiterhin beträchtlich über den Mindestvorgaben der CRR/CRD IV liegen. Die im Rahmen des **SREP** (Supervisory Review and Evaluation Process) überprüfte und ab 2018 gültige neue institutsindividuelle Anforderung der Europäischen Zentralbank in Höhe von 8,80% wird zum Jahresende 2018 ebenfalls beträchtlich übertroffen sein. In dieser Quote berücksichtigt ist die Kapitalanforderung der Säule 2 sowie das nach § 10 c KWG als Kapitalerhaltungspuffer und das nach § 10 g KWG als Kapitalpuffer für anderweitig systemrelevante Institute vorzuhaltende harte Kernkapital. Auch unter Berücksichtigung des darüber hinaus nach § 10 d KWG für einen geringfügigen Teil von Auslandsforderungen vorzuhaltenden antizyklischen Kapitalpuffers sowie der von der EZB-Aufsicht erwarteten Bereithaltung von weiterem harten Kernkapital im Rahmen einer Kapitalempfehlung (Pillar 2 Guidance) sollte eine außerordentliche Übererfüllung vorliegen. Neben den regulatorischen Kapitalanforderungen steht auch die ökonomische Kapitalsteuerung im Fokus der LBBW. Mit einer gegenüber Vorjahr nahezu unveränderten erwarteten **Auslastung der Risikodeckungsmasse** (2017: 41,9%) kann die LBBW ihre sehr komfortable Risikotragfähigkeitssituation beibehalten. Die Sicherstellung einer soliden Kapitalisierung sollte damit jederzeit erfüllt werden können.

Die **Bilanzsumme** im Jahr 2017 lag mit rund 238 Mrd. EUR unter dem Niveau des Vorjahres. Durch den erwarteten deutlichen Ausbau der Kerngeschäftsfelder antizipiert die LBBW für 2018 einen moderaten Anstieg der Konzernbilanzsumme. Die risikounabhängige regulatorische Kennzahl **Leverage Ratio** dürfte zum Jahresende 2018 auf Vorjahresniveau verbleiben (2017: 4,6%) und damit beträchtlich über der vom Baseler Ausschuss vorgesehenen Mindestmarke von 3% liegen. Die stufenweise eingeführte **Liquidity Coverage Ratio** steht ebenfalls im Fokus der LBBW. Die ab 2018 gültige Mindestquote von 100% sollte zum Jahresende 2018 deutlich übertroffen werden. Ab 2018 wird zudem die **Net Stable Funding Ratio** zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen strukturellen Liquidität verstärkt in den Steuerungsfokus der LBBW rücken. Diese sollte zum Jahresende 2018 geringfügig über der zukünftigen Mindestgröße von 100% liegen.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 2017 weist die LBBW mit 515 Mio. EUR ein deutlich positives **Konzernergebnis vor Steuern** aus. Für das Jahr 2018 rechnet die LBBW mit einem spürbaren Anstieg des Konzernergebnisses vor Steuern. Dies sollte im Wesentlichen bedingt sein durch die Steigerung des Zins- und Provisionsergebnisses in den Kerngeschäftsfeldern. Zudem führt die vorzeitige Rückführung des Sealink-Darlehens im Rahmen des Assetverkaufs zum Entfall von Belastungseffekten in der Gewinn- und Verlustrechnung. Die **Kreditrisikovorsorge** lag in 2017 auf dem geplanten, aber aufgrund der guten Portfolioqualität, weiterhin niedrigen Niveau. Für 2018 rechnet die LBBW neben Belastungseffekten durch IFRS 9 aus der Umstellung auf den Lifetime Expected Loss mit einer weiteren Normalisierung der Risikovorsorge, und somit mit einem erheblichen Anstieg.

Aufgrund erheblicher Restrukturierungsanstrengungen in den vergangenen Jahren mit entsprechenden Belastungen der Gewinn- und Verlustrechnung sollten die Verwaltungsaufwendungen in 2018 trotz der weiteren hohen zukunftsorientierten Investitionen vor allem in die IT sowie der Umsetzung regulatorischer Vorhaben unter dem Vorjahresniveau liegen. Aufgrund des angestrebten weiteren Wachstums und der damit erwarteten Erlössteigerungen sollte sich die **Cost Income Ratio** trotz der weiterhin notwendigen Investitionen in die IT in 2018 geringfügig verbessern. Der **Return on Equity** sollte aufgrund der erwarteten Ergebnisentwicklung gegenüber dem Vorjahr merklich ansteigen.

Wesentliche **Risiken** für die von der LBBW geplanten Entwicklungen für das Geschäftsjahr 2018 bestehen weiterhin im aktuell hohen Wettbewerbs- und Margendruck, dem technologiegetriebenen Wandel aufgrund der weiter fortschreitenden Digitalisierung und einer unerwarteten Entwicklung von im Rahmen der Planung zugrunde gelegten Marktparametern. So könnte ein länger anhaltendes Niedrigzinsniveau mit teilweise negativen Zinsen zu geringeren Erträgen als geplant führen. Eine länger als erwartet anhaltende Hochphase des Euro zum US-Dollar könnte negative Auswirkungen auf exportorientierte Kunden der LBBW haben. Zudem könnte eine weitere Verschärfung regulatorischer und rechtlicher Vorschriften die prognostizierte Kosten- und Ertragsentwicklung der LBBW negativ beeinflussen. Vor allem mögliche Anforderungen aus der Reglementierung der Geschäftstätigkeit z. B. zur Steigerung von Markttransparenz und Verbraucherschutz (Conduct Regulation) an das Geschäftsmodell könnten zu negativen Planabweichungen bei den Erträgen führen. Außerdem könnten aufgrund der Mitgliedschaft in der institutsbezogenen Sicherungsreserve der Landesbanken sowie aufgrund der »europäischen Bankenabgabe« im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen auch von der LBBW Sonderzahlungen eingefordert werden, die zu unvorhergesehenen Belastungen der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage der LBBW führen können.

Auswirkungen aus geopolitischen Risiken auf die von der LBBW geplanten Entwicklungen haben gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Gegebenenfalls könnten die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen bezüglich des EU-Austritts Großbritanniens Ergebnisse hervorbringen, die negativ auf die Kunden der LBBW wirken und in einer höher als geplant ausfallenden Risikovorsorge münden.

Auf der anderen Seite ergeben sich für das Geschäftsjahr 2018 auch **Chancen** für die LBBW, die zu einem höher als geplant ausfallenden Ergebnis führen könnten. Sollte sich das wirtschaftliche Umfeld der Kunden der LBBW besser als angenommen entwickeln, könnten auch diese profitieren, was sowohl zu einer geringer als geplant ausfallenden Risikovorsorge als auch zu niedrigeren risikogewichteten Aktiva führen könnte. Eine unerwartete Veränderung im Wettbewerbsumfeld der LBBW könnte zu einem schnelleren Ausbau des Kundengeschäfts führen. Auch ein unerwartet schneller Zinsanstieg könnte die Spreads und Margen und somit das Ergebnis positiv beeinflussen.

Im Rahmen der Schärfung der Geschäftsausrichtung strukturierte die LBBW ihre Segmente zum 01. Januar 2018 neu. Im Wesentlichen erfolgte dabei eine Aufspaltung des Segments Corporates in die neuen Segmente Unternehmenskunden und Immobilien/Projektfinanzierungen. Die Bündelung der Geschäfte in der Immobilien- und Projektfinanzierung im neuen Segment Immobilien/Projektfinanzierungen geschieht vor dem Hintergrund der Wiederaufnahme vor allem von Projektfinanzierungsaktivitäten. Das Unternehmenskundengeschäft wird nahezu vollständig unter dem Segment Unternehmenskunden gebündelt und weiter ausgebaut. Das Geschäft mit Privaten Kunden sowie das Meta- und Förderkreditgeschäft mit Sparkassen, das bis Ende 2017 noch unter dem Namen Retail/Sparkassen geführt wird, findet sich ab 2018 im Segment Private Kunden/Sparkassen wieder. Das bisherige Segment Credit Investment wird infolge des in 2017 nahezu vollständig abgeschlos-

senen Verkaufs der Sealink Assets durch den Verwalter aufgelöst und unter Corporate Items zusammengefasst. Weitere Informationen zur Geschäftsausrichtung und Segmentierung finden sich auch im Kapitel Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns.

Für die Segmente geht die LBBW im Geschäftsjahr 2018 von folgenden Entwicklungen aus.

Das Ergebnis des **Segments Unternehmenskunden** sollte Ende 2018 leicht unter dem Vorjahresergebnis liegen, welches unter anderem durch nicht wiederkehrende positive Effekte aus Beteiligungsveräußerungen geprägt war. Neben stabilen operativen Erträgen erwartet die LBBW für 2018 weitere Belastungen der Verwaltungsaufwendungen aus der Modernisierung der IT-Landschaft sowie aus der Erschließung von Wachstumsmärkten. Für die Risikovorsorge geht die LBBW bei Belastungen in Höhe von - 98 Mio. EUR in 2017 von einem moderaten Rückgang aus. Durch den geplanten Ausbau des Finanzierungsgeschäfts antizipiert die LBBW einen geringfügigen Anstieg der Bilanzaktiva sowie einen leichten Anstieg der risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV. Die Cost Income Ratio dürfte sich aufgrund der beschriebenen Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen und Erträge leicht erhöhen, während der Return on Equity leicht sinken dürfte.

Für das **Segment Immobilien/Projektfinanzierungen** rechnet die LBBW im Jahr 2018 mit einem spürbar unter dem Vorjahresniveau liegenden Ergebnis vor Steuern. Das Ergebnis vor Steuern 2017 war getrieben durch Einmalerlöse und einen niedrigen Risikovorsorgebedarf. Ausgehend vom sehr niedrigen Niveau in 2017 sollte die Risikovorsorge trotz der Konzentration auf risikoarmes Geschäft auf ein normalisiertes Niveau ansteigen. Zudem antizipiert die LBBW aufgrund der vorgesehenen Geschäftsausweitung eine moderate Ertragssteigerung sowie einen deutlichen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen, unter anderem durch die fokussierte Wiederaufnahme von Projektfinanzierungen und die Bündelung von Immobilien- und Projektfinanzierungen in einem eigenständigen Dezeranat. Damit einhergehend sollten auch die risikogewichteten Aktiva sowie die Bilanzaktiva des Segments zum Jahresende 2018 spürbar ansteigen. Die Cost Income Ratio sollte auf dem Niveau des Vorjahres verbleiben, der Return on Equity sollte sich leicht erhöhen.

Das Ergebnis vor Steuern des **Segments Kapitalmarktgeschäft** sollte in 2018 leicht unter dem des Jahres 2017 verbleiben. Während im operativen Kundengeschäft ein weiteres Ergebniswachstum erwartet wird, kann das in 2017 durch Sondereffekte geprägte Ergebnis aus Treasury-Aktivitäten voraussichtlich nicht wiederholt werden. Die konsequente Ausrichtung am Kunden soll in 2018 weiter vorangetrieben werden und damit ein weiterer Marktanteilsausbau sowie eine erhöhte Marktdurchdringung ermöglicht werden. Darüber hinaus ist je nach Kundenbedarf eine punktuelle Anpassung und Stärkung des Produktportfolios und die Verbreiterung der Nutzung effizienterer Vertriebswege wie elektronische Handelsplattformen vorgesehen, um das geplante Ergebniswachstum im operativen Kundengeschäft zu erreichen. Damit sollte auch die Cost Income Ratio nahezu auf Vorjahresniveau verbleiben. Aufgrund des Wachstums im Kundengeschäft plant die LBBW in 2018 einen merklichen Anstieg der risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV und einen moderaten Anstieg der Bilanzaktiva jeweils zum Jahresende 2018. Für den Return on Equity zum Jahresende 2018 prognostiziert die LBBW einen merklichen Anstieg.

Im **Segment Private Kunden/Sparkassen** plant die LBBW einen weiteren Ausbau der Geschäftsaktivitäten, insbesondere auch bei Finanzierungen. Eine Anpassung der Anlage- und Refinanzierungsstruktur von zinsvariablen Produkten sollte zu einer Stabilisierung der aus den vergangenen Jahren rückläufigen Erträge aus Einlagen führen. Nach einem negativen Ergebnisbeitrag des Segments in

2017, welcher außerdem durch hohe Investitionen geprägt war, sollte das Ergebnis in 2018 somit wieder einen positiven Wert ausweisen. Aufgrund von neuen Wachstumsfeldern sollten die Bilanzaktiva und die risikogewichteten Aktiva nach CRR/CRD IV spürbar ansteigen. Neben einem verbesserten Return on Equity dürfte sich auch die Cost Income Ratio des Segments moderat verbessern.

Die **LBBW (Bank)** erwartet im **Jahresabschluss nach HGB** für das Gesamtjahr 2018 ein beträchtlich über dem Vorjahresniveau liegendes Jahresergebnis vor Steuern. Im Wesentlichen begründet sich diese Entwicklung analog dem IFRS-Konzernergebnis vor Steuern. Zusätzlich antizipiert die Bank zinsbedingt höhere Belastungen aus Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Zudem wird der Effekt aus IFRS 9 auf die Risikovorsorge nicht wirksam.

Die LBBW sieht ihr kundenorientiertes Geschäftsmodell, ihre tiefe Verwurzelung in den Kernmärkten, ihre solide Kapitalisierung und ihr angemessenes Risikoprofil als stabile Basis für die zukünftige Entwicklung. Um die eigenen hohen Ansprüche bezüglich Qualität des Angebots sowie der Kundenorientierung als mittelständische Universalbank erfüllen zu können, konzentriert sich die LBBW auf ihre vier strategischen Stoßrichtungen Geschäftsfokus, Agilität, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Auch das Jahr 2018 wird geprägt sein von der schnellen Anpassung an anspruchsvolle, ebenfalls sich schnell wandelnde Rahmenbedingungen. Ungeachtet dessen fokussiert sich die LBBW weiter auf den Ausbau des Kundengeschäfts. Davon wird nicht zuletzt auch der breite, vornehmlich regional auszubauende Kundenstamm profitieren.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).

Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage. Geschäftsverlauf 2017.

Die Steuerung des LBBW-Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von IFRS-Kennzahlen. Auch die LBBW (Bank) wird als wesentlicher Bestandteil des Konzerns nach diesen Kennziffern gesteuert.

Stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Deutschland bildeten die Basis für einen erfolgreichen Geschäftsverlauf der LBBW (Bank) im Jahr 2017. Besondere Herausforderungen waren dabei ein anspruchsvolles Marktumfeld mit anhaltend niedrigem Zinsniveau sowie ein intensiver Wettbewerb innerhalb der Kreditwirtschaft. Zudem kennzeichneten die voranschreitende Digitalisierung mit erhöhtem Investitionsbedarf und weiter steigenden regulatorischen Anforderungen den Jahresverlauf 2017. Dank einer guten Positionierung in den regionalen Kernmärkten erzielte die LBBW (Bank) im abgelaufenen Geschäftsjahr ein insgesamt solides Ergebnis.

Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung lag mit 438 Mio. EUR signifikant unter dem Vorjahresergebnis von 596 Mio. EUR. Maßgeblich hierfür war insbesondere eine Steigerung der Verwaltungsaufwendungen, die im Vorjahr noch durch einen Sondereffekt aus einer gesetzlich vorgeschriebenen Anpassung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsrückstellungen entlastet wurden. Daneben wirkten ein leicht rückläufiges Zinsergebnis, das im Vorjahr noch von umfangreicheren Vorfälligkeitsentschädigungen geprägt war, sowie ein niedrigeres sonstiges betriebliches Ergebnis ergebnismindernd. Durch eine gesunkene Garantieprovision für das Land Baden-Württemberg verbesserte sich das Provisionsergebnis der LBBW (Bank) moderat. Auch das Ergebnis aus Finanzgeschäften des Handelsbestands legte leicht zu. Ein deutlich gestiegener Nettoaufwand aus der Kreditrisikovorsorge sowie ein negatives Bewertungsergebnis aus Wertpapieren prägten die rückläufige Entwicklung des Risikovorsorge-/Bewertungsergebnisses in wesentlichem Umfang. Die kräftige Reduzierung der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB ist auf einen Sondereffekt des Vorjahres zurückzuführen. Dieser stand im Zusammenhang mit der gesetzlichen Anpassung des Diskontierungszinses für Pensionsrückstellungen, der den Verwaltungsaufwand des Vorjahres nur temporär entlastete. Nach Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses, das durch niedrigere Restrukturierungsaufwendungen gekennzeichnet war, spürbar gesunkener Zinsen auf Stille Einlagen und des Steueraufwands verblieb ein Jahresüberschuss vor Gewinnverwendung in Höhe von 192 Mio. EUR (Vorjahr: 219 Mio. EUR).

Das Jahresergebnis vor Steuern unterschritt damit den **Planwert** für das Geschäftsjahr 2017 nur leicht, was insbesondere auf die Entwicklung der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB zurückzuführen war. Dagegen übertraf das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge

und Bewertung den Zielwert deutlich, vor allem aufgrund geringerer Verwaltungsaufwendungen und eines höheren sonstigen betrieblichen Ergebnisses.

Zum Jahresende 2017 war ein gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert **erhöhtes Geschäftsvolumen** zu verzeichnen; es stieg um 1,1 Mrd. EUR auf 255,9 Mrd. EUR an. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Zusammenhang mit dem Verkauf des Sealink-Portfolios bestehenden Darlehen in Höhe von 4,3 Mrd. EUR getilgt wurden sowie durch Auflösung der Garantiestruktur der Abgang des Garantiebonds in Höhe von 4,3 Mrd. EUR rückläufig auf die Entwicklung der Bilanzaktiva wirkte. Die Geschäftsentwicklung war wie bereits im Vorjahr geprägt durch die strategische Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts, wonach Geschäfte zur Liquiditätssteuerung nur noch im Anlagebestand abgeschlossen werden. Diese Strategie wurde im Laufe des Jahres 2017 auch auf die ausländischen Niederlassungen übertragen. Infolgedessen kam es im Vergleich der Bilanzstichtage zu Verschiebungen zwischen einzelnen Bilanzposten. Betroffen hiervon sind die Bilanzposten Handelsbestand (Handelsaktiva bzw. Handelspassiva) sowie die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kunden und Kreditinstituten.

Die **Finanzlage** der Bank war aufgrund der guten Liquiditätsausstattung im gesamten Berichtsjahr zu jeder Zeit geordnet. Die strukturelle Refinanzierung der LBBW (Bank) wird von einem stabilen Absatz verschiedenster Refinanzierungsprodukte aufgrund der breiten und etablierten Kundenbasis getragen. Unternehmenskunden und institutionelle Anleger, sowohl nationale als auch internationale, lieferten einen nachhaltigen Beitrag zur Diversifikation des Fundings. Die Bank war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Im vergangenen Jahr konnten neben Privatplatzierungen auch erfolgreiche Benchmark-Emissionen in Form von Pfandbriefen und unbesicherten Inhaberschuldverschreibungen am Markt platziert werden, darunter erstmalig ein Green-Bond im Benchmark-Format.

Die **Liquiditätskennzahl** nach LiqV lag per 31. Dezember 2017 bei 1,92 (Vorjahr: 1,50) und damit signifikant über der geforderten Mindestgröße von 1,0. Mit vollständiger Implementierung der Kennziffer LCR entfällt für CRR Institute künftig die Verpflichtung zur Meldung der LiqV.

Ertragslage.

Erfolgszahlen:

	01.01.2017	01.01.2016	Veränderung	
	- 31.12.2017	- 31.12.2016	Mio. EUR	in %
	Mio. EUR	Mio. EUR		
Zinsüberschuss	1 398	1 448	- 50	- 3,5
davon laufende Hybridbedienung	- 13	- 14	1	- 5,4
Provisionsüberschuss	368	341	27	7,9
Provisionsergebnis ohne Garantierprovision	429	434	- 5	- 1,1
Garantierprovision Land Baden-Württemberg	- 61	- 93	32	- 34,1
Nettoergebnis des Handelsbestands	291	272	19	7,1
Verwaltungsaufwendungen ¹	- 1 683	- 1 575	- 108	6,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	64	110	- 46	- 41,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis	438	596	- 157	- 26,4
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	- 44	36	- 80	-
Fonds für allgemeine Bankrisiken	- 31	- 207	176	- 85,3
Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	364	425	- 61	- 14,3
Außerordentliches Ergebnis	- 65	- 105	40	- 38,2
Teilgewinnabführung	- 44	- 51	7	- 12,9
davon laufende Hybridbedienung	- 41	- 51	10	- 20,3
Jahresergebnis vor Steuern	255	269	- 14	- 5,2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 63	- 50	- 13	25,5
Jahresergebnis nach Steuern	192	219	- 27	- 12,2
Bilanzgewinn	192	219	- 27	- 12,2

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

¹ Dieser Posten umfasst neben den Personal- und Sachaufwendungen Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Der **Zinsüberschuss** der LBBW (Bank) fiel im abgelaufenen Geschäftsjahr leicht um - 50 Mio. EUR auf 1 398 Mio. EUR. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus geringeren Vorfälligkeitsentschädigungen aus der vorzeitigen Ablösung von Darlehen. Zudem wirkte die expansive Geldpolitik der EZB mit einem weiter historisch niedrigen bzw. negativen Zinsniveau belastend. Dies äußerte sich insbesondere in Form von rückläufigen Ergebnisbeiträgen aus der Eigenmittelanlage der LBBW. Im Kreditgeschäft konnte in einzelnen Geschäftsfeldern die Kreditvergabe an Kunden ausgeweitet werden. Volumenzuwächse waren insbesondere bei Mittelstands- und großen Unternehmenskunden zu verzeichnen.

Der **Provisionsüberschuss** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr erneut und stieg um 27 Mio. EUR auf 368 Mio. EUR (Vorjahr: 341 Mio. EUR). Maßgeblich hierfür war ein Rückgang, der an das Land Baden-Württemberg zu entrichtenden Garantierprovision, die im Zusammenhang mit der Finanzierung von Krediten an die Zweckgesellschaft Sealink steht. Diese Aufwendungen reduzierten sich um 32 Mio. EUR auf - 61 Mio. EUR und entfallen künftig mit dem nahezu vollständig abgeschlossenen Verkauf des Sealink Portfolios durch den Verwalter. Dagegen verblieb das Provisionsergebnis ohne Garantierprovision mit 429 Mio. EUR nahezu auf dem Niveau des Vorjahres von 434 Mio. EUR. Leichten Zuwächsen im Depotgeschäft standen dabei geringere Erträge aus dem Wertpapiergeschäft gegenüber. Transaktionsbezogene Gebühren sowie geringfügige Zuwächse im Kartengeschäft sorgten für ein verbessertes Ergebnis im Zahlungsverkehr. Auch das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften entwickelte sich unter anderem durch höhere Erträge im Avalgeschäft positiv. Geringfügig gesteigert werden konnten die Ergebnisse in der Vermögensverwaltung und im Vermittlungsgeschäft, wohingegen das sonstige Provisionsergebnis insbesondere aufgrund aperiodischer Effekte rückläufig war.

Eine im Vergleich zum Vorjahr verbesserte Entwicklung zeigte das **Nettoergebnis des Handelsbestands**, das sich leicht um 19 Mio. EUR auf 291 Mio. EUR (Vorjahr: 272 Mio. EUR) verbesserte. Begünstigt durch eine hohe Nachfrage nach Kapitalmarktlösungen, vor allem bei Anlageprodukten für Privatkunden konnte das Ergebnis aus Handelsbuchpositionen gegenüber dem Vorjahr verbessert werden. Zusätzlich wirkten sich die Veränderungen der Bewertungsabschläge für Handelsbestände positiv im Ergebnis aus. Ursächlich dafür waren im Wesentlichen geringere Credit Valuation Adjustments, die sich um 35 Mio. EUR reduzierten. Unter Berücksichtigung der Entwicklung der Handelsbestände sowie von relevanten Marktparametern verminderten sich die in 2017 gesetzlich zu bildenden Risikoabschläge gegenüber dem Vorjahr um –8 Mio. EUR auf 21 Mio. EUR. Aufgrund des gestiegenen Ergebnisses aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands erhöhte sich die Dotierung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 e Abs. 4 HGB i. V. m. § 340 g HGB im Berichtszeitraum geringfügig um 32 Mio. EUR (Vorjahr: 31 Mio. EUR) auf 135 Mio. EUR. Die Zuführung gemäß § 340 e Abs. 4 Nr. 4 HGB ist soweit erhöht, dass der Sonderposten nun mit über 50% des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge dotiert ist.

Die **Verwaltungsaufwendungen** stiegen gegenüber dem Vorjahr (–1 575 Mio. EUR) leicht um –108 Mio. EUR auf –1 683 Mio. EUR an, was insbesondere auf einen Sondereffekt im Vorjahr im Zusammenhang mit der Umstellung der Diskontierung von Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Im Geschäftsjahr 2016 führte die gesetzliche Neuregelung des § 253 Abs. 2 HGB erstmals zu einer Abzinsung der Pensionsrückstellungen auf Basis eines 10-jährigen statt eines 7-jährigen Durchschnittszinses. Der Personalaufwand erhöhte sich daher zum Jahresende 2017 trotz gegenläufiger Effekte aus dem Mitarbeiterabbau um –97 Mio. EUR auf –866 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sanken hingegen in Summe geringfügig um 12 Mio. EUR auf –716 Mio. EUR (Vorjahr: –728 Mio. EUR). Ein großer Anteil der Aufwendungen fiel dabei im Zusammenhang mit der Modernisierung der IT-Architektur, wie z. B. der Produktivnahme des neuen Kernbanksystems und weiteren Maßnahmen für eine stärkere Digitalisierung, an. Kostendämpfend wirkten Sparmaßnahmen die u. a. zu niedrigeren Aufwendungen für Beratung und Arbeitsmittel führten. Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betragen –101 Mio. EUR nach –79 Mio. EUR im Vorjahr. Der starke Anstieg war dabei auf höhere Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte zurückzuführen, die nachgelagert aus Investitionen der Vorjahre resultierten. Niedrigere Abschreibungen auf Sachanlagen konnten diesen Effekt nicht kompensieren.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** verminderte sich um –46 Mio. EUR auf 64 Mio. EUR (Vorjahr: 110 Mio. EUR). Dabei waren insgesamt gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen. Vor allem das Veräußerungsergebnis aus Beteiligungen reduzierte sich kräftig, nachdem sich im Vorjahr die Veräußerung der cellent AG sowie der Rückkauf von Aktien der VISA Europe Limited durch Visa Inc. mit Sitz in den USA positiv im Ergebnis auswirkten. Dagegen erhöhten sich die Erträge in 2017 aus der Veräußerung von Immobilien beträchtlich, konnten aber den Rückgang des Veräußerungsergebnis aus Beteiligungen nicht kompensieren. Zusätzlich waren netto höhere Aufwendungen zur Dotierung von Rückstellungen notwendig.

Das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr in Summe kräftig um –80 Mio. EUR auf –44 Mio. EUR (Vorjahr: 36 Mio. EUR). Bezüglich der einzelnen Unterpositionen war eine differenzierte Entwicklung zu verzeichnen:

- Das **Bewertungsergebnis aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Derivaten der Liquiditätsreserve** stieg um 104 Mio. EUR auf 135 Mio. EUR (Vorjahr: 31 Mio. EUR). Ausschlaggebend für

das positive Gesamtjahresergebnis waren Effekte aus Zinsderivaten, die im Zusammenhang mit dem Verkauf von Treasury Wertpapierbeständen aufgelöst wurden und die negativen Verkaufseffekte aus den Wertpapieren überkompensierten.

- Das **Bewertungsergebnis der Wertpapiere des Anlagevermögens** sank um – 140 Mio. EUR auf – 105 Mio. EUR (Vorjahr: 35 Mio. EUR) und ist maßgeblich auf den Verkauf von Treasury-Beständen zurückzuführen. Hierzu ist ein Gegeneffekt aus der Auflösung der Zinsderivate im Bewertungsergebnis aus Derivaten der Liquiditätsreserve enthalten.
- Das **Bewertungsergebnis aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 9 Mio. EUR auf – 16 Mio. EUR (Vorjahr: – 24 Mio. EUR). Dazu trugen sowohl niedrigere Abschreibungen als auch höhere Zuschreibungen bei.
- Das **Ergebnis aus Verlustübernahmen** stieg um 4 Mio. EUR auf – 1 Mio. EUR (Vorjahr: – 5 Mio. EUR).
- Das **Risikovorsorgeergebnis im Kreditgeschäft** betrug zum Jahresende 2017 – 57 Mio. EUR nachdem im Vorjahr Netto keine erfolgswirksame Dotierung der Risikovorsorge erfolgte. Die gestiegene Risikovorsorge spiegelt eine sich normalisierende Entwicklung wider, liegt jedoch insgesamt weiterhin beträchtlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Im Einklang mit der konjunkturellen Entwicklung zeigt sich in dieser Zahl die nach wie vor hohe Kreditportfolioqualität der LBBW in ihren Kernmärkten.

Die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB im Jahr 2107 dient zur Neutralisierung eines Einmaleffektes im Zusammenhang mit einer Vereinfachung der Beteiligungsstruktur, bei der stille Reserven gehoben wurden und trägt auf diesem Wege zur Erhaltung der Unternehmenssubstanz bei. Im Vorjahr stand die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 g im Zusammenhang mit dem Effekt aus der gesetzlich veranlassten Umstellung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsrückstellungen von einem 7-jährigen Durchschnittszins auf einen 10-jährigen Durchschnittszins. Da dieser Effekt nur temporär entlastet und in späteren Perioden zu einer Belastung führt, wurde im Geschäftsjahr 2016 ebenfalls mit dem Ziel der Erhaltung der Unternehmenssubstanz der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** dotiert, um durch Auflösungen im Zeitablauf die künftigen Belastungen ausgleichen zu können.

Im Saldo verbesserte sich das **außerordentliche Ergebnis** um 40 Mio. EUR auf – 65 Mio. EUR (Vorjahr: – 105 Mio. EUR). Aus der Umstellung der Dotierung der Pensionsrückstellungen gemäß Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) resultierte ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter außerordentlicher Aufwand in Höhe von – 26 Mio. EUR. Im abgelaufenen Geschäftsjahr reduzierte sich netto der Aufwand für Restrukturierungen um 39 Mio. EUR auf – 40 Mio. EUR (Vorjahr – 79 Mio. EUR). Der Betrag entfällt überwiegend auf die Bildung von Rückstellungen für Umstrukturierungen in den das Kreditgeschäft betreffenden Marktfolgeeinheiten sowie auf Programme zur Steigerung der Effizienz der sonstigen Betriebsabläufe.

Für das Geschäftsjahr 2017 ergab sich in Summe ein **Jahresüberschuss vor Steuern** in Höhe von 255 Mio. EUR (Vorjahr: 269 Mio. EUR).

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beliefen sich im Geschäftsjahr 2017 auf – 63 Mio. EUR (Vorjahr: – 50 Mio. EUR). Die laufenden Ertragsteuern sanken im Geschäftsjahr 2017 um 9 Mio. EUR auf – 50 Mio. EUR. Dagegen stand ein deutlicher Anstieg der Steuern für frühere Jahre von – 23 Mio. EUR auf – 13 Mio. EUR (Vorjahr: 10 Mio. EUR).

Das **Jahresergebnis nach Steuern** fiel um 27 Mio. EUR auf 192 Mio. EUR (Vorjahr: 219 Mio. EUR).

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Barreserve	22 722	13 524	9 198	68,0
Forderungen an Kreditinstitute	45 522	39 116	6 407	16,4
Forderungen an Kunden	102 886	107 214	- 4 328	- 4,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22 462	25 406	- 2 943	- 11,6
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	108	117	- 9	- 8,0
Handelsbestand	21 429	28 945	- 7 516	- 26,0
Beteiligungen	631	564	67	11,9
Anteile an verbundenen Unternehmen	1 667	1 802	- 136	- 7,5
Treuhandvermögen	433	531	- 97	- 18,4
Immaterielle Anlagewerte	221	228	- 7	- 3,1
Sachanlagen	850	987	- 137	- 13,9
Sonstige Vermögensgegenstände	1 288	919	369	40,2
Rechnungsabgrenzungsposten	2 376	2 353	23	1,0
Summe der Aktiva	222 596	221 706	890	0,4

Passiva	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	Veränderung	
			Mio. EUR	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58 813	44 024	14 789	33,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	79 567	71 194	8 373	11,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	43 910	34 840	9 070	26,0
Handelsbestand	14 036	45 148	- 31 112	- 68,9
Treuhandverbindlichkeiten	433	531	- 97	- 18,4
Sonstige Verbindlichkeiten	839	605	234	38,6
Rechnungsabgrenzungsposten	2 619	2 900	- 280	- 9,7
Rückstellungen	2 542	2 364	178	7,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 328	4 481	- 152	- 3,4
Genussrechtskapital	229	247	- 18	- 7,3
Fonds für allgemeine Bankrisiken	852	789	63	8,0
Eigenkapital	14 427	14 583	- 156	- 1,1
Summe der Passiva	222 596	221 706	890	0,4
Eventualverbindlichkeiten	8 257	7 898	359	4,5
Andere Verpflichtungen	25 055	25 199	- 144	- 0,6
Geschäftsvolumen¹	255 908	254 803	1 105	0,4

¹ Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen.

Bilanzsumme auf Vorjahresniveau.

Zum Jahresende 2017 erhöhte sich die Bilanzsumme der LBBW (Bank) gegenüber dem Vorjahr geringfügig um 0,9 Mrd. EUR bzw. 0,4% auf 222,6 Mrd. EUR. Das Geschäftsvolumen der LBBW (Bank) nahm parallel dazu um 1,1 Mrd. EUR bzw. auf 255,9 Mrd. EUR zu, was nahezu ausschließlich auf den Anstieg der bilanziellen Größen zurückzuführen war.

Beginnend mit dem 2. Halbjahr 2016 erfolgte im Zuge der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts die Erfassung von Neugeschäften zur Liquiditätssteuerung in Deutschland im Anlagebestand. Die Umsetzung dieser Strategie wurde in der ersten Jahreshälfte 2017 abgeschlossen und nunmehr auch bei den ausländischen Niederlassungen praktiziert. Im Vergleich zum 31. Dezember 2016 zeigten sich daher deutliche Verschiebungen im Wesentlichen bei Handelsaktiva und -passiva sowie bei Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden.

Vor dem Hintergrund des günstigen Marktumfeldes wurde das Portfolio der Zweckgesellschaft Sealink Funding, in dem Wertpapiere der ehemaligen Sachsen LB gebündelt waren, durch den Verwalter nahezu vollständig an internationale Investoren verkauft. Das ursprünglich 17,3 Mrd. Euro große Portfolio war vor dem Verkauf der Sachsen LB an die LBBW im Jahr 2008 an diese Zweckgesellschaft ausgelagert worden. Die LBBW refinanzierte Sealink über ein Darlehen, welches wiederum über eine Garantie des Landes Baden-Württemberg abgesichert wurde.

Mit dem nahezu vollständigen Verkauf des Portfolios durch den Verwalter entfallen sämtliche Risiken aus Sealink für die Träger der LBBW (Bank) und die letzte große Altlast aus der Finanzmarktkrise wurde damit abgebaut. Der Risikoschirm des Landes Baden-Württemberg war mit dieser Transaktion hinfällig, sodass die im Jahre 2009 aufgesetzte Risikoabschirmung vollständig aufgelöst werden konnte, ohne dass die Garantie in Anspruch genommen wurde.

Nachhaltigkeit ist eine der vier Stoßrichtungen der LBBW (Bank) auf dem Weg zu mehr Wachstum und Effizienz. Um den hohen Stellenwert der Nachhaltigkeit zu unterstreichen, setzt die LBBW (Bank) die Reihe »grüner« Emissionen fort und begab im Jahr 2017 ihren ersten eigenen Green Bond¹. Die Anleihe im Format Senior unsecured hatte ein Volumen von 750 Millionen Euro und eine Laufzeit von vier Jahren.

Aktivgeschäft.

Zum Ende des Berichtsjahres belief sich die **Barreserve** auf 22,7 Mrd. EUR. Der Anstieg um 9,2 Mrd. EUR war fast ausschließlich auf einen erhöhten Guthabenbestand bei Zentralnotenbanken zurückzuführen.

Zum 31. Dezember 2017 erhöhten sich die **Forderungen an Kreditinstitute** um 6,4 Mrd. EUR auf 45,5 Mrd. EUR. Im Zusammenhang mit der fortgesetzten Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung stiegen Tages- und Termingelder um 6,0 Mrd. EUR auf 7,1 Mrd. EUR. Das Wertpapierpensionsgeschäft legte insbesondere durch den Ausbau von Geschäften mit zentralen Gegenparteien und großen, international agierenden Banken um 2,5 Mrd. EUR zu.

Der Bestand der **Forderungen an Kunden** reduzierte sich hingegen um –4,3 Mrd. EUR und lag zum aktuellen Bilanzstichtag bei 102,9 Mrd. EUR. Maßgeblich für die Bestandsreduzierung war hauptsächlich der Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter. Bei den Kommunalkrediten wirkte sich dies über die Rückzahlung des Guarantee-Financing-Loans an Sealink in Höhe von –1,2 Mrd. EUR und bei den anderen Krediten über die Rückführung des Junior Loan an Sealink in Höhe von –3,1 Mrd. EUR aus.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere reduzierten sich um –2,9 Mrd. EUR auf 22,5 Mrd. EUR. Dies war im Wesentlichen auf den Abgang des Garantiebonds der GPBW GmbH & Co. KG in Höhe von –4,3 Mrd. EUR im Zusammenhang mit dem Verkauf des Sealink Portfolios zurückzuführen. Gegenläufig erhöhte sich der Bestand an Geldmarktpapieren aus der Umsetzung der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts um 1,2 Mrd. EUR.

¹ Weitere Informationen dazu finden Sie auf <http://www.LBBW.de> unter Presse > Presseinformationen

Im Vergleich zum Vorjahr gingen die **Handelsaktiva** um – 7,5 Mrd. EUR auf 21,4 Mrd. EUR zurück. Neben der Verringerung bank- bzw. kundeninduzierter Geldmarktgeschäfte um – 2,8 Mrd. EUR aufgrund der strategischen Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts, verzeichnete dieser Posten einen Rückgang der Wertpapiergeschäfte von – 1,8 Mrd. EUR. Zusätzlich verminderten sich die Marktwerte der Zinsderivate um – 1,2 Mrd. EUR.

Refinanzierung.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** erhöhten sich im Vergleich zum Jahresende 2016 um 14,8 Mrd. EUR auf 58,8 Mrd. EUR. Dies resultierte vor allem aus einem Anstieg der Tages- und Termingelder, was unter anderem auf die Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung zurückzuführen war. In Folge dessen stieg das Volumen an Verbindlichkeiten aus Tages- und Termingeldern gegenüber Kreditinstituten kräftig um 16,8 Mrd. EUR auf 24,1 Mrd. EUR an.

Zum 31. Dezember 2017 beliefen sich die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** auf 79,6 Mrd. EUR und lagen mit einem Zuwachs von 8,4 Mrd. EUR deutlich über dem Vorjahreswert. Insbesondere Kontokorrentverbindlichkeiten nahmen um 7,0 Mrd. EUR zu. Die Einlagen aus Tages- und Termingeldern stiegen trotz des Abgangs der vom Land als Barsicherheit für den Risikoschirm hinterlegten Mittel um 6,3 Mrd. EUR. Auch dieser Effekt war hauptsächlich bedingt durch die Anpassungen im Liquiditätsmanagement. Gegenläufig reduzierte sich die Refinanzierung mit Wertpapierpensionsgeschäften um – 2,9 Mrd. EUR.

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** erhöhten sich erheblich um 9,1 Mrd. EUR auf 43,9 Mrd. EUR. Dank einer guten Reputation der LBBW als Emittent am Anleihemarkt sowie ihrer Platzierungsstärke konnte sich die Bank im Jahr 2017 erfolgreich am Kapitalmarkt langfristig refinanzieren. Neuemissionen ließen das Volumen an Sonstigen Schuldverschreibungen um 9,8 Mrd. EUR auf 27,5 Mrd. EUR ansteigen. Hierfür waren hauptsächlich zwei Emissionen im Benchmark-Format verantwortlich, wozu der erste von der LBBW erfolgreich emittierte Green Bond mit einem Volumen von 750 Mio. EUR zählte.

Handelsspassiva nahmen beträchtlich um – 31,1 Mrd. EUR auf 14,0 Mrd. EUR ab. Dieser Rückgang stand, wie auf der Vermögensseite, im Zusammenhang mit der zuvor beschriebenen Anpassungen des Liquiditätsmanagements. Hieraus resultierte insbesondere die kräftige Abnahme von Geldhandelsgeschäften um – 25,3 Mrd. EUR. Wertpapierpensionsgeschäfte reduzierten sich in Höhe von – 6,6 Mrd. EUR.

Eigenkapital.

Das Eigenkapital der LBBW (Bank) bewegte sich mit 14,4 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres (14,6 Mrd. EUR). Die stillen Einlagen verminderten sich um – 0,1 Mrd. EUR auf 1,0 Mrd. EUR.

Finanzlage.

Die LBBW (Bank) strebte auch im vergangenen Geschäftsjahr eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur an. Der Konzern achtete dabei insgesamt auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage der LBBW (Bank) war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätssituation geordnet. Die LBBW (Bank) war zu jeder Zeit in der Lage im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl LiqV verbesserte sich zum Stichtag 31. Dezember 2017 erneut auf nunmehr 1,92 (Vorjahr: 1,50). Die Angabe der Kenngröße erfolgt letztmalig. Da ab dem 01. Januar 2018 die LCR für CRR Institute in Höhe von 100% verbindlich einzuhalten ist, entfällt die Verpflichtung zur Meldung der LiqV. Die LCR der LBBW (Bank) beträgt zum 31. Dezember 2017 148,7%.

Nichtfinanzielle Erklärung.

Vorbemerkung.

Die folgenden Inhalte stellen die zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung für das Geschäftsjahr 2017 im Sinn der Paragraphen (§§) 289b, 315b des Handelsgesetzbuchs (HGB) für die LBBW (Bank) und den LBBW-Konzern dar.

Die LBBW berichtet ausführlich in ihrem jährlich erscheinenden Nachhaltigkeitsbericht über ihr nachhaltiges Engagement. Die Nachhaltigkeitsberichterstattung orientiert sich dabei an den Anforderungen der Global Reporting Initiative (GRI). In der nichtfinanziellen Erklärung nimmt die LBBW zu ausgewählten Themen, die sich auch im LBBW-Nachhaltigkeitsbericht wiederfinden, in kurzer Form Stellung. Damit orientiert sich die Erklärung ebenfalls an GRI, deckt den Standard jedoch nicht vollkommen ab.

Geschäftsmodell der LBBW.

Angaben zum Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns finden sich auf Seite 32 des Geschäftsberichts.

Konzepte und Due-Diligence-Prozesse.

Nachhaltigkeitspolitik, -ziele sowie Prinzipien und Richtlinien für deren Umsetzung.

Die Nachhaltigkeitspolitik gibt in Form von Leitsätzen den Rahmen für alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in der LBBW vor und ist die Grundlage, um ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in das gesamte unternehmerische Handeln zu integrieren. Sie umfasst die Leitsätze der LBBW für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Strategie und Management, Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Geschäftsbetrieb, Gesellschaftliches Engagement und Kommunikation. Die Nachhaltigkeitspolitik gilt im gesamten LBBW-Konzern.

Zur Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitspolitik hat sich die LBBW folgende übergeordnete Ziele gesetzt:

- Wir wollen Nachhaltigkeit sukzessive als integralen Bestandteil unserer Geschäftspolitik implementieren. Deshalb streben wir eine aktive Ausrichtung auf Projekte, Produkte und Dienstleistungen an, die eine positive Nachhaltigkeitswirkung haben.
- Wir bieten nachhaltige Investments möglichst für alle Kundengruppen und in allen Anlageklassen an. Ziel ist es, den Anteil nachhaltiger Investments in allen Geschäftsfeldern – auch bei unseren Eigenanlagen – zu steigern. Bei der Kreditberatung und der Entscheidung über Kredite berücksichtigen wir Nachhaltigkeitsrisiken und Ertragspotenziale für Kunde und Bank. Wir pflegen einen fairen,

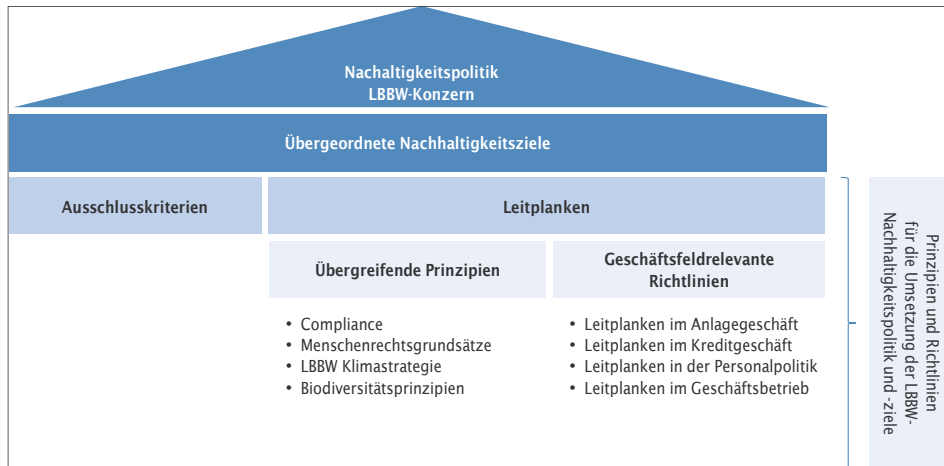
- vertrauens- und respektvollen Umgang mit unseren Kunden und stellen Datenschutz, Transparenz und Beratungsqualität sicher.
- Wir fördern Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch gezielte Angebote. Wir sorgen für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und fördern Vielfalt und Chancengleichheit im Unternehmen. Das hohe Aus- und Weiterbildungsniveau unseres Hauses wollen wir halten und weiter ausbauen.
 - Wir werden den Ressourcenverbrauch des Hauses weiter optimieren. Bei der Reduzierung der durch unseren Geschäftsbetrieb verursachten CO₂-Emissionen liegt unser Schwerpunkt auf dem Energieverbrauch sowie dem Dienstreiseverkehr. Bei der Auswahl von Produkten und Dienstleistungen im Rahmen von Materialbeschaffungen und Auftragsvergaben berücksichtigen wir Nachhaltigkeitskriterien.
 - Wir wollen aktiv dazu beitragen – über unsere Bankdienstleistungen hinaus – einen gesellschaftlichen Mehrwert zu schaffen. Dazu engagieren wir uns als Spender und Sponsor. In den Regionen, in denen wir tätig sind, unterstützen wir dabei Bildungsvorhaben sowie eine Vielfalt sozialer Projekte.
 - Wir informieren unsere Stakeholder und führen einen konstruktiven Dialog mit ihnen.

Die übergeordneten Ziele werden im jährlichen Nachhaltigkeitsprogramm in Einzelzielen und konkreten Maßnahmen operationalisiert.

Beispiele aus dem Nachhaltigkeitsprogramm 2017.

Maßnahme	Terminierung	Umsetzungsstand
Entwicklung einer Leitlinie zum Umgang mit Finanzierungen zu Kohleförderung und Kohlekraftwerken	12/2017	Im Juli 2017 wurde eine Leitlinie zum Umgang mit der Finanzierung von Kohleförderung und Kohlekraftwerken vom Vorstand beschlossen. Im August 2017 wurde die Leitlinie intern und extern kommuniziert.
Erneute Bewerbung um die Zertifizierung der nachhaltigen Publikumsfonds LBBW Nachhaltigkeit Aktien und LBBW Nachhaltigkeit Renten sowie des nachhaltigen Klimawandelfonds LBBW Global Warming mit dem FNG-Siegel für nachhaltige Publikumsfonds	12/2017	Im November 2017 wurden die beiden Publikumsfonds LBBW Nachhaltigkeit Aktien und LBBW Nachhaltigkeit Renten vom Forum für nachhaltige Geldanlagen mit 2 Sternen ausgezeichnet, der LBBW Global Warming erhielt 1 Stern.
Angebot von Resilienz*-Workshops für Mitarbeiter und Führungskräfte. Ziel ist die Vermittlung von allgemeinem Wissen zum Thema Resilienz und die Förderung der persönlichen Resilienz der Teilnehmer. * Resilienz = psychische Widerstandsfähigkeit	12/2017	2017 wurden 12 Workshops zum Thema Resilienz in verschiedenen Gruppen und Abteilungen der LBBW durchgeführt.

Die »Prinzipien und Richtlinien für die Umsetzung der LBBW-Nachhaltigkeitspolitik und -ziele« sind der konkrete Orientierungsrahmen für die Umsetzung im Geschäftsalltag. Sie umfassen – neben den »Leitplanken Nachhaltigkeit« – konkrete Ausschlusskriterien für einzelne Geschäftsvorhaben sowie übergreifende Prinzipien wie Compliance, Menschenrechtsgrundsätze und Biodiversitätsprinzipien. Die LBBW-Klimastrategie ist dort ebenfalls als übergreifendes Prinzip integriert.



Einbindung des Managements.

Die Einhaltung der Nachhaltigkeitspolitik gewährleistet die LBBW durch ein konsequentes Nachhaltigkeitsmanagementsystem. Dieses umfasst sämtliche Geschäftsbereiche und wird in einem mehrstufigen Prozess unternehmensweit umgesetzt. Der Vorstand der LBBW verantwortet auf oberster Ebene die nachhaltige Unternehmensführung des Konzerns und die Einhaltung der Nachhaltigkeitspolitik.

Einmal jährlich wird das Umwelt-/Nachhaltigkeitsmanagement durch die Unternehmensleitung bewertet (Management Review gemäß ISO 14001). Wichtige Themen werden dem Vorstand zur Information bzw. Entscheidung vorgelegt.

Der Nachhaltigkeitsrat bildet die kommunikative Brücke zwischen Vorstand und Fachbereichen. Er führt und konsolidiert die unternehmensinterne Meinungsbildung zu strategischen Nachhaltigkeitsthemen und bereitet Vorstandsentscheidungen vor. Geleitet wird der Nachhaltigkeitsrat von einem Vorstandsmitglied der BW-Bank. Teilnehmer der Runde sind Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter (2. Führungsebene) mit besonderer Nachhaltigkeitsverantwortung sowie Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer wesentlicher Tochterunternehmen.

Wesentlichkeitsanalyse.

Die LBBW klassifiziert die potenziellen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf ihre Nachhaltigkeitsbilanz in die Kategorien gering, mittel oder erheblich und orientiert sich hierbei an der Wesentlichkeit der einzelnen Themen für das Geschäftsmodell und die Nachhaltigkeitsleistung.

Neben den Anforderungen von Nachhaltigkeitsratingagenturen spielen die Erwartungen der Stakeholder, die internationalen Nachhaltigkeitsstandards sowie die Nachhaltigkeitspolitik der LBBW eine wesentliche Rolle. Insbesondere in Themenfeldern, die mit erheblichen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsbilanz identifiziert wurden, werden entsprechende Nachhaltigkeitsmaßnahmen definiert.



Zu den wesentlichen Themenfeldern mit erheblicher Auswirkung auf die LBBW-Nachhaltigkeitsbilanz gehören:

- Nachhaltigkeitsstandards im Finanzierungsgeschäft und Finanzierungen mit nachhaltigem Fokus
- Nachhaltigkeitsstandards im Anlagegeschäft und Nachhaltige Anlageprodukte
- Produktverantwortung/Kundenschutz
- Stakeholderdialog

Auf das Themenfeld »Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen« wird in der nichtfinanziellen Erklärung nicht näher eingegangen, da die Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsbilanz der LBBW nicht als erheblich eingestuft werden. Im LBBW-Nachhaltigkeitsbericht hingegen wird darüber ausführlich berichtet. Hintergrund ist das nach ISO 14001 und EMAS zertifizierte Umweltmanagementsystem der LBBW. Die EMAS-Verordnung fordert die Veröffentlichung entsprechender Informationen in Form einer sog. Umwelterklärung, welche bei der LBBW in den Nachhaltigkeitsbericht integriert ist.

Um die Nachhaltigkeitsaktivitäten noch zielgenauer auf die zentralen Themen fokussieren zu können, wurde im Jahr 2014 ein interner Workshop durchgeführt. In dessen Mittelpunkt stand die Frage, welche Auswirkungen zukünftige globale Veränderungen auf die LBBW haben und welche Erwartungen die Stakeholder an die LBBW richten.

Die Ergebnisse des Workshops wurden in mehreren Gesprächsrunden mit Privat- und Private-Banking-Kunden in den Jahren 2015 und 2016 hinterfragt und weiter analysiert. Die LBBW hat 2017 diese Reihe um einen Dialog mit Unternehmenskunden und eine Befragung institutioneller Kunden der Bank ergänzt. In einem nächsten Schritt wird die LBBW zur Bewertung der Maßnahmen und sukzessiven Optimierung der Aktivitäten weitere Stakeholdergruppen in die Analyse einbinden.

Nachhaltige Anlageprodukte.

Die LBBW fördert aktiv das Interesse an nachhaltigen Investments und trägt auf eigenen und externen Veranstaltungen den Nachhaltigkeitsgedanken in die Öffentlichkeit. Bei ihren Angeboten im Anlagegeschäft orientiert sie sich an den »Leitplanken Nachhaltigkeit«, um Risiken in Bezug auf nachhaltige Aspekte zu vermeiden und entsprechende Chancen zu nutzen. Denn es ist das Ziel der LBBW, ihren Kunden bei der verantwortungsbewussten, ökologischen und ethischen Anlage ihrer Vermögenswerte bestmöglich zu unterstützen und immer wieder aufs Neue zu beweisen, dass sich finanzielle Rendite mit Wertschöpfung für Umwelt und Gesellschaft kombinieren lässt.

Die LBBW bietet privaten wie institutionellen Kunden (z. B. Versicherungen, Kapitalanlagegesellschaften, Stiftungen und kirchlichen Einrichtungen) ein umfangreiches Angebot an nachhaltigen Anlageprodukten. Das Portfolio richtet sich unter anderem durch freiwillige Selbstverpflichtungen an nachhaltigen Kriterien aus.

Mit Unterzeichnung der »Principles for Responsible Investment« der Vereinten Nationen (UN PRI) verpflichten wir uns, Aspekte, die die Verantwortung für die Umwelt und Gesellschaft sowie die Corporate Governance betreffen (Environmental, Social and Corporate Governance Issues = ESG-Themen), verstärkt in die Analyse- und Entscheidungsprozesse im Investmentbereich einzubeziehen.

Folgende Maßnahmen hat die LBBW bisher umgesetzt:

- Für das Investment des freien, ungebundenen Eigenkapitals der LBBW wurden 2011 Nachhaltigkeitskriterien festgelegt. 2016 wurden diese Kriterien überarbeitet und werden nun auf deutlich mehr Eigenanlagen der LBBW angewendet. Zu den Ausschlusskriterien, die für alle Neuinvestitionen gelten, zählen auf Unternehmensebene Verstöße gegen Arbeits- und Menschenrechte. Darüber hinaus investieren wir nicht in Anleihen von autoritären Regimen. Die Prüfung erfolgt durch die Nachhaltigkeitsratingagentur oekom research AG. Zum 31. Dezember 2017 unterlagen 22,9 Mrd. Euro Anleihen, Pfandbriefe und Schuldscheindarlehen der Prüfung.
- Die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH (LBBW AM) schließt für ihre Investmentfonds eine Investition in Antipersonenminen und Streumunition produzierende Unternehmen aus. Basis sind die entsprechenden beiden UN-Konventionen.
- Die Geldanlage im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung durch die Zusatzversorgungskasse der LBBW (ZVK-LBBW) erfolgt seit 2011 bei Neuinvestitionen oder Umschichtungen gemäß nachhaltiger Kriterien. Die Kriterien werden regelmäßig durch die renommierte Nachhaltigkeitsratingagentur oekom research geprüft; das Fonds-Management erfolgt durch die LBBW AM.
- Die LBBW hat den Vertrieb von Investmentprodukten mit Bezug zu Agrarrohstoffen eingestellt. Die Fonds »LBBW Rohstoffe 1«, »LBBW RS Flex« und »LBBW Rohstoffe 2 LS« verzichten vollkommen auf Agrarrohstoffinvestments.
- Im Produktprüfungsprozess für den Kundenbereich Privatkunden/Private Banking ist das Kriterium »Nachhaltige Ausrichtung des Emittenten/der Kapitalanlagegesellschaft« enthalten. Die Emittenten oder Kapitalanlagegesellschaften unserer aktuellen Produktempfehlungen haben die PRI unterzeichnet oder haben sich zu vergleichbaren Nachhaltigkeitsstandards verpflichtet.

Die Landesbank Baden-Württemberg hat im Dezember 2017 ihren ersten eigenen Green Bond begeben. Die Emission hat ein Volumen von 750 Millionen Euro und eine Laufzeit von vier Jahren. Mit dem Emissionserlös refinanziert die Bank energieeffiziente gewerbliche Immobilien, die nationale Regularien oder international anerkannte Standards erfüllen, sowie zukünftig auch Projekte im Bereich erneuerbarer Energien. Die Einhaltung der Green Bond Principles wird im Rahmen einer Second Party Opinion von oekom research überprüft.

Anlagegeschäft.

Mrd. EUR	2017	2016	2015
Volumen nachhaltiger Geldanlagen bei der LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	19,18	1,02	0,68

Zum 31.12.2017 verwaltete bzw. managte die LBBW Asset Management drei nachhaltige Publikums-, mehrere nachhaltige Spezialfonds sowie zwei Vermögensverwaltungsmandate mit einem Gesamtvolumen von 19,18 Mrd. EUR. Der wesentliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist zum einen auf die Umstellung der Anlagestrategien bei mehreren Spezialfonds und eines Vermögensverwaltungsmandats, zum anderen auf neu gewonnene Spezialfondsmandate zurückzuführen.

Nachhaltige Finanzierungen.

Vermeidung von Reputations- und Nachhaltigkeitsrisiken bei Finanzierungen.

Bei allen Finanzierungsvorhaben ist sich die LBBW ihrer unternehmerischen Verantwortung bewusst. Die LBBW will durch interne verbindliche Prüfprozesse und umfassende Regularien sicherstellen, dass ökologische, gesellschaftliche oder ethische Reputations- und Nachhaltigkeitsrisiken frühzeitig im Kreditentscheidungsprozess (z. B. bei einer Exportfinanzierung, einem Unternehmenskredit oder einer Projektfinanzierung) identifiziert, analysiert und bewertet werden. Daraus kann in der Konsequenz auch eine Ablehnung des entsprechenden Geschäfts sowie die Beendigung der Geschäftsbeziehung resultieren. Unsere »Leitplanken Nachhaltigkeit« sowie die Prinzipien des UN Global Compacts setzen die Standards für die Kreditvergabe. In den Leitplanken Kredit ist u. a. der Einbezug von Umweltverträglichkeit, Menschen- und Arbeitsrechten sowie des gesellschaftlichen Mehrwerts festgeschrieben.

Unter anderem sind folgende internen Prüfprozesse bei Finanzierungsvorhaben in der LBBW implementiert:

- **Prüfprozess für Branchen-Länder-Risiken.**

Für die Identifikation, Analyse und Bewertung etwaiger Nachhaltigkeitsrisiken bei internationalen Finanzierungsvorhaben werden entsprechende Kreditanfragen in den als besonders relevant eingestuften Branchen Bergbau, Erdöl/Erdgas, Holz-/Papier und Bioenergie in bestimmten für diese Branchen sensiblen Ländern einer Nachhaltigkeitsprüfung unterzogen.

- **Firmen-Ausschlussliste zu kontroversen Waffensystemen.**

Mit Firmen, die Streumunition und/oder Antipersonenminen herstellen, die gemäß internationaler Konventionen geächtet sind, geht die LBBW keine Geschäftsverbindung ein. In der operativen Umsetzung stellen wir dies über eine Firmen-Ausschlussliste sicher, die konzernweit (= LBBW (Bank) und alle Tochtergesellschaften mit Mehrheitsbeteiligung der LBBW) Anwendung findet und auch in das automatisierte Embargo-Überwachungssystem der Bank integriert ist. Die Ausschlussliste wird auf Basis einer externen Datenbank zweimal jährlich aktualisiert.

Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz.

2017 hat die LBBW erneut eine Reihe von Wind- und Solarparks in Deutschland und im europäischen Ausland finanziert.

Privatkunden begleitet die LBBW bei der energetischen Sanierung und Modernisierung von Immobilien und vermittelt Energieberatungsleistungen. Unternehmenskunden vermittelt die LBBW auf Wunsch Dienstleistungen im Bereich Energieeffizienz.

Kreditgeschäft.

Mrd. EUR	2017	2016	2015
Volumen Projektfinanzierungen Erneuerbare Energien/Kreditansprachnahmen	2,32	2,34	2,47

Produktverantwortung/Kundenschutz.

Die Ziele und Wünsche der Kunden haben oberste Priorität. Eine ganzheitliche, auf den Kundenbedarf abgestimmte Beratung wird bei der LBBW (Bank) groß geschrieben. Unsere Privatkundenberater sondieren gemeinsam mit dem Kunden im Gespräch seine Zielsetzungen – auch außerhalb der Vermögensanlage – und erarbeiten daraufhin ein individuelles »Finanzkonzept«. Der langfristige Vermögensaufbau und die Portfoliooptimierung stehen dabei im Vordergrund.

Die LBBW (Bank) informiert über unterschiedliche Anlageformen und etwaige damit verbundene Risiken. Für jede Anlageberatung wird ein Beratungsprotokoll erstellt. Die Berater erhalten keine Absatzvorgaben für Einzelprodukte im Wertpapiergeschäft. Es gibt keine Punkte- oder Einheitssysteme zur Bewertung von Absatz- und Umsatzzielen.

Unseren nachhaltigen Beratungsanspruch sowie die Maßgaben zur konsequenten Umsetzung und Überprüfung haben wir in den »Leitlinien für die Privatkundenberatung in der BW-Bank« definiert (www.bw-bank.de). Darin bekennen wir uns unter anderem zu Folgendem: »Wir pflegen einen respektvollen und toleranten Umgang. Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung, Religion oder Weltanschauung wird in keiner Weise akzeptiert.«

Konkrete Arbeitsanweisungen und Prozessleitfäden strukturieren den Beratungsprozess. Leitsätze für die Produktauswahl und Prüfungsmechanismen sollen sicherstellen, dass das Interesse der Kunden im Mittelpunkt steht.

Compliance (Bekämpfung von Korruption und Bestechung).

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LBBW werden regelmäßig zu compliance-relevanten Themen geschult. Selbstlerntools – unter anderem zu den Themen Geldwäsche sowie zu Betrugsprävention und Nachhaltigkeit im LBBW-Konzern – sind für alle Beschäftigten verpflichtend.

Code of Conduct.

Nachhaltiger geschäftlicher Erfolg beruht auf Vertrauen. Die LBBW ist langfristig nur dann wettbewerbsfähig, wenn sie ihrer Verantwortung gegenüber Kunden, Anteilseignern, Wettbewerbern, Geschäftspartnern, den Aufsichtsbehörden und nicht zuletzt den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachkommt. Die vorbehaltlose Beachtung aller gesetzlichen Bestimmungen und internen Regeln sowie die Integrität jedes Einzelnen sind die Basis einer nachhaltigen Unternehmensführung. Als übergeordnete Leitlinie hat die LBBW hierzu einen Code of Conduct verabschiedet. Dieser Verhaltens- und Ethikkodex gilt für die LBBW und ihre Tochtergesellschaften. Ziel ist es, einen verlässlichen normativen Orientierungsrahmen für ein verantwortungsbewusstes Handeln jedes Einzelnen zu schaffen, das den gesetzlichen Anforderungen wie auch ethischen und gesellschaftlichen Maßstäben gerecht wird.

Compliance-Funktion nach MaRisk.

Mehr denn je ist es für Unternehmen wichtig, auf kritische Entwicklungen schnell zu reagieren und fundierte Entscheidungen auf Basis verlässlicher Daten treffen zu können. Dazu gehört nicht nur eine zeitnahe Aufbereitung von Risikoinformationen, eine aussagekräftige Risikoberichterstattung

und ein agiles Risikomanagement, sondern vor allem eine unternehmerische Compliance-Kultur, die eine verantwortungsbewusste Risikokultur vorlebt.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen hat daher auf Grundlage des Kreditwesengesetzes in ihrem Rundschreiben 9/2017 die »Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)« von Kreditinstituten und Finanzdienstleistungsinstituten genauer definiert. In der LBBW besteht eine den Anforderungen entsprechende Compliance-Funktion nach MaRisk, die in wesentliche prozessuale Abläufe direkt eingebunden ist. Die für das Institut wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben werden fortlaufend identifiziert und deren Einhaltung durch angemessene und wirksame Verfahren risikobasiert überwacht.

Kapitalmarkt-Compliance.

Die Abteilung Kapitalmarkt-Compliance ist für die Einhaltung der compliance-relevanten gesetzlichen Regeln für das Wertpapiergeschäft und die entsprechenden Vorgaben der Aufsichtsbehörden zuständig. Dazu werden interne Richtlinien und Arbeitsanweisungen erarbeitet, die als Leitlinien dienen. Jährlich wird eine Risikoanalyse durchgeführt. Hierbei stehen u. a. die relevanten gesetzlichen Normen und eine Analyse von Einzelrisiken im Vordergrund.

Geldwäscheprävention.

Banken sind in ihrer Funktion als Kapitalsammelstellen in besonderem Maße gefährdet, zu Zwecken der Geldwäsche missbraucht zu werden. Der LBBW-Konzern hat daher gruppenweit geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen zur Verhinderung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung entwickelt. Hierzu gehören z. B. Vorgaben zum Umgang mit politisch exponierten Personen, zum Prozess der Kundenannahme, zur Kundendatenaktualisierung und kontinuierlichen Überwachung von Geschäftsbeziehungen sowie die Einbindung des Geldwäschebeauftragten in den sogenannten Neue-Produkte-Prozess.

Betrugs- und Korruptionsprävention.

Die Betrugsprävention der LBBW hat zum Ziel, strafbare Handlungen, die zu einer Gefährdung des Vermögens der LBBW oder ihrer Kunden und einem Reputationsverlust des LBBW-Konzerns führen können, zu verhindern. Sie analysiert Risiken, zeigt Frühindikatoren auf und implementiert geschäfts- und kundenbezogene Sicherungssysteme und Kontrollen. Ziel der jährlich zu erstellenden Risikoanalyse ist es, die für die Bank und den Konzern relevanten internen und externen Risiken im Zusammenhang mit strafbaren Handlungen zu identifizieren und zu bewerten. Darauf aufbauend werden Präventionsmaßnahmen entwickelt.

Finanzsanktionen/Embargos.

Die LBBW ist verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung nationaler und internationaler Finanzsanktionen und Embargovorschriften sicherzustellen. Finanzsanktionen führen zu Beschränkungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs, Embargos zu Beschränkungen der Freiheit im Außenwirtschaftsverkehr.

In einer im LBBW-Intranet eingestellten Länder- und Produktmatrix ist ein Teil der für das Auslandsgeschäft relevanten internen Vorgaben zur Nachhaltigkeit dargestellt (Finanzsanktionen, Embargos sowie kritische Branchen-/Länderkombinationen aufgrund von Nachhaltigkeits- und Reputationsrisiken).

Arbeitnehmerbelange.

Die LBBW hat einen hohen Anspruch an sich und damit an ihre Beschäftigten. Gleichzeitig bietet sie hochattraktive Arbeitsplätze mit Entwicklungspotenzial für ambitionierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Freude am Erfolg haben. Als attraktiver Arbeitgeber bietet die Bank seit jeher vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten, umfangreiche Angebote für eine sehr gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und investiert in die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Gestaltung des personalwirtschaftlichen Instrumentariums basiert dabei auf den »Leitplanken« nachhaltiger Personalarbeit.

Personalentwicklung.

Zur zielgerichteten Qualifizierung ihrer Beschäftigten bietet die LBBW (Bank) ein umfangreiches internes Bildungsprogramm. Dieses umfasst Seminar- und Fortbildungsangebote, die neben dem Schwerpunkt der fachlichen Qualifikation auch Angebote in den Themenbereichen methodische und soziale Kompetenz enthalten. Ergänzt werden diese durch Trainings zur Optimierung von Fremdsprachenkenntnissen sowie themenspezifische Seminare externer Anbieter. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre betriebswirtschaftlichen Kenntnisse erweitern möchten, besteht darüber hinaus die Möglichkeit, berufsbegleitende Studiengänge zu besuchen. Parallel gibt es für Führungskräfte spezifische Angebote zum Thema Mitarbeiterführung und zum achtsamen Umgang mit eigenen und fremden Ressourcen. Die angebotenen Bildungsmaßnahmen wurden im Jahr 2017 über 15 000 mal von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LBBW genutzt.

Zusätzlich zur Führungsgrundausbildung für alle neu ernannten Führungskräfte wurde für neu ernannte Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter die Reihe »FOKUS E3« mit individuell buchbaren Modulen entwickelt und gestartet. Zu den zentralen Schulungsinhalten gehören unter anderem Themen wie Führungsrolle, eine sich wandelnde Arbeitswelt aufgrund der Digitalisierung sowie der Umgang mit Veränderungen.

Um die Veränderungsprozesse innerhalb der LBBW erfolgreich zu gestalten, wurden im Jahr 2017 zahlreiche individuelle Workshops durchgeführt, an denen Führungskräfte und deren Teams teilnahmen. Thematisiert wurden dabei allgemeine Herausforderungen in Change-Management-Prozessen, spezifische Anforderungen in der Berufspraxis sowie agile Arbeitsmethoden.

Darüberhinaus können Führungskräfte das Coaching-Angebot der LBBW-Managementberatung wahrnehmen und sich individuell bei Führungs- und Persönlichkeitsthemen beraten und begleiten lassen.

Diversity.

Die LBBW hat sich durch ihren Beitritt zur Initiative »Diversity als Chance – die Charta der Vielfalt der Unternehmen in Deutschland« (www.charta-der-vielfalt.de) verpflichtet, für alle Beschäftigten ein von Vorurteilen freies Arbeitsumfeld zu schaffen.

Karriereförderung von Frauen.

Die LBBW (Bank) fördert aktiv die Karrierechancen von Frauen mit dem Ziel, einen fairen Wettbewerb um Positionen zu ermöglichen und so den Frauenanteil im mittleren und oberen Management deutlich zu erhöhen. Hierfür haben wir ein umfassendes Konzept entwickelt, das u. a. ein Mentoringprogramm und Seminare zur individuellen Karriereplanung beinhaltet. Dadurch gewährleisten wir, dass

Führungskräftepotenzial und Karriereambitionen von Frauen sowohl frühzeitig erkannt, als auch nachhaltig unterstützt werden.

Kennzahlen für die LBBW (Bank)/Diversity.

	2017	2016	2015
Frauenanteil	53%	52%	52%
Frauenanteil in Führungspositionen	17,2%	16,9%	16,6%
Anteil der Beschäftigten mit Schwerbehinderung/Gleichstellung ¹	5,0%	4,8%	4,7%
Anteil ausländischer Nationalitäten	5,6%	5,6%	5,4%

¹ Die Anzahl der Beschäftigten mit Schwerbehinderung/Gleichstellung kann aufgrund rückwirkender Anerkennung des Schwerbehindertenstatus je nach Erhebungszeitpunkt variieren. Daher können Abweichungen zwischen den Angaben in der nichtfinanziellen Erklärung im Lagebericht und dem LBBW-Nachhaltigkeitsbericht entstehen.

Weitere Informationen zum Thema Diversity finden sich im Abschnitt Menschenrechte (siehe Seite 132).

Vereinbarkeit Privatleben und Beruf.

Um Beruf und Privatleben bestmöglich zu vereinbaren, bieten wir zahlreiche Möglichkeiten für eine flexible Arbeitszeitgestaltung. So wie es für uns als mitarbeiterorientiertes Unternehmen selbstverständlich ist, Eltern bei der Kinderbetreuung zu unterstützen, schaffen wir auch Freiräume, z. B. für Sabbaticals.

Zunehmend an Bedeutung gewinnt auch die Unterstützung der Beschäftigten, die sich um die Pflege von älteren oder behinderten Familienangehörigen kümmern. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen Angehörigen pflegen, können sich nach Rücksprache mit ihren Führungskräften zusätzlich zur gesetzlichen Pflegezeit von einem halben Jahr für weitere sechs Monate beurlauben lassen. Das Seminar »Pflegefall, was nun?«, welches mittlerweile deutlich über 500 Beschäftigte besucht haben, bietet einen Überblick u. a. über Pflegeversicherungen und Kostenfinanzierung, den Umgang mit Pflegediensten, rechtlichen Vorsorgemaßnahmen und Beratungsstellen.

Ein weiteres Angebot ist die Unterstützung bei der Kinderbetreuung. So können Beschäftigte der Bank an allen Hauptsitzen auf Unterstützung bei der Kinderbetreuung zählen. Angeboten werden Plätze in Kindertagesstätten, Notfallbetreuungen sowie spezielle Angebote in den Schulferien. Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten wir das Beratungs- und Betreuungsprogramm des externen Dienstleisters pme Familienservice an. Zusätzlich zur gesetzlich garantierten Elternzeit können Mütter bzw. Väter, die zuvor mindestens drei Jahre bei der LBBW beschäftigt waren, ein Familienjahr in Anspruch nehmen.

Die in der LBBW geschaffenen personalpolitischen Rahmenbedingungen leisten einen wichtigen Beitrag, diesen sich ständig wandelnden Anforderungen an die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben gerecht zu werden. Die Wirksamkeit der angebotenen Maßnahmen wurde im Auditierungsprozess durch die berufundfamilie GmbH, eine Initiative der gemeinnützigen Hertie Stiftung, bestätigt. Seit 2010 trägt die LBBW das Siegel und wird regelmäßig im Abstand von drei Jahren geprüft.

Betriebliches Gesundheitsmanagement.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) der LBBW hat die Aufgabe, Gesundheit und Wohlbefinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Arbeitsplatz zu fördern und so Motivation und Leistungsfähigkeit zu erhalten bzw. zu steigern.

Ausgehend von den klassischen anerkannten und wesentlichen gesundheitswirksamen Faktoren aus dem Arbeitsleben (Ergonomie und Arbeitspsychologie) zielen die Angebote darüber hinaus in die Gestaltung der Arbeitsumgebung hinein. Führungsverhalten und Kommunikationsstilen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Das BGM pflegt daher einen interdisziplinären Ansatz und wird vom Leitenden Betriebsarzt der LBBW in seiner Funktion als Leiter der Abteilung Gesundheitsmanagement verantwortet.

Unsere Anstrengungen für ein »gesundes Unternehmen« wurden zuletzt 2016 honoriert: Im deutschlandweiten Unternehmensvergleich von EuPD Research Sustainable Management, Handelsblatt, TÜV SÜD Akademie und der ias-Gruppe erreichte das Betriebliche Gesundheitsmanagement der LBBW den renommierten »Exzellenz-Status« des Corporate Health Awards – mit erneut verbessertem Gesamtergebnis.

Betriebsärztlicher Dienst.

Der Betriebsärztliche Dienst berät und unterstützt als primärer Ansprechpartner alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in grundsätzlich allen gesundheitlichen Belangen unter strikter Einhaltung der ärztlichen Schweigepflicht. Sein Kompetenzspektrum umfasst neben typischen arbeits- und sozialmedizinischen Fragestellungen (z. B. Wiedereingliederung bei körperlicher oder psychischer Erkrankung) auch alle Themen der Verhältnis- und Verhaltens-Prävention, Erste Hilfe, Notfallversorgung/Rettungswesen, Reisemedizin, allgemeine medizinische Vorsorge und Impfmedizin. Im engen Zusammenspiel mit den Angeboten des Sozialreferates und dem Betrieblichen Gesundheitsmanagement der LBBW entsteht so ein Modell, mit dem unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre ganz individuelle Gesundheitsstrategie entwickeln können.

Sozialreferat.

Das Sozialreferat berät Beschäftigte und Führungskräfte an den Standorten Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Mainz, Leipzig sowie Filialmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu den Themen Stress, Konflikte und schwierige Situationen am Arbeitsplatz, psychische Gesundheit wie Burnout und Depression, Suchterkrankungen und zu persönlichen Anliegen (z. B. dem Tod naher Angehöriger). Auch präventive Beratungen zum Thema Resilienz und Gesundheitsvorsorge werden angeboten. Nach einer akuten Krisensituation wie einem schweren Unfall, plötzlichem Todesfall oder Banküberfall bietet das Sozialreferat unmittelbar psychologische Notfallhilfe an. Dadurch können mögliche Folgeerkrankungen und Fehlzeiten verhindert oder abgemildert werden. Im Einzelfall können auch Weitervermittlungen zu externen Beratungsstellen, Kliniken oder Psychotherapeuten stattfinden.

Neben individuellen Beratungsgesprächen bietet das Sozialreferat für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für Führungskräfte auch Workshops, Schulungen und Vorträge zu psychosozialen Themen wie beispielsweise Burn-out-Prävention, Umgang mit schwierigen Situationen im Kundenkontakt oder Resilienz an.

LBBW Verbesserungsprozess.

Der LBBW Verbesserungsprozess stellt als weiteres personalwirtschaftliches Instrumentarium die Kreativität, den Ideenreichtum und die Innovationsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LBBW (Bank) in den Mittelpunkt. Diese können über den LBBW Verbesserungsprozess aktiv dazu beitragen, die eigene Arbeit, den Arbeitsplatz und die Qualität von Abläufen und Produkten zu verbessern, zu vereinfachen oder zu optimieren.

2017 konnten 4 313 (+ 3,4%) Verbesserungsvorschläge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geprüft werden. Mit den Ideen wurde ein Nutzen von 27,4 Mio. EUR (+ 32 %) erzielt. Mit den umgesetzten Ideen wurden Kosten reduziert, Risiken minimiert, Arbeitsabläufe effizienter gestaltet sowie die Qualität von Serviceleistungen und Produkten gesteigert.

Die Stoßrichtungen Geschäftsfokus, Digitalisierung, Nachhaltigkeit und Agilität werden mit den Ideen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beispielhaft aufgenommen und befördert, weshalb diese auch in 2018 mit diesem Instrument darin gefördert werden sollen, ihren Ideenreichtum in die Bank einzubringen.

Kennzahlen für die LBBW (Bank).

	2017	2016	2015
Durchschnittsalter	44,8	44,2	43,4
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit in Jahren	18,9	18,3	17,5

Soziale Belange.

Bildung ist eine Investition in die Zukunft – und sie trägt die besten Früchte, wenn sie so praxisnah wie möglich vermittelt wird. Als regional verwurzelte öffentlich-rechtliche Bank nehmen wir unseren gesellschaftlichen Auftrag ernst und leisten einen aktiven Beitrag, um junge Menschen mit dem Wirtschaftsleben vertraut zu machen und Schülern frühzeitig Orientierung für die Berufswahl zu geben. Dabei wollen wir nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch die sozialen Kompetenzen und das Verantwortungsbewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft stärken.

Spenden sind ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Engagements der LBBW. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem soziale, kulturelle und wissenschaftliche Projekte. Entsprechend unserer starken regionalen Verwurzelung gehen die Spenden in der Regel an Empfänger in den jeweiligen regionalen Kernmärkten.

Als **Sponsor** unterstützen wir Projekte und Kulturinstitutionen sowohl in Baden-Württemberg als auch in den Geschäftsgebieten der LBBW Rheinland-Pfalz Bank und LBBW Sachsen Bank. Neben musikalischen Institutionen wie der Staatsoper Stuttgart und dem Nationaltheater Mannheim fördern wir sportliche Events wie das renommierte Reit- und Springturnier STUTTGART GERMAN MASTERS. Darüber hinaus engagieren wir uns in verschiedenen sozialen Projekten, ein erfolgreiches Beispiel hierfür ist die Kinderspielstadt Stutengarten.

Die **Stiftung** Landesbank Baden-Württemberg hat seit ihrer Gründung vor über 30 Jahren knapp 10 500 Vorhaben mit insgesamt über 25 Mio. Euro gefördert. Ihr Stifterengagement ist auf Breitenwirkung, Nachwuchsförderung und die Hilfe für immer wieder neue Initiativen ausgelegt.

Menschenrechte.

Unternehmenspolitik.

Zur Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitspolitik und der Nachhaltigkeitsziele hat die LBBW Prinzipien und Richtlinien als Orientierungsrahmen formuliert. Unser Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte ist hier wie folgt beschrieben: »Als Teil der internationalen Gesellschaft bekennen wir uns zu der

Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, wie sie von den Vereinten Nationen festgeschrieben worden ist [...]«.

Lieferkette.

Lieferantenregistrierung.

Grundlage der Zusammenarbeit mit unseren Lieferanten ist die Lieferantenregistrierung. Voraussetzung für die Zulassung als Lieferant der LBBW ist u. a. die Beantwortung von Fragen zu Nachhaltigkeitsthemen im Lieferantenportal der LBBW. Jeder Lieferant muss zudem die »Nachhaltigkeitsvereinbarung für Lieferanten der LBBW« bei der Registrierung bestätigen und bei Vertragsabschluss unterzeichnen. Die Vereinbarung verpflichtet ihn zur Einhaltung der für uns wesentlichen ökologischen und sozialen Kriterien. Einen Verstoß gegen die in der Nachhaltigkeitsvereinbarung festgelegten Sozialstandards (z. B. in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen wie Kinderarbeit) muss jeder Lieferant als außerordentlichen Kündigungsgrund akzeptieren.

Wir erwarten von unseren Lieferanten, dass sie sich in demselben Maß wie wir in allen Bereichen ihrer geschäftlichen Aktivitäten zu ihrer ökologischen, ökonomischen, sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung bekennen.

Zentraler Einkauf.

Durch die zentrale Organisation des Einkaufs und bankweit gültige Standards gewährleisten wir, dass bei Investitionsentscheidungen Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt werden und bei mehreren gleichwertigen Produktalternativen – was Qualität und Kosten betrifft – die unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten beste ausgewählt wird. Auf diese Weise stellen wir einerseits sicher, dass die von uns verwendeten Produkte in Herstellung und Gebrauch möglichst hohen Nachhaltigkeitsstandards genügen. Andererseits fördern wir damit auch umweltbewusstes und soziales Denken und Handeln unserer Geschäftspartner.

Kundenbeziehungen.

In ihren Leitplanken zum Kreditgeschäft sowie den Leitlinien für die Privatkundenberatung bezieht die LBBW Nachhaltigkeitsaspekte in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten mit ein (siehe Seite 125 und Seite 126).

2017 ging bei der LBBW eine Beschwerde bezüglich der Benachteiligung behinderter Menschen im Rahmen eines Beratungsgesprächs ein.

Umgang mit den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Mitbestimmung und Schwerbehindertenvertretung.

Grundlage für die Mitbestimmung in der LBBW ist das Landespersonalvertretungsgesetz Baden-Württemberg. An größeren Standorten der LBBW finden regelmäßig Personalversammlungen statt. Die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gilt konzernweit. LBBW-Beschäftigte mit Schwerbehindertenstatus werden von der Gesamtschwerbehindertenvertretung (GSBV) sowie von fünf regionalen Schwerbehindertenvertretungen beraten und vertreten.

Diversity.

Begleitet und betreut werden die Themen Vielfalt und Chancengleichheit in der LBBW von einer Diversity-Beauftragten. Gemäß einer Dienstvereinbarung zum Schutz vor Diskriminierung und zum partnerschaftlichen Verhalten am Arbeitsplatz können sich Beschäftigte, die sich diskriminiert fühlen,

an den Personalrat, die Vertretung der Schwerbehinderten, die verantwortliche Führungskraft, das Sozialreferat oder die Beschwerdestelle wenden.

Schulung.

Das E-Learning Tool »Betrugsprävention und Nachhaltigkeit« sowie das Tool zur Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ist von allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der LBBW zu bearbeiten. In den E-Learning Tools sind Fragen zu Menschenrechten integriert.

Umweltmanagementsystem.

Unser Umwelt-/Nachhaltigkeitsmanagementsystem gilt für die LBBW (Bank) (inklusive BW-Bank, LBBW Rheinland-Pfalz Bank und LBBW Sachsen Bank) sowie die 100-prozentigen Tochtergesellschaften GastroEvent GmbH, LBBW Immobilien Management GmbH, BW Immobilien GmbH und LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH.

EMAS-Zertifizierung.

Wir haben uns zur Einhaltung der Standards des Eco-Management and Audit-Schemes (EMAS) sowie der Norm ISO 14001 verpflichtet und verfügen seit 1998 über ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem. Die Umsetzung der Verordnung bzw. der Norm wird einmal jährlich durch ein internes sowie ein externes Audit überprüft. 2017 wurden beide Audits erfolgreich durchgeführt.

Nach EMAS validiert und ISO 14001 zertifiziert sind:

- vier Gebäude »Am Hauptbahnhof« sowie zwei Gebäude am »Pariser Platz« in Stuttgart,
- das Gebäude »Fritz-Elsas-Straße 31« (»Bollwerk«) in Stuttgart,
- das Gebäude »Königstraße 3« in Stuttgart,
- das Gebäude »Kleiner Schlossplatz 11« in Stuttgart,
- das Gebäude »Augustaanlage 33« in Mannheim

Ergebnisse der Konzepte.

Nachhaltigkeitsratings.

- Die Münchener oekom research AG hat die LBBW auf einer Skala von A+ bis D- mit der Gesamtnote C+ bewertet. Mit diesem Ergebnis belegt die LBBW in der Branche »Financials/Public & Regional Banks« Stand November 2017 Platz 3 von 89 untersuchten Banken auf internationaler Ebene. Die LBBW erfüllt die von oekom research definierten Mindeststandards an das Nachhaltigkeitsmanagement und wird als »Prime« eingestuft.
- Im Nachhaltigkeitsrating von Sustainalytics erhielt die LBBW 77 von 100 Punkten und belegt damit in der Branche Banken auf internationaler Ebene Platz 12 von 396 bewerteten Finanzinstituten (Stand Januar 2017).
- Im imug Nachhaltigkeitsrating von Bankanleihen wurde die LBBW als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen (BBB) und Hypothekenpfandbriefen (BB) positiv bewertet. Als Emittent von unbesicherten Anleihen (CCC) erhielt die LBBW die Gesamtbewertung neutral. Die Bezeichnung »unbesicherte Anleihen« bezieht alle Arten unbesicherter festverzinslicher Wertpapiere sowie Termin- und Spareinlagen mit ein (Stand Januar 2017).

- Die LBBW erhielt im Nachhaltigkeitsrating 2017 von MSCI ESG Research die Gesamtbewertung AA und belegt damit Stand Juni 2017 Platz 2 unter den deutschen Finanzinstituten.

Externe und interne Audits.

2017 wurden gegen die LBBW keine Bußgelder oder Strafen wegen Nichteinhaltung von Umweltrechtsvorschriften verhängt. Auch das interne und externe Audit hat keine materiell-rechtlichen Verstöße gegen das Umweltrecht aufgedeckt.

Wesentliche Risiken und deren Handhabung.

Risikomanagement in der LBBW versteht sich als Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken – unter anderem Reputationsrisiken – im Rahmen der Risikotragfähigkeit und der durch den Vorstand festgelegten Strategie.

- Das nichttransaktionsbezogene Management von Reputationsrisiken verantworten die Bereiche »Konzernkommunikation/Marketing/Vorstandssekretariat« und »Compliance«.
- Das transaktionsbezogene Management von Reputationsrisiken, wie etwa die Beurteilung von Neugeschäften, erfolgt dezentral durch die Marktbereiche, insbesondere im Rahmen des »Neue-Produkte-Prozesses« (NPP) und des Kreditantragsprozesses. Bei OTC-Derivaten (Over The Counter; außerbörslich gehandelte Derivate) für Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement ist dem NPP ein Produktzertifizierungsprozess vorgeschaltet.
- Der Bereich Compliance und die Gruppe Nachhaltigkeit unterstützen die relevanten Marktbereiche im täglichen Geschäft bei der Identifizierung und Bewertung von transaktionsbezogenen Reputationsrisiken.

Die Leitsätze für das Risikomanagement stellen die zentralen Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken innerhalb des LBBW-Konzerns dar und sind Grundlage für ein unternehmensweit einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement.

Weitere Informationen siehe Seite 50.

Konzern- abschluss.

INHALT

Gewinn- und Verlustrechnung.....	138	18. Vorräte.....	165
Gesamtergebnisrechnung.....	139	19. Rückstellungen.....	166
Bilanz.....	140	20. Nachrangkapital.....	169
Eigenkapitalveränderungsrechnung.....	142	21. Eigenkapital.....	170
Kapitalflussrechnung.....	144	Segmentberichterstattung.....	171
Anhang (Notes).....	146	Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung..	178
Grundlagen der Aufstellung.....	146	22. Zinsergebnis.....	178
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.....	146	23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.....	179
1. Grundsätze.....	146	24. Provisionsergebnis.....	179
2. Änderungen und Schätzungen.....	147	25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value	
3. Konsolidierungskreis.....	152	bewerteten Finanzinstrumenten.....	179
4. Konsolidierungsgrundsätze.....	154	26. Ergebnis aus Finanzanlagen.....	181
5. Währungsumrechnung.....	154	27. Ergebnis aus at Equity bewerteten	
6. Finanzinstrumente.....	155	Unternehmen.....	181
7. Aufrechnung.....	160	28. Sonstiges betriebliches Ergebnis.....	181
8. Barreserve.....	160	29. Verwaltungsaufwendungen.....	182
9. Risikovorsorge.....	160	30. Restrukturierungsergebnis.....	183
10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen..	161	31. Ertragsteuern.....	184
11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige		Angaben zur Bilanz.....	187
Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen...	161	32. Barreserve.....	187
12. Immaterielle Vermögenswerte.....	161	33. Forderungen an Kreditinstitute.....	187
13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.....	162	34. Forderungen an Kunden.....	187
14. Sachanlagen.....	163	35. Risikovorsorge.....	188
15. Leasinggeschäft.....	164	36. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete	
16. Ertragsteuern.....	164	finanzielle Vermögenswerte.....	188
17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva.....	165	37. Finanzanlagen.....	190

38. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen. .	191	59. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte.	225
39. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen. ..	192	60. Buchwertüberleitung auf Kategorien.	225
40. Immaterielle Vermögenswerte.	192	61. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.	227
41. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.	193	62. Fälligkeitsanalyse.	227
42. Sachanlagen.	194	63. Angaben zum Derivatevolumen.	229
43. Ertragsteueransprüche.	195	64. Übertragung finanzieller Vermögenswerte.	231
44. Sonstige Aktiva.	195	65. Sicherheiten.	232
45. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. ...	195	66. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen.	233
46. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.	196	Sonstige Angaben.	235
47. Verbriefte Verbindlichkeiten.	196	67. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen.	235
48. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen.	197	68. Leasingverhältnisse.	240
49. Rückstellungen.	197	69. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.	241
50. Ertragsteuerverpflichtungen.	201	70. Außerbilanzielle Geschäfte.	242
51. Sonstige Passiva.	202	71. PIIS Exposure.	244
52. Nachrangkapital.	202	72. Adressenausfallrisiko.	244
53. Eigenkapital.	204	73. Kapitalmanagement.	247
Angaben zu Finanzinstrumenten.	205	74. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.	249
54. Fair-Value-Ermittlung.	205	Zusatzangaben nach § 315e HGB.	250
55. Fair Value von Finanzinstrumenten.	210	75. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.	250
56. Fair-Value-Hierarchie.	212	76. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.	257
57. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente.	224	77. Organe und deren Mandate.	258
58. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.	225		

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2017 erfolgt gemäß § 315e Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2017	01.01. – 31.12.2016 ¹
Zinserträge	22	12 187	12 332
Zinsaufwendungen	22	- 10 601	- 10 663
Zinsergebnis	22	1 587	1 669
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23	- 92	- 51
Provisionserträge	24	649	634
Provisionsaufwendungen	24	- 115	- 107
Provisionsergebnis	24	534	527
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	25	219	146
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	132	183
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	27	31	13
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	101	101
Verwaltungsaufwendungen	29	- 1 824	- 1 814
Garantieprovision Land Baden-Württemberg		- 61	- 93
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung		- 69	- 71
Wertminderung Goodwill	40	0	- 379
Restrukturierungsergebnis	30	- 41	- 87
Konzernergebnis vor Steuern		515	142
Ertragsteuern	31	- 97	- 131
Konzernergebnis		419	11
davon Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		2	1
davon Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		416	10

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Gesamtergebnisrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017.

Mio. EUR	Notes	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Konzernergebnis		419	11
Erfolgsneutrales Konzernergebnis			
Sachverhalte, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Gewinnrücklage			
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste vor Steuern	21,53	20	-221
Ertragsteuern	31	-5	67
Bewertungsergebnis aus der eigenen Bonität			
Bewertungsgewinne/-verluste aus der eigenen Bonität vor Steuern	21,53	-19	-27
Ertragsteuern	31	5	4
Sachverhalte, die unter bestimmten Bedingungen nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Neubewertungsrücklage			
Gewinne/Verluste aus AfS-Finanzinstrumenten vor Steuern	21,53	178	90
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21,53	-133	-183
Ertragsteuern	31	1	-5
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen			
Veränderungen vor Steuern	21,53	2	3
Währungsumrechnungsdifferenzen			
Veränderungen vor Steuern	21,53	-12	6
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21,53	0	-1
Summe erfolgsneutrales Konzernergebnis		38	-265
davon aus Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen		-28	-47
Konzerngesamtergebnis		456	-255
davon Gesamtergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		2	1
davon Gesamtergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		454	-256

Bilanz

zum 31. Dezember 2017.

Aktiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2017	31.12.2016 ¹	01.01.2016 ¹
Barreserve	8,32	22 729	13 532	1 167
Forderungen an Kreditinstitute	9,33,35	48 184	39 288	30 245
Forderungen an Kunden	9,15,34,35,69	108 332	111 232	108 785
Risikovorsorge	9,35	-684	-828	-1 128
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	6,36	31 386	50 175	64 765
Finanzanlagen	6,37	22 848	25 693	25 230
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	3,10,38	245	233	239
Aktives Portfolio Hedge Adjustment	6	606	764	569
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	11,39	104	191	153
Immaterielle Vermögenswerte	12,40	244	249	541
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	13,41	554	574	663
Sachanlagen	14,15,42,68	482	507	664
Laufende Ertragsteueransprüche	16,43	92	116	114
Latente Ertragsteueransprüche	16,43	1 016	1 037	1 023
Sonstige Aktiva	17,18,44	1 575	861	989
Summe der Aktiva		237 713	243 623	234 018

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Passiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2017	31.12.2016 ¹	01.01.2016 ¹
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6,45	61 895	44 568	44 248
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6,46	79 415	70 641	62 540
Verbriefte Verbindlichkeiten	6,47	44 432	34 343	29 411
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	6,48	27 922	69 846	74 063
Passives Portfolio Hedge Adjustment	6	239	485	569
Rückstellungen	19,49	3 796	3 734	3 401
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	16,50	47	57	62
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	16,50	28	31	27
Sonstige Passiva	17,51	1 199	889	709
Nachrangkapital	20,52	5 364	5 895	5 329
Eigenkapital	21,53	13 377	13 134	13 659
Stammkapital		3 484	3 484	3 484
Kapitalrücklage		8 240	8 240	8 240
Gewinnrücklage		820	1 014	1 078
Sonstiges Ergebnis		371	348	413
Bilanzgewinn/-verlust		416	10	425
Eigenkapital der Anteilseigner		13 331	13 096	13 641
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		46	38	19
Summe der Passiva		237 713	243 623	234 018

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Eigenkapitalveränderungsrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017.

Mio. EUR	Stammkapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage ¹	Neubewertungsrücklage	Bewertungsergebnis at Equity bewertete Unternehmen
Eigenkapital zum 31. Dezember 2015	3 484	8 240	1 062	344	38
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	16	0	0
Angepasstes Eigenkapital zum 1. Januar 2016	3 484	8 240	1 078	344	38
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	425	0	0
Umgliederung historischer Bewertungseffekte aus der eigenen Bonität (vorzeitige Anwendung IFRS 9)	0	0	-46	0	0
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	-290	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	5	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	-154	0	0
Bewertungsgewinne/-verluste aus der eigenen Bonität	0	0	0	0	0
Bewertungsänderungen in AfS-Finanzinstrumenten	0	0	0	-97	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	3
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis	0	0	-154	-97	3
Konzernergebnis	0	0	0	0	0
Konzerngesamtergebnis	0	0	-154	-97	3
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	-3	0	0
Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	3 484	8 240	1 014	247	42
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	9	0	0
Ausschüttungen an Anteilseigner	0	0	-219	0	0
Kapitalerhöhung/Kapitalherabsetzung	0	0	0	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	1	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	15	0	0
Bewertungsgewinne/-verluste aus der eigenen Bonität	0	0	0	0	0
Bewertungsänderungen in AfS-Finanzinstrumenten	0	0	0	46	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	0	0	2
Gewinne/Verluste aus der Bewertung von Cashflow Hedges	0	0	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis	0	0	15	46	2
Konzernergebnis	0	0	0	0	0
Konzerngesamtergebnis	0	0	15	46	2
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	-1	0	0
Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	3 484	8 240	820	293	44

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in Note 21 und 53 erläutert.

	Bewertungs- ergebnis aus der eigenen Bonität	Rücklage aus der Währungs- umrechnung	Bilanzgewinn/ -verlust	Eigenkapital der Anteilseigner ¹	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Insgesamt ¹
	0	31	425	13 624	19	13 643
	0	0	0	16	0	16
	0	31	425	13 640	19	13 659
	0	0	-425	0	0	0
	46	0	0	0	0	0
	0	0	0	-290	0	-290
	0	0	0	5	17	22
	0	0	0	-154	0	-154
	-22	0	0	-22	0	-22
	0	0	0	-97	0	-97
	0	0	0	3	0	3
	0	5	0	5	0	5
	-22	5	0	-265	0	-265
	0	0	10	10	1	11
	-22	5	10	-256	1	-255
	0	0	0	-3	1	-2
	24	35	10	13 096	38	13 134
	0	0	-10	-1	1	0
	0	0	0	-219	0	-219
	0	0	0	0	4	4
	0	0	0	1	1	2
	0	0	0	15	0	15
	-13	0	0	-13	0	-13
	0	0	0	46	0	46
	0	0	0	2	0	2
	0	-12	0	-12	0	-12
	-13	-12	0	38	0	38
	0	0	416	416	2	419
	-13	-12	416	454	2	456
	0	0	0	-1	0	-1
	11	23	416	13 331	46	13 377

Kapitalflussrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum
31. Dezember 2017.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2017	01.01. – 31.12.2016 ¹
Konzernergebnis		419	11
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen		114	133
Zuführung/Auflösung der Rückstellungen		307	318
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge		-30	-664
Gewinn aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen		-85	-92
Sonstige Anpassungen		-1 493	-1 575
		-768	-1 869
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute		-8 788	-9 062
Forderungen an Kunden		2 770	-2 823
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		14 194	19 325
Finanzanlagen		2 623	-375
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		-552	203
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		17 363	432
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		8 788	8 151
Verbriefte Verbindlichkeiten		10 081	4 971
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		-37 753	-8 318
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		116	-28
Erhaltene Dividenden		40	50
Erhaltene Zinsen		12 963	12 349
Gezahlte Zinsen		-11 587	-10 882
Ertragsteuerzahlungen		-71	-83
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		9 420	12 040
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		234	158
Sachanlagen		2	2
Auszahlungen aus dem Erwerb von			
Beteiligungen		-8	-20
Sachanlagen		-21	-12
Immateriellen Vermögenswerten		-67	-130
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen ²		0	14
Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen		-21	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		120	12
Dividendenzahlungen		-219	-290
Sonstige Auszahlungen	52	-65	-6
Mittelveränderungen aus Sonstigem Kapital		-487	620
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		-771	324

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

² Das Entgelt besteht komplett aus Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2017	01.01. – 31.12.2016 ¹
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode	32	13 532	1 167
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		9 420	12 040
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		120	12
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		- 771	324
Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen		429	- 11
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	32	22 729	13 532

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit während des Geschäftsjahres.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve des LBBW-Konzerns und umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernergebnis ermittelt. Ihm werden die Zahlungsströme zugeordnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlöswirksamen Tätigkeiten des LBBW-Konzerns stehen oder aus Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von langfristigen Vermögenswerten dargestellt.

Dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigenkapital sowie mit dem Nachrangkapital, dem Genussrechtskapital und den typisch Stillen Einlagen zugerechnet.

In den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit fließen neben der zahlungswirksamen Veränderung des Eigenkapitals (Dividendenzahlung) auch die Cashflows aus den Stillen Einlagen und dem weiteren Nachrangkapital ein, die in den Mittelveränderungen aus Sonstigem Kapital gezeigt werden. Im Berichtszeitraum hat sich der Bestand des Nachrangkapitals um 531 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr verringert. Dies resultiert neben der zahlungswirksamen Veränderung in Höhe von - 547 Mio. EUR aus der Veränderung des Bestands aus Bewertungseffekten in Höhe von 9 Mio. EUR und der Änderung der Zinsabgrenzung in Höhe von 7 Mio. EUR.

Anhang (Notes)

für das Geschäftsjahr 2017.

Grundlagen der Aufstellung.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW (Bank)) als Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Die Handelsregisternummern beim zuständigen Amtsgericht lauten wie folgt: Amtsgericht Stuttgart HRA 12704, Amtsgericht Mannheim HRA 104440 (für Karlsruhe) sowie HRA 4356 (für Mannheim) und Amtsgericht Mainz HRA 40687.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2017 erfolgt gemäß § 315e Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Maßgeblich sind diejenigen Standards und Interpretationen, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht, von der Europäischen Union übernommen und für den Konzern relevant und verpflichtend waren.

Der Konzernabschluss der LBBW wurde am 13. März 2018 durch den Vorstand zur Veröffentlichung freigegeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

1. Grundsätze.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Die Rechnungslegung im LBBW-Konzern erfolgt gemäß IFRS 10.19 und IAS 28.35 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Diese wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Jahresabschlüsse der konsolidierten bzw. at Equity bewerteten Gesellschaften werden grundsätzlich auf den Stichtag des Konzernabschlusses der LBBW aufgestellt. Nur bei einer Gesellschaft liegt ein abweichender Abschlussstichtag vor. Auch in diesem Fall erfolgt die Berücksichtigung im vorliegenden Konzernabschluss mit den Werten zum 31. Dezember 2017.

Die funktionale Währung der LBBW sowie die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge im vorliegenden Konzernabschluss sind in der Regel auf Mio. EUR kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen geringfügige Abweichungen ergeben, die keine Einschränkungen der Berichtsqualität darstellen. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

Der Konzernabschluss wird auf Basis historischer bzw. fortgeführter Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) erstellt. Der Fair Value wird für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Finanzanlagen der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale – Afs) und die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, verwendet.

Die Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen erfolgt zeitanteilig. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden unter Anwendung einer der Effektivzinsmethode entsprechenden Vorgehensweise dargestellt.

Fremdkapitalkosten für qualifizierte Vermögenswerte (Vorräte, Anlagevermögen) werden aktiviert. Ein qualifizierter Vermögenswert ist ein nicht finanzieller Vermögenswert, für den ein beträchtlicher Zeitraum erforderlich ist, um ihn in seinen beabsichtigten Gebrauchs- oder Verkaufszustand zu versetzen.

Im Konzern bestehen langfristige Fertigungsaufträge. Aufgrund der Unwesentlichkeit dieser Geschäfte für den Konzernabschluss werden jedoch keine weiteren Angaben dargestellt.

2. Änderungen und Schätzungen.

Erstmals angewendete IFRS.

Im Geschäftsjahr 2017 sind die folgenden IFRS erstmalig anzuwenden:

Annual Improvements to IFRS 2014 – 2016 Cycle – Amendments to IFRS 12.

Dieser im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedete Sammelstandard ist ein Instrument des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben.

Disclosure Initiative – Amendments to IAS 7.

Dieser Standard ergänzt die bestehenden Angabepflichten zur Kapitalflussrechnung, um die Veränderung der Verschuldung aus der Finanzierungstätigkeit eines Unternehmens transparenter darzustellen.

Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Recognition of Deferred Tax Assets for Unrealised Losses – Amendments to IAS 12.

Dieser Standard stellt klar, dass aktive latente Steuern auch auf abzugsfähige temporäre Differenzen anzusetzen sind, die sich aus unrealisierten Verlusten der zum Zeitwert bewerteten Schuldinstrumente ergeben. Des Weiteren erfolgen zum einen Klarstellungen hinsichtlich der Berücksichtigung von Erlösen bei der wahrscheinlichen Realisierung von Vermögenswerten, die den IFRS-Buchwert dieser Vermögenswerte zum Stichtag überschreiten, zum anderen zur Beurteilung der Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus abzugsfähigen temporären Differenzen mittels einer steuerlichen Planungsrechnung.

Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine Auswirkungen, da die LBBW diese Grundsätze bereits anwendet.

Zukünftig anzuwendende IFRS.

Die folgenden IFRS waren bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht in Kraft getreten. Sofern nicht anders vermerkt, ist bei diesen IFRS eine Anerkennung in europäisches Recht bereits erfolgt und keine freiwillige vorzeitige Anwendung durch die LBBW beabsichtigt:

Annual Improvements to IFRS 2014 – 2016 Cycle – Amendments to IAS 28 and IFRS 1.

Dieser im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedete Sammelstandard ist ein Instrument des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards ergeben sich keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRS 9 Financial Instruments.

Mit Veröffentlichung des IFRS 9 »Finanzinstrumente« am 24. Juli 2014 hat das IASB die Reform seiner Rechnungslegungsvorschriften für Finanzinstrumente vorläufig abgeschlossen. Das Endorsement wurde am 29. November 2016 mit Bekanntgabe des IFRS 9 im Amtsblatt der Europäischen Union finalisiert. Im Geschäftsbericht 2016 des LBBW-Konzerns sind die neuen Vorschriften detailliert beschrieben.

Die LBBW machte bereits im Geschäftsjahr 2016 von der Möglichkeit Gebrauch, die Vorschriften zur Darstellung der Gewinne und Verluste finanzieller Verbindlichkeiten, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet designiert sind, freiwillig vorzeitig anzuwenden. Die verbleibenden Vorgaben des IFRS 9, abgesehen von den neuen Regelungen zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen, wird die LBBW erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anwenden.

Die inhaltlichen Neuerungen des IFRS 9 entfallen im Wesentlichen auf folgende Themengebiete innerhalb der Finanzinstrumentebilanzierung:

Einstufung – Finanzielle Vermögenswerte.

IFRS 9 enthält einen neuen Klassifizierungs- und Bewertungsansatz für finanzielle Vermögenswerte, welcher das Geschäftsmodell, in dessen Rahmen die Vermögenswerte gehalten werden, sowie die individuellen Eigenschaften

ihrer Cashflows widerspiegelt. Insgesamt enthält der neue Standard drei Einstufungskategorien für finanzielle Vermögenswerte: zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) bewertet, zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderung in der Gewinn- und Verlustrechnung bewertet (FVTPL) sowie zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderung im sonstigen Ergebnis bewertet (FVOCI). Wie bereits zum Halbjahr 2017 erwartet, müssen von den unter IAS 39 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten nur wenige Einzelfälle einer erfolgswirksamen Bilanzierung zum Fair Value zugeführt werden.

Wertminderung – Finanzielle Vermögenswerte.

Die größten Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage resultierten bei der LBBW aus den überarbeiteten Vorgaben zur Risikovorsorge. Die Höhe der Risikovorsorge wird seit dem 1. Januar 2018 für sämtliche finanziellen Vermögenswerte, die einerseits Schuldinstrumente darstellen und andererseits nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, nach einheitlichen Regeln ermittelt und nicht mehr wie bislang nach gesonderten Vorgaben je Bewertungskategorie. Damit einhergehend sind ab dem Geschäftsjahr 2018 nicht mehr nur die Verluste aus eingetretenen Ausfallereignissen (sog. incurred loss) zu erfassen, sondern zusätzlich auch die bereits erwarteten Verluste (sog. expected loss). In diesem Zusammenhang sind nun bei einem wesentlichen Anstieg des Ausfallrisikos des einzelnen finanziellen Vermögenswerts seit bilanzielltem Zugang sämtliche erwarteten Verluste über die gesamte Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts unmittelbar anzusetzen. Als Konsequenz dieses Paradigmenwechsels wird die Risikovorsorge in der Gesamtbetrachtung künftig tendenziell früher gebildet werden und insgesamt höher ausfallen als nach den Wertminderungsvorschriften des IAS 39. Dies erfordert erhebliche Ermessensentscheidungen bezüglich der Frage, inwieweit die erwarteten Kreditausfälle durch Veränderungen von wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst werden.

Bilanzierung von Sicherungsgeschäften.

Das IASB hat auch die Vorschriften zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen überarbeitet. Allerdings betreffen diese Änderungen nicht die Vorgaben für die bilanzielle Abbildung von Maßnahmen zur Absicherung von Portfolios gegen Zinsänderungsrisiken. Die LBBW nimmt in diesem Zusammenhang das Wahlrecht in Anspruch, diese Sicherungsstrategien weiterhin nach den Vorgaben des IAS 39 zu bilanzieren.

Übergang.

IFRS 9 beinhaltet das Wahlrecht, Vergleichsinformationen für vorhergehende Perioden hinsichtlich der Einstufung und Bewertung (einschließlich der Wertminderung) nicht anzupassen. Der LBBW-Konzern beabsichtigt dieses Wahlrecht in der Gestalt, dass eine freiwillige Anpassung der Vorjahreszahlen nicht erfolgen wird, zu nutzen.

Umsetzungsprojekt.

Innerhalb des IFRS 9-Projekts im LBBW Konzern ist die Beurteilung der einzelnen Geschäftsmodelle erfolgt sowie die Bestandsanalysen bzgl. der Cashflow-Eigenschaften abgeschlossen, auf deren Basis die IFRS 9-Kategorisierung umgesetzt worden ist. Die Modelle für die Berechnung der Impairments entsprechend der IFRS 9-Vorgaben sind fachlich wie auch technisch implementiert und wurden folglich für die Ermittlung des Erstanwendungseffekts, der aus der Umstellung auf IFRS 9 resultiert, genutzt.

Der Erstanwendungseffekt, der vollständig erfolgsneutral im Eigenkapital zu erfassen ist, ergibt sich aus der Neuklassifizierung von Finanzinstrumenten, den neuen Vorschriften zur Erfassung von Wertminderungen bei Finanzinstrumenten sowie einem gegenläufigen Effekt aus dem Ansatz latenter Steuern auf die vorgenannten zwei Effekte. Der kumulierte Erstanwendungseffekt führt nach aktueller Einschätzung zum Erstanwendungsstichtag 1. Januar 2018 zu einer Eigenkapitalminderung in einer Größenordnung von 150 bis 200 Mio. EUR. Wesentlich resultiert diese Eigenkapitalminderung aus den neuen Vorschriften zur Erfassung von Wertminderungen. Die Eigenkapitalminderung führt zu einem Rückgang der CET 1-Quote (fully loaded) von ca. 25 Basispunkten.

IFRS 15 Revenue from Contracts with Customers, Effective Date of IFRS 15.

Dieser Standard beinhaltet die neuen Regelungen zur Umsatzrealisierung und ersetzt IAS 18 »Umsatzerlöse« und IAS 11 »Fertigungsaufträge« sowie einige zugehörige Interpretationen. Er umfasst Verträge mit Kunden über den Verkauf von Gütern oder die Erbringung von Dienstleistungen. Ausnahmen bestehen u. a. für Finanzinstrumente und Leasingverträge.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2018 retrospektiv anzuwenden. Der Anwendungsbereich sowie die Auswirkungen der Erstanwendung des IFRS 15 wurden im Rahmen einer Vorstudie für den Konzern untersucht. Es wurden keine Sachverhalte identifiziert, die im Vergleich zu IAS 18 zu einer abweichenden Bilanzierung führen würden. Darüber hinaus wurden im Konzern keine Anwendungsfälle für den IAS 11 identifiziert, die nach IFRS 15 abweichend bilanziert werden müssten. Eine Änderung besteht lediglich im Hinblick auf Vertriebskosten im Rahmen von Developmentprojekten, die mit Einführung von IFRS 15 zu aktivieren sind. Hieraus resultiert ein Erstanwendungseffekt i. H. v. 2,4 Mio. EUR, der als Anpassung des Eröffnungsbilanzwerts im Eigenkapital berück-

sichtigt wird. Mit Ausnahme von zusätzlichen Notesangaben nach IFRS 15 werden keine weiteren Auswirkungen auf den LBBW-Konzernabschluss erwartet.

Clarifications to IFRS 15.

Die Änderungen enthalten Klarstellungen zu verschiedenen Regelungen des IFRS 15 sowie Vereinfachungen bezüglich des Übergangs auf den neuen Standard. Des Weiteren werden zwei Erleichterungen für die erstmalige Anwendung eingeführt. Diese betreffen die Darstellung von Verträgen, die vor dem Beginn der frühestens dargestellten Periode geändert oder vor dieser Periode abgeschlossen wurden.

Diese Änderungen sind im Rahmen der Vorstudie für IFRS 15 berücksichtigt und erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden.

Classification and Measurement of Share-based Payment Transactions – Amendments to IFRS 2.

Dieser Standard umfasst diverse Klarstellungen im Zusammenhang mit anteilsbasierten Vergütungen.

Diese Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Da die Vergütungsmodelle der LBBW nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 2 »Anteilsbasierte Vergütung« fallen, ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Applying IFRS 9 Financial Instruments with IFRS 4 Insurance Contracts – Amendments to IFRS 4.

Dieser Standard regelt die Erstanwendung des IFRS 9 für Unternehmen, die IFRS 4 auf bestehende Versicherungsverträge anwenden.

Diese Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Da die Geschäfte der LBBW nicht in den Anwendungsbereich des IFRS 4 »Versicherungsverträge« fallen, ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

IFRIC Interpretation 22 Foreign Currency Transactions and Advance Consideration.

Diese Interpretation des IFRS Interpretations Committee regelt die Umrechnung von Fremdwährungstransaktionen im Fall von geleisteten oder erhaltenen Vorauszahlungen und stellt klar, welcher Wechselkurs zu verwenden ist.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieser Standards wurden im Rahmen der Vorstudie zu IFRS 15 »Revenue from Contracts with Customers« untersucht. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Transfers of Investment Property – Amendments to IAS 40.

Dieser Standard umfasst Klarstellungen in Zusammenhang mit der Nutzungsänderung zur Klassifizierung von Immobilien als »selbstgenutzt« oder »als Finanzinvestition gehalten«.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2018 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Prepayment Features with Negative Compensation – Amendments to IFRS 9.

Dieses Amendment regelt, dass finanzielle Vermögenswerte mit vorzeitiger Rückzahlungsoption, bei der die kündigende Partei eine angemessene Entschädigung erhält oder zahlt, zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden können.

Diese Änderung ist voraussichtlich erstmalig zum 1. Januar 2019 verpflichtend anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

IFRS 16 Leases.

Dieser Standard enthält die neuen Vorgaben für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen und ersetzt den bisherigen IAS 17 sowie die zugehörigen Interpretationen IFRIC 4, SIC-15 und SIC-27. Während die Regelungen für den Leasinggeber weiterhin stark an IAS 17 angelehnt sind, folgen die Vorgaben für den Leasingnehmer künftig einem vollkommen neuen Ansatz, der die Aktivierung eines Nutzungsrechts sowie die barwertige Erfassung der künftigen Leasingzahlungen als Leasingverbindlichkeit vorsieht.

Diese Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2019 anzuwenden. Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards wurden im Rahmen einer fachlichen Vorstudie analysiert. Im weiteren Verlauf werden sowohl prozessuale als auch technische Umsetzungen geprüft und umgesetzt.

IFRIC 23 Uncertainty over Income Tax Treatments.

Diese Interpretation des IFRS IC ergänzt die Regelungen des IAS 12 hinsichtlich der Berücksichtigung von Unsicherheiten bei der Bilanzierung in Bezug auf Ertragssteuern.

Diese Änderung ist voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2019 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Long-term Interests in Associates and Joint Ventures – Amendments to IAS 28.

Dieser Standard regelt die Betrachtung von nicht stimmberechtigten Anteilen an anderen Unternehmen. Diese sind in die Betrachtung zum maßgeblichen Einfluss mit einzubeziehen, aber weiterhin nach IFRS 9 zu beurteilen.

Diese Änderung ist voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2019 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Annual Improvements to IFRS 2015 – 2017 Cycle – Amendments to IFRS 3, IFRS 11, IAS 12 and IAS 23.

Dieser im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedete Sammelstandard ist ein Instrument des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben.

Die Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2019 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieser Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Plan Amendment, Curtailment or Settlement – Amendments to IAS 19.

Dieser Standard berücksichtigt die Bewertung von Pensionsverpflichtungen aufgrund von Planänderungen, -kürzungen und Abgeltungen auf Basis aktualisierter Annahmen.

Diese Änderung ist voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2019 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards wird noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

IFRS 17 Insurance Contracts.

Dieser Standard enthält die neuen Vorgaben für die Bilanzierung von Versicherungsverträgen und ersetzt den bisherigen IFRS 4.

Diese Änderungen sind voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2021 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Datum der Freigabe zur Veröffentlichung dieses Abschlusses noch nicht erfolgt.

Sale or Contribution of Assets between an Investor and its Associate or Joint Venture – Amendments to IFRS 10 and IAS 28, Effective Date of Amendments to IFRS 10 and IAS 28.

Dieser Standard stellt klar, dass bei Transaktionen mit einem assoziierten Unternehmen oder Joint Venture die Höhe der Erfolgserfassung davon abhängig ist, ob die veräußerten oder eingebrachten Vermögenswerte einen Geschäftsbetrieb darstellen. Nach Veröffentlichung dieses Änderungsstandards stellte sich allerdings heraus, dass dieser nicht vollständig konsistent mit dem bestehenden Regelwerk der IFRS ist. Aus diesem Grund hat das IASB den Erstanwendungstermin auf unbestimmte Zeit verschoben, um sich im Rahmen eines Forschungsprojekts zur Equity-Methode noch einmal mit derartigen Transaktionen zu beschäftigen. Auch der Übernahmeprozess für diesen Standard in europäisches Recht wurde bis auf Weiteres ausgesetzt.

Eine Aussage zum Erstanwendungszeitpunkt oder zu den Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung des künftigen Standards kann daher gegenwärtig nicht getroffen werden. Auf Basis des bisherigen Standards hätten sich jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss ergeben.

Anpassungen.

Für die Ermittlung der im Konzernabschluss angesetzten Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen wurden in Übereinstimmung mit den betreffenden Rechnungslegungsstandards Schätzungen vorgenommen und Annahmen getroffen. Diese beruhen auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Vermögens- und Finanzlage auswirken bzw. die Ertragslage beeinflussen.

Darüber hinaus wurden bei der Abschlusserstellung Ermessensentscheidungen bezüglich der Festlegung des Konsolidierungskreises, der Klassifizierung der Finanzinstrumente, der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, der Leasingverhältnisse und der Zuordnung zu den Leveln nach IFRS 13 getroffen.

Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Annahmen auf die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie die Bilanzierung und Bewertung von Nachrangkapital, Rückstellungen und latenten Steuern. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Cashflows vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt.

Die Schätzungen und Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend prospektiv angepasst.

Im Geschäftsjahr wurden entsprechend IAS 8.39 folgende Schätzungsänderungen prospektiv vorgenommen:

- Im Geschäftsjahr erfolgte eine Anpassung im Zusammenspiel der Parameter, die für die Ermittlung des eigenen Credit Spreads herangezogen werden. Der eigene Credit Spread wird wiederum als Parameter bei der Berechnung des bilateralen Credit Valuation Adjustment (CVA) verwendet. Aus dieser Änderung resultiert eine Belastung im Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten in Höhe von 8 Mio. EUR.

Die Auswirkungen der in der Berichtsperiode umgesetzten Schätzänderungen auf zukünftige Berichtsperioden sind insbesondere abhängig von der Entwicklung von Marktparametern und -erwartungen in der Zukunft. Somit ist eine quantitative Bestimmung der Auswirkungen auf zukünftige Berichtsperioden nur modellhaft und damit eingeschränkt möglich.

Im Geschäftsjahr wurden gemäß IAS 8.42 folgende Sachverhalte retrospektiv korrigiert:

- Im Zuge der sukzessiven Fremdvermietung eines bislang eigengenutzten Bürogebäudes erfolgte im Jahr 2015 nicht die erforderliche Einstufung des Gebäudes als »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien«, sondern es erfolgte weiterhin der Ausweis und die Bewertung als Sachanlage. Die rückwirkende Korrektur der kumulierten Ergebniseffekte aus Vorjahren wurde zum 1. Januar 2016 erfasst und führte im Eigenkapital zu einer Erhöhung von 7 Mio. EUR resultierend aus der Verminderung der Sachanlagen um 6 Mio. EUR und einer Erhöhung des Bilanzposten »als Finanzinvestition gehaltene Immobilien« um 13 Mio. EUR. Darin eingeschlossen sind unwesentliche Bewertungseffekte, die sich im Geschäftsjahr 2016 ergeben haben.
- Für einen in den Vorjahren emittierten Kapitalmarktfloater wurde das Emissionsdisagio vollständig in der ersten Zinsperiode aufwandswirksam amortisiert und nicht über die gesamte Laufzeit verteilt. Die rückwirkende Korrektur der Verteilung des Emissionsdisagios führte zu einer Erhöhung des Eigenkapitals zum 1. Januar 2016 in Höhe von 9 Mio. EUR und zu einer Reduzierung der Verbrieften Verbindlichkeiten von 13 Mio. EUR. Darüber hinaus vermindern sich die latenten Ertragsteueransprüche um 4 Mio. EUR. In den genannten Effekten eingeschlossen sind unwesentliche Amortisationseffekte, die sich im Geschäftsjahr 2016 ergeben haben.

Der Ausweis von Effekten aus Close-out-Fees von Derivaten erfolgte bisher im Zinsergebnis, während die gegenläufigen Bewertungseffekte im »Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten« erfasst wurden. Um für diesen Sachverhalt im Mehrperiodenvergleich eine sachgerechtere Darstellung zu erreichen, werden die Close-out-Fees zukünftig ebenfalls im »Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten« gezeigt. Zur besseren Übersichtlichkeit und Klarheit wurden, wie bereits zum 30. Juni 2017, die Vorjahreswerte entsprechend angepasst und ein Betrag von 44 Mio. EUR aus dem Zinsergebnis in das »Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten« umgegliedert.

Aufgrund technischer Verbesserungen konnten einige Notesangaben im Geschäftsjahr erstmals bzw. genauer ermittelt werden, dies betrifft insbesondere die Angaben in Note 37, 40, und 69. Zur besseren Übersichtlichkeit und Klarheit wurden die relevanten Vorjahreswerte entsprechend angepasst. Dies wirkt sich lediglich auf Angaben in den Notes und weder auf Größen der Bilanz noch auf die Gewinn- und Verlustrechnung aus.

3. Konsolidierungskreis.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen – 103 Tochterunternehmen, davon 9 strukturierte Einheiten (Vorjahr: 110 Tochterunternehmen, davon 10 strukturierte Einheiten), einbezogen.

Tochterunternehmen sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschung liegt vor, wenn das Unternehmen (I) direkt oder indirekt Verfügungsgewalt über die relevanten Aktivitäten eines Unternehmens besitzt, (II) variable Rückflüsse aus einem Unternehmen vereinnahmt oder Anrechte auf variable Rückflüsse besitzt und (III) seine Verfügungsgewalt über das Unternehmen nutzen kann, um die Höhe seiner variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Bei der Beurteilung, ob die LBBW einen beherrschenden Einfluss ausübt, sind insbesondere Zweck und Gestaltung sowie die relevanten Aktivitäten des Unternehmens zu berücksichtigen.

Sind Stimmrechte für die Steuerung der relevanten Aktivitäten maßgeblich, wird von Beherrschung durch die LBBW ausgegangen, wenn sie direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, es sei denn, es gibt Anzeichen, dass mindestens ein anderer Investor (beispielsweise aufgrund von gesetzlichen Regelungen oder Vereinbarungen) über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Aktivitäten einseitig zu bestimmen.

In Fällen, in denen die LBBW nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, sie aber über die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Aktivitäten verfügt, wird ebenfalls von Verfügungsmacht ausgegangen. Relevant ist dies insbesondere in Bezug auf strukturierte Unternehmen (u. a. von der LBBW initiierte Vertriebsplattformen oder von der LBBW aufgesetzte Fonds), bei denen nicht Stimmrechte oder vergleichbare Rechte der dominierende Faktor bei der Festlegung der Beherrschung sind. Bei der Beurteilung, ob eine Beherrschungsmöglichkeit vorliegt, werden daher auch folgende weitere Faktoren berücksichtigt:

- Die Stimmrechte beziehen sich lediglich auf Verwaltungsaufgaben; die relevanten Aktivitäten werden hingegen durch Vertragsvereinbarungen geregelt.
- Der LBBW kommt durch Wahrnehmung verschiedener Funktionen und die ihr entsprechend zustehenden Rechte in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu.
- Die LBBW trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse, u. a. aus gestellten Liquiditätslinien sowie aus Zins- und Entgeltzahlungen.

Bei durch die LBBW beherrschten Vertriebsplattformen beziehen sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben; die relevanten Aktivitäten werden hingegen durch Vertragsvereinbarungen geregelt. Der LBBW kommt durch die Wahrnehmung verschiedener Funktionen und die ihr entsprechend zustehenden Rechte in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu. Sie trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse aus gestellten Liquiditätslinien sowie der Vereinnahmung von Entgelten. In einer Gesamtbetrachtung wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die LBBW diese Vertriebsvehikel beherrscht.

Bei einigen Projektgesellschaften, an denen die LBBW nicht die Mehrheit der Stimmrechte hält, kommt der LBBW aufgrund der Finanzierungsstruktur in Abwägung zu den Rechten anderer Parteien Verfügungsgewalt zu. Sie trägt zudem eine Risikobelastung bzw. Anrechte auf variable Rückflüsse aus der Finanzierung dieser Gesellschaften. In einer Gesamtbetrachtung wurde die Schlussfolgerung gezogen, dass die LBBW diese Gesellschaften beherrscht.

Darüber hinaus können weitere Faktoren, wie z. B. das Vorliegen einer Prinzipal-Agenten-Beziehung, zur Beherrschung führen. Handelt eine andere Partei mit Entscheidungsrechten als Agent für die LBBW, beherrscht diese das Unternehmen nicht, da sie lediglich Entscheidungsrechte ausübt, die durch die LBBW als Prinzipal delegiert wurden und somit der LBBW zuzurechnen sind. Ist die LBBW lediglich als Agent für eine andere Partei tätig, führt dies nicht zu einer Beherrschung des Unternehmens durch die LBBW.

Tochterunternehmen werden ab dem Zeitpunkt konsolidiert, an dem der Konzern einen beherrschenden Einfluss erlangt und das Tochterunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Konsolidierung endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur beherrschenden Einflussnahme mehr vorliegt oder die planmäßige Auflösung der Tochtergesellschaft begonnen hat.

Die Angemessenheit zuvor getroffener Konsolidierungsentscheidungen wird regelmäßig bzw. anlassbezogen überprüft. Änderungen der Eigentums- und Kapitalstruktur sowie Änderungen von vertraglichen Vereinbarungen in Bezug auf Einflussrechte führen zu einer Neubeurteilung der Beherrschungsmöglichkeit. Weitere Anlässe für eine Neubeurteilung sind Ereignisse, die zu einer Änderung der Beherrschungsfaktoren führen.

Folgende Tochterunternehmen und strukturierte Einheit wurden 2017 erstmalig in den Konsolidierungskreis einbezogen:

- Signaris GmbH (ehemalig NEIF Signaris S.à r.l. – formwechselnde Umwandlung am 27. Oktober 2017)
- Lyoner Quartier GmbH & Co. KG
- Berlin Lützowstraße GmbH & Co. KG

- Löwentor Stuttgart Komplementär GmbH
- Löwentor Stuttgart Projekt GmbH & Co. KG
- PALS Funding 2 LLC

Folgende Tochterunternehmen sind wegen Anwachsung an bzw. Verschmelzung auf andere vollkonsolidierte Gesellschaften des Konzerns nicht mehr im Konsolidierungskreis enthalten:

- Mannheim O 4 Projektgesellschaft mbH & Co. KG
- Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße GmbH & Co. KG
- IRP Immobilien-Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH
- VVS III Verwaltungs-GmbH
- VVS III GmbH & Co. KG
- MANUKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH
- Rebstockpark 7.1 Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Ganghofer Straße München Komplementär GmbH
- Ganghofer Straße München GmbH & Co. KG
- Bahnhofplatz Objektverwaltungs-GmbH
- aiP Gärtnerplatz GmbH & Co. KG
- LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH

Folgende strukturierte Einheit wurde im Berichtszeitraum entkonsolidiert:

- Humboldt Multi Invest B SICAV-FIS Sachsen LB Depot A

Das einbezogene Tochterunternehmen Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Haerder-Center Lübeck mbH & Co. KG wurde umfirmiert in Pasing Projekt GmbH & Co. KG.

Es werden unverändert sieben Gemeinschaftsunternehmen und unverändert fünf assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) sind gemeinsame Vereinbarungen, bei denen die LBBW und andere Parteien, die gemeinschaftlich die Beherrschung über die Vereinbarung ausüben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen.

Eine gemeinsame Vereinbarung ist eine Vereinbarung, bei der zwei oder mehr Vertragsparteien (I) über eine vertragliche Vereinbarung miteinander verbunden sind und (II) gemeinschaftliche Beherrschung über das Beteiligungsunternehmen ausüben. Eine gemeinsame Vereinbarung kann ein Gemeinschaftsunternehmen oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit sein. Im LBBW-Konzern existieren ausschließlich Gemeinschaftsunternehmen.

Gemeinschaftsunternehmen werden ab dem Zeitpunkt nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, an dem der Konzern zusammen mit mindestens einer anderen Partei gemeinschaftliche Beherrschung erlangt und das Gemeinschaftsunternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Einbeziehung nach der Equity-Methode endet mit dem Zeitpunkt, zu dem keine Möglichkeit zur gemeinschaftlichen Beherrschung mehr vorliegt.

Folgendes Gemeinschaftsunternehmen wurde 2017 erstmalig nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen:

- OVG MK6 Komplementär GmbH

Mit Anwachsung des folgenden Gemeinschaftsunternehmens an die SüdLeasing GmbH wurde die Bewertung nach der Equity-Methode beendet:

- Alida Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG

Die Gesellschaft Sealink Funding DAC ist als wesentliches Gemeinschaftsunternehmen zum 31. Dezember 2017 dem Grunde nach erstmalig nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss der LBBW einzubeziehen. Mangels Beteiligung der LBBW ist die Equity-Methode für Sealink Funding DAC jedoch nicht anwendbar.

Das einbezogene Gemeinschaftsunternehmen Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG wurde im Geschäftsjahr umfirmiert in Hypo Vorarlberg Bank AG.

Das einbezogene Gemeinschaftsunternehmen OVG MK6 GmbH wurde im Rahmen einer formwechselnden Umwandlung umfirmiert in OVG MK6 GmbH & Co. KG.

Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der LBBW-Konzern über einen maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen

besitzt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der LBBW zwischen 20% und 50% (widerlegbare Assoziierungsvermutung) oder bei eindeutigem Assoziierungsnachweis und einem Stimmrechtsanteil der LBBW von weniger als 20%. Die Assoziierungsvermutung bei einem von der LBBW gehaltenen Stimmrechtsanteil von mindestens 20% kann durch Beschränkungen des Einflusses widerlegt werden.

Als Assoziierungsnachweis oder zur Widerlegung der Assoziierungsvermutung werden z. B. bestehende ausüb- bare bzw. wandelbare potenzielle Stimmrechte, die Vertretung in Geschäftsführungs- und Aufsichtsorganen, die Teilnahme an den Entscheidungsprozessen, einschließlich der Teilnahme an Entscheidungen über Dividenden oder sonstige Ausschüttungen sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem (potenziellen) assoziierten Unter- nehmen berücksichtigt.

Assoziierte Unternehmen werden ab dem Zeitpunkt nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezo- gen, an dem der Konzern einen maßgeblichen Einfluss erlangt und das assoziierte Unternehmen quantitative oder qualitative Wesentlichkeitskriterien erfüllt. Die Einbeziehung nach der Equity-Methode endet mit dem Zeit- punkt, zu dem keine Möglichkeit zur maßgeblichen Einflussnahme mehr vorliegt.

Auf die Einbeziehung von 70 Tochterunternehmen (Vorjahr: 100 Tochterunternehmen), deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns einzeln und insgesamt von nur untergeordneter Bedeu- tung ist, wurde verzichtet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften sowie um Start-up-Finanzierungen aus dem Beteiligungsbereich. Die Anteile an diesen Unternehmen werden entweder zum Fair Value oder zu Anschaffungskosten bewertet.

4. Konsolidierungsgrundsätze.

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und Zweckgesellschaften erfolgt nach der Erwerbsmethode gemäß IFRS 10.886 i. V. m. IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt bzw. zum Zeitpunkt der Erlangung des beherr- schenden Einflusses mit ihren Fair Values angesetzt. Die neubewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen und in den Folgeperioden entspre- chend den anzuwendenden Standards behandelt.

Ein sich bei Ersterwerb aus der Verrechnung der Anschaffungskosten für den Unternehmenszusammenschluss mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktivischer Unterschiedsbetrag wird als Goodwill (beteiligungsproportionaler Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der nicht den Anteilseignern zustehende Anteil am Eigenkapital bzw. am Ergebnis der vollkonsolidierten Gesellschaf- ten des LBBW-Konzerns wird im Posten Nicht beherrschende Anteile gesondert im Eigenkapital bzw. im Posten Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungs- verkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung bzw. der Zwischenergebniseliminierung bereinigt.

Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezo- gen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns nicht von unter- geordneter Bedeutung sind. Das anteilige Ergebnis der at Equity bewerteten Unternehmen wird zeitgleich im Konzernabschluss erfasst. Die Bewertung der Anteile an den at Equity bewerteten Unternehmen erfolgt mit dem anteiligen Eigenkapital zuzüglich Goodwill und fortgeführter stiller Reserven.

5. Währungsumrechnung.

Die Währungsumrechnung im Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Für jede Konzerngesellschaft der LBBW wird die funktionale Währung festgelegt. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet und in die Berichtswährung (Euro) umgerechnet.

Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Wäh- rung und der Fremdwährung zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete, nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Zum Fair Value bewertete, nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Fair-Value-Bewertung (Stichtagskurs) umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Aus- nahmen bilden nicht monetäre Posten, deren Fair-Value-Änderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Hieraus resultierende Umrechnungsdifferenzen werden in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der konsolidierten Unternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Unter- nehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Die Umrechnung des Eigenkapitals erfolgt zu historischen

Kursen. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden im Sonstigen Ergebnis (Rücklage aus Währungsumrechnung) angesetzt.

Die zum Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen im LBBW-Konzern lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 EUR	31.12.2017	31.12.2016
USD	1,1987	1,0548
SGD	1,6023	1,5238
MXN	23,5780	21,7263
RUB	69,3323	64,4035
RON	4,6617	4,5403

6. Finanzinstrumente.

Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Rechte auf Cash-flows aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substantiellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, wird der übertragene Vermögenswert ausgebucht, wenn die Verfügungsmacht, d. h. die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, wird der Vermögenswert dem Umfang des anhaltenden Engagements entsprechend weiterhin ausgewiesen. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Finanzielle Verpflichtungen werden bei Erlöschen der Verpflichtung (in der Regel durch Tilgung) ausgebucht.

Neben den folgenden Ausführungen zu den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden von Finanzinstrumenten befinden sich weitere Erläuterungen, insbesondere zu IFRS 13, in den Notes 54 ff.

Finanzielle Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Innerhalb dieser IAS 39-Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als zu Handelszwecken gehalten (Held for Trading - HFT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet eingestuft werden (Designated at Fair Value/Fair-Value-Option - FVO). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als zu Handelszwecken gehalten werden derivative Finanzinstrumente, Geldmarktgeschäfte, Wertpapiere und Schuldscheindarlehen klassifiziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Dieser Unterkategorie sind diejenigen derivativen Finanzinstrumente (unterteilt in Handelsderivate und ökonomische Hedgingderivate) zugeordnet, welche zu Handelszwecken eingesetzt werden oder in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehen und nicht den IAS 39-Anforderungen aus dem Hedge Accounting genügen. Finanzinstrumente der Kategorie Held for Trading werden unter den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ausgewiesen. Der Ausweis der nicht realisierten Bewertungsergebnisse sowie der realisierten Gewinne und Verluste erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

In der Unterkategorie Fair-Value-Option werden solche Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht mit Handelsabsicht erworben bzw. gehalten, aber erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Der Fair-Value-Option zugeordnet sind Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten, bei denen auf eine Abspaltung verzichtet wird. Außerdem wird die Fair-Value-Option verwendet, um Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung von Finanzinstrumenten zu beseitigen oder erheblich zu verringern. Bei den zusammengesetzten Finanzinstrumenten handelt es sich überwiegend um eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen, die mit Derivaten der Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und/oder Devisen strukturiert sind. Bei zur Beseitigung von Bewertungskongruenzen der Fair-Value-Option zugeordneten Finanzinstrumenten handelt es sich um Wertpapiere und damit in Zusammenhang stehende Verbindlichkeiten, die ansonsten anderen Bewertungskonventionen als den damit in Zusammenhang stehenden Derivaten unterliegen hätten. Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie Fair-Value-Option zugeordnet wur-

den, werden in den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ausweis der Effekte aus Fair-Value-Änderungen der designierten Finanzinstrumente erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten, wobei die auf Veränderungen der eigenen Bonität zurückführbaren Ergebnisanteile erfolgsneutral im sonstigen Ergebnis gezeigt werden.

Die laufenden Erträge der als zu Handelszwecken gehaltenen und der als erfolgswirksam zum Fair Value eingestuften Finanzinstrumente sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).

Die Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhaltet alle nicht derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Finanzinstrumente der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden im Posten Finanzanlagen erfasst. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis wird im Sonstigen Ergebnis in der Unterposition Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente Available for Sale (AFS) ausgewiesen. Beim Eintritt einer Wertminderung (Impairment) bzw. bei der Realisierung von Bewertungsergebnissen erfolgt eine Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden in der Gewinn- und Verlustrechnung (bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten), Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Für Fremdkapitalinstrumente wird zu jedem Bilanzstichtag bzw. beim Eintritt besonderer Ereignisse überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung auf einzelne finanzielle Vermögenswerte vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch, erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners. Für Wertpapiere, die keine Verbriefungen darstellen, erfolgt die Identifikation über Ratingklassen (Default-Rating).

Für Eigenkapitalinstrumente liegt ein Impairment vor, wenn der Fair Value aufgrund einer signifikanten oder nachhaltigen Wertminderung unter die Anschaffungskosten fällt. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag um mindestens 20% unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung wird auch angenommen, wenn der Fair Value in einem Zeitraum von zwölf Monaten dauerhaft die Anschaffungskosten um mehr als 5% unterschreitet.

Erträge oder Aufwendungen aus der Währungsumrechnung sind bei Fremdkapitalinstrumenten (z. B. Anleihen, Schuldverschreibungen) im Devisenergebnis und bei Eigenkapitalinstrumenten (z. B. Aktien, Beteiligungen, Anteile an Unternehmen) in der Neubewertungsrücklage im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Beim Abgang eines Finanzinstruments sowie bei einem Impairment wird der in der Neubewertungsrücklage aufgelaufene Wertänderungsbetrag in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgebucht.

Stille Einlagen mit Verlustpartizipation werden ebenfalls als Finanzanlagen Available for Sale (AFS) kategorisiert und entsprechend zum Fair Value bewertet.

Derivate.

Im LBBW-Konzern werden derivative Finanzinstrumente zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung, zur Absicherung von Wertschwankungen von z. B. festverzinslichen Wertpapieren gegen eine Änderung des Marktzinseszinses sowie zur Sicherung von Credit Spreads bei Unternehmensanleihen eingesetzt. Derivative Finanzinstrumente dienen zusätzlich zur Deckung von Zins- oder sonstigen Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte. Darüber hinaus werden derivative Finanzinstrumente als Handelsgeschäfte getätigt.

Zum Abschlussstichtag hat der LBBW-Konzern folgende Arten von Derivaten im bilanziellen Bestand:

- Forwards und Futures sind vertragliche Vereinbarungen über den Kauf oder Verkauf eines bestimmten Finanzinstruments zu einem bestimmten Preis und Zeitpunkt in der Zukunft. Forwards stellen nicht standardisierte Verträge dar, die auf dem OTC-Markt gehandelt werden. Futures sind Verträge über standardisierte Mengen und werden an Börsen gehandelt.
- Swaps sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, um Veränderungen von Zinsen und/oder Währungen auszutauschen und Zahlungen auf Basis von Nominalwerten bei bestimmten Ereignissen zu leisten.
- Kreditderivate sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, bei denen Ausgleichszahlungen vom Sicherungsgeber in Abhängigkeit von bonitätsinduzierten Ereignissen erfolgen. Der Sicherungsnehmer zahlt eine Prämie.
- Optionen sind vertragliche Vereinbarungen, die dem Käufer das Recht auf Kauf bzw. Verkauf von einem Finanzinstrument in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis und einem bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum gewähren.

Sicherungsgeschäfte im Sinne des IAS 39 (Hedge Accounting) werden unter den Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten (positive Marktwerte auf der Aktivseite) bzw. Verpflichtungen (negative Marktwerte auf der Passivseite) ausgewiesen.

Eingebettete Derivate.

Strukturierte Produkte sind Finanzinstrumente, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden (kumulativ zu erfüllenden) Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.
- Die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit denen des Basisvertrags verbunden.
- Die Vertragsnormen des eingebetteten Derivats würden die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

Wird das strukturierte Produkt für Bilanzierungszwecke getrennt, sind der Basisvertrag entsprechend seiner Kategorie und das eingebettete Derivat gesondert in der Kategorie Held for Trading auszuweisen. Die Bewertung des Basisvertrags ist gemäß der Kategorie, der dieser Basisvertrag zugeordnet würde, vorzunehmen. Die Bewertung des herausgetrennten eingebetteten Derivats erfolgt zum Fair Value, wobei die Wertänderung erfolgswirksam erfasst wird. Sind die Kriterien für eine Trennung der eingebetteten Derivate nicht erfüllt, sind der Basisvertrag und das eingebettete Derivat als ein Vermögenswert bzw. eine Verpflichtung zu bilanzieren und zu bewerten.

Hedge Accounting.

Zum Zeitpunkt der Designation einer Hedge-Beziehung wird der Sicherungszusammenhang dokumentiert. Die Dokumentation umfasst die eindeutige Benennung und Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäften, die Definition des abgesicherten Risikos, die Beschreibung der Sicherungsstrategie und der Risikomanagementzielsetzung sowie die Bestimmung der Methode zur Effektivitätsmessung. Gemäß den Regelungen des IAS 39 muss zu Beginn sowie während der gesamten Laufzeit erwartet werden, dass die Sicherungsbeziehung hoch effektiv ist. Zusätzlich hat regelmäßig eine retrospektive Überprüfung der Effektivität zu erfolgen. Eine Hedge-Beziehung gilt dann als effektiv, wenn die Wertänderungen aus Sicherungsgeschäft und dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80% und 125% liegt. Eine ineffektive Sicherungsbeziehung muss aufgelöst werden. Eine aufgelöste Sicherungsbeziehung kann für die restliche Laufzeit wieder neu designiert werden, wenn die Effektivitätsvermutung für die restliche Laufzeit gegeben ist (prospektiver Test).

Sind die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39.71 ff. erfüllt, wird bei der bilanziellen Behandlung unterschieden, ob es sich bei der Sicherungsbeziehung um die Absicherung des Fair Values oder um die Absicherung des Cashflows handelt. Fair Value Hedges dienen der Absicherung von Marktpreisrisiken und den damit verbundenen Marktwertänderungen. Sie existieren in Form von Mikro Fair Value Hedges und Portfolio Fair Value Hedges.

Beim Mikro Fair Value Hedge ist der Buchwert des abgesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam um die Marktwertänderung des abgesicherten Risikos anzupassen. Das gilt sowohl für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente als auch für die zum Fair Value bewerteten Grundgeschäfte, deren Wertänderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Die Änderungen des Fair Values des Grundgeschäfts, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt.

Die LBBW wendet den Portfolio Fair Value Hedge auf Zinsrisiken im Sinne des IAS 39 an. Die Vorschriften des Fair Value Hedges von Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis ermöglichen es, das bankinterne Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken nachzubilden. Die Portfolios enthalten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten, die in einem dynamischen Hedge-Accounting-Zyklus in regelmäßigen Abständen prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessungen unterzogen werden. Die Einstellung der Cashflows in die zugehörigen Laufzeitbänder erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Fälligkeit.

Beim Portfolio Fair Value Hedge wird ein eigener Bilanzposten (Aktivisches bzw. Passivisches Portfolio Hedge Adjustment) gebildet, um die Bewertungseffekte der Grundgeschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, zu erfassen.

Die aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts resultierenden Bewertungsgewinne und -verluste kompensieren in der Regel den Bewertungseffekt aus den abgesicherten Grundgeschäften, die dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind. Sie werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert, vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wurde, bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Wird ein Finanzinstrument zur Absicherung von Fair-Value-Änderungen eines Grundgeschäfts vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt, wird die im Buchwert des Grundgeschäfts enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über dessen Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der abgesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen des Grundgeschäfts bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung bzw. Rückführung berücksichtigt.

Wertpapierpensions- und Leihgeschäfte.

Der LBBW-Konzern tätigt sowohl Wertpapierpensions- als auch Leihgeschäfte.

Derzeit werden im Konzern der LBBW nur echte Pensionsgeschäfte getätigt. Echte Pensionsgeschäfte sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurückübertragen werden müssen.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Pensionsgeber weiterhin die in Pension gegebenen Vermögenswerte nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften und passiviert gleichzeitig in Höhe der erhaltenen Liquidität eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer. Als Pensionsnehmer aktiviert der LBBW-Konzern lediglich eine entsprechende Forderung an den Pensionsgeber.

Zinszahlungen im Rahmen eines Pensionsgeschäfts werden als Zinserträge bzw. -aufwendungen erfasst. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden aus den Wertpapieren hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Pensionsnehmer oder den Pensionsgeber begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Unter dem Begriff der Leihe werden Sachdarlehensgeschäfte verstanden, bei denen Wertpapiere oder andere Sachgüter (Rohstoffe) mit der Verpflichtung übereignet werden, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere bzw. Sachwerte gleicher Art, Güte und Menge zurücküberträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Verleiher weiterhin die Wertpapiere und Sachgüter nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften. Als Entleiher weist der LBBW-Konzern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter nicht aus. Sofern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter an Dritte veräußert werden, wird ein Veräußerungserlös aktiviert und gleichzeitig eine Rückgabeverpflichtung unter den Handelspassiva bilanziert.

Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Entleiher oder den Verleiher begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Finanzgarantien.

Verpflichtungen aus von Konzernunternehmen ausgereichten Garantien betreffen Verträge, die zur Leistung von Zahlungen verpflichten, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Diese Verträge erfüllen die Voraussetzungen für eine Finanzgarantie im Sinne des IAS 39.9 und sind daher nicht als Derivat zu bewerten.

Die Bilanzierung von Finanzgarantien beim **Sicherungsnehmer** ist vom Anwendungsbereich des IAS 39 ausgeschlossen (IAS 39.IN6). Für den Sicherungsnehmer einer Finanzgarantie liegt eine Eventualforderung nach IAS 37 vor, die nicht aktiviert werden darf (IAS 37.31). Die gezahlte Prämie (einmalig oder ratierlich) für die Finanzgarantie ist beim Sicherungsnehmer als Provisionsaufwand analog IAS 18.20 periodengerecht zu erfassen. Bei Eintritt des Garantieereignisses wird eine Forderung gegenüber dem Sicherungsgeber erfasst.

Der Erstanatz beim **Sicherungsgeber** erfolgt zum Fair Value als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten/Kunden, sobald der Sicherungsgeber Vertragspartei wird (unabhängig von der Fälligkeit von Prämienzahlungen). Der Fair Value setzt sich aus dem Barwert der erwarteten Leistungen und dem gegenläufigen Barwert der zukünftigen Prämienzahlungen zusammen. Zu marktgerechten Konditionen abgeschlossene Finanzgarantien weisen einen Fair Value von null auf. Für die Folgebewertung wird der höhere der beiden Beträge aus einer Bewertung nach IAS 37 und dem ursprünglich erfassten Betrag zugrunde gelegt, ggf. abzüglich der gemäß IAS 18 erfassten kumulierten Amortisationen.

Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.

Die fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit ergeben sich aus den Anschaffungskosten im Zugangszeitpunkt unter Berücksichtigung von Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag sowie abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).

Als Kredite und Forderungen (Loans and Receivables – LaR) werden alle nicht derivativen Finanzinstrumente kategorisiert, die mit festen oder bestimmbaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie At Fair Value through profit and loss (aFV) designiert. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei objektiven Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Kredite und Forderungen auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend sind ggf. Wertberichtigungen erfolgswirksam zu berücksichtigen (siehe Note 6). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese über die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Obergrenze für Zuschreibungen bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertberichtigung ergeben hätten.

Als Kredite und Forderungen werden Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, die nicht der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet sind, klassifiziert. Unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, Schulscheindarlehen, Tages- und Termingelder sowie Pensionsnehmergeschäfte bilanziert.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities).

Unter diese finanziellen Verbindlichkeiten fallen sämtliche finanziellen Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IAS 39, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Gemäß IAS 39 werden die in der LBBW gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Dabei werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen mit ihrem jeweiligen Rückkaufswert gegen die fortgeführten Anschaffungskosten der ausgegebenen Schuldverschreibungen aufgerechnet. Die Differenz zwischen Rückkaufspreis und fortgeführten Anschaffungskosten konzerneigener Schuldverschreibungen wird erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity).

Gegenwärtig nutzt der LBBW-Konzern die Kategorie Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity – HtM) nicht.

7. Aufrechnung.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit finanziellen Vermögenswerten bilanziell aufgerechnet, wenn ein durchsetzbarer Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen, und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

Wenn Vermögenswerte und Verpflichtungen, wie zurückgekaufte eigene Emissionen, in der Bilanz saldiert dargestellt werden, sind die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufzurechnen, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

8. Barreserve.

Die Barreserve umfasst neben dem Kassenbestand und täglich fälligen Guthaben bei Zentralnotenbanken zusätzlich Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Alle Bestände sind zum Nennwert ausgewiesen.

9. Risikovorsorge.

Der Posten Risikovorsorge enthält Wertberichtigungen auf Finanzinstrumente, die unter Forderungen ausgewiesen werden. Hierunter fallen sämtliche Kredite, die nicht der Fair-Value-Bewertung unterworfen sind.

Bei den Wertberichtigungen wird nach Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen sowie Portfoliowertberichtigungen unterschieden. Die Bildung einer Wertberichtigung erfolgt grundsätzlich bei Vorliegen von objektiven Hinweisen auf eine Wertminderung. Ist dies der Fall, so werden für signifikante Forderungen Einzelwertberichtigungen und für nicht signifikante Forderungen pauschalierte Einzelwertberichtigungen gebildet. Dazu wird laufend überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder der Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers. Liegen keine entsprechenden Hinweise vor, so werden dennoch Portfoliowertberichtigungen gebildet, da davon auszugehen ist, dass gewisse Risiken bereits eingetreten sind, aber diese noch nicht erkannt wurden. Sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen bei signifikanten Forderungen vorliegen, aber keine Einzelwertberichtigung zu bilden ist, da der Barwert der geschätzten Zahlungsströme mindestens dem Buchwert der Forderung entspricht, werden diese Forderungen ebenfalls in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen.

Die Höhe der Wertminderung wird als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der geschätzten Zahlungsströme ermittelt. Zur Ermittlung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme werden alle erwarteten Zahlungen aus der Forderung (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt geschätzt.

Der Zinsertrag aus wertberichtigten Forderungen beinhaltet nicht die vertraglich vereinbarten Zinserträge und die Abgrenzung etwaiger Disagien, sondern ergibt sich nach IFRS aus der Barwertänderung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (sogenanntes Unwinding) zum nächsten Bilanzstichtag. Der Zufluss erwarteter Zahlungseingänge vermindert sowohl den Forderungsbuchwert als auch die geschätzten Zahlungsströme; unerwartete Zahlungseingänge führen zu einer erfolgswirksamen Auflösung der Risikovorsorge.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen werden als Produkt aus Buchwert (Kapitalsaldo, Rückstände und anteilige Zinsen), der Wahrscheinlichkeit, dass das Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt (PD), der individuellen Verlustquote unter Berücksichtigung von Sicherheiten (LGD), sowie bei den aktivisch abgesetzten Portfoliowertberichtigungen einem Faktor, der die Verzugsdauer im Informationsfluss (LIP) bewertet, berechnet.

Die Uneinbringlichkeit nicht wertberichtigter Forderungen oder Forderungsteile führt zu einer direkten Abschreibung (IAS 39.63). Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Forderungen werden ausgebucht, wenn diese uneinbringlich sind, ohne dass ein Surrogat an die Stelle der ausgefallenen Forderung tritt. Dies ist z. B. der Fall bei:

- Insolvenzfällen, wenn die Sicherheiten verwertet wurden oder mit keiner Insolvenzquote zu rechnen ist,
- gekündigten Engagements, wenn die Restforderungen uneinbringlich sind,
- vollständigem oder teilweise Forderungsverzicht und
- Forderungsverkauf mit Verlust.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, als eigener Posten offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte wird hingegen im Posten Rückstellung im Kreditgeschäft gezeigt. Die Rückstellung im Kreditgeschäft wird angesetzt, wenn gegenwärtige Verpflichtungen bestehen und deren Erfüllung erwartungsgemäß mit einem

Abfluss von Ressourcen verbunden ist. Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt in Höhe des Betrags, den die LBBW bei vernünftiger Betrachtung nach den Verhältnissen am Abschlussstichtag zur Erfüllung der Verpflichtung oder zu deren Übertragung an einen Dritten zahlen müsste.

10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Die at Equity bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen bzw. an Joint Ventures werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses bzw. bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. Dies umfasst auch den Goodwill aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens bzw. eines Joint Ventures. In den Folgejahren wird der bilanzierte at-Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Veränderungen der Neubewertungsrücklage des Beteiligungsunternehmens werden anteilig direkt im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Eine Anpassung des Equity-Werts ist ggf. aufgrund der Beteiligungsbewertung erforderlich. Der Werthaltigkeitstest erfolgt auf der Grundlage des IAS 39 und IAS 36.

Anteile an assoziierten Unternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind unter den Finanzanlagen bilanziert.

11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Der Buchwert langfristiger Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden (Veräußerungsgruppen), deren Veräußerung geplant ist, wird überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch eine fortgesetzte Nutzung realisiert.

Bei der kumulativen Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen sind die betroffenen Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren und getrennt von den anderen Vermögenswerten bzw. Schulden in der Bilanz auszuweisen. Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine höchstwahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten wird, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet. Ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten wird die planmäßige Abschreibung der Vermögenswerte eingestellt. Die Bewertung der zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden sowie Veräußerungsgruppen erfolgt grundsätzlich gemäß den Vorschriften des IFRS 5. Vermögenswerte, die unter die Ausnahmenvorschriften des IFRS 5.5 fallen, werden gemäß den Vorschriften des jeweils einschlägigen Standards bewertet. Dementsprechend unterliegt die Fair-Value-Bewertung der relevanten Vermögenswerte dieses Bilanzpostens den gleichen Methoden, Parametern und Vorgehensweisen wie alle anderen zum Fair Value bewerteten Vermögenswerte des LBBW-Konzerns. Der Ausweis der als zur Veräußerung gehalten klassifizierten Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen erfolgt gesondert in den Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen.

Das Ergebnis aus der Bewertung sowie das Ergebnis aus der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die nicht zu einem aufgegebenen Geschäftsbereich gehören, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung bzw. in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital enthalten und werden nicht separiert. Sofern es sich um aufzugebene Geschäftsbereiche handelt, ist das gesamte Ergebnis daraus separat im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen zu zeigen.

12. Immaterielle Vermögenswerte.

Unter den immateriellen Vermögenswerten wird im Wesentlichen erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten, d. h. abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen, angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien gemäß IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird, wie im Vorjahr, über drei bis zehn Jahre planmäßig linear abgeschrieben.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus Wertaufholungen bei immateriellen Vermögenswerten werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang ausgebucht. Abgangsgewinne und -verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswerts. Zum Zeitpunkt der Ausbuchung ist der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang des Vermögenswerts erfolgswirksam zu erfassen. Der Ausweis erfolgt im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

An Dritte vermietete bzw. zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 gesondert in der Bilanz als »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien« ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbst genutzten Teile gesondert verkauft bzw. vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren Drittnutzung mehr als 80% der Gesamtnutzung ausmacht, werden in ihrer Gesamtheit als »Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien« ausgewiesen.

Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Diese können auch die direkten Fremdkapitalkosten beinhalten, sofern es sich bei den jeweiligen Objekten um sogenannte qualifizierte Vermögenswerte handelt. Die Folgebewertung erfolgt am Abschlussstichtag zum Fair Value. Dieser bestimmt sich in erster Linie aus Modellbewertungen. Zur Validierung des Fair Values aus den Modellbewertungen werden regelmäßig Gutachten für wesentliche Investment Properties eingeholt.

In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich die Schätzunsicherheiten aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung, Vermietung, Marktkonditionen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des Fair Values.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bilden die pro Objekt auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Zahlungsmittelüberschüsse. Die so ermittelten Ergebnisbeiträge werden durch Vergleichswerte von Maklerverbänden, Erfahrungswerte aus eigenen Verkäufen sowie Wertgutachten externer Sachverständiger plausibilisiert und verifiziert. Damit die entsprechenden Gutachten zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses vorliegen, wird für das aktuelle Jahr jeweils im letzten Quartal durch das verantwortliche Management festgelegt, für welche Objekte externe Gutachten in Auftrag gegeben werden. Gemäß internen Vorgaben ist hierbei sicherzustellen, dass für die wesentlichen Objekte wenigstens alle drei Jahre ein Wertgutachten durch einen unabhängigen Sachverständigen erstellt wird.

Der Fair Value wird nach der Discounted-Cashflow-Methode auf der Grundlage folgender Annahmen berechnet. Als Bewertungsobjekt dient das jeweilige Gebäude als selbständige, strategische Geschäftseinheit. Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Planungszeitraum von zehn Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Planungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.

Bei Gewerbeimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Planungszeitraum die vertraglich vereinbarte Sollmiete bzw. nach Vertragsauslauf die objektspezifische Marktmiete zugrunde gelegt. Die Ermittlung erfolgt auf der Basis eines Bewertungstools, welches als Grundlage das Discounted-Cashflow-Verfahren verwendet.

Die Ermittlung zukünftiger Ausgaben erfolgt differenziert: Ausgaben für die Verwaltung basieren auf marktüblichen Sätzen. Mietausfallkosten werden in Abhängigkeit der Mieterbonität und Vertriebskosten pauschal auf Basis der Sollmieten ermittelt. Leerstands-, Neuvermietungskosten, Instandhaltungsaufwendungen und Instandhaltungsrückstände werden objektkonkret ermittelt, ggf. ergänzt um eigene Erfahrungswerte. Sind Erbbauzinsen zu berücksichtigen, werden diese individuell auf Basis bestehender Verträge errechnet.

Die Zahlungsmittelüberschüsse jeder Periode werden unter Anwendung eines marktgerechten, objektspezifischen Diskontierungszinssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Der Diskontierungszinssatz ergibt sich aus dem Kapitalisierungszinssatz zuzüglich eines prozentualen Risikoaufschlags. Der Kapitalisierungszinssatz berücksichtigt u. a. die Objektqualität, den Objekttyp sowie die Makro- und Mikrolage.

Ein Anstieg der zugrunde gelegten Marktmieten würde ceteris paribus zu einem Anstieg der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten Marktmieten zu einem Rückgang der Fair Values führen würde. Ein Anstieg der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben würde ceteris paribus zu einem Rückgang der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben zu einem Anstieg der Fair Values führen würde. Höhere Diskontierungszinssätze würden ceteris paribus zu niedrigeren Fair Values führen, während niedrigere Diskontierungssätze zu entsprechend höheren Fair Values führen würden.

Eine Änderung der Annahmen betreffend die erwartete Marktmiete führt im Allgemeinen zu einer gleichgerichteten Änderung des Abzinsungssatzes und zu einer gegenläufigen Änderung der Leerstandsrate und somit der Leerstandskosten.

14. Sachanlagen.

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Leasinggegenstände ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – hauptsächlich linear, zu Teilen auch degressiv abgeschrieben. Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren	
	31.12.2017	31.12.2016
Gebäude	25–50	25–50
Technische Anlagen und Maschinen	5–10	5–10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1–20	1–20
Erworbene EDV-Anlagen	3–7	3–7

Die Festlegung von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung, einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswerts) des jeweiligen Vermögenswerts, wird mindestens zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Damit wird den Wertminderungen aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung oder Abnutzung sowie aufgrund eines Verfalls der Marktpreise Rechnung getragen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder dem Nutzungswert) ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Wertminderungen werden erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung berücksichtigt.

Eine Wertaufholung ist dann vorzunehmen, wenn sich die Ermittlung des erzielbaren Betrags seit der letzten Erfassung einer Wertminderung erhöht hat. Die Zuschreibung erfolgt nur bis zu dem Betrag, der sich bei planmäßiger Abschreibung bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hätte und ist im Sonstigen betrieblichen Ergebnis zu erfassen. Bei einem durch eine Wertaufholung erhöhten Buchwert bzw. einem durch Impairment verminderten Buchwert wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des Vermögenswerts vorgenommen.

Der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang einer Sachanlage ist bestimmt als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert.

Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im Sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

15. Leasinggeschäft.

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen gemäß IAS 17 ist deren Klassifizierung als Finance Lease oder Operate Lease. Die Klassifizierung hat zu Beginn eines Leasingverhältnisses zu erfolgen und richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen und Risiken des Leasingnehmers bzw. Leasinggebers. Die zugrunde gelegten Kriterien werden regelmäßig überprüft. Liegt eine Veränderung der Gesamtbeurteilung vor, wird eine erneute Klassifizierung notwendig.

Ein Finance Lease liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist unabhängig vom zivilrechtlichen Eigentum allein das wirtschaftliche Eigentum maßgeblich. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um ein Operate Lease.

Die Klassifizierung eines Leasingverhältnisses haben der Leasinggeber und der Leasingnehmer getrennt und unabhängig voneinander vorzunehmen. Dies kann zu einer nicht spiegelbildlichen Abbildung des Leasingverhältnisses beim Leasinggeber und Leasingnehmer führen.

Die Finance-Lease-Verträge des LBBW-Konzerns umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrags handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte bzw. Leasingraten sind in der Regel im Voraus zu entrichten.

LBBW-Konzern als Leasinggeber.

Soweit im LBBW-Konzern Operate-Lease-Geschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Grundstücke – werden in der Konzernbilanz als Vermögenswerte aktiviert und unter den Sachanlagen oder als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt gemäß IAS 16 zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value. Sowohl die Leasingerlöse als auch erhaltene Sonder- und Vorauszahlungen werden über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Im Rahmen von Finance Lease wird zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Leasinggegenstand (Vermögenswert) ausgebucht und eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts gegenüber dem Leasingnehmer unter dem Posten Forderungen an Kunden bzw. Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Während die Zinserträge auf Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt und im Zinsüberschuss ausgewiesen werden, mindert der Tilgungsanteil die bilanzierte Forderung.

Die direkten Kosten, die dem Leasinggeber beim Vertragsabschluss entstehen, werden dem Leasingvertrag zugerechnet. Hierzu wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende interne Zinssatz so festgelegt, dass die anfänglichen direkten Kosten automatisch in den Leasingforderungen enthalten sind.

LBBW-Konzern als Leasingnehmer.

Bei einer Klassifizierung als Operate Lease werden die Leasingzahlungen über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Verwaltungsaufwand erfasst. Die Verteilung der Leasingzahlungen entspricht dabei dem zeitlichen Nutzenverlauf aus Sicht des LBBW-Konzerns. Weicht der zeitliche Nutzenverlauf der tatsächlichen Zahlungen von dem zu erfassenden Aufwand ab, wird der Differenzbetrag je nach Sachlage aktivisch bzw. passivisch abgesetzt oder abgegrenzt.

Soweit ein Leasingverhältnis als Finance Lease klassifiziert wird, ist der LBBW-Konzern wirtschaftlicher Eigentümer des Leasingobjekts und weist dieses als Vermögenswert in der Konzernbilanz aus. Zum Zugangszeitpunkt wird das Leasingobjekt mit dem beizulegenden Zeitwert oder, sofern dieser Wert niedriger ist, mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt und eine Verbindlichkeit in entsprechender Höhe passiviert. Im Rahmen der Folgebewertung wird der aktivierte Vermögenswert gemäß IAS 16 abgeschrieben bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value bewertet. Ist bei Sachanlagen nicht sichergestellt, dass am Laufzeitende das Objekt von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen (Leasingnehmer) erworben wird, so ist die (kürzere) Laufzeit des Leasingverhältnisses (und nicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Leasingobjekts) als Abschreibungszeitraum angesetzt. Bei einer Beteiligung des Leasingnehmers am Restwert der Leasinggegenstände – im Wesentlichen Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung – wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Die zu leistenden Finance-Lease-Raten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil nach der Effektivzinsmethode aufzuteilen. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit gebucht, der Zinsanteil wird erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst.

Da IAS 17 keine speziellen Vorschriften zur Berücksichtigung von Wertminderungen beinhaltet, sind auch bei Leasingverhältnissen die allgemeinen Regelungen des IAS 36 zur Wertminderung anzuwenden.

16. Ertragsteuern.

Der Ansatz und die Bewertung von Ertragsteuern erfolgen gemäß IAS 12.

Die LBBW ist in mehreren Steuerjurisdiktionen tätig. Die im Abschluss dargestellten Steuerposten werden unter Berücksichtigung der jeweiligen Steuergesetze sowie der einschlägigen Verwaltungsauffassungen ermittelt und unterliegen wegen ihrer Komplexität möglicherweise einer abweichenden Interpretation durch Steuerpflichtige einerseits und lokale Finanzbehörden andererseits. Da unterschiedliche Auslegungen von Steuergesetzen als Ergebnis von Betriebsprüfungen zu nachträglichen Steuerzahlungen für vergangene Jahre führen können, werden diese basierend auf der Einschätzung der Unternehmensleitung in die Betrachtung einbezogen.

Laufende Ertragsteuerverpflichtungen bzw. -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- bzw. Erstattungsbetrag angesetzt. Eine Saldierung von laufenden Ertragsteuerforderungen und -verpflichtungen erfolgt unter den Voraussetzungen des IAS 12.71.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte und der lokalen Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden (bereinigt um permanente Differenzen). Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steuersatzänderungen auf latente Steuern wird in der Periode, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde, im Steuerergebnis gebucht.

Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden entsprechend den zugrunde liegenden Sachverhalten in der Gesamtergebnisrechnung in den Unterpositionen Neubewertungs- bzw. Gewinnrücklage erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Die Steuerplanung wird aus der aktuellen und vom Vorstand genehmigten Unternehmensplanung abgeleitet, die regelmäßig einen Planungszeitraum von fünf Jahren umfasst. In der Steuerplanung werden historische Erkenntnisse zur Profitabilität und zu den steuerlichen Einkommen berücksichtigt. Bei der Bilanzierung latenter Ertragsteueransprüche aufgrund entstehender Zinsvorträge werden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für die latenten Ertragsteueransprüche aus steuerlichen Verlustvorträgen angewandt. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Eine Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern wird gemäß IAS 12.74 vorgenommen.

17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva.

Unter den Sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierunter fallen auch Vorräte, die in der nachfolgenden Note beschrieben werden.

Unter den Sonstigen Passiva sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieser Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

18. Vorräte.

Unter den Vorräten findet im Wesentlichen die Abbildung der Aktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Immobiliengeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH stehen, statt. Hierunter fallen hauptsächlich im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmte Grundstücke und grundstückgleiche Rechte mit fertigen und/oder unfertigen Bauten.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs-/Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff., die des Nettoveräußerungswerts gemäß IAS 2.28 ff. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt. Die Anschaffungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Erwerbs- und Bereitstellungskosten, die Herstellungskosten beinhalten alle direkt zurechenbaren Kosten sowie Fertigungs- und Materialgemeinkosten. Als Nettoveräußerungswert werden die jeweils am Markt erwarteten, individuell erzielbaren Verkaufserlöse abzüglich geschätzter Kosten für die Fertigstellung und weiterer bis zum Verkauf anfallender Kosten angesetzt. Die Abbildung der Ergebnisse dieser Geschäftstätigkeit erfolgt unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis, der auch die Wertveränderungen beinhaltet.

Die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen auf Basis des IAS 23 ist an die Bedingung gebunden, dass es sich bei dem Objekt um einen qualifizierten Vermögenswert handelt. Bei den angefallenen Fremdkapitalzinsen handelt es sich vor allem um bei der gewerblichen Projektentwicklung angefallene Fremdkapitalkosten, die dem Grundstückserwerb oder der Bauerstellung im Herstellungszeitraum zugerechnet werden können. Es wurden individuelle Zinssätze, die zwischen 0,88 % p. a. und 2,25 % p. a. (Vorjahr: 0,94 % p. a. und 1,97 % p. a.) liegen, angewandt.

19. Rückstellungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Allgemeines.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder, die bei Eintritt biometrischer Risiken (Alter, Invalidität, Tod) aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen zu erbringen sind. Art und Höhe der an die versorgungsberechtigten Mitarbeiter zu leistenden Ruhegelder richten sich nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (u. a. Gesamtzusagen und Dienstvereinbarungen). Aufgrund anderer Zusagen bestehen mittelbar weitere Anwartschaften bzw. Ansprüche gegenüber der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der LBBW und der Unterstützungskasse LBBW e. V.; beide Einrichtungen sind für den Neuzugang geschlossen. Bei allen vorgenannten Versorgungszusagen handelt es sich um Defined Benefit Plans im Sinne von IAS 19 (leistungsorientierte Pläne).

Für Neueintritte nach dem 31. Dezember 2016 wurde eine fondgebundene Zusage (LBBW VorsorgeFonds Plus), deren Kapitalanlage über ein Lebenszyklusmodell durch einen Contractual Trust Arrangement (CTA) erfolgt, eingeführt. Der LBBW VorsorgeFonds Plus besteht aus einem arbeitgeberfinanzierten Basiskonto und einem arbeitnehmerfinanzierten Aufbaukonto.

Daneben wurden für Mitarbeiter aus Vorgängerinstituten Versorgungsansprüche aufgrund mittelbarer Versorgungszusagen, die als Defined Contribution Plans im Sinne von IAS 19 (beitragsorientierte Pläne) erfasst werden, übernommen und fortgeführt. Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger.

Arbeitgeberfinanzierte Versorgungszusagen im Inland.

Im Rahmen der Fusion zur LBBW im Jahr 1999 wurden alle bisher bestehenden Versorgungsordnungen für den Neuzugang geschlossen und für Neueintritte im Wege einer Dienstvereinbarung ein einheitliches Versorgungswerk eingeführt, der sogenannte LBBW-Kapitalkontenplan (2000 bzw. 2005), der als leistungsorientierter Plan im Sinne von IAS 19 eingestuft und erfasst wird. Die Ruhegelder werden dabei vorrangig in Form einer Einmalleistung oder als Raten ausgezahlt; daneben besteht eine Verrentungsoption. Die Kapitaleleistungen setzen sich aus jährlichen Bausteinen zusammen, die sich durch Multiplikation eines gehaltsabhängigen Beitrags mit einem altersabhängigen Faktor, der eine Verzinsung und biometrische Risiken berücksichtigt, ergeben. Die Verpflichtung zur Gewährung von Beiträgen ist zeitlich begrenzt und mit einem Dynamisierungsvorbehalt versehen.

Nach Integration der Landesbank Sachsen wurde deren Versorgungsordnung 2006 zum 31. Dezember 2008 durch eine Dienstvereinbarung ebenfalls für den Neuzugang geschlossen und die aktiven Mitarbeiter auf den LBBW-Kapitalkontenplan mit unbeschränkter Beitragszeit übergeleitet. Die bis zum Überleitungszeitpunkt erdienten Anwartschaften wurden dem Basiskonto des LBBW-Kapitalkontenplans als Initialbaustein gutgeschrieben.

Zum 1. Januar 2002 wurden die ZVK-Pflichtversicherten durch eine Dienstvereinbarung in den LBBW-Kapitalkontenplan ZVK überführt. Zur Besitzstandswahrung entspricht der Beitrag zum Basiskonto für diesen Mitarbeiterkreis mindestens dem Beitrag, der von der Bank als Umlagebeitrag bei Anwendung des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im jeweiligen Kalenderjahr zu tragen wäre (Mindestbeitrag).

Der bisher für Neueintritte geltende Kapitalkontenplan 2005 wurde zum 31. Dezember 2016 für neueintretende Beschäftigte geschlossen. Gleichzeitig wurde die Beitragszeit der Kapitalkontenpläne 2000 und 2005 durch Beendigungserklärung gegenüber dem Gesamtpersonalrat mit Wirkung zum 31. Dezember 2025 beendet. Im Basiskonto des LBBW VorsorgeFonds Plus werden jährlich seit dem 1. Januar 2017 für Neueintritte und ab dem 1. Januar 2026 für Bestandsmitarbeiter aus den beendeten Kapitalkontenplänen 2000 und 2005 zum Bereitstellungsstichtag Arbeitgeber-Beiträge bereitgestellt.

Die eingezahlten Beiträge werden ein Mal im Jahr in einen CTA eingezahlt, der diese gemäß einem Anlagekonzept in Kapitalanlagen investiert. Die Verpflichtung gegenüber dem Arbeitnehmer orientiert sich dabei an der Entwicklung der Kapitalanlage. Die einbezahlten Beiträge werden dabei garantiert (sog. garantierte Mindestleistung). Bei Eintritt des Versorgungsfalls erfolgt die Desinvestition bzw. Ermittlung der zurechenbaren Fondsanteile des Arbeitnehmers und es kann zwischen verschiedenen Auszahlungsoptionen gewählt werden (Einmalkapital, Ratenzahlung, Verrentung). Die mit dem zum beizulegenden Zeitwert bewertete Kapitalanlage im CTA (Planvermögen) wird mit der Verpflichtung aus dem LBBW VorsorgeFonds Plus saldiert.

Arbeitgeberfinanzierte Zusagen im Inland aus Vorgängerinstituten, übernommenen Instituten und integrierten Instituten.

Aus den verschiedenen Vorgängerinstituten, übernommenen und integrierten Instituten existieren verschiedene für Neueintritte geschlossene Versorgungsordnungen. Diese reichen von dienstzeit- und entgeltabhängigen, teilweise einzelvertraglichen Gesamtversorgungszusagen (Ruhegeldordnung), Limitierungszusagen und Zusagen mit gespaltener Rentenformel bis hin zu Rentenbausteinplänen. Unter Gesamtversorgungszusagen sind dabei Zusagen zu verstehen, bei denen unter Anrechnung weiterer Versorgungsbezüge (z. B. der gesetzlichen Rente) ein definiertes Versorgungsniveau in Bezug auf die Aktivenbezüge gewährt wird, wohingegen bei einer Limitierungszusage das Ruhegeld zusammen mit anrechnungsfähigen Versorgungsbezügen ein definiertes Versorgungsniveau nicht überschreiten darf und ggf. zu begrenzen ist.

Für einige aktive und ehemalige Mitarbeiter besteht ein Anspruch auf Beihilfeleistungen (medizinische Versorgung). Für den Anteil der Mitarbeiter, für den nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weiterhin Beihilfeansprüche bestehen, wurden diese als leistungsorientierte Pläne erfasst und dafür ebenfalls entsprechende Rückstellungen nach IAS 19 gebildet.

Arbeitnehmerfinanzierte Zusagen im Inland.

Zum Aufbau weiterer Anwartschaften und zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Entgeltumwandlung bietet die LBBW in Anlehnung an das arbeitgeberfinanzierte Basiskonto das sogenannte Aufbaukonto des LBBW VorsorgeFonds Plus als unmittelbare Versorgungszusage an, welches das Aufbaukonto des bisherigen Kapitalkontenplans ab dem 1. Januar 2018 abgelöst hat. Die umgewandelten Beiträge der Beschäftigten werden zweimal im Jahr in einen CTA eingezahlt, der diese gemäß einem Anlagekonzept in Kapitalanlagen investiert. Die Verpflichtung gegenüber dem Arbeitnehmer orientiert sich an der Entwicklung der Kapitalanlage. Die einbezahlten Beiträge werden dabei garantiert (sog. garantierte Mindestleistung). Bei Eintritt des Versorgungsfalles erfolgt die Desinvestition bzw. Ermittlung der zurechenbaren Fondsanteile des Arbeitnehmers und es kann zwischen verschiedenen Auszahlungsoptionen gewählt werden (Einmalkapital, Ratenzahlung, Verrentung). Die mit dem beizulegenden Zeitwert bewertete Kapitalanlage im CTA (Planvermögen) wird mit der Verpflichtung aus dem LBBW VorsorgeFonds Plus saldiert.

Daneben bestehen arbeitnehmerfinanzierte Anwartschaften aus früheren Entgeltumwandlungszusagen. Teilweise wurden zur Finanzierung der Versorgungsleistungen Rückdeckungsversicherungsverträge abgeschlossen. Für die ebenfalls angebotene Entgeltumwandlungsmöglichkeit über eine Direktversicherung besteht kein Rückstellungsbedarf, da dieser als beitragsorientierter Plan im Sinne von IAS 19 erfasst wird. Direktversicherungsverträge werden mit einem Anbieter aus dem Umfeld der Sparkassen abgeschlossen, bei dem eine nachhaltige Leistungsfähigkeit sichergestellt ist.

Zusagen im Ausland.

In der Niederlassung in London, UK (Landesbank Baden-Württemberg London Branch) wurde den Mitarbeitern eine endgehalts- und dienstjahresabhängige Direktzusage (Pensionsplan) erteilt, die für den Neuzugang geschlossen und für neu eintretende Mitarbeiter durch einen beitragsorientierten Plan im Sinne von IAS 19 ersetzt wurde. Die Pensionsverpflichtungen des Pensionsplans sind mit einem durch einen Pension Trust verwalteten Planvermögen unterlegt. Der Pensionsplan sowie der Pension Trust unterliegen den Regularien in UK, wonach die Bank und die für den Trust zuständigen Treuhänder (Trustees) eine Funding-Strategie entwickeln und Zuwendungen an den Trust planen müssen. Die Risiken aus dem Pensionsplan trägt die Bank. Dabei handelt es sich u. a. um Kapitalanlagerisiken und demographische Risiken (insbesondere Langlebighkeitsrisiko). In der Vergangenheit wurden zur Risikoabsicherung bei Rentenbeginn der Versorgungsberechtigten teilweise Rentenversicherungsverträge abgeschlossen. Für manche Begünstigte bestehen auch Risikolebensversicherungen zur Absicherung des Todesfallrisikos während der aktiven Dienstzeit. Die verbleibenden Risiken trägt der Pensionsplan.

Die Strategie der Vermögensanlage wird alle drei Jahre durch die Bank und die Trustees überprüft und ggf. angepasst. Im Falle einer Unterdeckung wird ein Zuwendungsplan zur Erreichung des gewünschten Deckungsgrads vereinbart. Ein Teil des Planvermögens, wie etwa die Rentenversicherungsverträge, deckt die erwarteten Zahlungsverpflichtungen kongruent ab (Asset Liability Matching).

Aufgrund von Wesentlichkeitsgesichtspunkten werden die Angaben in Note 49 für die ausländischen Pläne nicht differenziert dargestellt.

Bewertung und Bilanzansatz.

Für die leistungsorientierten Pläne und den LBBW VorsorgeFonds Plus wird nach den Bestimmungen von IAS 19 der Verpflichtungsumfang jährlich durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten (Bezüge- und Rententrend), die zu erwartenden Versorgungsfälle (Alter, Invalidität, Tod) sowie Austritte ohne Versorgungsfall (Fluktuation) berücksichtigt. Ergänzend zum Bezügetrend wird in der Bewertung der Pensionsverpflichtungen unterstellt, dass die Bezügeentwicklung der aktiven Mitarbeiter bis zum 50. Lebensjahr durch Karriereentwicklung leicht oberhalb des allgemeinen Trends liegt. Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis eines Rechnungszinssatzes

ermittelt, der auf dem RATE:Link-Verfahren von Towers Watson basiert. Die Datengrundlage für die Zinsermittlung sind die von Bloomberg für die Eurozone erfassten Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating bei wenigstens der Hälfte der Ratingagenturen. Durch finanzmathematische Methoden wird aus dieser Datengrundlage eine Zinsstrukturkurve abgeleitet und hieraus ein mit den Verpflichtungen laufzeitkongruenter Rechnungszinssatz abgeleitet. Die Wahrscheinlichkeiten für Tod, Invalidität und die Ehwahrscheinlichkeiten werden den Richttafeln von Prof. Klaus Heubeck entnommen. Als Rentenbeginnalter wird das Alter 64 herangezogen. Die beschriebenen Prämissen werden jährlich geprüft und ggf. angepasst.

Abweichungen vom erwarteten Verlauf der Pensionsverpflichtungen sowie Änderungen der Berechnungsparameter (Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Rentensteigerung oder Rechnungszinssatz) führen zu sogenannten versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten. Diese werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe direkt in den Gewinnrücklagen bzw. im Sonstigen Ergebnis erfasst und verändern entsprechend das Eigenkapital.

Der als Schuld bzw. Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich (falls vorhanden) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens zum Bilanzstichtag. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entsteht durch Änderungen im leistungsorientierten Plan, die sich auf den erdienten Anteil von Versorgungsanwartschaften auswirken. Der Zinsaufwand umfasst den Anteil des Anstiegs des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung bzw. bei vorhandenem Planvermögen der Pensionsrückstellung, der durch das Näherrücken des Zeitpunkts der Leistungserfüllung entsteht. Der Personalaufwand entspricht dem Barwert des jährlichen Zuwachses der erdienten Versorgungsanwartschaft zzgl. eines eventuellen nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands.

Es erfolgt eine Saldierung der Erträge aus dem Planvermögen mit dem Zinsaufwand. Im Ergebnis wird somit nur der Nettozinsaufwand ausgewiesen. Für die Berechnung des Nettozinsergebnisses wird der Diskontierungszinssatz zugrunde gelegt. Der Ausweis des Dienstzeitaufwands sowie des Nettozinsergebnisses erfolgt in den Verwaltungsaufwendungen.

Risiken und Steuerung.

Bei den leistungsorientierten Plänen und dem LBBW VorsorgeFonds Plus ist die jeweilige Konzerngesellschaft verpflichtet, Versorgungsleistungen an frühere Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene zu gewähren. Die damit verbundenen Risiken werden von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen. Vereinzelt hat die Konzernmutter Mitarbeitern von Tochtergesellschaften Zusagen erteilt und erhält von den Gesellschaften die Kosten der Rückstellungsbildung im Innenverhältnis zurückerstattet.

Als wesentliche Risiken sind Bilanz-, Liquiditäts- und Kapitalanlagerisiken zu nennen. Bilanzrisiken bestehen nach IAS 19 vor allem in Bezug auf die Auswirkung der Pensionsverpflichtungen auf das Eigenkapital, da die Differenz aus erwarteten und tatsächlichen Pensionsverpflichtungen im Sonstigen Ergebnis erfasst wird und das Eigenkapital verändert. Bilanzrisiken entstehen dem Grunde und der Höhe nach durch die oben beschriebenen versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste. Sie können sowohl be- als auch entlastend wirken. Haupteinflussfaktor bei den auf die Bilanz bezogenen Risiken sind der Rechnungszinssatz, die Rendite auf Planvermögen sowie die sonstigen ökonomischen und demographischen Bewertungsparameter.

Der Rechnungszinssatz spielt bei der Bestimmung des Verpflichtungsumfangs eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt wegen seiner Volatilität. Die allgemeine Absenkung des Zinsniveaus in den letzten Jahren führte zu einem deutlich geringeren Rechnungszinssatz und damit einer starken Erhöhung der Pensionsverpflichtungen. Außerdem wirken sich von den Bewertungsannahmen abweichende Bestands- sowie Marktentwicklungen auf die Verpflichtungshöhe und damit auf die entsprechenden Bilanzposten aus. Fallen die tatsächlichen Bezüge- und Rentenerhöhungen höher oder niedriger aus als angenommen, ergeben sich entsprechende Verluste oder Gewinne. Bei den Gesamtversorgungs- und Limitierungssystemen haben die Entwicklungen der Anwartschaften und Ansprüche bei externen Versorgungsträgern, wie dem BVV oder der gesetzlichen Rentenversicherung, Einfluss auf die Höhe der von der Konzerngesellschaft zu leistenden Versorgung, was sich insbesondere bei nachhaltigen Trendänderungen relativ stark auf die Pensionsverpflichtungen auswirken kann. Neben den genannten ökonomischen Risiken bestehen auch sogenannte biometrische Risiken. Da ein großer Teil der Pensionsverpflichtungen auf lebenslang zu zahlende Leistungen entfällt, ist dabei besonders das Langlebigkeitsrisiko zu nennen. Weichen die tatsächlich beobachteten Todesfälle von den auf Basis der Richttafeln erwarteten ab, ergeben sich ebenfalls Gewinne oder Verluste.

Für die wesentlichen Parameter wurden Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Neben dem Rechnungszins als wirkungsstärkste Einflussgröße wurden dabei die Wirkungen des Bezüge-, des Renten- und Karrieretrends sowie der Fluktuationswahrscheinlichkeit untersucht. Auf die Verpflichtungen aus den für den Neuzugang offenen Kapitalkonten (Basis- und Aufbaukonto) wirken sich die Sterblichkeit, der Bezüge- und Rententrend sowie die Fluktuation vergleichsweise nur unwesentlich aus, weil in der Regel keine lebenslangen Leistungen gewährt werden und die Versorgungsanwartschaft für aktive Mitarbeiter nicht dynamisch mit den Bezügen anwächst. Dadurch wird sich das Bilanzrisiko der Konzernunternehmen im Zeitablauf stetig vermindern.

Die Erfüllung der Pensionsverpflichtungen ist mit der Zahlung von Ruhegeldern und damit einem Liquiditätsabfluss verbunden. Abgesehen vom Rechnungszinssatz, der keinen Einfluss auf die Höhe der Versorgungsleistun-

gen hat, wirken sich die beschriebenen Faktoren der Bilanzrisiken auch auf den Liquiditätsbedarf aus. Da für die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen kein Planvermögen separiert wurde, sind die Versorgungsleistungen aus dem Vermögen der Konzernunternehmen zu erbringen. Für die mittelbaren Verpflichtungen der Unterstützungskasse und der Zusatzversorgungskasse der LBBW besteht jeweils Planvermögen, aus dem die Ruhegelder erbracht werden können. Im Falle einer Unterdeckung stehen die Trägerunternehmen für Nachschüsse ein. Für das Planvermögen besteht ein Kapitalanlagerisiko, dem durch ein sorgsames Asset Management begegnet wird.

Der gesetzliche Insolvenzschutz der Pensionsverpflichtungen der LBBW erfolgt für Zusagen, die nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 erteilt wurden, über den Pensionsversicherungsverein. Alle älteren Pensionszusagen sind über die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast insolvenzgesichert.

Sonstige Rückstellungen.

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus belastenden Verträgen werden Rückstellungen gebildet. Rückstellungen sind mit dem besten Schätzwert angesetzt. Dieser entspricht dem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt (Betrag, der von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen bei vernünftiger Betrachtung des Sachverhalts oder bei Übertragung auf einen Dritten zu entrichten wäre) und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Dabei hat das Management Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen einbezogen und eventuell auf Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zurückgegriffen.

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich enthalten u. a. Jubiläumsrückstellungen, Rückstellungen für Vorruhestand sowie Altersteilzeit.

Nach den Regelungen der Ehrungsordnung wird für eine Betriebszugehörigkeit von 10, 25, 40, 50 Jahren eine Jubiläumsszahlung gewährt, deren Höhe sich nach betrieblichen oder tarifvertraglichen Regelungen richtet. Hierfür werden entsprechend Jubiläumsrückstellungen ermittelt und gebildet.

Für abgeschlossene Altersteilzeitvereinbarungen werden ebenfalls Rückstellungen gebildet. Die vonseiten des Gesetzgebers vorgeschriebene Wertsicherung für Wertguthaben bei Altersteilzeit erfolgt im Wege einer doppelseitigen Treuhandvereinbarung. Das in den Depots vorgehaltene und zweckgebundene Vermögen ist in einem Geldmarktfonds investiert und wird mit den entsprechenden Rückstellungen saldiert.

Ebenfalls werden Rückstellungen für abgeschlossene Vorruhestandsvereinbarungen gebildet.

Die LBBW bietet Ihren Mitarbeitern in der Bank und einigen Tochtergesellschaften ein Langzeitkonto, das sogenannte LBBW FlexiWertkonto, an. Hierbei haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, Entgeltbestandteile in das FlexiWertkonto einzubringen und in Form von Zeit (Entnahmezeit) wieder zu entnehmen. Zur gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung dieser Wertguthaben wurde eine doppelseitige Treuhandvereinbarung eingerichtet. Für die aus diesen Konten entstehenden Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet und mit dem Wertguthaben saldiert.

Für alle sonstigen Rückstellungen bestehen grundsätzlich dieselben Risiken wie für die Altersversorgungsverpflichtungen, allerdings aufgrund der kürzeren Verpflichtungsdauer in weitaus geringerem Umfang.

Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft sowie übrige Rückstellungen, welche Rückstellungen für Restrukturierung und Rechtsstreitigkeiten enthalten, werden angesetzt, sofern der LBBW-Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist. Nähere Erläuterungen zu den Rechtsrisiken befinden sich im Risiko- und Chancenbericht.

Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist.

20. Nachrangkapital.

Unter dem Posten Nachrangkapital weist der LBBW-Konzern nachrangige Verbindlichkeiten (z. B. Schuldscheindarlehen oder Emissionen), Genussrechte sowie typisch Stille Einlagen aus. Aufgrund der vertraglich vereinbarten Kapitalrückzahlung werden die nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechte entsprechend den Vorschriften des IAS 32 als Fremdkapital klassifiziert. Die Stillen Einlagen sind aufgrund des Bestehens eines vertraglichen Kündigungsrechts bzw. der Kapitalrückzahlung an den Investor ebenfalls dem Fremdkapital zuzurechnen.

Aufsichtsrechtlich werden die nachrangigen Verbindlichkeiten, die Genussrechte und die Stillen Einlagen den Eigenmitteln gemäß CRR zugerechnet.

Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Die fortgeführten Anschaffungskosten werden um Effekte aus dem Hedge Accounting angepasst. Erläuterungen zum Hedge Accounting können den Allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Finanzinstrumenten entnommen werden (siehe Note 6).

21. Eigenkapital.

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg i. V. m. § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg eingezahlte Kapital. Am Stammkapital der LBBW sind beteiligt:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW) mit 40,53 %,
- das Land Baden-Württemberg (Land) mit 24,99 %,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt) mit 18,93 %,
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW) mit 15,55 %.

Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabe-Agio).

Die Gewinnrücklagen beinhalten neben den Einstellungen aus dem Konzernergebnis die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen, soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung – mit Ausnahme der im Sonstigen Ergebnis erfassten – und die versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste inklusive dazugehöriger latenter Steuern im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Pensionsrückstellungen ausgewiesen. Ebenfalls in diesem Posten ausgewiesen werden realisierte Gewinne und Verluste aus der eigenen Bonität (Own Credit Spread) sowie die dazugehörigen latenten Steuern.

Fair-Value-Bewertungseffekte der AfS-Wertpapiere und Beteiligungen sowie erfolgsneutrale Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen sind im Sonstigen Ergebnis unter der Neubewertungsrücklage, ggf. nach Berücksichtigung latenter Steuern, ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund einer Wertminderung (Impairment) abgeschrieben wird. Die Neubewertungsrücklage enthält zusätzlich den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen. Daneben wird im Sonstigen Ergebnis ebenfalls das Bewertungsergebnis aus Cashflow Hedges bzw. der darin enthaltene erfolgsneutrale Anteil am Gewinn oder Verlust inklusive des Gegenpostens aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow Hedges ausgewiesen. Ebenfalls in diesem Bilanzposten ausgewiesen ist die Währungsumrechnungsrücklage. Hier ist der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind, eingestellt. Die Beträge ergeben sich aus der Umrechnung des Jahresabschlusses einer wirtschaftlich selbstständigen Teileinheit in die Konzernberichtswährung. Ein weiterer Bestandteil des Sonstigen Ergebnisses ist das Bewertungsergebnis aus der eigenen Bonität (Own Credit Spread) sowie der Gegenposten aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern darauf.

Die nicht beherrschenden Anteile sind als separater Unterposten im Eigenkapital angegeben, da neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital einzelner Tochtergesellschaften beteiligt sind.

Segmentberichterstattung.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns im Geschäftsjahr 2017 wird gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt. Dem »Management Approach« folgend basiert die Segmentberichterstattung damit auf der internen Managementberichterstattung an den Gesamtvorstand, der in seiner Funktion als Hauptentscheidungsträger regelmäßig auf dieser Grundlage Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen und die Leistungsbeurteilung der Segmente trifft.

Abgrenzung der Segmente.

Die im Folgenden dargestellten Segmente werden in Übereinstimmung mit dem internen Managementbericht als – an den internen Organisationsstrukturen orientierten – Produkt- und Kundengruppen definiert. Tochterunternehmen und Beteiligungen sind dabei den einzelnen Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Im Geschäftsjahr 2017 gab es die nachfolgende wesentliche Anpassung in der Segmentstruktur:

- Im Zusammenhang mit der Neuausrichtung des Kapitalmarktgeschäfts wurde der bisher produktorientierte Ansatz zu einem ganzheitlichen Kundenbetreuungsansatz abgeschlossen. In einem ersten Schritt wurden bereits im Jahr 2016 die Geschäftsaktivitäten des internationalen Geschäfts vom Segment Corporates zum Segment Financial Markets umgegliedert. Im Jahr 2017 folgte die Umgliederung der Treasury-Aktivitäten vom Segment Corporate Items zusammen mit dem Segment Financial Markets zum neuen Segment Kapitalmarktgeschäft. Zusätzlich wurde eine erweiterte Steuerungsverantwortung für das Treasury festgelegt.

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen an den neuen Ausweis angepasst.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment **Corporates** umfasst die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen Unternehmenskunden mit Schwerpunkt in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz sowie angrenzenden Wirtschaftsräumen. Des Weiteren sind in diesem Segment das Geschäft mit unseren großen Unternehmenskunden, die gewerblichen Immobilien- und Projektfinanzierungen sowie das Geschäft mit Kommunen gebündelt. Die angebotenen Lösungen reichen auf der Finanzierungsseite von klassischen über strukturierte bis hin zu Off-balance-Finanzierungen. Des Weiteren werden Dienstleistungen rund um das Cash-Management, Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement, Asset- und Pensionsmanagement angeboten. Darüber hinaus werden hier auch Produkte des primären Kapitalmarktgeschäfts sowie des Auslandsgeschäfts für unsere Corporates Kunden ausgewiesen. Im Segment sind wesentliche Tochterunternehmen die LBBW Immobilien Management GmbH, die Süd Beteiligungen, die SüdLeasing GmbH, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH und die SüdFactoring GmbH enthalten.
- Im Segment **Kapitalmarktgeschäft** werden für die Kundengruppen Institutionelle, Banken und Sparkassen Produkte zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung angeboten. Zusätzlich beinhaltet das Segment Produkte und Dienstleistungen des internationalen Geschäfts. Daneben werden Finanzierungslösungen am Primärmarkt im Eigen- und Fremdkapitalbereich sowie Asset-Management- und Depotbank-Leistungen angeboten. Es sind neben sämtlichen Salesaktivitäten mit Banken, Sovereigns, Versicherungen und Pensionskassen auch die Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Kundengeschäft enthalten. Ergebnisse aus Finanzmarktgeschäften mit Unternehmenskunden sind im Segment Corporates abgebildet. Weiterhin sind dem Segment sämtliche Treasury-Aktivitäten zugeordnet. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um die zentrale Anlage der Eigenmittel, die Aktiv-Passiv-Steuerung, IFRS-Spezifika im Zusammenhang mit der Refinanzierung und dem Hedge Accounting sowie das Management der strategischen Anlagen und des Deckungsstocks. Als wesentliches Tochterunternehmen ist die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH dem Segment Kapitalmarktgeschäft zugeordnet.
- Das Segment **Retail/Sparkassen** enthält alle Aktivitäten im Privatkundengeschäft mit Privat-, Private-Banking- und Wealth-Management-Kunden. Das Produktspektrum reicht dabei vom klassischen Girokonto über Immobilienfinanzierungen und Vermögensberatung bis hin zu speziellen Dienstleistungen – insbesondere für Wealth-Management-Kunden – wie z. B. Financial Planning, Vermögensverwaltung, Depot- und Stiftungsmanagement. Ergänzend sind in diesem Segment ausgewählte Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion enthalten.
- Im Segment **Credit Investment** ist im Wesentlichen das Kreditersatzgeschäft des Konzerns gebündelt. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Finanzierung der Zweckgesellschaft Sealink Funding sowie die Garantie des Landes Baden-Württemberg.
- Das Segment **Corporate Items** umfasst alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den vorhergehend genannten Segmenten enthalten sind. Dazu zählen vor allem die Finanzbeteiligungen, das Management des Gebäudeportfolios der Bank sowie Kosten im Zusammenhang mit regulatorischen Anforderungen und strategischen Gesamtbankprojekten.

- In der Spalte **Überleitung/Konsolidierung** werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst, zum anderen werden die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

Bewertungsmethoden.

Grundlage der Segmentinformationen sind die internen betriebswirtschaftlichen Steuerungsdaten des Finanzcontrollings, die sowohl Methoden der externen Rechnungslegung als auch ökonomische Bewertungsmethoden vereinen. Die hieraus resultierenden Bewertungs- und Ausweisunterschiede zu den IFRS-Konzerngrößen werden im Rahmen der Überleitungsrechnung dargestellt.

Die Erträge und Aufwendungen des LBBW-Konzerns werden grundsätzlich verursachungsgerecht den einzelnen Segmenten zugeordnet. Signifikante Erträge aufgrund von Transaktionen zwischen den Segmenten liegen somit nicht vor.

Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt nach der Marktzinismethode. Dabei werden die Zinserträge und -aufwendungen saldiert als Zinsergebnis ausgewiesen. Hierin ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem Eigenkapital, enthalten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht den GuV-Werten und wird verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten umfasst das Handelsergebnis, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sowie das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird mit dem Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Unternehmen in einer Position zusammengefasst und verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt.

Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zugeordneten Aufwendungen.

Die Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung werden in einer separaten Ergebnisposition ausgewiesen und dabei verursachungsgerecht auf die Segmente allokiert.

Als Segmentvermögen werden die bilanziellen Aktiva ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Segmente erfolgt analog der internen Managementberichterstattung.

Die Berechnung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals in den Segmenten erfolgt auf Basis der ermittelten risikogewichteten Aktiva sowie einer kalkulatorischen Kernkapitalunterlegung.

Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) eines Segmentes ermittelt sich aus dem (annualisierten) Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das Maximum des geplanten durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals bzw. des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals der laufenden Berichtsperiode. Für den Konzern errechnet sich der RoE aus dem (annualisierten) Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital. Dabei wird dieses um die direkt im Eigenkapital erfassten Ergebniseffekte bereinigt.

Die Cost Income Ratio (CIR) für die nachfolgenden Segmentangaben ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zur Summe aus Zinsergebnis, Provisionsergebnis, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten sowie sonstigem betrieblichen Ergebnis.

Darüber hinaus wurden in der Segmentberichterstattung die rückwirkenden Anpassungen der Gewinn- und Verlustrechnung (siehe Note 2) berücksichtigt.

Segmentergebnisse nach Geschäftsfeldern.

01.01. – 31.12.2017

Mio. EUR	Corporates	Kapitalmarkt- geschäft	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW-Konzern
Zinsergebnis	1 076	302	292	- 31	- 52	1 587
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 94	- 1	- 2	0	5	- 92
Provisionsergebnis	206	127	224	0	- 23	534
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	54	225	0	- 6	- 55	219
Finanzanlage- und at-Equity- Ergebnis	79	54	6	0	24	163
Sonstiges betriebliches Ergebnis	74	8	- 2	0	21	101
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	1 396	716	518	- 37	- 81	2 511
Verwaltungsaufwendungen	- 780	- 483	- 542	- 10	- 10	- 1 824
Garantieprovision Land Baden- Württemberg	0	0	0	- 61	0	- 61
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 27	- 30	- 6	- 4	- 3	- 69
Restrukturierungsergebnis	- 24	- 8	- 8	0	0	- 41
Konzernergebnis vor Steuern	565	194	- 38	- 112	- 94	515
Ertragsteuern						- 97
Konzernergebnis						419
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ²	79,8	140,4	12,1	1,8	3,6	237,7
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	42,3	18,9	7,4	0,1	7,1	75,7
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	3,8	1,7	0,7	0,0	6,4	12,6
RoE (in %)	13,4	8,8	< 0			4,1
CIR (in %)	55,3	73,0	> 100			74,8

1 Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 35 Mio. EUR und Corporate Items auf - 5 Mio. EUR.

2 Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 245 Mio. EUR und Corporate Items 0 Mio. EUR.

01.01. - 31.12.2016						
Mio. EUR	Corporates	Kapitalmarkt- geschäft	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidie- rung ¹	LBBW- Konzern ¹
Zinsergebnis	1 132	337	276	- 36	- 40	1 669
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 38	- 4	5	0	- 13	- 51
Provisionsergebnis	222	97	218	0	- 11	527
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	15	151	0	0	- 20	146
Finanzanlage- und at-Equity- Ergebnis ²	29	64	33	- 2	71	195
Sonstiges betriebliches Ergebnis	85	14	- 19	1	19	101
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	1 445	660	512	- 37	6	2 586
Verwaltungsaufwendungen	- 744	- 483	- 543	- 9	- 36	- 1 814
Garantieprovision Land Baden- Württemberg	0	0	0	- 93	0	- 93
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	- 27	- 33	- 5	- 4	- 1	- 71
Wertminderung Goodwill	- 379	0	0	0	0	- 379
Restrukturierungsergebnis	- 44	- 34	- 26	0	17	- 87
Konzernergebnis vor Steuern	251	110	- 61	- 144	- 14	142
Ertragsteuern						- 131
Konzernergebnis						11
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ³	76,6	137,6	12,6	10,1	6,8	243,6
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	42,9	18,9	7,7	0,0	7,9	77,4
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	3,8	1,8	0,7	0,1	6,5	12,9
RoE (in %)	5,9	5,2	< 0			1,1
CIR (in %)	51,1	80,5	> 100			74,3

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

² Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 19 Mio. EUR und Corporate Items auf - 6 Mio. EUR.

³ Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 233 Mio. EUR und Corporate Items 0 Mio. EUR.

Detailangaben Corporate Items, Überleitung und Konsolidierung.

Mio. EUR	Corporate Items		Überleitung/Konsolidierung		Corporate Items/ Überleitung/Konsolidierung	
	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016 ¹	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016 ¹
Zinsergebnis	18	8	-70	-48	-52	-40
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	-13	0	0	5	-13
Provisionsergebnis	-2	1	-22	-12	-23	-11
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	1	-4	-56	-16	-55	-20
Finanzanlage- und at-Equity- Ergebnis ²	24	66	-1	6	24	71
Sonstiges betriebliches Ergebnis	21	19	0	0	21	19
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	67	76	-148	-70	-81	6
Verwaltungsaufwendungen	-10	-36	0	0	-10	-36
Aufwendungen für Bankenabgabe und Einlagensicherung	-3	-1	0	0	-3	-1
Restrukturierungsergebnis	0	17	0	0	0	17
Konzernergebnis vor Steuern	53	56	-148	-70	-94	-14
Segmentvermögen (in Mrd. EUR) ³	5,1	3,9	-1,5	2,9	3,6	6,8
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	8,8	9,4	-1,7	-1,5	7,1	7,9
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	6,6	6,7	-0,2	-0,1	6,4	6,5

¹ Anpassung Vorjahreswerte (siehe Note 2).

² Die Ergebnisse aus den den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen und die Veräußerungsergebnisse aus solchen Unternehmen belaufen sich im Segment Corporates auf 35 Mio. EUR (Vorjahr: 19 Mio. EUR) und Corporate Items auf -5 Mio. EUR (Vorjahr: -6 Mio. EUR).

³ Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen für die beiden Segmente Corporates 245 Mio. EUR (Vorjahr: 233 Mio. EUR) und Corporates Items 0 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR).

Das Konzernergebnis vor Steuern des LBBW-Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2017 auf 515 Mio. EUR und lag deutlich über dem Vorjahresergebnis in Höhe von 142 Mio. EUR, welches maßgeblich durch eine Wertberichtigung des Goodwills in Höhe von -379 Mio. EUR geprägt war. Die operativen Segmente Corporates, Kapitalmarkt-geschäft und Retail/Sparkassen haben dabei mit insgesamt 721 Mio. EUR erheblich zum Konzernergebnis 2017 beigetragen. Trotz hoher Zukunftsinvestitionen erhöhte sich die Cost Income Ratio (CIR) im LBBW-Konzern nur marginal auf 74,8% (Vorjahr: 74,3%). Die Bilanzsumme im LBBW-Konzern reduzierte sich zum Jahresende 2017 um -5,9 Mrd. EUR auf 237,7 Mrd. EUR und ist insbesondere auf den fast vollständigen Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter zurückzuführen. Dem gegenüber konnte das Finanzierungsvolumen mit Mittelstands- und großen Unternehmenskunden ausgebaut werden. Die risikogewichteten Aktiva des LBBW-Konzerns reduzierten sich im Geschäftsjahr 2017 auf 75,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 77,4 Mrd. EUR). Neben einer methodischen Änderung ist dies auch auf eine Portfolioverbesserung bei Unternehmenskunden und Immobilienfinanzierungen zurückzuführen.

Das Segment Corporates wies gegenüber dem Vorjahreswert (251 Mio. EUR) ein deutlich höheres Ergebnis vor Steuern in Höhe von 565 Mio. EUR aus. Dabei war das Vorjahr durch den Sondereffekt der Wertberichtigung des Goodwills in Höhe von -379 Mio. EUR belastet. Bereinigt um diesen Sondereffekt lag das Ergebnis leicht unter dem Vorjahresergebnis. Obwohl das Finanzierungsgeschäft mit Mittelstands- und großen Unternehmenskunden ausgebaut werden konnte, musste aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und des starken Wettbewerbs weiterhin Druck auf die Ertragslage verzeichnet werden. Teilweise konnten diese Rückgänge durch positive Bewertungseffekte und Veräußerungserlöse aus dem kommerziellen Beteiligungsgeschäft sowie einem sukzessiven Ausbau der Cross-Selling-Erlöse kompensiert werden. Aufgrund der sich weiter normalisierenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft ergab sich für das Segment ein Vorsorgebedarf in Höhe von -94 Mio. EUR (Vorjahr: -38 Mio. EUR). Dieser Wert liegt weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt und spiegelt damit die gute Portfolioqualität sowie die gute wirtschaftliche Lage in den Kernmärkten der LBBW wider. Zudem wurde das Segment durch Zukunftsinvestitionen, u. a. bedingt durch den Umbau der IT-Architektur, und Aufwendungen aus Gesamtbankprojekten belastet. Infolgedessen stiegen die Verwaltungsaufwendungen moderat von -744 Mio. EUR auf -780 Mio. EUR. Diese führten in Summe zu einer leichten Erhöhung der CIR auf 55,3% (Vorjahr: 51,1%). Die Steigerung des Segmentvermögens von 76,6 Mrd. EUR auf 79,8 Mrd. EUR ist hauptsächlich auf die Ausweitung des Finanzierungsvolumens mit großen Unternehmenskunden zurückzuführen, trotzdem veränderten sich die risikogewichteten Aktiva nur unwesentlich auf 42,3 Mrd. EUR (Vorjahr: 42,9 Mrd. EUR) und profitierten von der guten Portfolioqualität.

Die konsequente Umsetzung der Neuausrichtung des Segments Kapitalmarktgeschäft als kundenorientiertes Kapitalmarktgeschäft führte im Geschäftsjahr 2017 zu einer deutlichen Steigerung des Ergebnisses vor Steuern auf 194 Mio. EUR (Vorjahr: 110 Mio. EUR). Die Erträge verbesserten sich dabei über alle Kundengruppen hinweg. Im Geschäft mit den Sparkassen erfolgte insbesondere der Ausbau als Marktpartner mit Anlageprodukten. Weiterhin trugen im Geschäft mit institutionellen Kunden vor allem das Verwahrgeschäft und das Cash Management zur Ertragssteigerung bei. Gestützt wurde diese Entwicklung auch durch die positive Entwicklung im Hedge Accounting. Trotz Investitionen, die vor allem die IT-Infrastruktur und die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben betreffen, konnten die Verwaltungsaufwendungen mit -483 Mio. EUR konstant gehalten werden. Die CIR verbesserte sich aufgrund der deutlichen Ertragssteigerung von 80,5% auf 73,0%. Das Segmentvermögen lag mit 140,4 Mrd. EUR moderat über dem Vorjahr (137,6 Mrd. EUR). Die risikogewichteten Aktiva verblieben im Geschäftsjahr 2017 auf Vorjahresniveau in Höhe von 18,9 Mrd. EUR.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Retail/Sparkassen wies eine deutliche Verbesserung um 23 Mio. EUR aus. Dennoch verblieb im Geschäftsjahr 2017 ein negativer Ergebnisbeitrag in Höhe von -38 Mio. EUR (Vorjahr: -61 Mio. EUR). Dabei entwickelte sich das Zinsergebnis aus dem Einlagengeschäft, getrieben durch einen hohen Volumenzuwachs im gehobenen Kundengeschäft, weiter positiv. Darüber hinaus war im provisionsgetriebenen Geschäft ein Wachstum im Wertpapiergeschäft sowie der Vermögensverwaltung zu verzeichnen, das auch von der positiven Entwicklung an den Aktienmärkten profitierte. Dieser Entwicklung stand eine stabile Ertragsentwicklung im Finanzierungsgeschäft und der Wegfall der Einmalerlöse aus der VISA-Transaktion im Vorjahr gegenüber. Trotz der weiterhin hohen IT-Investitionen, v. a. durch die Einführung des neuen Kernbankensystems, lagen die Verwaltungsaufwendungen mit -542 Mio. EUR aufgrund eines stringenten Kostenmanagements auf Vorjahresniveau (-543 Mio. EUR). Geringere Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von -8 Mio. EUR (Vorjahr: -26 Mio. EUR) entlasteten das Segment zudem. Aufgrund dieser Ertragsentwicklungen verbesserte sich die CIR, verblieb jedoch weiterhin über 100%. Das Segmentvermögen lag mit 12,1 Mrd. EUR leicht unter dem Vorjahr (12,6 Mrd. EUR). Dementsprechend reduzierten sich auch die risikogewichteten Aktiva für das Segment im Jahr 2017 auf 7,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 7,7 Mrd. EUR).

Das Segment Credit Investment war zum Jahresende 2017 durch den nahezu vollständigen abgeschlossenen Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter, der zu einer beträchtlichen Volumenreduzierung führte, geprägt. Aufgrund der Tilgungen im Jahresverlauf und der vorzeitigen Ablösungen verminderte sich die Garantiprovision für den Risikoschirm um 32 Mio. EUR auf -61 Mio. EUR und entlastete somit die GuV. Die Verwaltungsaufwendungen verblieben auf Vorjahresniveau in Höhe von -10 Mio. EUR. Somit ergab sich ein merklich verbessertes Ergebnis vor Steuern in Höhe von -112 Mio. EUR (Vorjahr: -144 Mio. EUR). Das Segmentvermögen verringerte sich erheblich um -8,2 Mrd. EUR auf 1,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 10,1 Mrd. EUR) und resultierte neben den Rückführungen der Finanzierungen auch aus dem Abgang des Garantiebonds der GPBW.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Corporate Items hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 53 Mio. EUR (Vorjahr: 56 Mio. EUR) reduziert. Ursächlich hierfür waren der Verkauf der Beteiligung cellent AG und die Auflösung von vorhandenen Rückstellungen im Zusammenhang mit der EU-Restrukturierung aus dem Vorjahr. Gegenläufig wirkten positive Beiträge aus der Optimierung des Gebäudeportfolios der Bank. Das Segmentvermögen lag bei 5,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 3,9 Mrd. EUR). Die risikogewichteten Aktiva beliefen sich im Geschäftsjahr 2017 auf 8,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 9,4 Mrd. EUR).

Überleitung der Segmentergebnisse auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

Im Geschäftsjahr 2017 belief sich die Summe aus der »Überleitung/Konsolidierung« auf das Konzernergebnis vor Steuern auf -148 Mio. EUR (Vorjahr: -70 Mio. EUR) und ist im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

- In der internen Managementberichterstattung wird das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Differenzen zur Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich somit aus periodenfremden Zinsergebnissen und aus nicht in der internen Managementberichterstattung enthaltenen IFRS-spezifischen Bewertungen (z. B. Effekte aus der Purchase-Price-Allokation im Zusammenhang mit der Übernahme der Sachsen LB).
- Effekte aus Close-out-Fees und dazugehörige Prämien von Derivaten.
- Effekte aus IFRS-spezifischen Sachverhalten, die im Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen.

Angaben auf Unternehmensebene.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen.

Bezüglich der von IFRS 8.32 geforderten Verteilung der Erträge auf Produkte und Dienstleistungen wird auf die Erläuterungen »Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung« in den Notes verwiesen.

Segmentierung nach geografischen Regionen.

Die Zuordnung der Ergebnisse zu geografischen Regionen orientiert sich am Sitz der Niederlassung bzw. des Konzernunternehmens und stellt sich für den LBBW-Konzern wie folgt dar:

01.01.- 31.12.2017						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW-Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 197	131	163	24	- 4	2 511
Konzernergebnis vor Steuern	283	100	128	6	- 1	515

01.01.- 31.12.2016						
Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidie- rung	LBBW-Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 372	92	105	28	- 11	2 586
Konzernergebnis vor Steuern	23	52	67	8	- 7	142

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.

22. Zinsergebnis.

Die Positionen Zinserträge und Zinsaufwendungen enthalten auch Zins- und Dividendenerträge sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen von Held-for-Trading- sowie Fair-Value-Option-Finanzinstrumenten. Darüber hinaus sind aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von Stillen Einlagen als Fremdkapital die Zahlungen an typisch stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Handelsderivate	7 523	7 077
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	2 448	2 684
Sicherungsderivate	1 234	1 455
Festverzinsliche Wertpapiere und Schuldverschreibungen	171	273
Vorfälligkeitsentschädigungen	59	95
Sonstige	411	389
Zinserträge	11 847	11 974
Leasinggeschäft	301	307
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6	13
Beteiligungen und verbundene Unternehmen	32	33
Gewinnabführungsverträge	2	5
Laufende Erträge	341	358
Zins- und Laufende Erträge	12 187	12 332
Handelsderivate	- 7 176	- 7 000
Sicherungsderivate	- 1 172	- 1 395
Einlagen	- 975	- 1 090
Verbriefte Verbindlichkeiten	- 582	- 539
Leasinggeschäft	- 53	- 46
Nachrangkapital	- 228	- 224
Verlustübernahme	- 1	- 2
Sonstige	- 414	- 367
Zinsaufwendungen	- 10 601	- 10 663
Insgesamt	1 587	1 669

Gegenüber dem Vorjahr sank das Zinsergebnis insbesondere aufgrund von weiter historisch niedrigen Zinsen in der Eurozone nochmals moderat um - 82 Mio. EUR. Während sich die unverändert expansive Geldpolitik der EZB mit teilweise negativen Zinsen in der Eigenmittelanlage der LBBW ergebnismindernd auswirkte, konnten insbesondere im Wealth Management verbesserte Ergebnisse erzielt werden.

Belastend wirkte insgesamt der intensive Wettbewerb innerhalb der Bankenbranche, was sich in zunehmendem Margendruck, insbesondere im Neugeschäft mit großen Unternehmenskunden, bemerkbar machte.

Für wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LaR wurde im Berichtsjahr aus der Barwertveränderung der Forderungen (Unwinding gemäß IAS 39.AG93) ein Zinsertrag i. H. v. 10 Mio. EUR (Vorjahr: 19 Mio. EUR) erfasst.

Aus der Aufrechnung eigener Schuldverschreibungen gemäß IAS 39.39 ff. ergab sich im Geschäftsjahr ein Zinsergebnis i. H. v. 0 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR).

Aus Kapitalüberlassung und -aufnahme entstanden vor dem Hintergrund negativer Zinsen zudem gegenläufige Effekte, welche sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf - 210 Mio. EUR (Vorjahr: - 87 Mio. EUR) im Zinsertrag bzw. 184 Mio. EUR (Vorjahr: 92 Mio. EUR) im Zinsaufwand beliefen.

Das Zinsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Zinserträge	2 658	2 937
Zinsaufwendungen	- 1 683	- 1 664
Insgesamt	975	1 273

23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Auflösung Risikovorsorge	164	218
Ergebnis aus Rückstellungen im Kreditgeschäft	- 14	12
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	14	25
Direkte Forderungsabschreibung	- 24	- 80
Zuführung Risikovorsorge	- 229	- 223
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	- 3	- 4
Insgesamt	- 92	- 51

24. Provisionsergebnis.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Wertpapier- und Depotgeschäft	242	230
Zahlungsverkehrsgeschäft	123	113
Vermittlungsgeschäft	83	90
Kredite und Bürgschaften ¹	127	117
Sonstiges	73	83
Provisionserträge	649	634
Wertpapier- und Depotgeschäft	- 62	- 57
Zahlungsverkehrsgeschäft	- 27	- 23
Kredite und Bürgschaften ¹	- 10	- 10
Vermittlungsgeschäft	- 6	- 8
Leasinggeschäft	- 3	- 2
Sonstiges	- 7	- 7
Provisionsaufwendungen	- 115	- 107
Insgesamt	534	527

¹ Beinhaltet Kredit- und Treuhand-, Aval- und Akkreditivgeschäft.

Bei der geringfügigen Verbesserung des Provisionsergebnisses profitierte insbesondere das Ergebnis aus dem Depotgeschäft von einer positiven Entwicklung der Aktienmärkte und der Ende 2016 abgeschlossenen Übernahme der Fondsbestände der NordLB. Auch das Provisionsergebnis aus Krediten und Bürgschaften entwickelte sich unter anderem durch höhere Erträge im Avalgeschäft positiv. Transaktionsbezogene Gebühren sowie geringfügige Zuwächse im Kartengeschäft sorgten zudem für ein verbessertes Ergebnis im Zahlungsverkehr.

Leicht hinter der Entwicklung des Vorjahres zurück blieben die Provisionen aus dem Vermittlungsgeschäft aufgrund geringer Nachfrage nach Lebensversicherungen und Bausparverträgen.

Im Sonstigen Provisionsergebnis sind vor allem Erträge und Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung und Factoringgebühren enthalten.

Der überwiegende Teil des Provisionsergebnisses resultiert aus nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten.

25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Handelsergebnis	128	176
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	87	- 9
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	4	- 20
Insgesamt	219	146

Handelsergebnis.

Im Handelsergebnis werden alle Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Darüber hinaus werden hier das Ergebnis aus der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten und die Bewertungsergebnisse aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten gezeigt. Die Zins- und Dividendenerträge dieser Finanzinstrumente sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Kreditgeschäft	107	-91
Aktiengeschäfte	243	231
Devisengeschäfte	-35	30
Wirtschaftliche Sicherungsderivate	-219	-131
Zinsgeschäfte	44	155
Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten	-12	-18
Insgesamt	128	176

Das Ergebnis aus Zins- und Kreditgeschäften ist durch gegenseitige Wechselwirkungen beeinflusst und erhöhte sich im Berichtsjahr in Summe beträchtlich um 87 Mio. EUR. Dabei wirkten sich niedrigere Bewertungsabschläge für Kontrahentenrisiken sowie positive Ergebnisbeiträge aus Wertpapiertermingeschäften ergebniserhöhend aus.

Das Ergebnis aus Aktiengeschäften, welches im Wesentlichen aus dem Zertifikategeschäft resultiert, verbesserte sich aufgrund hoher Fälligkeiten und Wiederanlagen mit höheren Margen ebenfalls moderat.

Treiber für die Verringerung des Ergebnisses aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten waren insbesondere negative Effekte aus Derivaten zur Absicherung von Grundgeschäften, welche den Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option zugeordnet sind.

Das Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten enthält Gewinne und Verluste aus Devisen-Kassa- und Termingeschäften, Devisen-Optionen und Devisen-Futures.

Das Ergebnis aus Devisengeschäften stellt die Effekte aus der Umrechnung von Fremdwährungsvermögenswerten oder Fremdwährungsverbindlichkeiten dar. Der Betrag der im Ergebnis erfassten Währungsumrechnungsdifferenzen der nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente belief sich auf 883 Mio. EUR (Vorjahr: -790 Mio. EUR). Demgegenüber standen erfasste Währungsumrechnungsdifferenzen i. H v. -917 Mio. EUR (Vorjahr: 820 Mio. EUR) für erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente.

Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus Vermögenswerten und Verpflichtungen der Fair-Value-Option vereinnahmt. Dividenden und Zinserträge sowie Zinsaufwendungen aus Beständen der Fair-Value-Option werden im Zinsergebnis gezeigt. Die mit Käufen und Verkäufen verbundenen Provisionszahlungen sind im Provisionsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Realisiertes Ergebnis	-12	0
Unrealisiertes Ergebnis	99	-9
Insgesamt	87	-9

Das verbesserte Ergebnis in 2017 wird durchweg durch positive Bewertungseffekte der zinstragenden mittel- bis langfristigen Verbindlichkeiten getragen. Die wirtschaftlichen Sicherungsderivate weisen entsprechend negative Bewertungsergebnisse auf.

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungsbeziehungen im Rahmen des Hedge Accountings. Das Ergebnis aus nicht den Effektivitätsanforderungen des IAS 39 genügenden Sicherungsgeschäften wird im Handelsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Portfolio Fair Value Hedge	3	-19
davon Grundgeschäft	-71	339
davon Sicherungsinstrument	74	-358
Mikro Fair Value Hedge	1	-2
davon Grundgeschäft	-53	-23
davon Sicherungsinstrument	54	22
Insgesamt	4	-20

26. Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse (inkl. Wertminderungen) aus Wertpapieren der Kategorien Forderungen und Kredite (LaR) und zur Veräußerung verfügbar (AFS) sowie aus Beteiligungen (AFS) und Anteilen an nicht konsolidierten Unternehmen (AFS) ausgewiesen. Darüber hinaus ist das Veräußerungsergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen enthalten. Ebenso werden Zuschreibungen auf Fremdkapitalinstrumente nach erfolgter bonitätsbedingter Abschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Veräußerungsergebnis	141	186
davon Wertpapiere	54	91
davon Beteiligungen	86	95
Wertminderungen	-8	-3
Ergebnis aus Finanzanlagen (AFS)	133	183
Insgesamt	132	183

Im Vorjahr konnten im Zuge volatiler Märkte entsprechende Marktopportunitäten genutzt werden. Diese positiven Ergebnisbeiträge der Wertpapiere ließen sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht in ähnlicher Größenordnung wiederholen.

Auch das Ergebnis aus dem Verkauf von Beteiligungen blieb moderat unter dem Vorjahreswert. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten unter anderem Anteile am Kartendienstleister ConCardis GmbH veräußert werden. Im Vorjahr war das Ergebnis unter anderem durch den Vollzug des Verkaufs der cellent AG Anfang Jahres 2016 begünstigt. Zudem wiederholten sich positive Beiträge aus nachträglichen Kaufpreisanpassungen nicht.

27. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen.

Das Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen umfasst die ergebniswirksam erfassten Erfolgsbeiträge aus Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden. Neben den anteiligen Periodenergebnissen werden auch Ergebnisbeiträge, die aus der Fortschreibung der im Rahmen der Kaufpreisallokation aufgedeckten stillen Reserven und Lasten resultieren, in diesem Posten erfasst. Erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen bei at Equity bewerteten Unternehmen werden erfolgsneutral im Konzerneigenkapital erfasst.

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Laufende Erträge	19	27
Wertminderungen	-13	-19
Zuschreibungen	16	9
Ergebnis aus Anteilen an assoziierten Unternehmen	22	18
Laufende Aufwendungen	-5	-1
Laufende Erträge	13	1
Wertminderungen	0	-5
Ergebnis aus Anteilen an Joint Ventures	9	-5
Insgesamt	31	13

28. Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Die wesentlichen Komponenten des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses sind Erträge bzw. Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, Leasinggeschäften sowie Rückstellungen.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Veräußerung von Vorräten	154	255
Auflösung von übrigen Rückstellungen	32	72
Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen	16	16
Aufwandsersatzung Dritter	27	35
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	1	1
Operate-Lease-Verhältnisse	21	25
Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	1	2
Mieterträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	50	48
Erträge aus dem Abgang von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	13	22
Nettogewinne aus der Fair-Value-Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	40	24
Währungsumrechnung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-2	7
Übrige betriebliche Erträge	95	83
Sonstige betriebliche Erträge	448	591
Veräußerung von Vorräten	-138	-227
Zuführung zu übrigen Rückstellungen	-85	-99
Wertminderung von Vorräten	0	-1
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	0	-1
Operate-Lease-Verhältnisse	-7	-7
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	-16	-13
Nettoverluste aus der Fair-Value-Bewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	-11	-14
Übrige betriebliche Aufwendungen	-90	-128
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-347	-490
Insgesamt	101	101

Die Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Vorräten resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden sowie aus unfertigen Erschließungsmaßnahmen.

Wie im Vorjahr war das laufende Jahr durch die Netto-Zuführung von Rückstellungen, hauptsächlich im Zusammenhang mit Rechtsrisiken, gekennzeichnet. Gegenläufig verbesserte sich das Ergebnis aus der Veräußerung von zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten deutlich um 32 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR), was in den übrigen betrieblichen Erträgen ersichtlich ist.

Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien blieb ggü. dem Vorjahr unverändert.

29. Verwaltungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen des LBBW-Konzerns setzen sich aus dem Personalaufwand, den anderen Verwaltungsaufwendungen sowie den Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte zusammen.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Löhne und Gehälter	-716	-734
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	-132	-130
Soziale Abgaben	-113	-115
Sonstige Personalaufwendungen	-65	-58
Personalaufwand	-1 026	-1 036
EDV-Kosten	-336	-334
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	-99	-99
Aufwendungen aus Operate-Lease-Verhältnissen	-44	-39
Raumkosten	-51	-54
Verbands- und sonstige Beiträge	-30	-31
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	-26	-26
Honorare des Abschlussprüfers	-13	-13
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	-92	-92
Andere Verwaltungsaufwendungen	-691	-688
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte ¹	-71	-43
Abschreibungen Sachanlagen ¹	-36	-47
Abschreibungen	-108	-89
Insgesamt	-1 824	-1 814

¹ Hier enthalten sind sowohl die planmäßigen als auch die außerplanmäßigen Abschreibungen. Der Teilbetrag der außerplanmäßigen Abschreibungen kann den Notes 40 und 42 entnommen werden.

Die Personalaufwendungen entwickelten sich im Wesentlichen bedingt durch einen Rückgang der Mitarbeiterzahl rückläufig.

Trotz umfangreicher Aufwendungen zur Modernisierung der IT-Architektur, bspw. in Form der Produktivnahme eines neuen Kernbanksystems im April 2017 sowie hoher Investitionen im Hinblick auf eine stärkere Digitalisierung, verblieben die anderen Verwaltungsaufwendungen auf Vorjahresniveau. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das im langfristigen Vergleich hohe Investitionsniveau des Jahres 2016 gehalten wurde.

In den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen waren u. a. Porto-, Transport- und Kommunikationskosten i. H. v. – 15 Mio. EUR (Vorjahr: – 18 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für Büro- und KFZ-Kosten i. H. v. – 15 Mio. EUR (Vorjahr: – 14 Mio. EUR) enthalten.

Nähere Erläuterungen zu den Leasingangaben finden sich in Note 68.

Der merkliche Anstieg der Abschreibungen war auf höhere Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte zurückzuführen, die nachgelagert aus Investitionen der Vorjahre resultierten. Niedrigere Abschreibungen auf Sachanlagen konnten diesen Effekt nicht vollständig kompensieren.

Die Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung enthielten:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	-123	-124
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	-54	-63
Laufender Dienstzeitaufwand	-70	-61
Sonstige Erträge und Aufwendungen inklusive Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen	1	0
Andere Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	-7	-5
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionsverpflichtungen	-2	-2
Insgesamt	-132	-130

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altersvorsorge hat der LBBW-Konzern im Geschäftsjahr – 59 Mio. EUR (Vorjahr: – 60 Mio. EUR) für Mitarbeiter in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt und unter den sozialen Abgaben ausgewiesen.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers i. H. V. – 13 Mio. EUR (Vorjahr: – 13 Mio. EUR) setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.– 31.12.2017	01.01.– 31.12.2016
Abschlussprüfungsleistungen	-11	-8
Andere Bestätigungsleistungen	-1	-2
Sonstige Leistungen	-1	-3
Insgesamt	-13	-13

Die Abschlussprüfungsleistungen bezogen sich vor allem auf die Prüfungen des Jahres- und Konzernabschlusses des Mutterunternehmens sowie verschiedene Jahresabschlussprüfungen ihrer Tochterunternehmen einschließlich gesetzlicher Auftragsweiterungen und mit dem Aufsichtsrat vereinbarter Prüfungsschwerpunkte. Prüfungsintegriert erfolgten prüferische Durchsichten von Zwischenabschlüssen sowie projektbegleitende Prüfungen IT-gestützter, rechnungslegungsbezogener Systeme und projektbegleitende Prüfungen zur Einführung von neuen rechnungslegungsbezogenen Standards.

Die anderen Bestätigungsleistungen betreffen die Erteilung eines Comfort Letters im Zusammenhang mit der Ausgabe von Schuldverschreibungen sowie gesetzlich oder vertraglich vorgesehene Prüfungen, wie z. B. die Prüfung nach § 16j Abs. 2 Satz 2 FinDAG, die Prüfung nach § 36 WpHG und § 68 Abs. 7 KAGB und die Prüfung für die Beitragsbemessung für das als Einlagensicherungssystem anerkannte institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppen nach § 5 Abs. 1 EinSiG.

Die Steuerberatungsleistungen umfassen Leistungen im Zusammenhang mit der Erstellung von Steuererklärungen.

Sonstige Leistungen beinhalten Tätigkeiten zur Qualitätssicherung sowie Schulungen.

30. Restrukturierungsergebnis.

In diesem Posten werden Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen erfasst. Eine Rückstellung wird nur angesetzt, wenn die allgemeinen Ansatzkriterien für Rückstellungen gemäß IAS 37 erfüllt sind.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	3	20
Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	-43	-101
Laufender Aufwand aus Restrukturierungsmaßnahmen	0	-7
Insgesamt	-41	-87

Das Restrukturierungsergebnis entfällt überwiegend auf die Bildung von Rückstellungen für Umstrukturierungen in den das Kreditgeschäft betreffenden Marktfolgeeinheiten sowie auf Programme zur Steigerung der Effizienz der sonstigen Betriebsabläufe.

31. Ertragsteuern.

Der Ertrag bzw. die Aufwendungen aus Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Tatsächliche Ertragsteuern des Berichtszeitraums	-70	-82
Tatsächliche Ertragsteuern aus früheren Jahren	-15	5
Tatsächliche Ertragsteuern	-85	-76
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen Nutzung von bislang nicht aktivierten Verlustvorträgen und Steuergutschriften	38	22
Latente Ertragsteuern	-12	-55
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	15	13
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	-19	-2
davon latenter Steueraufwand wegen Wertberichtigungen oder Aufhebung von früheren Wertberichtigungen	-3	-34
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	34	24
Insgesamt	-97	-131

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Konzernergebnis vor Steuern	515	142
Anzuwendender Steuersatz	30,42%	30,42%
Rechnerische Ertragsteuer	-157	-43
Steuereffekte		
aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	-49	-21
aus vorgenommenen Wertkorrekturen	61	-18
aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	-19	9
aus permanenten Steuereffekten	3	-103
aus Steuersatzänderungen	-19	-2
aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	36	6
aus sonstigen Unterschieden	12	-7
aus steuerfreien Erträgen	35	48
Insgesamt	-97	-131

Der für die Überleitung anzuwendende Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0% (Vorjahr: 15,0%) zuzüglich dem Solidaritätszuschlag i. H. v. 5,5% (Vorjahr: 5,5%) und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (Durchschnitt: 14,59%, Vorjahr: 14,59%). Daraus ergibt sich ein gesamter inländischer Ertragsteuersatz für den Konzern von 30,42% (Vorjahr: 30,42%).

Der Steuereffekt aus den nicht abziehbaren Betriebsausgaben wird im Wesentlichen durch die Bankenabgabe beeinflusst.

Die Position Steuereffekte aus vorgenommenen Wertkorrekturen enthält im Wesentlichen die Aktivierung von latenten Steuern auf Verlustvorträge für die Auslandsniederlassung New York.

Die Steuereffekte aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen entfallen im Wesentlichen auf die Auslandsniederlassung New York und sind auf die in den Vereinigten Staaten mit Wirkung zum 1. Januar 2018 erfolgte Steuerreform zurückzuführen.

Die steuerfreien Erträge beinhalten insbesondere Effekte aus der Veräußerung von Konzerngesellschaften sowie steuerfreie Dividendeneinkünfte. Daneben sind Effekte aus den steuerlichen Regelungen zu den Zinsaufwendungen/-erträgen der Auslandsniederlassung in New York enthalten.

Der Bestand an steuerlichen Verlust- und Zinsvorträgen sowie die Teilbeträge, für die eine aktive latente Steuer angesetzt, nicht angesetzt oder eine Wertberichtigung vorgenommen wurde, sind in nachstehender Tabelle dargestellt. Für die nicht angesetzten Verlust- und Zinsvorträge wird angegeben, ob sie in den Folgejahren nach dem jeweils anzuwendenden Steuerrecht noch genutzt werden können. Verlust- und Zinsvorträge in Deutschland steuerpflichtiger Unternehmen sind zeitlich unbegrenzt nutzbar.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Bestand an Verlust- und Zinsvorträgen (Summe)	5 840	6 264
davon Verlust- und Zinsvorträge, für die eine aktive latente Steuer gebildet wurde	2 188	2 214
davon Verlust- und Zinsvorträge, für die keine aktive latente Steuer angesetzt wurde	3 652	4 050
davon verfallen 2017 und später	56	459
davon unverfallbar	3 596	3 591
Nicht angesetzte temporäre Differenzen zum Bilanzstichtag	68	91

Für Konzernunternehmen, die im laufenden oder in dem vorherigen Geschäftsjahr einen steuerlichen Verlust erwirtschaftet haben, wurden aktive latente Steuern in Höhe von 7 Mio. EUR (im Vorjahr 5 Mio. EUR) angesetzt, für welche die Realisierung von künftigen zu versteuernden Ergebnissen abhängt, die höher als die Ergebniseffekte aus der Umkehrung bestehender zu versteuernder temporärer Differenzen sind. Der Ansatz beruht auf einer steuerlichen Planungsrechnung für das jeweilige Unternehmen bzw. für den Organkreis.

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Bilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten dar.

Aktive und passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten erfasst:

Mio. EUR	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2017	2016	2017	2016
Aktivposten				
Forderungen (inklusive Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	51	463	- 779	- 22
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	2 447	3 831	- 57	- 1 981
Finanzanlagen	44	121	- 27	- 58
Immaterielle Vermögenswerte	3	3	- 23	- 5
Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	20	18	- 87	- 90
Sonstige Aktiva	8	9	- 53	- 107
Passivposten				
Verbindlichkeiten	722	34	- 348	- 771
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	2	- 1 793	- 1 381
Rückstellungen	605	602	- 1	- 2
Sonstige Passiva	54	72	- 111	- 78
Verlust- und Zinsvorräge	316	348	0	0
Outside Basis Differences	0	0	- 3	- 3
Saldierung	- 3 254	- 4 466	3 254	4 466
Insgesamt	1 016	1 037	- 28	- 31
Veränderung des Saldos an latenten Steuern				
davon erfolgswirksame Veränderungen	- 17	9		
davon aus Neubewertungsrücklage (Finanzanlagen - Gewinne/ Verluste aus AfS-Finanzinstrumenten)	- 12	- 55		
davon aus Bewertungsgewinnen/-verlusten finanzieller Verbindlichkeiten	2	- 11		
davon aus Gewinnrücklage (Rückstellungen - Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	4	4		
davon aus Gewinnrücklage (Rückstellungen - Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste)	- 5	68		
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen	- 6	4		

Im Geschäftsjahr wurden in der Neubewertungsrücklage (Finanzanlagen Gewinne/Verluste aus AfS-Finanzinstrumenten) Steuereffekte in Höhe von insgesamt 1 Mio. EUR (Vorjahr: - 5 Mio. EUR) erfasst, die latente Steuern mit 2 Mio. EUR (Vorjahr: - 11 Mio. EUR) und tatsächliche Steuern mit - 1 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR) enthalten.

Für zu versteuernde temporäre Differenzen aus Anteilen an Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen in Höhe von 4 Mio. EUR (Vorjahr: 10 Mio. EUR) wurden keine passiven latenten Steuern gebildet, da mit einer Umkehrung der temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist.

Angaben zur Bilanz.

32. Barreserve.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Guthaben bei Zentralnotenbanken	22 565	13 346
Kassenbestand	164	186
Insgesamt	22 729	13 532

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken waren Guthaben bei der Deutschen Bundesbank i. H. v. 17 410 Mio. EUR (Vorjahr: 9 767 Mio. EUR) enthalten.

33. Forderungen an Kreditinstitute.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Kommunalkredite	26 462	25 795
Kontokorrentforderungen	1 015	985
Wertpapierpensionsgeschäfte	10 148	7 676
Andere Kredite	2 340	2 043
Schuldscheindarlehen	6	50
Tages- und Termingelder	7 189	1 209
Hypothekendarlehen	298	199
Sonstige Forderungen	725	1 331
Insgesamt	48 184	39 288
davon an Central Counterparties	4 598	5 042

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Inländische Kreditinstitute	33 842	32 438
Ausländische Kreditinstitute	14 341	6 849
Insgesamt	48 184	39 288

Aufgrund der fortgesetzten strategischen Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung kam es weiterhin zu Verschiebungen zwischen einzelnen Bilanzposten. Im Rahmen dessen erhöhten sich die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten und Kunden. Im Wesentlichen betraf dies Tages- und Termingelder. Im Gegenzug verminderte sich das Volumen der erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerte bzw. Verpflichtungen.

34. Forderungen an Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Andere Kredite	22 862	26 982
Hypothekendarlehen	30 506	30 322
Kommunalkredite	17 479	17 888
Forderungen aus Finance Lease	5 367	4 941
Weiterleitungsdarlehen	3 199	3 117
Wertpapierpensionsgeschäfte	10 830	12 336
Kontokorrentforderungen	2 761	3 359
Tages- und Termingelder	5 599	4 892
Schuldscheindarlehen	5 413	3 712
Sonstige Forderungen	4 316	3 683
Insgesamt	108 332	111 232
davon an Central Counterparties	2 220	5 597

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Inländische Kunden	76 520	74 317
Ausländische Kunden	31 812	36 915
Insgesamt	108 332	111 232

Maßgeblich für die Bestandsreduzierung war unter anderem der Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter. Bei den Kommunalkrediten wirkte sich dies über die Rückzahlung des Guarantee-Financing-Loans an Sealink und bei den anderen Krediten über die Rückführung des Junior Loans an Sealink aus. Bereinigt um diesen Effekt stiegen die Forderungen an Kunden, wobei hier insbesondere Geschäfte mit Mittelstandskunden und großen Unternehmenskunden ausgebaut werden konnten.

Im Posten Andere Kredite waren im Wesentlichen Konsortialkredite i. H. v. 5 689 Mio. EUR (Vorjahr: 7 768 Mio. EUR) sowie nicht hypothekarisch besicherte Unternehmensfinanzierungen enthalten.

Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 68.

35. Risikovorsorge.

Die aktivisch abgesetzte Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 1. Januar 2017	1	718	65	10	99	10
Verbrauch	0	- 183	- 17	0	0	0
Zuführung	0	181	22	2	46	9
Auflösung	0	- 101	- 14	- 8	- 54	- 9
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	- 10	0	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	- 15	0	0	- 1	- 1
Stand 31. Dezember 2017	1	589	56	4	90	9

Mio. EUR	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 1. Januar 2016	2	1 013	91	6	108	13
Verbrauch	0	- 284	- 27	0	0	0
Zuführung	0	173	20	6	43	3
Auflösung	- 1	- 166	- 16	- 3	- 49	- 5
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	- 1	0	0	- 2	0
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	- 19	0	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	3	- 3	0	- 1	- 1
Stand 31. Dezember 2016	1	718	65	10	99	10

Für Rückstellungen im Kreditgeschäft siehe Ausführungen in Note 49. Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 68.

36. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Handelsaktiva	28 698	46 648
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	732	750
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	1 956	2 777
Insgesamt	31 386	50 175

Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6 178	9 014	110	97
Geldmarktpapiere	382	944	0	0
Anleihen und Schuldverschreibungen	5 796	8 070	110	97
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 876	689	215	203
Aktien	718	402	0	0
Investmentanteile	1 157	286	214	201
Sonstige Wertpapiere	0	0	0	2
Sonstige	2 897	13 020	408	450
Schuldscheindarlehen	2 704	3 007	408	425
Sonstige Geldmarktgeschäfte	34	8 879	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite			0	24
Übrige	159	1 135	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	17 747	23 925		
Insgesamt	28 698	46 648	732	750

Der Rückgang der Handelsaktiva war im Wesentlichen auf ausgelaufene Tages- und Termingelder mit nationalen und internationalen Banken im Zuge der Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung zurückzuführen (siehe Note 33), die in der Position Sonstige Geldmarktgeschäfte dargestellt werden. Anleihen und Schuldverschreibungen des Handelsbestands verminderten sich im Wesentlichen aufgrund von Tilgungen und Verkäufen von Inlandsanleihen. Darüber hinaus reduzierten sich positive Marktwerte aus Handelsderivaten vor allem durch zinsinduzierte Effekte.

Der Posten enthielt insgesamt gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. 110 Mio. EUR (Vorjahr: 291 Mio. EUR).

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Wertpapiere gliederten sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	6 449	7 153	74	58
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	1 604	2 550	250	240
Nicht börsenfähige Wertpapiere	0	0	0	1
Insgesamt	8 054	9 703	324	300

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Geldmarktpapiere sowie Anleihen und Schuldverschreibungen gliederten sich auf öffentliche und andere Emittenten wie folgt auf:

Mio. EUR	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Öffentliche Emittenten	475	447	26	27
Andere Emittenten	5 703	8 567	84	70
Insgesamt	6 178	9 014	110	97

Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die positiven Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die im Wesentlichen zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden und den Anforderungen des IFRS Hedge Accountings genügen. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Positive Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	1 560	2 263
Positive Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	396	514
Insgesamt	1 956	2 777

Die Positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	6	- 1
Kategorie AfS	5	- 1
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20	24
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	92	141
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	35	44
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	242	306
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	1 560	2 263
Insgesamt	1 956	2 777

37. Finanzanlagen.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	22 071	24 788
Geldmarktpapiere	2 046	366
Anleihen und Schuldverschreibungen	20 025	24 422
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	14	14
Sonstige Wertpapiere	14	14
Beteiligungen	704	785
Anteile an verbundenen Unternehmen	60	106
Insgesamt	22 848	25 693

Die Verminderung der Finanzanlagen war im Wesentlichen auf den Rückgang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere der Kategorie Loans and Receivables zurückzuführen. Im Vordergrund stand hierbei der Abgang des Garantiebonds der GPBW GmbH & Co. KG in Höhe von -4,3 Mrd. EUR im Zusammenhang mit dem Verkauf des Sealink-Portfolios durch den Verwalter.

In den Finanzanlagen waren gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. insgesamt 1 376 Mio. EUR (Vorjahr: 1 206 Mio. EUR) enthalten.

Der Bestand an Wertpapieren in den Finanzanlagen gliederte sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	19 766	24 169
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	2 298	613
Nicht börsenfähige Wertpapiere	20	20
Insgesamt	22 085	24 802

Der Bestand an Geldmarktpapieren sowie Anleihen und Schuldverschreibungen der Finanzanlagen teilte sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Öffentliche Emittenten	7 471	14 381
Andere Emittenten	14 599	10 407
Insgesamt	22 071	24 788

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen in den Geschäftsjahren 2017 und 2016 dargestellt:

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2017	700	168	868
Zugänge	4	0	4
Abgänge	-202	-98	-299
Veränderung aus Währungsumrechnung	-7	0	-7
Umbuchungen	-5	5	0
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	5	5
Stand 31. Dezember 2017	490	81	571
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2017	-186	-109	-295
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-8	0	-8
Abgänge	92	59	152
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	1
Umbuchungen	3	-3	0
Veränderung aus Konsolidierungskreis	0	-4	-4
Stand 31. Dezember 2017	-97	-57	-154
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2017	271	46	317
Änderungen Fair Value	62	18	80
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	1
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-18	-33	-51
Umbuchungen	-5	5	0
Stand 31. Dezember 2017	311	36	346
Buchwert zum 31. Dezember 2017	704	60	763

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2016	699	242	941
Zugänge	19	2	20
Abgänge	-50	-45	-95
Veränderung aus Währungsumrechnung	2	0	2
Veränderung aus Konsolidierungskreis	31	-31	0
Stand 31. Dezember 2016	700	168	868
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2016	-190	-131	-321
Abschreibungen des Geschäftsjahres	-2	-1	-3
Abgänge	22	10	32
Umbuchungen	0	0	-1
Veränderung aus Konsolidierungskreis	-15	13	-2
Stand 31. Dezember 2016	-186	-109	-295
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2016	350	53	403
Änderungen Fair Value	-68	-6	-75
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	-13	0	-13
Veränderung aus Konsolidierungskreis	1	0	1
Umbuchungen	1	0	1
Stand 31. Dezember 2016	271	46	317
Buchwert zum 31. Dezember 2016	785	106	891

38. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Assoziierte Unternehmen	240	226
Joint Ventures	4	7
Insgesamt	245	233

39. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Im Zuge der stetigen Optimierung ihres Portfolios führte die LBBW im Berichtszeitraum Verhandlungen über den Verkauf von langfristigen Vermögenswerten sowie Veräußerungsgruppen bzw. hat diese abgeschlossen.

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich in Bezug auf die als zur Veräußerung klassifizierten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen folgende Änderungen:

- Für einige Immobilienobjekte, die den Berichtssegmenten Corporates und Corporate Items zugeordnet sind, wurden Verkaufsverhandlungen im zweiten Halbjahr 2016 aufgenommen. Ein Teil dieser Objekte wurde im ersten Halbjahr 2017 verkauft. Für ein Objekt erfolgte der Verkauf nach dem Bilanzstichtag 30. Juni 2017. Der Verkauf der restlichen Objekte erfolgte im dritten Quartal 2017.
- Im zweiten Halbjahr 2016 wurden darüber hinaus Verkaufsgespräche für eine nicht konsolidierte Beteiligung aufgenommen. Der Verkauf dieser Beteiligung ist nach dem Bilanzstichtag 30. Juni 2017 erfolgt. Hiervon betroffen ist das Berichtssegment Corporate Items.
- Für eine als Finanzinvestition gehaltene Immobilie wurden Verkaufsgespräche im ersten Halbjahr 2017 aufgenommen. Der Verkauf der Immobilie wird für das erste Halbjahr 2018 erwartet. Hiervon betroffen ist das Segment Corporate Items.
- Für eine weitere als Finanzinvestition gehaltene Immobilie, die dem Berichtssegment Corporates zugeordnet ist, wurden im Dezember 2017 Verkaufsgespräche aufgenommen. Die Veräußerung dieses Objekts erfolgte bereits nach dem Bilanzstichtag 31. Dezember 2017.

Aus der Umklassifizierung der langfristigen Vermögenswerte gemäß IFRS 5 resultierte im Berichtszeitraum kein Wertminderungsbedarf.

Die Hauptgruppen der als Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden stellten sich wie folgt dar:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Aktiva		
Finanzanlagen	0	28
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	104	52
Sachanlagen	0	111
Insgesamt	104	191

40. Immaterielle Vermögenswerte.

Die Bestandsentwicklung der Immateriellen Vermögenswerte kann den folgenden Aufstellungen für 2017 und 2016 entnommen werden:

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2017	790	0	69	88	20	968
Zugänge	44	0	14	0	8	67
Umbuchungen	47	0	-64	0	17	0
Abgänge	-24	0	0	0	0	-24
Stand 31. Dezember 2017	857	0	20	88	46	1 010
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2017	-675	0	0	-33	-11	-719
Planmäßige Abschreibungen	-56	0	0	-4	-9	-69
Außerplanmäßige Abschreibungen	-2	0	0	0	0	-2
Abgänge	24	0	0	0	0	24
Stand 31. Dezember 2017	-710	0	0	-37	-19	-766
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2017	115	0	69	55	10	249
Stand 31. Dezember 2017	147	0	20	51	27	244

Mio. EUR	Erworbene Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2016	725	933	51	49	15	1 773
Veränderung aus Währungsumrechnung	-1	0	0	0	0	-1
Zugänge	34	0	55	40	2	130
Umbuchungen	33	0	-36	0	3	0
Abgänge	0	-933	0	0	0	-934
Stand 31. Dezember 2016	790	0	69	88	20	968
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2016	-640	-553	0	-31	-8	-1 231
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	-37	0	0	-3	-3	-43
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	-379	0	0	0	-379
Abgänge	0	933	0	0	0	934
Stand 31. Dezember 2016	-675	0	0	-33	-11	-719
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2016	85	379	51	18	8	541
Stand 31. Dezember 2016	115	0	69	55	10	249

Die Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, sind – mit Ausnahme des Goodwills (separater Posten der Gewinn- und Verlustrechnung) – in dem Posten Abschreibungen auf Immaterielle Vermögenswerte in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte i. H. v. 170 Mio. EUR (Vorjahr: 142 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

Goodwill.

Mio. EUR	Corporates		Insgesamt	
	2017	2016	2017	2016
Bestand zum 1. Januar	0	379	0	379
Wertminderungen	0	-379	0	-379
Bestand zum 31. Dezember	0	0	0	0

Da im Geschäftsjahr 2016 der noch verbliebene Goodwill in Höhe von 379 Mio. EUR vollständig abzuschreiben war, ist im aktuellen Geschäftsjahr kein Goodwill mehr aktiviert.

41. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Die Buchwerte der zum Fair Value bewerteten Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2017	2016
Buchwert 31. Dezember	574	649
Korrektur Vorjahreswerte	0	13
Buchwert 1. Januar	574	663
Zugänge	6	6
Abgänge	-8	-47
Veränderung aus Konsolidierungskreis	78	0
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	-107	-72
Veränderung aus Währungsumrechnung	-14	4
Fair-Value-Änderungen aus Beständen (erfolgswirksam)	25	10
Umbuchungen aus/in Vorräte und Sachanlagen	0	10
Buchwert 31. Dezember	554	574

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien i. H. v. 554 Mio. EUR (Vorjahr: 574 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

42. Sachanlagen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens im Berichts- und Vorjahr stellte sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete An- zahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Finance Lease	Leasing- gegenstände Operate Lease	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2017	874	138	271	0	9	254	1 547
Veränderung aus Währungsumrechnung	-1	0	0	0	0	0	-1
Zugänge	10	0	7	0	0	3	21
Umbuchungen	-1	0	0	0	0	1	0
Abgänge	-1	-7	-24	0	0	0	-33
Stand 31. Dezember 2017	880	132	255	1	9	258	1 535
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2017	-563	-123	-189	0	-7	-158	-1 040
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	0	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	-20	-3	-12	0	-1	-7	-43
Umbuchungen	0	0	0	0	0	-1	0
Abgänge	1	7	21	0	0	0	30
Stand 31. Dezember 2017	-582	-119	-180	0	-7	-165	-1 053
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2017	311	15	82	0	2	96	507
Stand 31. Dezember 2017	299	13	75	1	2	93	482

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete An- zahlungen und Anlagen im Bau	Leasing- gegenstände Finance Lease	Leasing- gegenstände Operate Lease	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten							
Stand 31. Dezember 2015	1 102	138	305	6	10	267	1 828
Korrektur Vorjahreswerte	-9	0	0	0	0	0	-9
Stand 1. Januar 2016	1 093	138	305	6	10	267	1 819
Veränderung aus Währungsumrechnung	2	0	-1	0	0	0	1
Zugänge	2	1	9	0	0	1	12
Umbuchungen	9	1	-21	-6	0	12	-5
Abgänge	-60	-1	-20	0	-1	0	-81
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	-173	0	0	0	0	-26	-199
Stand 31. Dezember 2016	874	138	271	0	9	254	1 547
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 31. Dezember 2015	-659	-120	-210	0	-7	-162	-1 158
Korrektur Vorjahreswerte	3	0	0	0	0	0	3
Stand 1. Januar 2016	-657	-120	-210	0	-7	-162	-1 155
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	1	0	0	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-29	-3	-14	0	-1	-7	-54
Umbuchungen	-6	0	14	0	0	-7	1
Abgänge	60	1	19	0	1	0	80
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	70	0	0	0	0	18	88
Stand 31. Dezember 2016	-563	-123	-189	0	-7	-158	-1 040
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2016	436	18	95	6	3	105	664
Stand 31. Dezember 2016	311	15	82	0	2	96	507

Die Abschreibungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Abschreibungen auf Sachanlagen in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Sachanlagen i. H. v. 423 Mio. EUR (Vorjahr: 434 Mio. EUR) besaßen zum Stichtag eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

43. Ertragsteueransprüche.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Laufende Ertragsteueransprüche	92	116
davon Inland	86	111
davon Ausland	6	5
Latente Ertragsteueransprüche	1 016	1 037
Insgesamt	1 108	1 153

Die laufenden Ertragsteueransprüche sind i. H. v. 92 Mio. EUR (Vorjahr: 116 Mio. EUR) innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteueransprüche i. H. v. 1 016 Mio. EUR (Vorjahr: 1 037 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteueransprüchen wird auf die Angaben unter Note 31 verwiesen.

44. Sonstige Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Vorräte	447	333
Forderungen an Finanzbehörden	39	31
Übrige Sonstige Aktiva	1 089	497
Insgesamt	1 575	861

In den Sonstigen Aktiva waren Vermögenswerte i. H. v. 408 Mio. EUR (Vorjahr: 219 Mio. EUR) enthalten, die eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten besitzen.

Es wurden Fremdkapitalzinsen i. H. v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) aktiviert (nähere Erläuterung siehe Note 18).

Die Vorräte unterteilen sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	139	118
Unfertige Leistungen und Erschließungsmaßnahmen	71	76
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	2	1
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	112	47
Sonstiges Vorratsvermögen	124	91
Insgesamt	447	333

Der Buchwert der Vorräte, die zum Fair Value abzüglich Verkaufsaufwendungen angesetzt wurden, betrug 28 Mio. EUR (Vorjahr: 15 Mio. EUR).

Der Buchwert der Vorräte, die als Sicherheit für Verbindlichkeiten verpfändet wurden, betrug 90 Mio. EUR (Vorjahr: 53 Mio. EUR).

Wertminderungen, sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis ausgewiesen.

Unter dem Sonstigen Vorratsvermögen werden u. a. Edelmetallbestände ausgewiesen.

45. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.**Geschäftsartengliederung.**

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Wertpapierpensionsgeschäfte	3 276	3 298
Weiterleitungsdarlehen	25 540	23 880
Schuldscheindarlehen	3 679	4 125
Tages- und Termingelder	24 207	7 359
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	718	697
Kontokorrentverbindlichkeiten	2 028	2 655
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	300	268
Sonstige Verbindlichkeiten	2 149	2 287
Insgesamt	61 895	44 568
davon gegenüber Central Counterparties	993	1 393

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Inländische Kreditinstitute	45 503	39 031
Ausländische Kreditinstitute	16 392	5 537
Insgesamt	61 895	44 568

Der Anstieg der Tages- und Termingelder stand im Wesentlichen im Zusammenhang mit der fortgesetzten strategischen Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung (siehe Notes 33).

46. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.**Geschäftsartengliederung.**

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Kontokorrentverbindlichkeiten	41 464	34 422
Tages- und Termingelder	21 542	15 226
Schuldscheindarlehen	1 903	2 026
Wertpapierpensionsgeschäfte	1 445	5 038
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	3 164	3 646
Spareinlagen	6 370	6 979
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	716	783
Sonstige Verbindlichkeiten	2 811	2 521
Insgesamt	79 415	70 641
davon gegenüber Central Counterparties	900	3 677

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Inländische Kunden	68 257	60 748
Ausländische Kunden	11 158	9 893
Insgesamt	79 415	70 641

Bedingt durch die Anpassungen im Liquiditätsmanagement (siehe Note 33) stiegen insbesondere die Tages- und Termingelder trotz des Abgangs der vom Land Baden-Württemberg als Barsicherheit für den Risikoschirm hinterlegten Mittel sowie die Kontokorrentverbindlichkeiten an (siehe Vermögenslage im Rahmen der Geschäftsentwicklung).

47. Verbriefte Verbindlichkeiten.

Unter den Verbrieften Verbindlichkeiten werden in erster Linie begebene Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, die in Form einer übertragbaren Urkunde verbrieft wurden, ausgewiesen.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Begebene Schuldverschreibungen	31 584	28 599
Hypothekenspfandbriefe	9 591	9 129
Öffentliche Pfandbriefe	4 561	4 042
Sonstige Schuldverschreibungen	17 432	15 429
Andere Verbriefte Verbindlichkeiten	12 848	5 743
Insgesamt	44 432	34 343

Die kurzfristige Refinanzierung über verbrieft Geldmarktgeschäfte wurde ebenfalls, hauptsächlich im Zuge der Neuausrichtung der Liquiditätssteuerung, um 7,1 Mrd. EUR ausgeweitet. Bei den sonstigen Schuldverschreibungen überstieg die Neuemission von Anleihen und Schuldverschreibungen die Tilgungen und Fälligkeiten, sodass der Bestand anstieg. Hierfür waren hauptsächlich zwei Emissionen verantwortlich, wozu der erste von der LBBW emittierte Green Bond mit einem Volumen von 750 Mio. EUR zählte.

In der Berichtsperiode wurden neue Emissionen, im Wesentlichen kurzlaufende Geldmarktpapiere, mit einem Nominalvolumen von 651 747 Mio. EUR (Vorjahr: 508 852 Mio. EUR) begeben. Der Erstabatz kann dabei deutlich unter dem begebenen Nominalvolumen liegen. Im gleichen Zeitraum belief sich das Volumen der Rückkäufe auf nominal 16 952 Mio. EUR (Vorjahr: 5 585 Mio. EUR) und das Volumen der Rückzahlungen auf nominal 393 623 Mio. EUR (Vorjahr: 225 621 Mio. EUR).

48. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Handelspassiva	21 882	63 090
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	2 726	2 768
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 315	3 989
Insgesamt	27 922	69 846

Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

Mio. EUR	Handelspassiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten	15 493	21 394		
Geldmarktgeschäfte	142	28 856	83	94
Verbriefte Verbindlichkeiten	4 874	11 464	930	1 114
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	1 289	1 349		
Schuldscheindarlehen	83	25	687	697
Nachrangige Verbindlichkeiten			462	278
Sonstige	1	2	563	585
Insgesamt	21 882	63 090	2 726	2 768

Maßgebliche Ursache für den rückläufigen Bestand an Handelspassiva waren die fortgesetzten Anpassungen des Liquiditätsmanagements (siehe Note 33). Hieraus resultierte insbesondere die kräftige Abnahme von Geldmarktgeschäften, was im Wesentlichen auf Fälligkeiten zurückzuführen war. Parallel dazu reduzierten sich die Verbrieften Verbindlichkeiten. Die Negativen Marktwerte aus Handelsderivaten reduzierten sich zinsinduziert.

Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die negativen Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden und den Anforderungen des IFRS Hedge Accountings genügen. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Negative Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2 434	2 908
Negative Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	881	1 081
Insgesamt	3 315	3 989

Die Negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten verteilen sich auf die Grundgeschäfte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	22	28
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	208	261
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	633	775
Kategorie AFS	633	775
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	10	16
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	8	0
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2 434	2 908
Insgesamt	3 315	3 989

49. Rückstellungen.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	3 166	3 160
Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	191	182
Rückstellungen im Kreditgeschäft	73	59
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	124	112
Übrige Rückstellungen	243	222
Insgesamt	3 796	3 734

Es bestanden zum Stichtag Rückstellungen i. H. v. 205 Mio. EUR (Vorjahr: 186 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von weniger als 12 Monaten.

Pensionsrückstellungen.

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung der Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen dar:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	- 54	- 63
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung von Pensionsrückstellungen	- 70	- 61
Sonstige Erträge und Aufwendungen	1	0
Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	- 123	- 124

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzte sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2017	2016
Stand 1. Januar	3 382	3 144
In der GuV erfasste Veränderungen	128	129
Zinsaufwand/-ertrag	58	68
Laufender Dienstzeitaufwand inklusive Auflösung Pensionsrückstellungen	70	61
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	- 20	216
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-) aus Änderungen der demografischen Annahmen	0	3
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-) aus Änderungen der finanziellen Annahmen	- 4	245
Erfahrungsbedingte versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (-)	- 15	- 27
Wechselkursänderungen	- 1	- 5
Andere Veränderungen	- 114	- 107
Beiträge des Arbeitgebers	0	1
Gezahlte Leistungen	- 114	- 108
Stand 31. Dezember	3 376	3 382

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen gliederte sich nach Art der Begünstigten wie folgt:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Barwert der Pensionsverpflichtungen für aktive Arbeitnehmer	1 244	1 261
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Anwärter	489	484
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Rentner	1 643	1 637
Insgesamt	3 376	3 382

Die Untergliederung dieses Barwerts nach Art der Leistung ergab sich wie folgt:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Barwert der angesammelten, aber verfallbaren Pensionsverpflichtungen	444	311
Barwert der unverfallbaren Pensionsverpflichtungen	2 932	3 071
Insgesamt	3 376	3 382

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen ergab sich aus den folgenden Zusagen bzw. Leistungen:

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch bedingte Leistungen	4	4
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch künftige Gehaltssteigerungen	439	304
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch sonstige Leistungen	2 933	3 074
Insgesamt	3 376	3 382

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2017	31.12.2016
Fluktuation	4,00	4,00
Abzinsungssatz	1,73	1,72
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	1,85	1,85
Erwartete Rentensteigerung	1,70	1,70
Karrieredynamik	0,50	0,50

Die Sterblichkeit, Ehwahrscheinlichkeit und Invalidität ergibt sich nach den Richttafeln 2005G von Heubeck. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnungsmäßigen Pensionierungsalter angesetzt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum Abschlussstichtag hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen. Eine Änderung der einzelnen Parameter um 0,5 Prozentpunkte hätte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen folgende Auswirkungen auf die Versorungsverpflichtung zum Ende des laufenden Geschäftsjahres:

31.12.2017	Zunahme um 0,5 Prozentpunkte	Abnahme um 0,5 Prozentpunkte
Mio. EUR		
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	-244	276
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	88	-81
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	70	-63
Änderung der Karrieredynamik	5	-5
Änderung der Fluktuation	-1	1

31.12.2016	Zunahme um 0,5 Prozentpunkte	Abnahme um 0,5 Prozentpunkte
Mio. EUR		
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	-250	283
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	93	-86
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	73	-66
Änderung der Karrieredynamik	6	-6
Änderung der Fluktuation	-1	1

Eine Verlängerung der Lebenserwartung um ein Jahr würde zu einem Anstieg der Leistungszusagen um 112 Mio. EUR (Vorjahr: 113 Mio. EUR) führen.

Bei der Ermittlung der Sensitivitäten wurde jeder Parameter c.p. gestresst. Eine Korrelation der Bewertungsannahmen untereinander wurde somit nicht berücksichtigt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens wies zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Festgelder und sonstige liquide Mittel	18	21
Level I bewertet	9	11
Level II bewertet	9	10
Wertpapiere	189	198
Wertpapiere – Eigenkapitalinstrumente	44	49
Eigenkapitalinstrumente von Kreditinstituten	35	37
Level I bewertet	35	37
Eigenkapitalinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	10	12
Level II bewertet	10	12
Wertpapiere – Schuldinstrumente	144	149
Schuldinstrumente von Kreditinstituten	136	140
Level I bewertet	136	140
Schuldinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	8	9
Level II bewertet	8	9
Immobilien	3	3
Planvermögen	210	222

Von den vorab aufgeführten Vermögenswerten wurden keine direkt im LBBW-Konzern genutzt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2017	2016
Stand 1. Januar	222	236
In der GuV erfasste Veränderungen	4	5
Zinserträge/-aufwendungen	4	5
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	0	-6
Ertrag/Aufwand aus dem Planvermögen (abzüglich des im Nettozinsergebnis erfassten Ertrags)	1	-1
Wechselkursänderungen	-1	-5
Andere Veränderungen	-16	-13
Beiträge des Arbeitgebers	2	1
Gezahlte Leistungen	-18	-14
Stand 31. Dezember	210	222

Der für das kommende Geschäftsjahr geschätzte, einzuzahlende Beitrag des Arbeitgebers zum Planvermögen beläuft sich im Konzern auf 2 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	3 376	3 382
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ungedeckten Plänen	2 960	2 954
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ganz oder teilweise gedeckten Plänen	415	428
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	-210	-222
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	3 166	3 160
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	3 166	3 160

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der definierten Leistungsverpflichtung beträgt 15,9 Jahre (Vorjahr: 16,2 Jahre).

Die folgende Tabelle zeigt die Fälligkeitsanalyse der Leistungszahlungen im aktuellen Geschäftsjahr:

Mio. EUR	31.12.2017
Fälligkeitsanalyse	
bis 1 Jahr	109
mehr als 1 Jahr bis zu 5 Jahren	492
mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren	705
mehr als 10 Jahre bis zu 15 Jahren	798
mehr als 15 Jahre	3 363

Sonstige Rückstellungen.

Die Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Rückstellungen für Prozess- und Regressrisiken	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2017	112	59	182	222	574
Verbrauch	-38	0	-28	-52	-119
Auflösung	-6	-25	-25	-6	-62
Zuführung	64	39	58	92	253
Umbuchungen	1	0	0	-12	-11
Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	0		7	0	7
Nicht erfolgswirksame Veränderungen	-8	0	0	0	-8
Veränderung aus Währungsumrechnung	-2	0	-1	-1	-3
Stand 31. Dezember 2017	124	73	191	243	631

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich beinhalteten im Wesentlichen Jubiläumsrückstellungen.

Für die Verpflichtung von Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitverträgen bestand zum Abschlussstichtag Planvermögen i. H. v. 9 Mio. EUR. Die Verpflichtung für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverträgen i. H. v. 8 Mio. EUR wurde mit dem Planvermögen gemäß IAS 19.128 verrechnet.

Insgesamt wurden Rückstellungen mit einer Laufzeit von über 12 Monaten i. H. v. 432 Mio. EUR abgezinst.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestanden verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater der Bank Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich sowie die Höhe der Beträge abschätzbar sind. Bei anderen rechtlichen Risiken war der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass eine Zahlung der Bank nicht wahrscheinlich ist (ggf. erfolgt ein Ausweis als Eventualverbindlichkeit) bzw. dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss hat.

50. Ertragsteuerverpflichtungen.

Die Ertragsteuerverpflichtungen enthielten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Steuerzahlungen für Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	47	57
davon Rückstellung für Ertragsteuern	44	53
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	3	4
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	28	31
Insgesamt	75	88

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 47 Mio. EUR (Vorjahr: 57 Mio. EUR) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 28 Mio. EUR (Vorjahr: 31 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteuerverpflichtungen wird auf die Angaben unter Note 31 verwiesen.

51. Sonstige Passiva.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus		
Sonstigen Steuern	52	42
Beschäftigungsverhältnissen	36	34
Lieferungen und Leistungen	105	156
Fremdanteilen	2	0
Finance Lease	3	3
Erhaltene Anzahlungen	32	101
Übrige Sonstige Passiva	968	553
Insgesamt	1 199	889

Die Sonstigen Passiva mit einer Fälligkeit von größer als 12 Monaten betragen 34 Mio. EUR (Vorjahr: 42 Mio. EUR).

Erläuterungen zu Leasingangaben finden sich in Note 68.

52. Nachrangkapital.

Das ausgewiesene Nachrangkapital darf im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Das Nachrangkapital gliederte sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	1 104	1 246
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 158	4 532
Genussrechtskapital	102	117
Insgesamt	5 364	5 895

Im Kalenderjahr wurden Nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 195 Mio. EUR (Nominalbetrag) neu aufgenommen. Dem standen Rückzahlungen in Höhe von 459 Mio. EUR (Nominalbetrag) gegenüber. Zusätzlich wurden Stille Einlagen mit einem Nominalbetrag von 129 Mio. EUR und ein Inhabergenusssrecht in Höhe von 17 Mio. EUR (Nominalbetrag) zurückgezahlt.

Darüber hinaus werden Bewertungen und Agien bzw. Disagien im Nachrangkapital ausgewiesen.

Nachrangkapital i. H. v. 1 50 Mio. EUR (Vorjahr: 1 184 Mio. EUR) war zum Stichtag innerhalb der nächsten 12 Monate fällig.

Nachrangige Verbindlichkeiten.

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) aufgeteilt nach Produktarten.

Mio. EUR	31.12.2017			31.12.2016		
	Kapital	Aufzinsung im Berichts- jahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichts- jahr	Gesamt
Nachrangige EUR- Inhaberschuld- verschreibungen	2 359	35	2 393	2 427	35	2 462
Nachrangige EUR- Namenspapiere	971	12	984	1 357	14	1 371
Nachrangige Fremdwährungs- Inhaberschuldverschreibungen	931	20	952	631	17	648
Insgesamt	4 262	67	4 328	4 415	66	4 481

In der obigen Tabelle sind nachrangige Namenspapiere und Emissionen der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 320 Mio. EUR (Vorjahr: 142 Mio. EUR) enthalten. Im Kalenderjahr wurde eine nachrangige Emission, die der Kategorie Fair-Value-Option zugeordnet wurde, mit einem Nominalkapital von 187 Mio. EUR neu aufgenommen.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten (inklusive der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) betrug – 167 Mio. EUR (Vorjahr: – 155 Mio. EUR).

Genussrechtskapital.

Das Genussrechtskapital erfüllt die Bedingungen des Art. 63 CRR für Ergänzungskapital. Gemäß Art. 64 CRR erfolgte eine taggenaue Amortisierung der Ergänzungskapitalinstrumente während der letzten fünf Jahre ihrer Laufzeit.

Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) stellten sich zum Stichtag wie folgt dar:

31.12.2017 Mio. EUR	Nominal- betrag	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
Namensgenussrechte			
Unternehmen	206	4,77 bis 7,18	bis 2022
Kreditinstitute	10	4,82	31.12.2020
Gesamtsumme	216		

In der obigen Tabelle sind Namensgenussscheine der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 101 Mio. EUR (Vorjahr: 101 Mio. EUR) enthalten.

Das Zinsergebnis für das Genussrechtskapital (inklusive der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) für das Geschäftsjahr betrug insgesamt - 16 Mio. EUR (Vorjahr: - 18 Mio. EUR).

Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter.

Die Vermögenseinlagen der stillen Gesellschafter erfüllen die Bedingungen des Art. 52 CRR für zusätzliches Kernkapital nicht. Aufgrund der Übergangsbestimmungen des Art. 484 CRR können sie jedoch weiterhin innerhalb der Grenzen des Art. 486 CRR angerechnet werden. Die Vermögenseinlagen der stillen Gesellschafter der LBBW konnten im Jahr 2017 noch in voller Höhe angerechnet werden.

Zum Geschäftsjahresende bestanden folgende Stille Einlagen:

Laufzeit ¹	Ausschüttung in % des Nominal- betrags	Nominalbetrag	
		31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR
31.12.1993 – 31.12.2016 (gekündigt)	0,25	0,0	64,7
08.12.1999 – 31.12.2016	0,0	0,0	64,5
31.12.1993 – 31.12.2017 ² (gekündigt)	1,2	19,5	19,5
15.11.1999 – 31.12.2019	7,87	10,0	10,0
25.04.1999 – 31.12.2019	5,05	30,0	30,0
29.10.2001 – 31.12.2019 (gekündigt)	3,92	3,2	3,2
29.10.2001 – 31.12.2019 (gekündigt)	3,92	86,3	86,3
05.01.2000 – 31.12.2020	8,25	30,0	30,0
19.05.1999 – 31.12.2024	7,11	20,0	20,0
13.07.2001 – 31.12.2026 ³	2,0	15,0	15,0
01.10.1999 – 31.12.2029	8,03 - 8,20	49,0	49,0
10.03.2000 – 31.12.2030	8,05 - 8,25	10,0	10,0
02.07.2001 – 31.12.2031	8,46	20,0	20,0
Stille Einlagen mit festem Laufzeitende		293,0	422,2
Nominalbetrag			
Zinsbindungsende	Ausschüttung in % des Nominal- betrags	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR
26.06.2017 ⁴	2,53	200,0	200,0
31.12.2021	3,93	8,9	8,9
31.12.2022	3,74	4,7	4,7
31.12.2023	3,81	222,7	222,7
kein Zinsbindungsende ⁵	4,56	300,0	300,0
Stille Einlagen ohne festes Laufzeitende		736,3	736,3
Gesamt		1 029,3	1 158,5

¹ Rückzahlung erfolgt nach Feststellung des jeweiligen HGB-Jahresabschlusses zu einem vertraglich festgelegten Termin. Sofern der Beginn der Laufzeit genannt wird, bezieht sich die Angabe auf die erste eingegangene Verbindlichkeit in einer Gruppe von Verträgen mit ähnlichen Konditionen.

² Der zukünftige Zinssatz ist variabel und beträgt per 01. Januar 2018 0,25 %.

³ Jährliche Zinsanpassung.

⁴ Der zukünftige Zinssatz beträgt, 2,24 %.

⁵ Zinssatz ist fixiert. Lediglich bestimmte Änderungen in der Steuergesetzgebung haben Auswirkung auf den Zinssatz.

Der Zinsaufwand für Stille Einlagen für das Geschäftsjahr betrug insgesamt – 45 Mio. EUR (Vorjahr: – 51 Mio. EUR).

53. Eigenkapital.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Stammkapital	3 484	3 484
Kapitalrücklage	8 240	8 240
Gewinnrücklage	820	1 014
Sonstiges Ergebnis	371	348
Bilanzgewinn/-verlust	416	10
Eigenkapital der Anteilseigner	13 331	13 096
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	46	38
Insgesamt	13 377	13 134

In den Gewinnrücklagen wurden kumulierte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nach Steuern i. H. v. – 822 Mio. EUR (Vorjahr: – 836 Mio. EUR) ausgewiesen

Im Sonstigen Ergebnis war zum aktuellen Stichtag ein Bewertungseffekt nach latenten Steuern i. H. v. 11 Mio. EUR (Vorjahr: 24 Mio. EUR) im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität enthalten.

Nachdem zum Jahresende 2016 der Sondereffekt aus der vollständigen Abschreibung des Goodwills in Höhe von 379 Mio. EUR den Bilanzgewinn auf 10 Mio. EUR reduzierte, lag dieser aktuell auf dem beobachtbaren Langfristpfad.

Insgesamt enthielt der Posten Eigenkapital erfolgsneutral erfasste Steuern i. H. v. 354 Mio. EUR (Vorjahr: 353 Mio. EUR).

Die detaillierte Entwicklung der einzelnen Bestandteile des Postens Eigenkapital kann der Eigenkapitalveränderungsrechnung entnommen werden.

Angaben zu Finanzinstrumenten.

In den nachfolgenden Notes wird im Wesentlichen den Anforderungen gemäß IFRS 13 und IFRS 7 nachgekommen. Weitere IFRS 7 Angaben finden sich im Chancen- und Risikobericht.

54. Fair-Value-Ermittlung.

Der Fair Value wird gemäß IFRS 13 als der Preis definiert, der in einem geordneten Geschäftsvorfall zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag für den Verkauf eines Vermögenswerts eingenommen bzw. für die Übertragung einer Schuld gezahlt würde.

Bei der Bestimmung des Fair Values hat ein Unternehmen darüber hinaus den für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit vorrangigen, d. h. den Hauptmarkt oder, falls ein solcher nicht vorliegt, den vorteilhaftesten Markt festzulegen. Unter einem Hauptmarkt versteht die LBBW den Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Dabei muss es sich nicht zwingend um denjenigen Markt handeln, auf dem die LBBW die höchste Handelsaktivität entfaltet. Unter dem vorteilhaftesten Markt versteht die LBBW hingegen denjenigen Markt, auf dem – unter Berücksichtigung von Transaktions- und Transportkosten – beim Verkauf eines Vermögenswerts der maximale Erlös erzielt werden kann bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit der geringste Betrag zu zahlen ist.

Im LBBW-Konzern werden bei der Fair-Value-Ermittlung – wenn vorhanden – notierte Preise des Hauptmarkts herangezogen, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Dies wird anhand der folgenden Kriterien überprüft: zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen.

Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, werden Bewertungsverfahren, Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf aktiven Märkten, Preise für identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf nicht aktiven Märkten verwendet. Für Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter beruhen, soweit vorhanden, auf an Märkten beobachtbaren Parametern. Die Anwendung dieser Modelle und die Verwendung dieser Parameter erfordert Annahmen und Einschätzungen seitens des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt. Insbesondere dann, wenn keine an Märkten beobachtbaren Parameter verfügbar sind, ist hier ein signifikantes Maß an subjektiver Einschätzung notwendig.

Ziel der Anwendung der Bewertungsmethoden ist es, den Preis festzulegen, zu dem zum Stichtag eine Transaktion für einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit unter sachverständigen Dritten zustande kommen könnte. Bewertungsmethoden müssen daher alle Faktoren einbeziehen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung berücksichtigen würden.

Die Fair Values der zum Fair Value bewerteten Bestände unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des LBBW-Konzerns, in denen die Standards für die unabhängige Prüfung oder Validierung von Fair Values festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Organisationseinheit »Independent Price Verification (IPV)« innerhalb des Bereichs Risikocontrolling überwacht. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig von der Abteilung »Risikomethodik« überprüft.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der für Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zinsswaps und Zinsoptionen	Barwertmethode, Black-Scholes, Replikations- und Copula-basierte Modelle, Markov-Functional-Modell sowie Libor-Marktmodelle	Zinskurven, Swaption-Volatilitäten, Cap-Volatilitäten, Korrelationen, Mean-Reversion
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Commodity-Termingeschäfte, Devisentermingeschäfte	Barwertmethode	Commodity-Kurse/Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures	Black-Scholes, Local-Volatility-Modell, Barwertmethode	Aktienkurse, Aktienvolatilitäten, Dividenden, Zinsen (Swap, Repo)
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	FX-Kurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	Commodity-Kurse, Zinskurven, Volatilitäten
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Kredit-Korrelationsmodell	Credit Spreads, Zinskurven, Korrelationen
Geldmarktgeschäfte	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen, Kredite	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Barwertmethode	Wertpapierkurse, Credit Spreads, Zinskurven
Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen	Barwertmethode	Zinskurven, Own Credit Spread
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	Net-Asset-Value-Methode, Discounted-Cashflow-Methode, Ertragswertverfahren	Kapitalisierungszinssatz, Planzahlen
Verbriefungen	Barwertmethode	Liquiditätsspreads, Zinskurven, vorzeitige Tilgungen, Verzugs- und Ausfallraten, Verlustschwere

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

Die genannten Finanzinstrumente sind den Hauptklassen wie folgt zugeordnet:

Klasse	Finanzinstrumente
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte	
Handelsaktiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/ Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures, Commodity-Optionen, Termingeschäfte, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	Wertpapiere, Schuldscheindarlehen
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Finanzanlagen AfS	Verbriefungen, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte	
Forderungen an Kreditinstitute	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Finanzanlagen LaR	Wertpapiere
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten	
Handelspassiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/ Index-Optionen, Aktienindex-/Dividenden-Futures, Commodity-Optionen, Geldmarktgeschäfte, Termingeschäfte, Schuldscheindarlehen
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	Begebene Schuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen, Geldmarktgeschäfte, Darlehen
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbriefte Verbindlichkeiten	Begebene Schuldverschreibungen, Geldmarktgeschäfte
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Nachrangkapital	Anleihen, Genussscheine
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Unwiderrufliche Kreditzusagen	Linivereinbarungen

Soweit möglich, werden die Wertpapiere des Handelsbestands über Börsenkurse oder liquide Kurse des relevanten OTC-Markts bewertet. Liegt kein aktueller Kurs von aktiven Märkten vor, erfolgt die Bewertung verzinslicher Wertpapiere mittels der Discounted-Cashflow-Methode anhand rating- und sektorabhängiger Zinskurven und Credit Spreads, die aus Marktdaten abgeleitet werden.

Börsengehandelte Derivate werden grundsätzlich über Börsenkurse bewertet. Die Ermittlung der Fair Values aktienbasierter Derivate erfolgt aufgrund des Portfolioansatzes einheitlich auf Basis von Modellbewertungen.

Der Fair Value von OTC-Derivaten wird über Bewertungsmodelle ermittelt. Dabei wird zwischen einfachen, auf liquiden Märkten gehandelten Derivaten (z. B. Zinsswaps, Zinswährungsswaps und Devisen-Optionen) und komplexen Derivaten, die auf illiquiden Märkten gehandelt werden, unterschieden.

Einfache, auf aktiven Märkten gehandelte Derivate werden über anerkannte Bewertungsmethoden bewertet, die höchstens in unwesentlichem Umfang auf unbeobachtbare Parameter zurückgreifen.

Derivate, deren beizulegender Zeitwert durch komplexe Bewertungsmethoden unter Verwendung von unbeobachtbaren Parametern mit wesentlichem Einfluss bestimmt wird, werden in Level III der Bemessungshierarchie eingestuft. Um die Preisunsicherheit aus den unbeobachtbaren Parametern soweit wie möglich zu reduzieren, werden diese so kalibriert, dass Bewertungen aus beobachteten Transaktionen oder Angeboten für vergleichbare Instrumente, Konsensus-Preise von Preis-Service-Agenturen oder Bewertungen anderer Marktteilnehmer aus Abgleichprozessen mit den LBBW-eigenen Bewertungen bestmöglich übereinstimmen.

Für einen Teil der komplexen Zinsderivate beruhen die für die Bewertung anhand von Options-Preismodellen benötigten Zins-Zins-Korrelationen auf Expertenschätzungen, die zum Teil auf historischen Beobachtungen, zum Teil auf aus Marktpreisen abgeleiteten Korrelationen basieren. Der Parameter »Korrelation« wird hier als unbeobachtbar eingestuft und es wird eine Day-One-Reserve für diese komplexen Zinsderivate gebildet.

Bei der Fair-Value-Bewertung von Derivaten macht die LBBW in folgenden Fällen von der Portfolio Exception gemäß IFRS 13.48 Gebrauch:

- Für einige Fair Value Adjustments (z. B. Glattstellungskosten) wird der Anpassungsbetrag auf Basis der Nettoisikopositionen berechnet.
- Bei der Bewertung von Gegenparteiisiken bei OTC-Derivaten, für die Nettingvereinbarungen mit der Gegenpartei getroffen wurden, werden die Credit Value Adjustments auf Nettopositionen berechnet.

Für Verbriefungen, für die Marktpreise von Marktdatenanbietern vorliegen, erfolgt die Fair-Value-Bewertung auf Basis dieser Preise und die Einstufung in das Level II (siehe Fair-Value-Hierarchie). Für Verbriefungen, für die keine hinreichend aktuellen Marktpreise vorliegen (Level III), werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um marktgängige Modelle, die auf der Discounted-Cashflow-Methode beruhen.

Sofern der über Bewertungsmethoden ermittelte Fair Value eines Finanzinstruments Faktoren wie Geld-Brief-Spannen bzw. Glattstellungskosten, Liquidität, Modell-, Kredit- und/oder Kontrahentenausfallrisiken nicht in angemessener Weise berücksichtigt, ermittelt die Bank Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments). Die angewendeten Verfahren berücksichtigen dabei teilweise nicht am Markt beobachtbare Parameter. Im LBBW-Konzern wurden aktuell insbesondere für folgende Sachverhalte Bewertungsanpassungen vorgenommen:

- Berücksichtigung von Kreditrisiken bei Forderungen und Kontrahentenausfallrisiken bei OTC-Derivaten (CVA)
- Anpassung von auf Mid-Kursen basierenden Bewertungen auf die Verwendung von Bid-/Ask-Preisen, z. B. in Form von Close-Out Valuation Adjustments für OTC-Zins- und Kreditderivate
- Schwächen der verwendeten Modelle und/oder Parameter, z. B. als sogenannte Model Valuation Adjustments für bestimmte Aktien-, Zins- und Kreditderivate
- Day One Profit or Loss bei bestimmten komplexen Derivaten und Krediten, die zum Fair Value bewertet werden

Bei der Fair-Value-Ermittlung von börsennotierten Beteiligungen, die der Kategorie Available for Sale zugeordnet sind, werden – soweit vorhanden – auf aktiven Märkten notierte Preise herangezogen. Für nicht börsennotierte Beteiligungen oder wenn keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, wird der Fair Value über Bewertungsverfahren ermittelt. Im LBBW-Konzern erfolgt die Fair-Value-Ermittlung in diesen Fällen im Wesentlichen mit dem Ertragswert-, dem Discounted-Cashflow- oder dem Net-Asset-Value-Verfahren. Die Auswahl des Bewertungsverfahrens erfolgt anhand eines festgelegten Entscheidungsbaumes. Der Fair Value von Immobilien-Leasing-Objektgesellschaften wird grundsätzlich auf Basis des DCF-Verfahrens ermittelt. Eine Bewertung nach dem Ertragswertverfahren wird grundsätzlich für alle anderen wesentlichen Beteiligungen vorgenommen. Ist die Anwendung des Ertragswertverfahrens mit hohen Unsicherheiten verbunden oder aufgrund fehlender Datengrundlage nicht verlässlich möglich, erfolgt die Bewertung mittels des Net-Asset-Value-Verfahrens, sofern bei den Beteiligungen ein stabiler Zustand der Geschäftstätigkeit vorliegt.

Die Ermittlung des Fair Values von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt durch Abzinsung der zukünftigen Cashflows unter Berücksichtigung ratingabhängiger Spreads (Ausnahme: Repo-Geschäfte). Sofern ratingabhängige Spreads aus extern bezogenen Rating-Informationen verwendet werden, erfolgt die Einstufung in Level II. Intern ermittelte Rating-Informationen bedingen eine Einstufung in Level III. Für Forderungen mit einem Ausfallrating erfolgt die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis der erwarteten zukünftigen Cashflows. Für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten (z. B. Kontokorrentforderungen/-verbindlichkeiten) wird der Buchwert als Fair Value angegeben.

55. Fair Value von Finanzinstrumenten.

In der folgenden Tabelle sind die Buchwerte den Fair Values der Finanzinstrumente gegenübergestellt:

Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2017		31.12.2016	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Barreserve	22 729	22 729	13 532	13 532
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	28 698	28 698	46 648	46 648
Derivate	17 747	17 747	23 925	23 925
Währungsbezogene Derivate	2 889	2 889	4 316	4 316
Zinsbezogene Derivate	14 118	14 118	19 039	19 039
Kreditderivate	125	125	128	128
Aktien-/Indexbezogene Derivate	548	548	381	381
Warenbezogene und sonstige Derivate	68	68	60	60
Eigenkapitalinstrumente	1 876	1 876	689	689
Wertpapiere	6 178	6 178	9 014	9 014
Forderungen	2 897	2 897	13 020	13 020
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte			750	750
Eigenkapitalinstrumente	215	215	203	203
Wertpapiere	110	110	97	97
Kredite und Forderungen	408	408	450	450
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten				
Zinsderivate	1 956	1 956	2 777	2 777
Zinswährungsswaps	1 946	1 946	2 769	2 769
Zinswährungsswaps	10	10	7	7
Finanzanlagen AfS	21 185	21 185	20 270	20 270
Eigenkapitalinstrumente	772	772	899	899
Wertpapiere	20 413	20 413	19 371	19 371
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte				
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	48 179	48 803	39 277	40 316
Kommunaldarlehen	26 461	27 248	25 793	26 869
Wertpapierpensionsgeschäfte	10 148	9 974	7 676	7 630
Sonstige Forderungen	11 570	11 581	5 808	5 818
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	107 652	112 254	110 415	116 231
Kommunaldarlehen	17 468	19 724	17 879	20 493
Hypothekendarlehen	30 449	31 479	30 236	32 697
Wertpapierpensionsgeschäfte	10 830	10 827	12 336	12 375
Sonstige Forderungen	48 906	50 224	49 964	50 667
davon Finance Lease	5 302	5 555	4 866	5 147
Finanzanlagen LaR	1 663	1 678	5 423	5 495
Eigenkapitalinstrumente	5	5	5	5
Verbriefungen	399	404	297	300
Staatsanleihen	0	0	4 301	4 365
Sonstige Wertpapiere	1 259	1 269	820	824
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	0	28	28

Passiva.

Mio. EUR	31.12.2017		31.12.2016	
	Buchwert	Fair Value	Buchwert	Fair Value
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva	21 882	21 882	63 090	63 090
Derivate	15 493	15 493	21 394	21 394
Währungsbezogene Derivate	2 981	2 981	4 528	4 528
Zinsbezogene Derivate	11 349	11 349	15 624	15 624
Kreditderivate	306	306	346	346
Aktien-/Indexbezogene Derivate	779	779	858	858
Warenbezogene und sonstige Derivate	78	78	37	37
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	1 289	1 289	1 349	1 349
Einlagen	225	225	28 880	28 880
Verbriefte Verbindlichkeiten	4 874	4 874	11 464	11 464
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1	1	2	2
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	2 726	2 726	2 768	2 768
Einlagen	1 492	1 492	1 537	1 537
Verbriefte Verbindlichkeiten	1 234	1 234	1 231	1 231
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 315	3 315	3 989	3 989
Zinsderivate	3 288	3 288	3 916	3 916
Zinswährungsswaps	27	27	73	73
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61 895	62 789	44 568	45 497
Wertpapierpensionsgeschäfte	3 276	3 153	3 298	3 304
Schuldscheindarlehen	3 679	3 798	4 125	4 304
Sonstige Verbindlichkeiten	54 941	55 838	37 145	37 888
davon Finance Lease	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	79 415	80 549	70 641	71 803
Kontokorrentverbindlichkeiten	41 464	41 456	34 422	34 419
Schuldscheindarlehen	1 903	2 038	2 026	2 175
Namenspfandbriefe	3 880	4 608	4 429	5 249
Wertpapierpensionsgeschäfte	1 445	1 430	5 038	4 968
Sonstige Verbindlichkeiten	30 723	31 018	24 726	24 991
Verbriefte Verbindlichkeiten	44 432	45 031	34 343	35 084
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	3	3	3	3
Nachrangkapital	5 364	5 636	5 895	5 983
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 158	4 480	4 532	4 781
Genussrechtskapital	102	136	117	141
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	1 104	1 021	1 246	1 060

56. Fair-Value-Hierarchie.

Die bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zur Anwendung kommenden Fair Values sind unter Berücksichtigung der zur Bewertung verwendeten Bewertungsmethoden bzw. der Parameter in eine dreistufige Fair-Value-Hierarchie zu klassifizieren. Werden bei der Fair-Value-Ermittlung Parameter aus verschiedenen Leveln verwendet, wird der sich ergebende Fair Value dem nächsten Level zugeordnet, dessen Parameter einen wesentlichen Einfluss auf die Fair-Value-Bewertung hat.

Die dreistufige Fair-Value-Hierarchie mit der in IFRS 13 vorgesehenen Terminologie Level I, Level II und Level III wird im LBBW-Konzern wie folgt konkretisiert:

- Alle Finanzinstrumente mit auf aktiven Märkten unangepassten notierten Preisen sind der ersten Stufe (Level I) zugeordnet.
- Modellbewertete Derivate, handelbare Kredite, strukturierte, zur Fair-Value-Bewertung designierte Schuldtitel des Konzerns, Investmentfonds-Anteile sowie bestimmte Corporate-/Financial- und Government-Bonds mit automatisierten Zulieferungen aus Marktinformationssystemen (beobachtbare Parameter) sowie liquide Asset-Backed Securities sind der zweiten Stufe (Level II) zugeordnet.
- Die dritte Stufe (Level III) umfasst Finanzinstrumente, bei denen ein oder mehrere Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und diese einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments haben. Hierzu gehören komplexe OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-Backed Securities und strukturierter Verbriefungen.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Bilanzklassen auf die Bewertungsmethoden:

Aktiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Barreserve	164	181	22 565	13 351	0	0
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte						
Handelsaktiva	2 978	3 862	25 385	41 915	334	871
Derivate	63	38	17 463	23 553	222	333
Währungsbezogene Derivate	0	0	2 816	4 200	72	116
Zinsbezogene Derivate	0	0	13 974	18 826	144	213
Kreditderivate	0	0	125	128	0	0
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0	0	542	377	6	4
Warenbezogene und sonstige Derivate	63	38	5	22	0	0
Eigenkapitalinstrumente	707	397	1 169	292	0	0
Wertpapiere	2 208	3 427	3 970	5 587	0	0
Forderungen	1	0	2 784	12 483	112	538
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	20	0	702	745	10	4
Eigenkapitalinstrumente	0	0	213	199	2	4
Wertpapiere	20	0	82	97	7	0
Forderungen	0	0	408	450	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	1 956	2 777	0	0
Zinsderivate	0	0	1 946	2 769	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	10	7	0	0
Finanzanlagen AfS	16 770	16 573	4 213	3 313	203	384
Eigenkapitalinstrumente	577	524	0	0	195	376
Wertpapiere	16 192	16 049	4 213	3 313	8	8
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0	0	0	0	554	574
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte						
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	0	0	33 541	12 819	15 262	27 497
Kommunaldarlehen	0	0	14 058	3 016	13 190	23 853
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	9 974	7 630	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	9 510	2 174	2 072	3 645
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	0	0	27 656	24 722	84 598	91 509
Kommunaldarlehen	0	0	7 952	6 360	11 771	14 133
Hypothekendarlehen	0	0	276	108	31 203	32 589
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	10 827	12 375	0	0
Sonstige Forderungen	0	0	8 600	5 880	41 624	44 788
davon Finance Lease	0	0	3	0	5 553	5 147
Finanzanlagen LaR	0	21	1 269	5 169	409	305
Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	0	5	5
Verbriefungen	0	0	0	0	404	300
Staatsanleihen	0	0	0	4 365	0	0
Sonstige Wertpapiere	0	21	1 269	804	0	0
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	0	0	0	104	80

Passiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten						
Handelspassiva	1 324	137	20 276	62 621	281	331
Derivate	37	28	15 175	21 035	281	331
Währungsbezogene Derivate	0	0	2 963	4 518	17	11
Zinsbezogene Derivate	0	0	11 226	15 431	123	194
Kreditderivate	0	0	172	223	135	123
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0	0	773	854	6	4
Warenbezogene und sonstige Derivate	37	28	41	9	0	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	1 287	109	2	1 240	0	0
Einlagen	0	0	225	28 880	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	4 874	11 464	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1	0	0	2	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	2 112	2 143	613	626
Einlagen	0	0	1 376	1 499	116	38
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	737	644	497	587
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	0	3 315	3 989	0	0
Zinsderivate	0	0	3 288	3 916	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	27	73	0	0
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	61 826	44 618	963	878
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	3 153	3 304	0	0
Schuldscheindarlehen	0	0	3 798	4 304	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	54 875	37 010	963	878
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	0	79 878	71 144	671	659
Kontokorrentverbindlichkeiten	0	0	41 456	34 419	0	0
Schuldscheindarlehen	0	0	2 038	2 175	0	0
Namenspfandbriefe	0	0	4 608	5 249	0	0
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	0	1 430	4 968	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	30 347	24 332	671	659
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	42 591	33 219	2 440	1 865
Sonstige Passiva - davon Finance Lease	0	0	0	0	3	3
Nachrangkapital	0	0	5 636	5 983	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	0	4 480	4 781	0	0
Genussrechtskapital	0	0	136	141	0	0
Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	0	0	1 021	1 060	0	0

Technisch-prozessual bedingt konnte die Verfügbarkeit von externen Ratinginformationen für die Bewertung von Krediten nachhaltig erhöht werden. Bei einer größeren Zahl von Geschäften – und damit auch bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden insgesamt – ergibt sich damit im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Verschiebung in den Level-Angaben (von Level III auf Level II).

Level Umgliederungen.

Sollten sich in der Folge die zur Fair-Value-Bewertung herangezogenen, wesentlichen Parameter ändern, wird die Einstufung in die Fair-Value-Hierarchie ebenfalls angepasst. Die notwendigen Umgliederungen zwischen den Leveln I – III werden zum Ende der Berichtsperiode anhand von durch das Risikocontrolling definierten Qualitätskriterien für die in der Bewertung verwendeten Marktdaten vorgenommen. Dabei spielen insbesondere die zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen der verwendeten Marktdaten eine Rolle.

Für modellbewertete Finanzinstrumente identifiziert das Risikocontrolling die Modellparameter, die für die Fair-Value-Bewertung benötigt werden. Die Modelle unterliegen einem regelmäßigen Validierungsprozess, die Beobachtbarkeit der benötigten Modellparameter wird im Preisüberprüfungsprozess des Risikocontrollings überwacht. Dadurch können diejenigen Finanzinstrumente identifiziert werden, für die eine Umgliederung zwischen den Leveln II und III der Bewertungshierarchie notwendig ist.

Seit dem letzten Abschlussstichtag ergaben sich folgende Verschiebungen zwischen den Stufen I und II der Fair-Value-Hierarchie:

Aktiva.

Mio. EUR	Umgliederungen aus Level I in Level II 31.12.2017	Umgliederungen aus Level I in Level II 31.12.2016	Umgliederungen aus Level II in Level I 31.12.2017	Umgliederungen aus Level II in Level I 31.12.2016
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	28	485	82	136
Derivate	0	372	0	0
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0	372	0	0
Eigenkapitalinstrumente	0	0	1	0
Wertpapiere	28	113	80	136
Finanzanlagen AfS	428	0	16	115
Wertpapiere	428	0	16	115

Passiva.

Mio. EUR	Umgliederungen aus Level I in Level II 31.12.2017	Umgliederungen aus Level I in Level II 31.12.2016	Umgliederungen aus Level II in Level I 31.12.2017	Umgliederungen aus Level II in Level I 31.12.2016
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva	0	1 073	0	0
Derivate	0	801	0	0
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0	801	0	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	0	272	0	0

Im Berichtsjahr hat die LBBW Umgliederungen von Level I nach Level II vorgenommen, da für entsprechende Finanzinstrumente keine notierten Marktpreise aus aktiven Märkten vorlagen. Gegenläufig erfolgten ebenfalls Umgliederungen, da für diese Geschäfte wieder notierte Marktpreise aus aktiven Märkten verfügbar waren.

Entwicklung Level III.

Die Entwicklung der Bestände und Ergebnisse der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level III), sind in den nachfolgenden Tabellen dargestellt. Die unrealisierten Ergebnisse der Level-III-Finanzinstrumente basieren sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht beobachtbaren Parametern. Viele dieser Finanzinstrumente sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die anderen Hierarchie-Leveln zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste dieser Absicherungsgeschäfte sind nicht in den oben dargestellten Tabellen ausgewiesen, da dort gemäß IFRS 13 nur die unrealisierten Gewinne und Verluste der Level-III-Finanzinstrumente auszuweisen sind.

Aktiva.

31.12.2017	Handelsaktiva				
	Derivate			Wertpapiere	Forderungen
	Währungs- bezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Aktien- /index- bezogene Derivate		
Mio. EUR					
Buchwert zum 1. Januar 2017	116	213	4	0	538
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	-43	-58	6	5	0
davon Zinsergebnis	-2	0	0	0	0
davon Handelsergebnis	-42	-58	6	5	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	0	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0	0	112
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	-5	-529
Tilgungen/Glattstellungen	-1	-20	-4	0	-9
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	8	0	0	0
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2017	72	144	6	0	112
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	-43	-58	6	0	0
davon Zinsergebnis	-2	0	0	0	0
davon Handelsergebnis	-42	-58	6	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0

¹ Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		Finanzanlagen - AFS		Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/ Veräußerungsgruppen	Insgesamt
	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere			
		4	0	376			
	0	0	-56	0	21	-23	-148
	0	0	0	0	0	0	-1
	0	0	0	0	0	0	-88
	0	0	-56	0	0	-27	-83
	0	0	0	0	21	4	25
	0	0	17	0	0	-1	16
	0	0	4	0	6	0	122
	-2	0	-59	0	-8	-59	-662
	0	0	-87	0	0	0	-121
	0	0	1	0	78	0	79
	0	0	0	0	-10	0	-10
	0	7	0	0	0	0	15
	0	0	0	0	-107	107	0
	2	7	195	8	554	104	1 205
	0	0	-1	0	20	4	-72
	0	0	0	0	0	0	-1
	0	0	0	0	0	0	-94
	0	0	-1	0	0	0	-1
	0	0	0	0	20	4	24

31.12.2016

Mio. EUR	Handelsaktiva				
	Währungs- bezogene Derivate	Derivate		Wertpapiere	Forderungen
		Zinsbezogene Derivate	Aktien- /index- bezogene Derivate		
Buchwert zum 31. Dezember 2015	115	306	5	0	265
Anpassung Vorjahreswerte	0	0	0	0	0
Buchwert zum 1. Januar 2016	115	306	5	0	265
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	11	-58	-1	0	0
davon Zinsergebnis	0	15	0	0	0
davon Handelsergebnis	10	-72	-1	0	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	0	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe	0	0	0	0	365
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	0	-256
Tilgungen/Glattstellungen	-10	-37	0	0	-9
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	2	0	0	172
Umbuchungen gemäß IFRS 5	0	0	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2016	116	213	4	0	538
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	11	-58	-1	0	0
davon Zinsergebnis	0	15	0	0	0
davon Handelsergebnis	11	-72	-1	0	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0

¹ Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		Finanzanlagen - AFS		Als Finanz- investition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/ Veräußerungs- gruppen	Insgesamt
Eigenkapital- instrumente	Wert- papiere	Eigenkapital- instrumente	Wert- papiere			
12	0	456	8	649	153	1 970
0	0	0	0	13	0	13
12	0	456	8	663	153	1 983
-1	0	-11	0	7	-80	-132
0	0	0	0	0	0	15
0	0	0	0	0	0	-63
-1	0	0	0	0	0	-1
0	0	-11	0	0	-80	-91
0	0	0	0	7	0	7
0	0	7	0	0	33	40
0	0	16	0	6	0	388
-1	0	-63	0	-47	-98	-465
-6	0	-27	0	0	0	-89
0	0	-1	0	0	0	-1
0	0	0	0	6	0	7
0	0	0	0	10	0	10
0	0	0	0	0	0	174
0	0	0	0	-72	72	0
4	0	376	8	574	80	1 913
-1	0	8	0	7	0	-33
0	0	0	0	0	0	15
0	0	0	0	0	0	-63
-1	0	0	0	0	0	-1
0	0	7	0	0	0	7
0	0	0	0	7	0	7

Passiva.

31.12.2017	Handelsspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Insgesamt
	Währungs-bezogene Derivate	Derivate		Aktien-/Index-bezogene Derivate	Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
		Zins-bezogene Derivate	Kredit-derivate				
Mio. EUR							
Buchwert zum 1. Januar 2017	11	194	123	4	38	587	957
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	7	-54	12	6	-2	-60	-91
davon Zinsergebnis	-1	0	0	0	0	3	2
davon Handelsergebnis	8	-54	12	6	0	0	-28
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	-2	-63	-65
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen ¹	0	0	0	0	0	-2	-2
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	0	0	-8	-8
Tilgungen/Glattstellungen	0	-20	0	-4	0	-20	-44
Umbuchungen in Level III	0	4	0	0	79	0	83
Buchwert zum 31. Dezember 2017	17	123	135	6	116	497	895
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	7	-54	12	6	-2	-60	-91
davon Zinsergebnis	-1	0	0	0	0	3	2
davon Handelsergebnis	8	-55	12	6	0	0	-28
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	-2	-63	-65

¹ Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

31.12.2016	Handelsspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Insgesamt
	Währungs-bezogene Derivate	Derivate		Aktien-/Index-bezogene Derivate	Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
		Zins-bezogene Derivate	Kredit-derivate				
Mio. EUR							
Buchwert zum 1. Januar 2016	11	304	1	5	38	654	1 013
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	1	-78	0	-1	0	22	-57
davon Zinsergebnis	0	1	0	0	0	4	4
davon Handelsergebnis	1	-79	0	-1	0	0	-79
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0	18	18
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	0	0	-72	-72
Tilgungen/Glattstellungen	-1	-34	0	0	0	-17	-52
Umbuchungen in Level III	0	2	123	0	0	0	124
Buchwert zum 31. Dezember 2016	11	194	123	4	38	587	957
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	0	-78	0	-1	0	22	-57
davon Zinsergebnis	0	1	0	0	0	4	4
davon Handelsergebnis	1	-79	0	-1	0	0	-80
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0	18	18

¹ Die Beträge sind im Posten Neubewertungsrücklage erfasst.

Einige Finanzinstrumente wurden in Level III der Fair-Value-Hierarchie umklassifiziert, da Analysen des Risikocontrollings einen nicht mehr unwesentlichen Einfluss des unbeobachtbaren Parameters auf den Fair Value ergaben.

Sensitivitätsanalyse Level III.

Basiert der Modellwert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Marktparametern, werden für die Ermittlung der möglichen Schätzungsunsicherheit alternative Parameter verwendet. Bei den meisten dem Level III zugeordneten Wertpapieren und Derivaten fließt nur ein unbeobachtbarer Parameter in die Fair-Value-Ermittlung ein, sodass es zu keinen Wechselwirkungen zwischen den Level-III-Parametern kommen kann. Die Gesamtsensitivität der Produkte, bei denen mehrere unbeobachtbare Parameter in die Fair-Value-Berechnung einfließen, ist unwesentlich, sodass auf die Berechnung einer Wechselwirkung dieser Parameter untereinander verzichtet wurde.

Für die Beteiligungen, die dem Level III zugeordnet sind, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten im Wesentlichen durch Up-/Down-Shifts der individuellen Betafaktoren. Sofern keine Betafaktoren bei der Bewertung verwendet wurden, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten auf Basis der durchschnittlichen, prozentualen Fair-Value-Veränderung. Diese basiert auf dem Up-/Down-Shift der Beteiligungen, deren Bewertung ein Betafaktor zugrunde liegt.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen zeigen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertungen auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basieren:

Aktiva.

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	5,4	3,0	-4,0	-2,3
Derivate	4,6	2,8	-3,2	-2,1
Zinsbezogene Derivate	4,0	2,5	-2,7	-1,8
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0,3	0,0	-0,3	-0,1
Devisenbezogene Derivate	0,3	0,3	-0,2	-0,3
Forderungen	0,8	0,2	-0,7	-0,2
Finanzanlagen AfS	5,0	14,0	-3,7	-10,8
Eigenkapitalinstrumente	5,0	14,0	-3,7	-10,8
Insgesamt	10,4	17,0	-7,7	-13,1

Passiva.

Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage		Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelsspassiva	7,4	7,7	-9,1	-8,4
Derivate	7,4	7,7	-9,1	-8,4
Zinsbezogene Derivate	2,7	1,3	-4,3	-1,9
Kreditderivate	4,2	6,2	-4,2	-6,2
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0,3	0,1	-0,3	0,0
Devisenbezogene Derivate	0,2	0,2	-0,2	-0,2
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0,1	0,1	-0,1	-0,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,1	0,1	-0,1	-0,1
Insgesamt	7,5	7,8	-9,2	-8,4

Signifikante nicht beobachtbare Parameter Level III.

In den folgenden Tabellen werden die signifikanten nicht beobachtbaren Parameter der zum Fair Value bewerteten und dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien gezeigt. Für weitere qualitative Ausführungen zu den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird auf Note 13 verwiesen.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert im unbeobachtbaren Parameter, der den Bewertungen in der Level-III-Kategorie zugrunde gelegt wurde. Es bestehen signifikant unterschiedliche Ausprägungen in den betroffenen Finanzinstrumenten. Daher können die Spannen bestimmter Parameter groß sein.

Die in der Tabelle aufgeführten Parametershifts zeigen die in der Sensitivitätsanalyse vorgenommenen Änderungen des unbeobachtbaren Parameters nach oben und unten und geben somit Auskunft über die Bandbreite der von der LBBW gewählten Parameteralternativen zur Berechnung des Fair Values.

Aktiva.

31.12.2017				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate				
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 81 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Modellparameter	0,02 - 3,90	rel. - 18%/+ 18 %
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	47 %	abs. - 30%/+ 30 %
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	50 - 80	rel. - 30%/+ 30 %
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte				
Wertpapiere	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 57 % - 17 %	rel. - 20%/+ 10 %
Finanzanlagen AfS				
	Net-Asset-Value-Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted-Cashflow- Methode	Kapitalisierungszinssatz	3,41 % - 4,44 %	individuell je Instrument
Eigenkapitalinstrumente	Ertragswertverfahren	Beta-Faktor	0,81 - 1,13	rel. + 5 %/- 5 %
	Discounted-Cashflow- Methode	Mietdynamisierung/ Indexierung	1,5 %	n/a
		Diskontierungszinssatz	3,0 % - 9,0 %	
		Mietausfallwagnis	1,0 % - 5,0 %	
		Kosten Grundinstandhaltung	3,5 - 30 EUR/m2	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	0,0 % - 6,5 %	

31.12.2016				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva				
Derivate				
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 46 % - 99 %	rel. - 20%/+ 10 %
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	5 %	abs. - 25%/+ 15 %
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	26 %	abs. - 30%/+ 30 %
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	130 - 200	rel. - 30%/+ 30 %
Finanzanlagen AfS				
	Net-Asset-Value-Methode	n/a	n/a	n/a
	Discounted-Cashflow- Methode	Kapitalisierungszinssatz	0,59 % - 8,51 %	individuell je Instrument
Eigenkapitalinstrumente	Ertragswertverfahren	Beta-Faktor	0,81 - 1,23	rel. + 5 %/- 5 %
	Discounted-Cashflow- Methode	Mietdynamisierung/ Indexierung	1,5 %	n/a
		Diskontierungszinssatz	4,8 % - 10,0 %	
		Kosten Grundinstandhaltung	0 - 25 EUR/m2	
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien		Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	0,0 % - 6,5 %	

Passiva.

31.12.2017				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelsspassiva				
Derivate				
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 81 % - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Kreditderivate	TRS-Modell	Diskontkurve (bp)	89 - 101	rel. - 30%/+ 30%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Modellparameter	0,02 - 3,90	rel. - 18%/+ 18%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	47%	abs. - 30%/+ 30%
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99%	rel. - 20%/+ 10%
	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Verbriefte Verbindlichkeiten		Devisenkorrelation	47%	abs. - 30%/+ 30%

31.12.2016				
Mio. EUR	Bewertungs- verfahren	Signifikante nicht beobacht- bare Parameter	Spanne	Parametershift
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelsspassiva				
Derivate				
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	- 46 % - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Kreditderivate	TRS-Modell	Diskontkurve (bp)	98 - 109	rel. - 30%/+ 30%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen- Korrelation	5%	abs. - 25% /+ 15%
Devisenbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	26%	abs. - 30%/+ 30%
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten				
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99%	rel. - 20%/+ 10%
	Optionspreismodell	Zinskorrelation	21 % - 99%	rel. - 20%/+ 10%
Verbriefte Verbindlichkeiten		Devisenkorrelation	26%	abs. - 30%/+ 30%

Die Bewertung bzw. die Verwendung wesentlicher Parameter bei Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen sowie Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen erfolgt analog den ursprünglichen Bilanzposten.

Day One Profit or Loss.

Werden zur Bewertung von Finanzinstrumenten nicht beobachtbare Parameter herangezogen, kann es zu Differenzen zwischen Transaktionspreis und Fair Value kommen. Diese Abweichung wird als »Day One Profit or Loss« bezeichnet, welche erfolgswirksam über die Laufzeit des Finanzinstruments verteilt wird.

Credit Spreads sowie Korrelationen zwischen Zinssätzen und zwischen Ausfallrisiken verschiedener Adressen sind nicht durchgängig am Markt beobachtbar bzw. aus am Markt beobachtbaren Preisen ableitbar. Die Marktteilnehmer können unterschiedlicher Ansicht über die Ausprägung dieser in Modellen verwendeten unbeobachtbaren Parameter sein. Daher kann der Transaktionspreis vom nach Ansicht der LBBW fairen Marktwert abweichen.

Die LBBW bilanziert sogenannte Day One Profits für Handelsbestände der Klassen Zinsderivate und Forderungen. Zum aktuellen Stichtag lagen Bestände von untergeordneter Bedeutung vor.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Entwicklung des Day One Profits für das Geschäftsjahr 2017 im Vergleich zum Jahresende 2016 dar, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurde:

Mio. EUR	2017	2016
Stand 1. Januar	0	10
In der Gewinn- und Verlustrechnung in der Berichtsperiode erfasste Beträge (Auflösungen)	0	- 10
Stand 31. Dezember	0	0

57. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente.

Den folgenden Tabellen können die Angaben zu den finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten in der Fair-Value-Option entnommen werden.

Aktiva.

31.12.2017		Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values	Aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values im Berichtsjahr
Mio. EUR	Maximales Ausfallrisiko zum Stichtag		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	110	0	1
Sonstige	622	-1	2
Insgesamt	732	-1	3

31.12.2016		Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values	Aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values im Berichtsjahr
Mio. EUR	Maximales Ausfallrisiko zum Stichtag		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	97	-1	2
Sonstige	653	-2	1
Insgesamt	750	-4	3

Passiva.

31.12.2017		Differenz zwischen Buchwert und vertragsgemäßem, bei Fälligkeit zu zahlendem Betrag	Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values
Mio. EUR			
Verbrieftete Verbindlichkeiten		127	3
Einlagen		156	2
Sonstige		321	10
Insgesamt		604	15

31.12.2016		Differenz zwischen Buchwert und vertragsgemäßem, bei Fälligkeit zu zahlendem Betrag	Kumulierte aus dem Credit Spread resultierende Änderungen der Fair Values
Mio. EUR			
Verbrieftete Verbindlichkeiten		173	4
Einlagen		176	13
Sonstige		324	15
Insgesamt		673	33

Zur Bestimmung der Veränderung des Kreditrisikos berechnet die LBBW zwei Fair Values. Dabei wird für den einen Fair Value der derzeit gültige Credit Spread und in dem anderen der historische Credit Spread herangezogen. Die Differenz zwischen den beiden Werten drückt die bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderung seit Designation des Finanzinstruments in die Fair-Value-Option aus. Es ist durch die gewählte Vorgehensweise gewährleistet, dass die auf die Bonität zurückzuführenden Fair-Value-Änderungen nicht durch andere marktpreisrisikoinduzierten Effekte verzerrt werden.

Um das für die bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen maßgebliche instrumentenspezifische Kreditrisiko berücksichtigen zu können, wird jeweils auf eine dem Risikoprofil angemessene Spreadkurve zurückgegriffen. Zur Bildung der Spreadkurven wird auf Primärmarktpreise zurückgegriffen, bei nicht vorhandener Primärmarkt-Aktivität können Sekundärmarktpreise sowie Näherungsverfahren auf Basis liquider Marktpreise vergleichbarer Anleihen zum Tragen kommen.

Aus ökonomischer Sicht sind die in die Fair-Value-Option designierten finanziellen Verbindlichkeiten durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente regelmäßig gegen die aus den Marktpreisrisiken resultierenden Fair-Value-Änderungen immunisiert. Es verbleibt im Wesentlichen das Ergebnis aus der Änderung der eigenen Bonität, das vollständig im sonstigen Ergebnis ausgewiesen wird. Umbuchungen innerhalb des Eigenkapitals finden nur statt, wenn es sich bei den Effekten um realisierte Ergebnisse im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität handelt.

58. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.

Die nach IAS 39-Kategorien gegliederten Nettogewinne bzw. -verluste setzen sich zusammen aus Abgangsgewinnen bzw. -verlusten, Änderungen des Fair Values, Wertminderungen, Zuschreibungen sowie nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten. Enthalten sind außerdem Wertänderungen aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und das Ergebnis aus Wertänderungen der Grundgeschäfte aus Mikro Fair Value Hedges.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	-161	254
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	128	176
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	87	-9
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	33	402
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	70	-134

59. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	01.01.- 31.12.2017	01.01.- 31.12.2016
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Finanzanlagen AFS	-8	-3
Eigenkapitalinstrumente	-8	-3
Wertpapiere	0	-1
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	-2	-7
Sonstige Forderungen	-2	-6
Forderungen an Kunden	-252	-296
Kommunaldarlehen	-8	-5
Hypothekendarlehen	-30	-53
Sonstige Forderungen	-214	-238
davon Finance Lease	-31	-23
Insgesamt	-262	-306

60. Buchwertüberleitung auf Kategorien.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Finanzinstrumente nach Kategorien:

31.12.2017 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	48 179					48 179
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	107 652					107 652
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹			28 698	732		29 430
Finanzanlagen	1 663	21 185				22 848
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					61 895	61 895
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					79 415	79 415
Verbriefte Verbindlichkeiten					44 432	44 432
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ²			21 882	2 726		24 607
Nachrangkapital					5 364	5 364

¹ Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.
² Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

31.12.2016 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair-Value- Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	39 277					39 277
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	110 415					110 415
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ¹			46 648	750		47 398
Finanzanlagen	5 423	20 270				25 693
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen ¹	0	28	0	0		28
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					44 568	44 568
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					70 641	70 641
Verbriefte Verbindlichkeiten					34 343	34 343
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ²			63 090	2 768		65 858
Nachrangkapital					5 895	5 895

1 Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.
2 Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

61. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit bzw. deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband »bis 3 Monate und unbestimmt« eingestellt. Handelsaktiva bzw. -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit berücksichtigt. Zusätzlich werden die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente gesondert unter Note 63 ausgewiesen.

31.12.2017	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Mio. EUR					
Forderungen an Kreditinstitute	21 563	5 661	11 718	9 242	48 184
Forderungen an Kunden	19 644	12 343	40 710	35 634	108 332
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	5 209	3 090	8 568	14 519	31 386
Finanzanlagen	2 795	2 841	7 642	9 570	22 848
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22 677	6 294	20 954	11 970	61 895
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	61 150	8 855	4 808	4 601	79 415
Verbriefte Verbindlichkeiten	13 376	5 054	20 657	5 345	44 432
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	3 218	2 012	9 178	13 513	27 922
Nachrangkapital	126	24	1 469	3 745	5 364

31.12.2016	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Mio. EUR					
Forderungen an Kreditinstitute	14 311	4 426	11 469	9 081	39 288
Forderungen an Kunden	22 542	12 567	43 596	32 527	111 232
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	13 524	6 389	13 167	17 094	50 175
Finanzanlagen	1 419	873	12 575	10 826	25 693
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	28	0	0	28
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	11 198	4 737	17 288	11 345	44 568
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	57 322	5 422	3 623	4 275	70 641
Verbriefte Verbindlichkeiten	3 840	7 470	17 502	5 531	34 343
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	35 402	8 643	10 099	15 703	69 846
Nachrangkapital	95	1 090	1 148	3 563	5 895

62. Fälligkeitsanalyse.

Die folgende Tabelle gliedert die undiskontierten finanziellen Verbindlichkeiten aus derivativen und nicht derivativen Geschäften nach vertraglichen Restlaufzeiten. Da der Ausweis undiskontiert und inklusive Zinszahlungen erfolgt, unterscheiden sich die Werte zum Teil von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten.

Zum Stichtag stellten sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Fälligkeitsstrukturen gemäß IFRS 7.39 wie folgt dar:

31.12.2017 Mio. EUR	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 39 928	- 14 656	- 23 747	- 43 450	- 20 052
Verbindlichkeiten aus Derivaten	- 100	- 125	- 247	- 1 212	- 1 735
Insgesamt	- 40 028	- 14 781	- 23 994	- 44 662	- 21 787
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale ¹	- 27 005				
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	- 49 626				

¹ Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

31.12.2016 Mio. EUR	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten	- 49 184	- 15 550	- 26 650	- 35 994	- 20 406
Verbindlichkeiten aus Derivaten	- 17	- 50	- 366	- 1 045	- 1 421
Insgesamt	- 49 201	- 15 600	- 27 016	- 37 039	- 21 827
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale ¹	- 25 736				
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	- 42 226				

¹ Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

Erläuterungen zur Art und Weise, wie die LBBW das Liquiditätsrisiko steuert, finden sich im Liquiditätsrisikoabschnitt des Risikoberichts.

63. Angaben zum Derivatevolumen.

31.12.2017	Nominalwerte – Restlaufzeiten				Fair Value		
	Mio. EUR	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt	Positiv
Devisentermingeschäfte	135 256	34 530	13 284	522	183 593	2 040	2 029
Devisenoptionen	1 633	1 747	5 711	0	9 091	103	104
Käufe	843	857	2 739	0	4 440	103	0
Verkäufe	789	890	2 972	0	4 651	0	104
Zins-/Währungsswaps	857	3 043	14 876	8 242	27 017	756	875
Währungsbezogene Derivate	137 746	39 319	33 871	8 764	219 701	2 898	3 007
Forward Rate Agreements	1 000	4 200	1 400	0	6 600	0	2
Zinsswaps	134 382	170 031	545 687	547 174	1 397 274	13 662	11 952
Zinsoptionen	5 382	5 904	42 138	25 027	78 451	2 152	2 397
Käufe	3 386	2 115	17 238	9 630	32 369	1 221	512
Verkäufe	1 997	3 789	24 901	15 396	46 082	931	1 885
Caps/Floors/Collars	1 168	2 443	14 884	11 593	30 088	215	180
Börsengehandelte Zinsprodukte	50 305	79 451	31 383	0	161 139	0	0
Sonstige Zinskontrakte	2 594	147	189	0	2 930	35	107
Zinsbezogene Derivate	194 831	262 176	635 681	583 793	1 676 482	16 064	14 637
Kreditderivate – Sicherungsgeber	852	1 347	3 941	752	6 891	124	1
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	483	1 577	4 005	1 087	7 153	1	305
Kreditderivate	1 335	2 924	7 946	1 839	14 044	125	306
Börsengehandelte Produkte	2 736	5 398	11 823	579	20 535	529	742
Aktien-Termingeschäfte	91	0	0	0	91	0	0
Aktienoptionen	8	778	62	322	1 170	6	19
Käufe	4	403	25	107	538	6	0
Verkäufe	4	375	37	216	632	0	19
Sonstige Aktienderivate	149	1 107	16	0	1 272	14	18
Aktien-/Indexbezogene Derivate	2 983	7 283	11 900	902	23 068	548	779
Commodities	1 469	807	38	0	2 313	68	78
Warenbezogene und sonstige Derivate	1 469	807	38	0	2 313	68	78
Insgesamt	338 363	312 509	689 437	595 299	1 935 608	19 703	18 808

31.12.2016 Mio. EUR	Nominalwerte – Restlaufzeiten				Gesamt	Fair Value	
	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre		Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	99 751	35 208	15 576	895	151 430	2 935	2 800
Devisenoptionen	683	1 524	6 113	0	8 319	139	144
Käufe	320	739	2 935	0	3 995	139	0
Verkäufe	362	784	3 178	0	4 324	0	144
Zins-/Währungsswaps	2 149	4 587	14 342	8 787	29 866	1 250	1 657
Währungsbezogene Derivate	102 582	41 319	36 031	9 683	189 615	4 324	4 601
Forward Rate Agreements	17 326	16 000	1 800	0	35 126	0	0
Zinsswaps	118 673	135 584	409 398	394 015	1 057 671	18 797	15 692
Zinsoptionen	2 804	7 317	31 451	27 178	68 750	2 680	3 450
Käufe	950	3 408	12 009	10 904	27 271	2 221	201
Verkäufe	1 854	3 909	19 441	16 274	41 479	458	3 248
Caps/Floors/Collars	1 139	2 395	15 271	12 739	31 545	301	223
Börsengehandelte Zinsprodukte	48 259	49 543	24 930	0	122 732	0	0
Sonstige Zinskontrakte	3 186	1 958	210	0	5 354	31	175
Zinsbezogene Derivate	191 388	212 797	483 060	433 932	1 321 177	21 809	19 540
Kreditderivate – Sicherungsgeber	496	1 849	6 412	980	9 737	118	20
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	327	1 769	6 092	1 677	9 864	10	326
Kreditderivate	823	3 619	12 504	2 656	19 601	128	346
Börsengehandelte Produkte	2 325	4 922	7 083	1 240	15 571	372	801
Aktien-Termingeschäfte	10	0	0	0	10	0	0
Aktienoptionen	32	61	119	348	560	8	21
Käufe	31	26	66	117	239	8	0
Verkäufe	1	35	54	231	320	0	21
Sonstige Aktienderivate	102	323	44	0	469	1	36
Aktien-/Indexbezogene Derivate	2 469	5 306	7 247	1 588	16 609	381	858
Commodities	1 148	548	35	0	1 732	60	37
Warenbezogene und Sonstige Derivate	1 148	548	35	0	1 732	60	37
Insgesamt	298 410	263 589	538 876	447 859	1 548 734	26 702	25 383

Die Behandlung der Marktwerte von börsengehandelten Futures sowie von Zinsswaps, deren Clearing über einen zentralen Kontrahenten vorgenommen wird, folgt der Bilanzierung. Demnach wird eine Verrechnung der geflossenen Variation Margin mit den Marktwerten, welche bereits erfolgswirksam gebucht wurden, durchgeführt.

Die nachstehende Tabelle enthält die positiven und negativen Marktwerte sowie die Nominalwerte der derivativen Geschäfte, aufgedgliedert nach den jeweiligen Kontrahenten:

Mio. EUR	Nominalwerte		31.12.2017 Positiv	Fair Value		31.12.2016 Negativ
	31.12.2017	31.12.2016		31.12.2016 Positiv	31.12.2017 Negativ	
OECD-Banken	737 010	625 341	12 921	17 489	14 427	20 140
Nicht-OECD-Banken	18 926	10 112	422	50	135	417
Öffentliche OECD-Stellen	38 442	41 072	3 789	4 928	922	1 204
Sonstige Kontrahenten	1 141 230	872 209	2 572	4 235	3 324	3 622
Insgesamt	1 935 608	1 548 734	19 703	26 702	18 808	25 383

Derivate mit OECD-Banken sind grundsätzlich durch entsprechende Barsicherheiten abgesichert. Die Nominalwerte dienen als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar.

Eine Aufstellung über den Einsatzzweck der sich zum Stichtag im Bestand befindlichen Derivate gibt folgendes Bild:

Mio. EUR	Fair Value			
	31.12.2017 Positiv	31.12.2016 Positiv	31.12.2017 Negativ	31.12.2016 Negativ
Für Handelszwecke eingesetzte derivative Finanzinstrumente und ökonomische Hedgingderivate	17 747	23 925	15 493	21 394
Für Fair Value Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	1 956	2 777	3 315	3 989
Insgesamt	19 703	26 702	18 808	25 383

64. Übertragung finanzieller Vermögenswerte.

Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte.

Bei den übertragenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um eigene Vermögenswerte, die der LBBW-Konzern im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensions- oder Leihegeschäften übertragen bzw. verliehen hat. Die im Rahmen des Förderkreditgeschäfts übertragenen Forderungen können nicht zwischenzeitlich durch den LBBW-Konzern weiterveräußert werden. Bei Wertpapierpensions- oder Leihegeschäften erlischt das Nutzungsrecht an den Wertpapieren mit der Übertragung. Die Gegenparteien der dazugehörigen Verbindlichkeiten greifen nicht exklusiv auf diese Vermögenswerte zurück.

Die übertragenen Vermögenswerte wurden weiterhin vollständig in der Bilanz angesetzt. Daraus kann ggf. ein Kontrahenten-, Ausfall- und/oder Marktpreisrisiko entstehen.

Sachverhalte, bei denen trotz der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement besteht, existierten zum Abschlussstichtag nicht.

Mio. EUR	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	746	493
Wertpapiere	363	110
Forderungen	383	383
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	40	40
Forderungen	40	40
Finanzanlagen AfS	2 263	1 376
Wertpapiere	2 263	1 376
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	19 536	19 533
Kommunaldarlehen	19 523	19 520
Sonstige Forderungen	13	13
Forderungen an Kunden	9 649	9 648
Kommunaldarlehen	1 724	1 724
Hypothekendarlehen	1 873	1 873
Sonstige Forderungen	6 052	6 051

31.12.2016	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
Mio. EUR		
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	1 028	539
Wertpapiere	780	291
Forderungen	248	248
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	19	19
Forderungen	19	19
Finanzanlagen AfS	2 147	1 206
Wertpapiere	2 147	1 206
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	18 275	18 274
Kommuldarlehen	18 261	18 260
Sonstige Forderungen	14	14
Forderungen an Kunden	6 853	6 853
Kommuldarlehen	731	731
Hypothekendarlehen	1 990	1 990
Sonstige Forderungen	4 131	4 131

65. Sicherheiten.

Sicherungsgeber.

Der LBBW-Konzern stellt Sicherheiten insbesondere im Rahmen des Förderkreditgeschäfts und von Wertpapierpensionsgeschäften. Die Besicherung erfolgt in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen festgelegten Bedingungen. Bei Wertpapierpensionsgeschäften hat der Sicherungsnehmer das Recht, die Sicherheit zwischenzeitlich zu veräußern oder weiterzuverpfänden. Insgesamt wurden Vermögenswerte i. H. v. 40 234 Mio. EUR (Vorjahr: 42 397 Mio. EUR) als Sicherheiten für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten übertragen.

Sicherungsnehmer.

Aufgrund von Wertpapierpensionsgeschäften erhält der LBBW-Konzern Wertpapiere als Sicherheit mit dem Recht, diese zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sofern er bei Beendigung des Geschäfts gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Der Fair Value der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte, welche der LBBW-Konzern auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten veräußern oder erneut besichern darf, belief sich auf 25 504 Mio. EUR (Vorjahr: 23 285 Mio. EUR). Von den erhaltenen Sicherheiten war der LBBW-Konzern bei Sicherheiten mit einem Fair Value von insgesamt 25 504 Mio. EUR (Vorjahr: 23 285 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet. Der Fair Value der zum Berichtsstichtag veräußerten oder weitergereichten Sicherheiten mit Rückgabeverpflichtung an den Eigentümer betrug 5 080 Mio. EUR (Vorjahr: 5 851 Mio. EUR).

66. Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen.

Der Konzern ist verpflichtet, finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, welche die bilanziellen Saldierungskriterien erfüllen, zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen. Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Effekten der Saldierung auf die Konzernbilanz sowie zu möglichen Effekten aus Saldierungs-Rahmenvereinbarungen.

Die dargestellten Geschäfte werden in der Regel auf Basis von Rahmenvereinbarungen geschlossen, die bedingte oder unbedingte Rechte zur Saldierung von Forderungen, Verbindlichkeiten sowie von erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten vorsehen. Ein bedingtes Recht zur Saldierung ist bspw. gegeben, wenn der Rechtsanspruch nur im Fall der Insolvenz oder bei Vertragsverletzungen besteht. In Übereinstimmung mit IAS 32.42 wurde keine Saldierung bei Geschäften vorgenommen, bei denen entweder zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Rechtsanspruch auf Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten besteht und/oder kein Ausgleich auf Nettobasis bzw. keine Simultanabwicklung vorgesehen ist.

Die aufgeführten Sicherheiten sind überwiegend auf Grundlage von Rückkaufvereinbarungen und Pfandrechten gestellt worden, wobei die Aufrechnung der Sicherheiten nur in den vertraglich vorgesehenen Fällen (z. B. bei Insolvenz) möglich ist. Bei Rückkaufvereinbarungen ist der Empfänger am Ende der Laufzeit zur Rückgabe des übertragenen Finanzinstruments verpflichtet. Zuvor hat er allerdings regelmäßig das Recht, die Sicherheit an Dritte zu verkaufen oder weiterzuverpfänden.

Der in der Bilanz ausgewiesene Nettobetrag der einzelnen Finanzinstrumente wird nach den im Abschnitt »Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden« dargestellten Maßgaben ermittelt. Die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und die Barsicherheiten werden mit dem beizulegenden Zeitwert angegeben.

Aktiva.

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Erhaltene Sicherheiten Barsicherheiten	
Kontokorrentforderungen	35	-6	29	0	0	0	29
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	25 396	-4 143	21 253	-1 936	-18 927	0	389
Derivate	28 773	-11 245	17 529	-10 587	-1	-3 385	3 556
Insgesamt	54 205	-15 394	38 811	-12 523	-18 928	-3 385	3 975

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Vermögenswerten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Erhaltene Sicherheiten Barsicherheiten	
Kontokorrentforderungen	33	-30	3	0	0	0	3
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	23 002	-2 296	20 707	-4 978	-15 718	-7	2
Derivate	39 316	-14 747	24 569	-15 371	-12	-3 422	5 763
Insgesamt	62 351	-17 073	45 278	-20 350	-15 730	-3 429	5 769

Zum 31. Dezember 2017 wurde der oben dargestellte Nettobetrag bilanzierter Kontokorrentforderungen i. H. v. 0 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR) im Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute und i. H. v. 29 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) im Bilanzposten Forderungen an Kunden gezeigt.

Die Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte wurden mit ihrem jeweiligen Nettobetrag in folgenden Bilanzposten ausgewiesen: 10 358 Mio. EUR Forderungen an Kreditinstitute (Vorjahr: 7 716 Mio. EUR), 10 830 Mio. EUR (Vorjahr: 12 318 Mio. EUR) Forderungen an Kunden sowie 65 Mio. EUR (Vorjahr: 673 Mio. EUR) Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte.

Die Nettoforderungen aus Derivategeschäften wurden wie auch im Vorjahr in vollständiger Höhe im Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ausgewiesen.

Die Barsicherheiten wurden zum Stichtag mit 2 717 Mio. EUR unter dem Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und mit 668 Mio. EUR unter dem Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ausgewiesen.

Passiva.

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
31.12.2017				Gestellte Sicherheiten			
Kontokorrentverbindlichkeiten	175	-6	169	0	0	0	169
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	8 864	-4 143	4 720	-1 936	-2 784	0	0
Derivate	28 027	-11 245	16 782	-10 587	-20	-4 507	1 669
Insgesamt	37 066	-15 394	21 672	-12 523	-2 804	-4 507	1 839

in Mio. EUR	Bruttobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Saldierungsbetrag	Bilanzierter Nettobetrag von finanziellen Verbindlichkeiten	Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen			Nettobetrag
				Effekt von Saldierungs-Rahmenvereinbarungen	Finanzinstrumente	Barsicherheiten	
31.12.2016				Gestellte Sicherheiten			
Kontokorrentverbindlichkeiten	176	-30	146	0	0	0	146
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften/-leihegeschäften	10 539	-2 296	8 244	-4 978	-3 265	0	0
Derivate	37 525	-14 747	22 778	-15 371	0	-5 799	1 607
Insgesamt	48 241	-17 073	31 167	-20 350	-3 265	-5 799	1 754

Zum 31. Dezember 2017 wurde der Nettobetrag bilanzierter Kontokorrentverbindlichkeiten i. H. v. 10 Mio. EUR (Vorjahr: 12 Mio. EUR) in den Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und i. H. v. 159 Mio. EUR (Vorjahr: 135 Mio. EUR) in den Verbindlichkeiten an Kunden gezeigt.

Die Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte wurden mit ihrem jeweiligen Nettobetrag in folgendem Bilanzposten ausgewiesen: 3 276 Mio. EUR (Vorjahr: 3 298 Mio. EUR) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und 1 445 Mio. EUR (Vorjahr: 4 946 Mio. EUR) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Die Nettoverbindlichkeiten aus Derivategeschäften wurden wie auch im Vorjahr in voller Höhe in den Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen ausgewiesen.

Die Barsicherheiten wurden zum Stichtag mit 3 746 Mio. EUR unter dem Posten Forderungen an Kreditinstitute und mit 762 Mio. EUR unter dem Posten Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Sonstige Angaben.

67. Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen.

Maßgebliche Beschränkungen des Konzerns, Zugang zu Vermögenswerten der Gruppe zu erlangen oder diese zu nutzen.

Innerhalb des Konzerns bestehen Vermögenswerte, die vertraglichen, gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Verfügungsbeschränkungen unterliegen, die den LBBW-Konzern in seiner Möglichkeit einschränken, zu diesen Vermögenswerten Zugang zu erhalten und sie für die Erfüllung von Verbindlichkeiten der Gruppe zu verwenden. Die Beschränkungen resultieren aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts, Vermögenswerten zur Besicherung von Verpflichtungen aus Repogeschäften und aus der Stellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften sowie für von konsolidierten strukturierten Einheiten begebene Verbindlichkeiten. Auch regulatorische Anforderungen, Anforderungen von Zentralbanken und lokale gesellschaftsrechtliche Vorschriften können die Nutzbarkeit von Vermögenswerten einschränken.

Es bestehen keine maßgeblichen Beschränkungen aus Schutzrechten nicht beherrschender Anteile, die die Fähigkeit des Konzerns einschränken, Vermögenswerte zu transferieren oder Verbindlichkeiten zu erfüllen.

Die Buchwerte der Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen betragen:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Vermögenswerte mit Verfügungsbeschränkung		
Forderungen an Kreditinstitute	21 151	20 364
Forderungen an Kunden	41 467	41 300
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	6 436	8 192
Finanzanlagen AfS	4 047	3 584
Sonstige	1 073	926
Insgesamt	74 172	74 366

Die Vermögenswerte mit maßgeblichen Beschränkungen setzen sich im Wesentlichen aus der Deckungsmasse des Pfandbriefgeschäfts i. H. v. 33 Mrd. EUR (Vorjahr: 36 Mrd. EUR), übertragenen, aber nicht vollständig ausgebuchten finanziellen Vermögenswerten im Rahmen von Wertpapierpensions- oder Leihgeschäften und Förderkreditgeschäften (siehe Note 65) i. H. v. 32 Mrd. EUR (Vorjahr: 28 Mrd. EUR) sowie Sicherheiten für Verbindlichkeiten aus OTC-Derivategeschäften i. H. v. 5 Mrd. EUR (Vorjahr: 7 Mrd. EUR) zusammen.

Anteile an konsolidierten strukturierten Einheiten.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt 9 (Vorjahr: 10) strukturierte Einheiten einbezogen, deren relevante Aktivitäten nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW steht in Geschäftsbeziehungen mit diesen Unternehmen und erwirbt im Rahmen von Anlageentscheidungen auch Commercial Papers von den konsolidierten strukturierten Einheiten.

Gegenüber den konsolidierten strukturierten Einheiten bestehen zum 31. Dezember 2017 Liquiditätslinien in Höhe von 3 002 Mio. EUR (im Vorjahr: 2 664 Mio. EUR).

Anteile an gemeinsamen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen.

Zwei Gemeinschaftsunternehmen und zwei assoziierte Unternehmen sind für den LBBW-Konzern aufgrund des Beteiligungsbuchwerts bzw. der Bilanzsumme und des anteiligen Ergebnisses von wesentlicher Bedeutung.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes Gemeinschaftsunternehmen, das für den LBBW-Konzern wesentlich ist und unter Verwendung der Equity-Methode bewertet wird, dargestellt:

Mio. EUR	GIZS GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main ^{1,2}	
	31.12.2017	31.12.2016
Erlöse	8	39
Planmäßige Abschreibungen	-2	-2
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-13	-3
Erfolgsneutrales Ergebnis	1	0
Gesamtergebnis	-12	-3
Kurzfristige Vermögenswerte	8	15
Zahlungsmittel und -äquivalente	6	12
Andere kurzfristige Vermögenswerte	3	3
Langfristige Vermögenswerte	12	12
Kurzfristige Schulden	6	12
Kurzfristige finanzielle Schulden	6	12
Reinvermögen des Gemeinschaftsunternehmens	15	15
Anteil am Kapital (in %)	33	33
Anteil am Reinvermögen	5	5
Sonstige Anpassungen	-5	-5
Beteiligungsbuchwert	0	0

1 Hauptgeschäftssitz.

2 Strategische Beteiligung.

In dem Posten Sonstige Anpassungen sind Wertminderungen des Beteiligungsansatzes enthalten.

Die GIZS GmbH & Co. KG, an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil in Höhe von 33% beteiligt ist, hält und verwaltet die Beteiligung an einem Gemeinschaftsunternehmen von Instituten der deutschen Kreditwirtschaft, das den Aufbau, Betrieb und die Weiterentwicklung eines Verfahrens für mobile Zahlungen und Zahlungen im Internet zum Gegenstand hat.

Die strukturierte Einheit Sealink Funding Designated Activity Company mit Sitz in Dublin, Irland, an dem die LBBW keinen Kapital- und Stimmrechtsanteil besitzt, ist als wesentliches Gemeinschaftsunternehmen zum 31. Dezember 2017 dem Grunde nach erstmalig nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss der LBBW einzubeziehen. Mangels einer Beteiligung der LBBW ist die Equity-Methode für Sealink Funding Designated Activity Company nicht anwendbar. In der strukturierten Einheit waren Wertpapiere der ehemaligen Sachsen LB in Höhe von ursprünglich 17,3 Mrd. EUR gebündelt. Zum Bilanzstichtag bestand das verbleibende Sealink-Portfolio noch aus Wertpapieren mit einem Buchwert in Höhe von insgesamt 63 Mio. EUR. Des Weiteren bestand zum 31. Dezember 2017 eine durch Barmittel abgesicherte Verbindlichkeit in Höhe von 1,8 Mrd. EUR. Weitergehende Finanzinformationen zu Sealink Funding Designated Activity Company lagen zum 31. Dezember 2017 nicht vor. Zusätzliche Angaben zu den Hintergründen und Auswirkungen des Verkaufs des Sealink-Portfolios werden mit Blick auf detaillierte Auswirkungen in der Bilanz ausführlich in der Vermögenslage beschrieben.

In der folgenden Tabelle sind zusammengefasste Finanzinformationen für jedes assoziierte Unternehmen, das für den LBBW-Konzern wesentlich ist, dargestellt:

Mio. EUR	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungs- gesellschaft, Stuttgart ^{1,2}		Hypo Vorarlberg Bank AG, Bregenz ^{1,2}	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Erlöse	16	29	305	384
Gewinn/Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	7	18	72	83
Erfolgsneutrales Ergebnis	4	8	0	1
Gesamtergebnis	12	26	73	85
Kurzfristige Vermögenswerte	110	133	2 398	3 245
Langfristige Vermögenswerte	257	238	10 585	10 002
Kurzfristige Schulden	5	5	4 567	6 638
Langfristige Schulden	7	8	7 351	5 597
Eventualverbindlichkeiten	1	1	356	375
Reinvermögen des assoziierten Unternehmens	355	359	1 066	1 012
Anteil am Kapital (in %)	40	40	24	24
Anteil am Reinvermögen	142	144	255	243
Sonstige Anpassungen	-27	-42	-139	-126
Beteiligungsbuchwert	115	101	116	116

1 Hauptgeschäftssitz.

2 Strategische Beteiligung.

Die Finanzinformationen in zusammengefasster Form stellen an konzerneinheitliche Bilanzierungsvorgaben angepasste Beträge des IFRS-Abschlusses der assoziierten Einheit dar.

In dem Posten Sonstige Anpassungen sind im Wesentlichen Wertminderungen der Beteiligungsansätze enthalten.

Die BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft (UBG), an der die LBBW mit einem Kapital- und Stimmrechtsanteil in Höhe von 40% beteiligt ist, bietet als langfristig orientierter Investor Eigenkapitallösungen für den Mittelstand an.

Die Hypo Vorarlberg Bank AG, an der die LBBW mit einem Stimmrechtsanteil in Höhe von 24% beteiligt ist, bietet Bankdienstleistungen für Privat- und Unternehmenskunden an.

Im Berichtsjahr erhielt die LBBW Dividenden i. H. v. 6 Mio. EUR (Vorjahr: 22 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft und i. H. v. 3 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) aus ihrer Beteiligung an der Hypo Vorarlberg Bank AG.

In der folgenden Tabelle sind die Anteile am Erfolg sowie die Buchwerte der Anteile für jedes Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen, die einzeln für sich genommen unwesentlich sind und nach der Equity-Methode bilanziert werden, dargestellt:

Mio. EUR	Assoziierte Unternehmen		Gemeinschaftsunternehmen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Anteil am Gewinn oder Verlust aus fortgeführten Geschäftsbereichen	1	0	8	-1
Anteil am Gesamtergebnis	1	1	8	-1
Summe der Buchwerte der Konzernanteile	9	8	4	7

Im Zusammenhang mit den Anteilen an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen bestehen sonstige nicht angesetzte Verpflichtungen i. H. v. von 2 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR), die sich aus Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 2 Mio. EUR (Vorjahr: 4 Mio. EUR) sowie unwiderruflichen Kreditzusagen i. H. v. 0 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) zusammensetzen.

Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten.

Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die in einer Weise konzipiert wurden, dass bei der Bestimmung, welche Partei beherrschenden Einfluss auf die Einheiten ausübt, Stimmrechte und vergleichbare Rechte nicht den dominierenden Faktor darstellen. Dies ist bspw. der Fall, wenn sich die Stimmrechte lediglich auf Verwaltungsaufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten, die die Rückflüsse der Einheiten erheblich beeinflussen, durch Vertragsvereinbarungen oder faktische Machtpositionen gelenkt werden.

Eine strukturierte Einheit zeichnet sich oftmals durch einige oder sämtliche der folgenden Merkmale aus:

- Beschränkte Tätigkeiten
- Enger und genau definierter Zweck
- Unzureichendes Eigenkapital, um ohne nachgeordnete finanzielle Unterstützung ihre relevanten Aktivitäten ausführen zu können
- Finanzierung durch die Bündelung von Kredit- und anderen Risiken (Tranchen) in Form vielfacher vertraglicher Instrumente, die an die Anleger gebunden sind

Strukturierte Einheiten werden entsprechend den in Note 3 dargestellten Grundsätzen konsolidiert, wenn der LBBW-Konzern aufgrund seiner Beziehungen zu der strukturierten Einheit einen beherrschenden Einfluss ausüben kann. Die Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beziehen sich auf strukturierte Einheiten, die nicht konsolidiert werden, da der LBBW-Konzern keinen beherrschenden Einfluss auf diese ausüben kann. Über diese ist zu berichten, wenn der LBBW-Konzern aus seinen vertraglichen und nichtvertraglichen Beziehungen (»Anteilen«) variablen Rückflüssen aus den Tätigkeiten der strukturierten Einheiten ausgesetzt ist. Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen u. a. Darlehen und Kredite, Eigenkapitalinstrumente, verschiedene Formen von Derivaten, Garantien und Liquiditätsfazilitäten.

Der LBBW-Konzern steht mit den folgenden Arten von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in Geschäftsbeziehungen:

- Fonds: Der LBBW-Konzern bietet Kunden Investitionsmöglichkeiten in selbst gegründete und gesponserte Fonds und tätigt Investitionen in von Dritten gegründete und gesponserte Fonds. Fonds ermöglichen Investoren gemäß einer festgelegten Anlagestrategie gezielt in Vermögenswerte zu investieren. Die Finanzierung erfolgt grundsätzlich durch die Ausgabe von Fonds-Anteilen und ist in der Regel durch die von der strukturierten Einheit gehaltenen Vermögenswerte besichert. Der LBBW-Konzern kann hierbei als Manager der strukturierten Einheit, Investor, Treuhänder für andere Investoren oder in einer anderen Funktion auftreten.

- **Verbriefungsvehikel:** Verbriefungsvehikel bieten Investoren Investitionsmöglichkeiten in diversifizierte Portfolios unterschiedlicher Vermögenswerte wie z. B. Leasing-, Handelsforderungen etc. Die Finanzierung der Verbriefungsvehikel erfolgt durch die Ausgabe von tranchierten Schuldverschreibungen, deren Auszahlungen abhängig von der Entwicklung der Vermögenswerte des Verbriefungsvehikels sowie von der Stellung der jeweiligen Tranche innerhalb der Zahlungsfolge sind. Der LBBW-Konzern nimmt an der Finanzierung oder Strukturierung solcher Vehikel teil.
- **Finanzierungsgesellschaften:** Finanzierungsgesellschaften (inklusive Leasingobjektgesellschaften) werden für die Finanzierung diverser Vermögenswerte oder Transaktionen gegründet. Sie verfolgen einen beschränkten Unternehmenszweck, wodurch die relevanten Aktivitäten vorherbestimmt sind oder nicht durch Stimmrechte oder vergleichbare Rechte gesteuert werden. Die LBBW stellt als Fremdkapitalgeber Finanzierungsmittel für diese strukturierten Einheiten zur Verfügung, die durch die von der Gesellschaft gehaltenen Vermögenswerte besichert sind.
- **Sonstige:** Sonstige strukturierte Einheiten sind Einheiten, die keiner der anderen genannten Arten von strukturierten Einheiten zuordenbar sind.

Der Umfang einer strukturierten Einheit ist abhängig von deren Art:

- **Fonds:** Höhe des verwalteten Vermögens
- **Verbriefungen:** Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere
- **Finanzierungsgesellschaften:** Bilanzsumme
- **Sonstige strukturierte Einheiten:** Bilanzsumme

Der Umfang von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten ohne öffentlich verfügbare Daten wird mit dem Nennwert des Engagements der LBBW angegeben.

Der Umfang der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten stellt sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Verbriefungs- vehikel		Fonds		Finanzierungs- gesellschaften		Sonstige		Insgesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Umfang der strukturierten Einheiten	9 497	20 264	322 044	260 809	14 988	46 127	737	774	347 266	327 974

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheiten die Buchwerte der in der Konzernbilanz ausgewiesenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie die Nominalwerte der außerbilanziellen Verpflichtungen, die Anteile an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten betreffen, und die Posten in der Konzernbilanz, unter denen diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten angesetzt werden:

Mio. EUR	Verbriefungs- vehikel		Fonds		Finanzierungs- gesellschaften		Sonstige		Insgesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Aktiva										
Forderungen	3 364	6 428	3 115	2 289	1 509	1 697	6	0	7 995	10 414
Forderungen an Kreditinstitute	0	30	0	0	0	0	0	0	0	30
Forderungen an Kunden	3 364	6 398	3 115	2 289	1 509	1 697	6	0	7 995	10 384
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1	4	1 342	597	10	19	10	636	1 363	1 257
Handelsaktiva	1	4	1 116	396	9	19	10	636	1 136	1 055
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0	1	12	0	1	0	0	0	13	1
Fair-Value-Option	0	0	214	201	0	0	0	0	214	201
Finanzanlagen	399	297	0	0	31	47	0	0	430	344
Sonstige Aktiva	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1
Summe Aktiva	3 764	6 729	4 458	2 887	1 550	1 763	16	636	9 788	12 016
Passiva										
Verbindlichkeiten	38	1 551	5 679	3 367	157	219	0	0	5 874	5 138
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38	1 551	5 679	3 367	157	219	0	0	5 874	5 138
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	110	2 018	0	0	0	0	111	2 018
Handelsspassiva	0	0	109	2 018	0	0	0	0	109	2 018
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0
Summe Passiva	39	1 552	5 789	5 385	157	219	0	0	5 985	7 156
Außerbilanzielle Verpflichtungen	0	0	108	22	140	206	0	0	248	228

Die maximal möglichen Verluste aus Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten sind abhängig von der Art der Anteile. Das maximale Verlustrisiko von den in der Tabelle dargestellten Aktiva entspricht den Bilanzwerten (ggf. nach Risikovorsorge). Von den in den Handelsaktiva bzw. Handelsspassiva enthaltenen Derivaten mit einem Buchwert von 37 Mio. EUR (Vorjahr: 220 Mio. EUR) bzw. 111 Mio. EUR (Vorjahr: 23 Mio. EUR) und von den außerbilanziellen Verpflichtungen, u. a. Kreditzusagen, Garantien und Liquiditätsfazilitäten, stellen die Nominalwerte die maximal möglichen Verluste dar. Der Nennwert für Derivate mit positivem Wiederbeschaffungswert beträgt 3 115 Mio. EUR (Vorjahr: 25 727 Mio. EUR) und für Derivate mit negativem Wiederbeschaffungswert 7 991 Mio. EUR (Vorjahr: 2 697 Mio. EUR). Das maximale Verlustrisiko entspricht nicht dem erwarteten Verlust und berücksichtigt nicht bestehende Sicherheiten sowie Sicherungsbeziehungen, die das wirtschaftliche Risiko beschränken. Im Rahmen einer Kreditrestrukturierung bestehen darüber hinaus außerbilanzielle Verpflichtungen gegenüber einer strukturierten Einheit (siehe Note 70).

Aus seinen Anteilen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten erzielt der LBBW-Konzern Zinserträge und Provisionserträge aus der Finanzierung dieser Einheiten. Weitere Einnahmen resultieren aus Management-Vergütungen und ggf. Erfolgsbeteiligungen im Rahmen des Fonds-Managements durch die LBBW. Des Weiteren werden Erträge aus der Bewertung bzw. dem Verkauf von durch nicht konsolidierte strukturierte Einheiten begebenen Wertpapieren realisiert.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen der LBBW-Konzern zum Berichtsstichtag keine Anteile hält.

Die LBBW war als Sponsor beim Aufsetzen bzw. Vermarkten von diversen strukturierten Einheiten beteiligt, an denen sie zum Berichtsstichtag keine Anteile hält. Eine strukturierte Einheit gilt als gesponsert, wenn sie begründeterweise mit der LBBW in Verbindung gebracht wird und durch die LBBW unterstützt wurde. Unterstützungen können in diesem Zusammenhang folgende Leistungen umfassen:

- Die Verwendung des Namens »LBBW« für die strukturierte Einheit;
- Vermögenswerte des LBBW-Konzerns wurden auf die strukturierte Einheit übertragen oder an diese verkauft;
- Die strukturierte Einheit wurde durch den LBBW-Konzern gegründet und/oder es wurde Gründungskapital durch die LBBW bereitgestellt.

Aus Geschäftsvorfällen mit gesponserten, nicht konsolidierten Fonds und Verbriefungen, an denen der LBBW-Konzern zum Berichtsstichtag keine Anteile hält, erzielte die LBBW Bruttoerträge aus Provisionen i. H. v. 6 Mio. EUR (Vorjahr: 6 Mio. EUR). Im Rahmen von Initialverkäufen und Replenishment-Vereinbarungen wurden in

2017 insgesamt Vermögenswerte i. H. v. 1 192 Mio. EUR (Vorjahr: 3 957 Mio. EUR) von Dritten auf gesponserte, nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragen.

68. Leasingverhältnisse.

Finance Lease – LBBW als Leasinggeber.

Für die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Finance-Lease-Geschäfte ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Bruttoinvestitionswert	5 746	5 410
Bis zu 1 Jahr	1 827	1 806
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	3 597	3 208
Über 5 Jahre	323	396
./. Unrealisierter Finanzertrag	- 380	- 469
= Nettoinvestitionswert	5 367	4 941
./. Barwert der nicht garantierten Restwerte	- 2	- 210
= Barwert der Forderungen aus Mindestleasingzahlungen	5 364	4 731
Bis zu 1 Jahr	1 691	1 578
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	3 369	2 847
Über 5 Jahre	304	306

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Mindestleasingzahlungen eines Finance-Lease-Verhältnisses und jeglichen dem Leasinggeber zustehenden, nicht garantierten Restwerten. Die Mindestleasingzahlungen sind dabei diejenigen Zahlungen, welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu zahlen hat oder zu denen er herangezogen werden kann, außer bedingte Mietzahlungen, Aufwand für Dienstleistungen und Steuern, die der Leasinggeber zu zahlen hat und die ihm erstattet werden, sowie jegliche garantierte Restwerte. Anfängliche direkte Vertragsanlaufkosten werden in die Forderungen aus Finance-Lease-Verträgen miteinbezogen. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswerts; die Abzinsung erfolgt dabei auf Basis des dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatzes aus Sicht des Leasinggebers.

Die kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen betragen zum Abschlussstichtag - 56 Mio. EUR (Vorjahr: - 65 Mio. EUR).

Finance Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Leasingobjekte aus Finance Lease setzen sich aus folgenden Objektarten zusammen:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Gebäude	1	1
Grundstücke	1	1
Finance-Lease-Gegenstände insgesamt	2	2

Der Buchwert der Vermögenswerte aus Finance Lease in den Sachanlagen i. H. v. 2 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR) bezieht sich im Wesentlichen auf ein Gebäude mit Grundstück. Es besteht ein Leasingvertrag über ein Verwaltungsgebäude in Mainz zwischen der LBBW als Leasingnehmer und einer Grundstücksverwaltungsgesellschaft als Leasinggeber. Die Mietzeit beträgt 20 Jahre mit einem Konversionszeitpunkt zum 31. August 2020. Es besteht eine Kaufoption zum Ende der Mietzeit mit der Möglichkeit des Erwerbs zu dem im Vertrag festgelegten Verkehrswert des Leasingobjekts.

Für die u. a. in den Sonstigen Passiva enthaltenen Verbindlichkeiten aus Finance Lease ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Künftige Mindestleasingzahlungen	3	4
Bis zu 1 Jahr	1	1
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2	3
= Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen	3	3
Bis zu 1 Jahr	1	1
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2	2

Operate Lease – LBBW als Leasinggeber.

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate Lease angesetzten Vermögenswerte unter den Sachanlagen, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, teilen sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Gebäude	61	64
Grundstücke	32	33
Operate Lease insgesamt	93	96

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate-Lease-Vereinbarungen vermieteten, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien betragen 554 Mio. EUR (Vorjahr: 574 Mio. EUR).

Aus den genannten Leasingverhältnissen werden folgende Zahlungen erwartet:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Bis zu 1 Jahr	53	49
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	159	143
Über 5 Jahre	110	202
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen	322	394

Operate Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Aus den Leasingverhältnissen, bei welchen die LBBW Leasingnehmer ist, bestehen Zahlungsverpflichtungen i. H. v.:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Bis zu 1 Jahr	62	56
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	186	114
Über 5 Jahre	63	74
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen	311	244

Im Geschäftsjahr 2017 wurden Mindestleasingzahlungen i. H. v. – 44 Mio. EUR (Vorjahr: – 38 Mio. EUR) als Aufwendungen erfasst. Dieser Posten setzt sich hauptsächlich zusammen aus Aufwendungen für Mieten für Geschäftsräume und Software.

69. Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unterhält der LBBW-Konzern Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen.

Hierzu gehören die Anteilseigner der LBBW (siehe Note 21), beherrschte, aber aus Gründen der Wesentlichkeit nicht konsolidierte Tochterunternehmen, strukturierte Einheiten, at Equity bewertete assoziierte Unternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, Personen in Schlüsselpositionen und deren Angehörige sowie von diesem Personenkreis beherrschte Unternehmen. Zu den Personen in Schlüsselpositionen zählen die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats einschließlich Angehöriger der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen. Sonstige nahestehende Personen/Unternehmen enthalten zudem Beteiligungen der Anteilseigner und Unternehmen, auf welche die Personen in Schlüsselpositionen und deren Familienangehörige einen beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss ausüben können.

Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit Personen des Key Managements können der Note 77 entnommen werden.

Die Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen. Dabei handelte es sich u. a. um Kredite, Tages- und Termingelder, Derivate und Wertpapiergeschäfte.

Der Umfang der Transaktionen mit nahestehenden Unternehmen und Personen kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

31.12.2017						
Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahestehende Personen/ Unternehmen
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	88	0	393
Forderungen an Kunden	1 515	2	58	15	1 835	839
Risikovorsorge	0	0	-22	0	-6	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1 486	0	0	53	0	426
Finanzanlagen	40	0	60	200	5	0
Sonstige Aktiva	0	0	1	0	0	0
Aktiva Insgesamt	3 041	2	96	356	1 834	1 658
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	2	0	0	9 042
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1 199	6	69	97	1 885	1 886
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1	0	0	53	0	151
Nachrangkapital	93	0	0	8	0	203
Passiva Insgesamt	1 293	6	71	159	1 885	11 282
Eventualverbindlichkeiten	20	0	5	10	0	268

31.12.2016						
Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochterunternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahestehende Personen/ Unternehmen
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	91	0	343
Forderungen an Kunden	1 471	1	137	55	67	704
Risikovorsorge	0	0	-38	0	-25	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	1 855	0	437	76	1	707
Finanzanlagen	0	0	244	77	6	4 339
Sonstige Aktiva	0	0	1	0	0	0
Aktiva Insgesamt	3 326	1	779	299	48	6 093
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	2	1	0	8 280
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	703	9	144	193	17	6 292
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	1	0	4	78	0	642
Nachrangkapital	92	0	0	8	0	0
Passiva Insgesamt	796	9	150	280	17	15 214
Eventualverbindlichkeiten	8	0	3	31	6	160

Aus Geschäften mit nahestehenden Personen und Unternehmen ergaben sich wesentliche Erträge und Aufwendungen im Zinsergebnis i. H. v. 53 Mio. EUR (Vorjahr: 129 Mio. EUR) und in der Risikovorsorge i. H. v. 0 (Vorjahr: -1 Mio. EUR).

Die LBBW hat die Ausnahmeregelung gemäß IAS 24.25 nicht in Anspruch genommen.

70. Außerbilanzielle Geschäfte.

Eventualverbindlichkeiten.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	6 734	5 971
Eventualverbindlichkeiten aus Joint Ventures	2	4
Sonstige Eventualverbindlichkeiten	77	55
Insgesamt	6 813	6 031

Die Eventualverbindlichkeiten werden von Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen dominiert:

- Eine Bürgschaft ist gemäß § 765 Abs. 1 BGB die vertragliche Verpflichtung des Bürgen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten, für die Erfüllung der Verbindlichkeit des Dritten einzustehen.

- Gewährleistungsverträge sind alle nicht als Bürgschaft zu qualifizierenden vertraglichen Verpflichtungen, die das Entstehen für einen bestimmten Erfolg oder eine Leistung oder für den Nichteintritt eines bestimmten Nachteils oder Schadens zum Gegenstand haben.
- Das Dokumenten-Akkreditiv ist das Versprechen einer Bank, bei Vorlage bestimmter Dokumente Zahlung zu leisten.

Finanzgarantien (IAS 39.9) sind hierin nicht enthalten.

Im Falle der Inanspruchnahme besteht für die LBBW das Risiko, dass ihre (Rückgriffs-)Forderung gegenüber dem Garantienehmer abzüglich der Sicherheiten nicht werthaltig ist. Liegen stichhaltige Gründe für eine voraussichtliche Inanspruchnahme vor, bildet die LBBW spezifische Rückstellungen auf Einzelgeschäftsebene, sofern von einem drohenden Verlust ausgegangen wird. Für latente Risiken wird eine pauschalierte Vorsorge gebildet.

Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten umfassen neben Rechtsrisiken auch Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Restrukturierungsfonds (»Bankenabgabe«), die bei Abwicklungsmaßnahmen auf erstes Anfordern ganz oder teilweise zu leisten sind und für die eine Barsicherheit gestellt worden ist.

Das am 3. Juli 2015 in Kraft getretene Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) regelt die zukünftige finanzielle Ausstattung der gesetzlichen und institutsbezogenen Sicherungssysteme, darunter auch das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe.

Die LBBW hat sich gegenüber dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger des institutsbezogenen Sicherungssystems unwiderruflich verpflichtet, neben dem Jahresbeitrag weitere Zahlungen z. B. im Entschädigungsfall gemäß § 10 EinSiG auf erstes Anfordern zu leisten. Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten beinhalten die in diesem Zusammenhang geleisteten Sicherungsleistungen.

Zusätzlich zu den in obiger Tabelle dargestellten Eventualverbindlichkeiten bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

- Die LBBW hat sich nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds dazu verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen.
- Abgegebene Patronatserklärungen können der Anteilsbesitzliste (siehe Note 75) entnommen werden.
- Verpflichtungen aus der Gewährträgerhaftung: Die LBBW (Bank) haftet für die bis zum 18. Juli 2001 entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der ehemaligen LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, zeitlich unbegrenzt. Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Andere Verpflichtungen.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Unwiderrufliche Kreditzusagen	22 412	22 784
Insgesamt	22 412	22 784

Der Posten besteht aus dem noch nicht in Anspruch genommenen Betrag der gewährten Zusage, den die Bank nicht widerrufen kann. Im Falle der Inanspruchnahme besteht für die LBBW das Risiko, dass ihre Forderung gegenüber dem Kreditnehmer abzüglich der Sicherheiten nicht werthaltig ist. Liegen stichhaltige Gründe für eine voraussichtliche Inanspruchnahme vor, bildet die LBBW spezifische Rückstellungen auf Einzelgeschäftsebene, sofern von einem drohenden Verlust ausgegangen wird. Für latente Risiken wird eine pauschalierte Vorsorge gebildet.

Weitere nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	496	535
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	101	60
Übrige	99	28
Insgesamt	696	623

Zusätzlich zu den in obiger Tabelle dargestellten sonstigen finanziellen Verpflichtungen bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

Bei einer erforderlichen Kreditrestrukturierung wurde im Konsortialverbund die Zweckgesellschaft ICON Brickell LLC (»ICON«) gegründet. Die LBBW ist indirekt über die Yankee Properties LLC (»Yankee«) an ICON beteiligt. Der Geschäftszweck der ICON, die finanzierten Wohnungen zu verkaufen, ist inzwischen erfüllt. Die LBBW und die anderen Gesellschafter der ICON haben eine »Guaranty« (Recht des Bundesstaates Florida) für die Verpflichtun-

gen der ICON abgegeben. Diese bezieht sich auf Zahlungspflichten sowie auf alle sonstigen Verhaltenspflichten der Yankee gegenüber ICON. Hieraus können weiterhin, d. h. bis spätestens zur Rückgabe der Guaranty, (Gewährleistungs-)Ansprüche an die LBBW herangetragen werden.

Die Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen beinhalten Nachschusspflichten gegenüber zentralen Kontrahenten i. H. v. 403 Mio. EUR (Vorjahr: 421 Mio. EUR). Zuzüglich zu den in der Tabelle dargestellten Posten fallen jährlich 309 Mio. EUR (Vorjahr: 270 Mio. EUR) für Verpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen an.

Eventualforderungen.

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Rechtsstreitigkeiten	6	6
Insgesamt	6	6

Treuhandgeschäfte.

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten sowie Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	335	394
Forderungen an Kunden	157	206
Finanzanlagen	2	2
Sonstige Aktiva	31	34
Treuhandvermögen insgesamt¹	526	636
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	524	634
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2	2
Treuhandverbindlichkeiten insgesamt¹	526	636

¹ Inklusive Forderungen und Verbindlichkeiten in fremdem Namen auf fremde Rechnung (Verwaltungskredite).

71. PIIS Exposure.

In Ergänzung zu der im Risiko- und Chancenbericht dargestellten Regionengliederung folgen nachstehend die Angaben zum Exposure in den PIIS-Staaten (Portugal, Italien, Irland und Spanien) auf Basis der IFRS-Bilanzwerte.

Das Exposure des LBBW-Konzerns gegenüber den drei Branchen Finanzinstitute, Unternehmen und öffentliche Haushalte mit Sitz in Irland, Italien, Portugal und Spanien betrug zum Stichtag 2,5 Mrd. EUR und lag somit leicht unter dem Vorjahresniveau (Vorjahr: 2,6 Mrd. EUR).

Das Kreditvolumen gegenüber Spanien ging im Berichtszeitraum von 0,7 Mrd. EUR auf 0,5 Mrd. EUR zurück. Zu dieser Entwicklung trug insbesondere der Rückgang der Handelsaktiva gegenüber Finanzinstituten um - 169 Mio. EUR bei.

Gegenläufig ist das Kreditvolumen gegenüber Italien im Berichtszeitraum von 1,6 Mrd. EUR auf 1,7 Mrd. EUR leicht angestiegen. Während sich das Volumen im Bereich Öffentliche Haushalte und Finanzinstitute geringfügig rückläufig entwickelte, stieg das Kreditvolumen an Unternehmen insbesondere in Form von Finanzanlagen und Kredite um 136 Mio. EUR an.

72. Adressenausfallrisiko.

Mit den folgenden Tabellen wird den Angabepflichten gemäß IFRS 7.36 und 7.37 nachgekommen. Die quantitativen Angaben zum Kreditrisiko erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Dieser ist nicht nur auf Finanzinstrumente beschränkt.

Maximales Adressenausfallrisiko sowie Wirkung risikoreduzierender Maßnahmen.

31.12.2017					
Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/ Collateral	Kredit- derivate (Protection Buy)	Kredit- sicherheiten	Netto- Exposure
Barreserve	6 118	0	0	0	6 118
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte					
Handelsaktiva	58 015	36 392	7 828	314	13 482
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	629	213	0	0	416
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	4 196	4 007	0	8	182
Finanzanlagen AfS	21 954	0	0	0	21 954
zinstragende Vermögenswerte	19 669	0	0	0	19 669
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 285	0	0	0	2 285
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	55 419	21 119	0	683	33 616
Forderungen an Kunden	106 926	15 638	0	36 965	54 324
davon Finance Lease	4 052	0	0	52	4 000
Finanzanlagen LaR	1 657	0	0	0	1 657
zinstragende Vermögenswerte	1 657	0	0	0	1 657
Insgesamt	254 915	77 368	7 828	37 969	131 749
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	52 395	0	0	2 518	49 877
Gesamt Exposure	307 309	77 368	7 828	40 487	181 625

31.12.2016					
Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/ Collateral	Kredit- derivate (Protection Buy)	Kredit- sicherheiten	Netto- Exposure
Barreserve	4 451	0	0	0	4 451
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte					
Handelsaktiva	79 699	47 543	11 111	642	20 402
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	626	200	0	24	402
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	5 265	5 082	0	20	163
Finanzanlagen AfS	20 816	0	0	0	20 816
zinstragende Vermögenswerte	18 509	0	0	0	18 509
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 307	0	0	0	2 307
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	48 497	16 430	0	996	31 071
Forderungen an Kunden	110 637	17 553	0	38 956	54 128
davon Finance Lease	3 603	0	0	78	3 525
Finanzanlagen LaR	5 438	0	0	0	5 438
zinstragende Vermögenswerte	5 417	0	0	0	5 417
nicht zinstragende Vermögenswerte	20	0	0	0	20
Insgesamt	275 428	86 808	11 111	40 638	136 871
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	49 239	0	0	3 614	45 625
Gesamt Exposure	324 667	86 808	11 111	44 252	182 496

Vom Gesamtportfolio i. H. v. 307 Mrd. EUR zum Stichtag 31. Dezember 2017 sind 99,6% der Vermögenswerte (Vorjahr: 99,5%) weder wertgemindert noch überfällig.

Weitere Aussagen zur Werthaltigkeit des Portfolios können dem Risiko- und Chancenbericht entnommen werden.

Portfolioqualität – überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte.

Als überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte ist das Brutto-Exposure der Geschäfte mit mehr als fünf Tagen Zahlungsverzug definiert, für welche kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde.

Zum Stichtag 31. Dezember 2017 entfiel hierauf ein Brutto-Exposure i. H. v. 202 Mio. EUR (Vorjahr: 349 Mio. EUR). Annähernd 60% dieser Geschäfte sind weniger als drei Monate überfällig.

In der nachfolgenden Tabelle ist die Laufzeitengliederung dieses Teilportfolios dargestellt:

31.12.2017 Mio. EUR	<=1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate	Gesamt
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte							
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	1	0	0	0	1
Forderungen an Kunden	92	24	16	13	1	54	200
davon Finance Lease	4	3	1	0	0	3	10
Insgesamt	92	24	17	13	1	54	200
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	2	0	0	0	0	0	2
Gesamt Exposure	94	25	17	13	1	54	202

31.12.2016 Mio. EUR	<=1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate	Gesamt
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte							
Forderungen an Kreditinstitute	1	0	0	0	0	0	1
Forderungen an Kunden	42	142	81	24	1	56	347
davon Finance Lease	1	2	2	0	0	0	6
Insgesamt	43	143	82	24	1	56	348
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	2	0	0	0	0	0	2
Gesamt Exposure	43	143	82	24	1	56	349

Portfolioqualität – wertgeminderte Vermögensgegenstände.

Nachfolgend wird das Brutto-Exposure gegenüber Kunden, für die eine Wertberichtigung gebildet wurde, ausgewiesen:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	1	3
Forderungen an Kunden	913	1 214
davon Finance Lease	57	73
Insgesamt	914	1 218
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	111	93
Gesamt Exposure	1 025	1 310

Die wertgeminderten Vermögenswerte haben sich im Vergleich zum 31. Dezember 2016 um 285 Mio. EUR reduziert. Die Veränderung fand größtenteils bei Forderungen an Kunden statt.

In der nachfolgenden Tabelle wird das wertgeminderte Portfolio je Ausfallgrund zum Stichtag dargestellt:

	31.12.2017		31.12.2016	
	Gesamt in Mio. EUR	Gesamt in %	Gesamt in Mio. EUR	Gesamt in %
1) Kündigung/Fälligkeit/Insolvenz	171	16,7	195	14,9
2) Zahlungsverzug/Überziehung > 90 Tage ¹	88	8,6	133	10,1
3) Unwahrscheinliche Rückzahlung ²	766	74,7	982	75,0
Gesamt	1 025	100,0	1 310	100,0

¹ Ohne Kriterien der Nr. 1).

² Ohne Erfüllung der Kriterien der Nr. 1) oder 2) (Auffangatbestand).

Forbearance.

Zum 31. Dezember 2017 bestehen im LBBW-Konzern Vermögenswerte mit einem Nettobuchwert i. H. v. 0,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 1,4 Mrd. EUR), bei welchen Forbearance-Maßnahmen eingeräumt wurden. Dabei wurden im Wesentlichen Modifikationen hinsichtlich der Bedingungen und Konditionen gewährt. Bei einem Teilbestand der Vermögenswerte mit Forbearance-Maßnahmen i. H. v. 0,3 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,2 Mrd. EUR) handelt es sich um wertgeminderte Vermögenswerte.

Für Vermögenswerte mit Forbearance-Maßnahmen hat die LBBW Finanzgarantien i. H. v. 0,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 0,3 Mrd. EUR) erhalten.

73. Kapitalmanagement.

Ziel der Kapitalsteuerung der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sowohl in Zeiten normaler Geschäftstätigkeit wie auch in Stressphasen sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals und damit verbunden die dauerhafte Überlebensfähigkeit der LBBW unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus einer ökonomischen, barwertigen Sichtweise (1. Steuerungskreis) als auch einem regulatorischen Blickwinkel (2. Steuerungskreis) betrachtet. Beide Steuerungskreise haben für den normalen Geschäftsbetrieb die Erreichung der Unternehmensziele im Fokus, während zugleich für Stressphasen Vorkehrungen für eine hinreichende Stressresistenz getroffen werden.

Die integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Asset Liability Committee (ALCo) unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, der Kapitalsteuerung, der Liquiditätssteuerung und der Refinanzierung sowie bei der Marktpreisrisikosteuerung. Das ALCo agiert hierbei entscheidungsvorbereitend, die Beschlussfassung erfolgt anschließend durch den Gesamtvorstand.

Beim Risikomanagement und einem Kapitalmanagement unter ökonomischen Gesichtspunkten unterstützt das Risk Committee (RiskCom) entscheidungsvorbereitend den Vorstand bei der Risikoüberwachung, der Risikomethodik und der Risikostrategie für den Gesamtkonzern sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, besteht ein koordinierendes Regulatorik- / Bilanzierungskomitee.

Die Kapitalallokation und die längerfristige strategische Kapitalsteuerung erfolgt im Rahmen des jährlichen integrierten Planungsprozesses (mit einem fünfjährigen Planungshorizont) mit dem unterjährigen Forecast und werden vom Gesamtvorstand beschlossen sowie laufend überwacht. Der Aufsichtsrat genehmigt den vorgelegten Wirtschaftsplan für das kommende Jahr und nimmt Kenntnis von der darin enthaltenen Mittelfristplanung.

Ökonomisches Kapital.

Neben dem regulatorisch notwendigen Eigenkapital wird bei der LBBW in einem weiteren Steuerungskreis das ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird, überwacht.

Details hierzu befinden sich im Risiko- und Chancenbericht.

Regulatorisches Kapital.

Die Kapitalquoten der LBBW-Gruppe werden nach den Vorgaben von Art. 92 CRR i. V. m. Art. 11 CRR ermittelt. Danach betragen die jederzeit einzuhaltenden Quoten:

- Harte Kernkapitalquote (Basis: hartes Kernkapital) von 4,5%, zzgl. relevanter Kapitalpuffer,
- Kernkapitalquote (Basis: hartes sowie zusätzliches Kernkapital) von 6,0%,
- Gesamtkapitalquote (Basis: hartes und zusätzliches Kernkapital sowie Ergänzungskapital) von 8%.

Durch die EZB wurde der aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP) durchgeführt. Auf Grundlage dieses Prozesses wurde von der EZB festgelegt, dass die LBBW über die Mindestanforderungen nach Art. 92 CRR hinaus im Jahr 2017 jederzeit eine harte Kernkapitalquote in Höhe von 8,08% auf konsolidierter Basis einzuhalten hatte. In dieser Quote sind die o. g. harte Kernkapitalquote, der Kapitalerhaltungspuffer, der in 2017 erstmalig einzuhaltende Puffer für anderweitig systemrelevante Banken sowie die zusätzliche Kapitalanforderung der Aufsicht im Rahmen des SREP-Prozesses enthalten.

Des Weiteren ist ein institutsspezifischer antizyklischer Kapitalpuffer vorzuhalten. Dieser Kapitalpuffer kann von Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums und von Drittstaaten für die in ihren Staaten belegenen maßgeblichen Risikopositionen verhängt werden. Ergänzend hierzu hat die Bank die Anforderungen aus der Pillar II Capital Guidance (P2G) als zusätzliche Kapitalempfehlung einzuhalten.

Die Quoten ergeben sich aus dem Verhältnis der jeweiligen Kapitalbestandteile zum Gesamtforderungsbetrag, ausgedrückt als Prozentsatz. Der Gesamtforderungsbetrag ergibt sich aus den risikogewichteten Forderungsbeträgen für das Kredit- und Verwässerungsrisiko, dem Gegenparteiausfallrisiko aus Handelsbuchhaltung, den Marktpreisrisiken (Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken), den Risiken einer Anpassung der Kreditbewertung bei OTC-Derivaten, sowie dem operationellen Risiko. Diese aufsichtsrechtlich geforderten Quoten wurden im Geschäftsjahr 2017 jederzeit eingehalten.

Die Eigenmittel ergeben sich aus der Summe von Kernkapital und Ergänzungskapital.

Das Kernkapital setzt sich zusammen aus dem harten sowie dem zusätzlichen Kernkapital. Dabei umfasst das harte Kernkapital das eingezahlte Kapital, die damit verbundenen Agien (Kapitalrücklagen), die Gewinnrücklagen

und das kumulierte Sonstige Ergebnis. Das kumulierte Sonstige Ergebnis muss aufgrund der Übergangsbestimmungen in 2017 mit einer Höhe von 80% beim harten Kernkapital berücksichtigt werden.

Das zusätzliche Kernkapital enthält die Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter. Diese können aufgrund der Übergangsbestimmungen bis Ende 2021 innerhalb der gemäß Art. 486 CRR i. V. m. § 31 SolvV geltenden Bandbreiten weiterhin in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden. Nicht mehr in diese Bandbreiten fallende Beträge können, sofern die Bedingungen für die Anrechnung als Ergänzungskapital erfüllt sind, in dieser Kapitalrubrik angerechnet werden.

Das Ergänzungskapital besteht aus verbrieften langfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten sowie langfristigen nachrangigen Darlehen und Genussrechten, welche die Bedingungen des Art. 63 CRR erfüllen, sowie den damit verbundenen Agien. Die Instrumente des Ergänzungskapitals unterliegen in den letzten fünf Jahren ihrer Laufzeit einer taggenauen Abschmelzung.

Vom harten Kernkapital sind die immateriellen Vermögenswerte, von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche aus Verlustvorträgen sowie der Wertberichtigungsfehlbetrag für Forderungen, die gemäß dem IRB-Ansatz berechnet wurden, abzuziehen. Des Weiteren müssen bei der Ermittlung der Eigenmittel die durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingten Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten sowie zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren und Wertanpassungen aufgrund der Anforderungen für eine vorsichtige Bewertung abgezogen werden.

Hierbei dürfen für diese Abzugs- bzw. Ausschlusspositionen vom harten Kernkapital die Übergangsbestimmungen gemäß Art. 467 ff. i. V. m. Art. 481 CRR angewandt werden. Daher müssen für latente Steuern aus Verlustvorträgen zum Jahresende 2017 Abzugspositionen in Höhe von 60% vom harten Kernkapital berücksichtigt werden, die restlichen 40% sind als risikogewichtete Aktiva mit einem Risikogewicht von 0% anzusetzen. Als Abzugspositionen in Höhe von 80% vom harten Kernkapital müssen berücksichtigt werden: die immateriellen Vermögensgegenstände, der Wertberichtigungsfehlbetrag sowie die Gewinne und Verluste aus zum Zeitwert bilanzierten derivativen Verbindlichkeiten, die aus dem eigenen Kreditrisiko des Instituts resultieren. Die restlichen 20% der o. g. Abzugspositionen für die immateriellen Vermögensgegenstände werden vom zusätzlichen Kernkapital abgezogen. Der nicht beim harten Kernkapital berücksichtigte Wertberichtigungsfehlbetrag in Höhe von 20% wird hälftig vom zusätzlichen Kernkapital und dem Ergänzungskapital abgezogen.

Im Rahmen der Marktpflege können in Wertpapieren verbrieftes Ergänzungskapitalbestandteile innerhalb der geltenden Grenzen zurückgekauft werden. Eigene zurückgekauft direkt sowie indirekt gehaltene Ergänzungskapitalinstrumente sind vom Ergänzungskapital abzuziehen. Die beantragte Obergrenze wurde im Jahr 2017 jederzeit eingehalten.

Die LBBW wendet den von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigten, auf internen Ratings basierenden Ansatz (Basis-IRB-Ansatz) für die Ermittlung der Eigenmittelunterlegung von Adressrisiken aus wesentlichen Forderungsklassen an. Die Eigenmittelanforderungen für Forderungen, für die noch keine Zulassung eines Ratingverfahrens vorliegt, werden nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) berechnet.

Die Eigenmittel gemäß CRR berechnen sich auf Basis des IFRS-Abschlusses der aufsichtsrechtlich einzubeziehenden Unternehmen.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel des LBBW-Konzerns ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Eigenmittel	16 869	16 814
Kernkapital (Tier I)	12 795	12 822
davon hartes Kernkapital (CET I)	11 955	12 033
davon zusätzliches Kernkapital (AT I)	840	789
Ergänzungskapital (Tier II)	4 075	3 992
Gesamtrisikobetrag	75 728	77 406
Risikogewichtete Forderungsbeträge für das Kredit-, Gegenparteausfall- und Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	63 684	62 387
Gesamtforderungsbetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	5 608	8 425
Gesamtbetrag der Risikopositionen für Operationelle Risiken	4 514	4 715
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	1 922	1 879
Gesamtkapitalquote in %	22,3	21,7
Kernkapitalquote in %	16,9	16,6
Harte Kernkapitalquote in %	15,8	15,5

Mio. EUR	31.12.2017	31.12.2016
Kernkapital (Tier 1)	12 795	12 822
Eingezahlte Kapitalinstrumente	3 484	3 484
Agio	8 240	8 240
Zusätzliches Kernkapital	840	789
Einbehaltene Gewinne, kumuliertes Ergebnis sowie Sonstige Rücklagen	1 289	1 482
Abzugspositionen vom harten Kernkapital gemäß CRR	- 1 058	- 1 173

Erläuterung der Veränderungen 2016 zu 2017.

Das harte Kernkapital (CET 1) der LBBW-Gruppe verringerte sich nur unwesentlich gegenüber dem Vorjahr. Dies resultierte aus diversen, sich gegenseitig neutralisierenden Effekten. Die wesentlichen Gründe hierfür waren die für 2017 angepassten Übergangsbestimmungen gemäß CRR. Aufgrund dieser Übergangsbestimmungen muss ein höherer Abzugsbetrag zulasten des CET 1 angesetzt werden. Ebenfalls reduzierend wirkt der neue Abzugsposten aufgrund der unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen für die Bankenabgabe sowie die in 2017 erfolgte Gewinnausschüttung an die Anteilseigner. Gegenläufig und somit CET- 1-erhöhend wirkte sich in 2017 der Wegfall des Abzugspostens für den Geschäfts- oder Firmenwert aus. Wegen der höheren Belastung des CET 1 durch die veränderten Übergangsbestimmungen ergibt sich im Gegenzug bei einigen Positionen ein geringerer Abzug vom zusätzlichen Kernkapital (AT 1) sowie vom Ergänzungskapital (T 2).

Das zusätzliche Kernkapital (AT 1) erhöhte sich durch die Veränderung der Abzugsbeträge und deren veränderte Anrechnung aufgrund der Übergangsbestimmungen gemäß CRR. Negativ auf das AT 1 wirkten Kündigungen und Fälligkeiten, allerdings in geringerem Maße als der Anstieg durch die veränderten Übergangsregelungen. Das Ergänzungskapital (T 2) wurde im zweiten Quartal 2017 durch die Neuemission von zwei Nachranganleihen im Rahmen des MTN-Programms gestärkt. Emittiert wurden 300 Mio. SGD sowie 300 Mio. AUD. Ein weiterer positiver Effekt für das Nachrangkapital ergibt sich durch die geänderten Übergangsbestimmungen. Gegenläufig dazu wirkte sich die taggenaue Amortisierung von Ergänzungskapitalbestandteilen aus.

Die das harte Kernkapital beeinflussenden Veränderungen wirken sich auf alle Kapitalquoten aus. Eine Erhöhung des zusätzlichen Kernkapitals beeinflusst die Kern- sowie die Gesamtkapitalquote, die Emission von Ergänzungskapital hat lediglich auf die Gesamtkapitalquote einen positiven Effekt.

Zum Rückgang des Gesamtrisikobetrags gegenüber dem Vorjahres-Ultimo trägt insbesondere ein Rückgang des Teilrisikobetrags aus Handelsbuchrisiken gemäß internem Marktrisikomodell bei. Ursächlich hierfür ist maßgeblich eine Berücksichtigung von Korrelationseffekten bei der Verrechnung allgemeiner Zins-, Aktien- und Aktienvolatilitätsrisiken. Gegenläufig wirkte sich die positive Geschäftsentwicklung im Adressrisiko aus.

74. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Es lagen keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag vor.

Zusatzangaben nach § 315e HGB.

75. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.

Der Anteil der assoziierten Unternehmen und der Joint Ventures an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie Erlösen und Periodenergebnissen wird in Note 67 dargestellt.

Die LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, und die LBBW Service GmbH, Stuttgart, haben von der Befreiung des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Die folgende Übersicht zeigt die vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes des LBBW-Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss sowie § 285 Nr. 11 HGB zum Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB zum Abschlussstichtag. In der Auflistung des Anteilsbesitzes sind die Gesellschaften, für die eine Patronatserklärung abgegeben wurde, gekennzeichnet.

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen							
1. Tochterunternehmen							
a. Vollkonsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)							
1	ALVG Anlagenvermietung GmbH ^{1,6,7,22}	Stuttgart	100,00		EUR	19 000,00	0,00
2	Austria Beteiligungsgesellschaft mbH ²²	Stuttgart	66,67		EUR	35 996,17	172,70
3	Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart Aktiengesellschaft ^{1,6,22}	Stuttgart	98,47		EUR	4 452,44	0,00
4	Bauwerk-Stuttgart GmbH ^{1,22}	Stuttgart	75,00		EUR	- 590,20	- 9,31
5	Berlin Lützowstraße GmbH & Co. KG ¹	Stuttgart	100,00			k.A.	k.A.
6	BW-Immobilien GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	2 721,13	801,09
7	Centro Alemán de Industria y Comercio de México S.de R.L.de C.V. ^{2,22}	México, Mexiko	100,00		MXN	- 14 825,21	- 2 999,13
8	CFH Beteiligungsgesellschaft mbH ^{1,6,22}	Leipzig	100,00		EUR	45 551,95	3 781,19
9	Dritte Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	701,91	0,00
10	Dritte LBBW US Real Estate GmbH ²²	Stuttgart	100,00		EUR	18 049,18	- 2 819,09
11	Employrion Komplementär GmbH 1,22,30	Weil	100,00		EUR	31,48	1,11
12	Entwicklungsgesellschaft Grunewaldstraße 61 - 62 mbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	94,84	94,90	EUR	- 3 386,75	12,84
13	Entwicklungsgesellschaft Uhlandstraße 187 GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	94,90		EUR	- 2 192,87	9,60
14	Erste IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH ^{1,22,33}	Weil	100,00		EUR	26,56	0,14
15	Erste Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	474,96	0,00
16	EuroCityCenterWest GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 19 427,61	58,75
17	EuroCityCenterWest Verwaltungs-GmbH ^{1,22}	Stuttgart	94,80		EUR	36,36	0,48
18	FLANTIR PROPERTIES LIMITED ^{1,22}	Nicosia, Zypern	100,00		RUB	- 5 627,51	6 304,77
19	FOM / LEG Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Heidelberg	50,00		EUR	- 17,20	- 0,13
20	Fünfte Industriefabrik Objekt-GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	575,02	0,00
21	German Centre for Industry and Trade GmbH, Beteiligungsgesellschaft ^{5,22}	Stuttgart	100,00		EUR	7 720,60	0,00
22	German Centre for Industry and Trade Pte. Ltd. Singapore ^{1,22}	Singapore, Singapur	100,00		SGD	16 281,41	2 575,46
23	Grunewaldstraße 61 - 62 GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	28,30	- 0,10
24	IMBW Capital & Consulting GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	250,00	0,00
25	Immobilienvermittlung BW GmbH ²²	Stuttgart	100,00		EUR	3 262,14	762,14
26	Industriefabrik-Aktiengesellschaft ^{1,6,22}	Stuttgart	93,63		EUR	23 281,64	0,00
27	Kiesel Finance Management GmbH ^{1,22}	Baienfurt	90,00		EUR	37,93	2,10
28	Kommunalbau Rheinland-Pfalz GmbH ^{1,22}	Mainz	100,00		EUR	1 630,74	- 3 062,73
29	Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc ^{3,22}	London, Großbritannien	100,00		EUR	974,00	- 26,00
30	LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ^{3,7,22}	Stuttgart	100,00		EUR	32 274,88	12 474,21
31	LBBW Immobilien Asset Management GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	1 305,03	0,00
32	LBBW Immobilien Capital Fischertor GmbH & Co. KG ^{1,22}	München	93,98	94,00	EUR	- 5 315,90	- 5,81
33	LBBW Immobilien Capital GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 2 202,71	- 4,32
34	LBBW Immobilien Development GmbH ^{1,4,6,22}	Stuttgart	94,90		EUR	15 783,69	0,00
35	LBBW Immobilien GmbH & Co. Beteiligung KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	31 755,68	957,55
36	LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH ^{1,4,6,7,22}	Stuttgart	81,62		EUR	2 016,51	0,00
37	LBBW Immobilien Luxembourg S. A. ^{1,22}	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	- 76 239,30	- 29,53
38	LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	94,90		EUR	3 303,97	0,00
39	LBBW Immobilien Management GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	375 694,37	0,00
40	LBBW Immobilien M_Eins Berlin GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 331,13	- 75,61
41	LBBW Immobilien Romania S.R.L. ^{1,22}	Bukarest, Rumänien	100,00		RON	- 34 130,45	- 89,76
42	LBBW Immobilien Süd GmbH & Co. KG ^{1,4,22}	München	100,00		EUR	- 44 049,05	- 1 636,33
43	LBBW Immobilien Versicherungsvermittlung GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
44	LBBW Immobilien Westend Carree II GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 2 320,30	- 1 741,88
45	LBBW Immobilien Westend Carree II Komplementär GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	24,26	- 0,07
46	LBBW Immobilien-Holding GmbH ^{5,22}	Stuttgart	100,00		EUR	402 050,54	0,00
47	LBBW Leasing GmbH i.L. ²²	Stuttgart	100,00		EUR	25 088,54	0,00
48	LBBW México ^{2,22}	México, Mexiko	100,00		MXN	3 951,81	1 616,50
49	LBBW Service GmbH ^{5,22}	Stuttgart	100,00		EUR	224,67	0,00
50	LBBW US Real Estate Investment LLC ²³	Wilmington, USA	100,00		USD	56 392,93	- 1 355,49

Lfd. .Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
51	LBBW Venture Capital Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²²	Stuttgart	100,00		EUR	20 591,23	1 742,15
52	LEG Projektgesellschaft 2 GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	5 414,98	74,73
53	LEG Verwaltungsgesellschaft 2 mbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	28,56	0,32
54	LOOP GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	15,01	2,00
55	Löwentor Stuttgart Komplementär GmbH ¹	Stuttgart	100,00			k.A.	k.A.
56	Löwentor Stuttgart Projekt GmbH & Co. KG ¹	Stuttgart	70,00			k.A.	k.A.
57	LRP Capital GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	3 298,00	- 120,00
58	Lyoner Quartier GmbH & Co. KG ^{1,4}	Frankfurt am Main	100,00			k.A.	k.A.
59	MKB Mittelrheinische Bank Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{7,22}	Koblenz	100,00		EUR	51 745,70	10 817,96
60	MKB Versicherungsdienst GmbH ^{1,6,22}	Koblenz	100,00		EUR	27,05	0,00
61	MMV Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1,6,7,22}	Koblenz	100,00		EUR	21 000,00	0,00
62	MMV-Mobilien Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH ^{1,6,7,22}	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
63	Nagatino Property S.à.r.l. ^{1,22}	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	- 27 682,77	- 12,13
64	Nymphenburger Straße München GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 224,96	- 88,83
65	Nymphenburger Straße München Komplementär GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	23,36	- 0,10
66	Pasing Projekt GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 23 997,93	285,93
67	Projekt 20 Verwaltungs GmbH ^{1,22}	München	100,00		EUR	39,07	1,43
68	Radon Verwaltungs-GmbH ²²	Stuttgart	100,00		EUR	24 145,48	1 652,33
69	Rheinallee V GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 3,40	- 4,40
70	Rheinallee V Komplementär GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	25,06	0,06
71	Rheinpromenade Mainz GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 649,64	- 429,57
72	Schlossgartenbau Objekt-GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	18 560,61	0,00
73	Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft ^{1,6,22}	Stuttgart	92,68		EUR	6 592,42	0,00
74	Schockenried GmbH und Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 4 452,69	57,52
75	Schockenriedverwaltungs GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	27,28	0,11
76	SG Management GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	12 952,91	3 016,15
77	SGB - Hotel GmbH & Co. KG ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 1 470,40	123,55
78	Signaris GmbH ^{1,22}	Stuttgart	94,90		EUR	9 180,37	- 85,04
79	SLN Maschinen-Leasing Verwaltungs-GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	1 589,10	116,66
80	SLP Mobilien-Leasing Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	5 940,99	158,03
81	Süd Beteiligungen GmbH ²²	Stuttgart	100,00		EUR	176 244,99	2 942,01
82	Süd KB Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	50 270,47	- 448,12
83	SüdFactoring GmbH ^{3,5,7,22}	Stuttgart	100,00		EUR	70 000,00	0,00
84	Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	61 181,87	0,00
85	SüdLeasing Agrar GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	1 491,18	432,35
86	SüdLeasing GmbH ^{5,7,22}	Stuttgart	100,00		EUR	36 350,23	0,00
87	Turtle Portfolio GmbH & Co. KG ^{1,22,30}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	- 45 362,21	- 576,20
88	Turtle 1. Verwaltungs-GmbH ^{1,22,30}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	69,61	1,01
89	Uhlandstraße 187 GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	29,57	0,95
90	Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße mbH ^{1,4,22}	Stuttgart	100,00		EUR	17,00	- 0,94
91	Vierte Industriehof Objekt-GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	1 176,78	0,00
92	Zweite IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	21,38	- 0,42
93	Zweite Industriehof Objekt-GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	19 825,72	0,00
94	Zweite LBBW US Real Estate GmbH ²²	Stuttgart	100,00		EUR	45 037,48	- 928,32
b. Vollkonsolidierte Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)							
95	Employrion Immobilien GmbH & Co. KG ^{1,22}	Weil	35,00	50,00	EUR	8,00	- 158,17
96	Erste IMBW Capital & Consulting Objektgesellschaft mbH & Co. KG ^{1,22}	Weil	40,00	50,00	EUR	- 34,14	0,00
97	FOM / LEG Generalübernehmer GmbH & Co. KG ^{1,22}	Heidelberg	50,00		EUR	- 8 932,16	- 27,19
98	Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Kröpeliner-Tor-Center Rostock mbH & Co. KG ^{1,22}	Berlin	39,94	50,00	EUR	- 8 234,04	802,10
99	LBBW Unternehmensanleihen Euro Offensiv ^{25,30}	Stuttgart			EUR	69 555,94	4 643,93
100	PALS Funding 2 LLC ³⁰	Dover, USA				k.A.	k.A.
101	Turtle Vermögensverwaltungs-GmbH & Co. KG ^{1,22}	Frankfurt am Main	49,00	50,00	EUR	- 41 220,67	- 583,35
102	Weinberg Capital Designated Activity Company ^{22,30}	Dublin 2, Irland			EUR	0,14	- 0,05
103	Weinberg Funding Ltd. ^{22,30}	St.Helier, Jersey, Großbritannien			EUR	3,60	0,00

Lfd.Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
2. Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden							
104	ARGE ParkQuartier Berg ^{1,22}	Stuttgart	50,00		EUR	234,94	5,60
105	Bad Kreuznacher Entwicklungsgesellschaft mbH (BKEG) ^{1,22}	Bad Kreuznach	50,00		EUR	3 278,28	1 976,42
106	GI2S GmbH & Co. KG ²²	Frankfurt am Main	33,33		EUR	14 663,20	- 3 652,82
107	OVG MK6 GmbH & Co. KG ^{1,4,22}	Berlin	49,60	50,00	EUR	- 2 564,54	- 1 011,65
108	OVG MK6 Komplementär GmbH ¹	Berlin	50,00			k.A.	k.A.
109	Parcul Banatului SRL ^{1,22}	Bukarest, Rumänien	50,00		RON	- 25 332,58	- 3 019,03
110	SGB - Hotel - Verwaltung GmbH ^{1,22}	Stuttgart	50,00		EUR	31,20	4,01
3. Assoziierte Unternehmen, die at Equity bewertet werden							
111	Altstadt-Palais Immobilien GmbH & Co. KG ^{1,22}	Weil	40,00	50,00	EUR	- 253,27	- 104,02
112	BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ²²	Stuttgart	40,00		EUR	260 692,86	18 107,17
113	BWK Holding GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft ²²	Stuttgart	40,00		EUR	8 868,48	745,63
114	EGH Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG ^{1,22}	Heidelberg	33,33		EUR	4 966,16	354,72
115	Hypo Vorarlberg Bank AG ^{1,7,22}	Bregenz, Österreich	23,97		EUR	984 819,16	98 390,03
II. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen wegen untergeordneter Bedeutung							
1. Tochterunternehmen							
a. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über Stimmrechte)							
116	aiP Gärtnerplatz Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Oberhaching	100,00		EUR	23,64	1,14
117	Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²²	Stuttgart	100,00		EUR	949,09	511,39
118	Berlin Lützowstraße Komplementär GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	28,88	0,01
119	Carnotstr. 5- 7 Berlin GmbH & Co. KG 1	Stuttgart	100,00			k.A.	k.A.
120	Carnotstr. 5- 7 Berlin Verwaltungs GmbH 1	Stuttgart	100,00			k.A.	k.A.
121	German Centre for Industry and Trade Beijing Co., Ltd. ²²	Beijing, China	100,00		CNY	3 960,97	278,59
122	Gmeinder Lokomotivenfabrik GmbH i.L. ^{1,12}	Mosbach	90,00		EUR	306,00	- 641,00
123	Heurika Mobilien-Leasing GmbH ^{1,4,22}	Mannheim	100,00		EUR	1 048,13	- 8,96
124	Karin Mobilien-Leasing GmbH i.L. ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	884,31	0,00
125	KB Projekt GmbH ^{1,22}	Frankfurt am Main	100,00		EUR	46,97	- 7,56
126	Kröpeliner-Tor-Center Rostock Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1,22,30}	Berlin	100,00		EUR	25,10	1,68
127	LA electronic Holding GmbH i. L. ^{1,18}	Espelkamp	100,00		EUR	- 17 074,86	- 1 717,92
128	Laurus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH ²²	Stuttgart	100,00		EUR	903,27	- 52,34
129	LBBW Dublin Management GmbH i. L. ²²	Stuttgart	100,00		EUR	145,91	0,00
130	LBBW Gastro Event GmbH ^{5,22}	Stuttgart	100,00		EUR	130,00	0,00
131	LBBW Pensionsmanagement GmbH ^{5,22}	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
132	LBBW REPRESENTAÇÃO LTDA. ^{2,22}	Sao Paulo, Brasilien	100,00		BRL	171,29	20,01
133	LBBW (Schweiz) AG ²²	Zürich, Schweiz	100,00		CHF	8 809,54	- 1 464,42
134	LEG Osiris 4 GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	31,00	- 0,91
135	LGZ-Anlagen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²²	Mannheim	100,00		EUR	3 045,19	0,00
136	LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Landesfunkhaus Erfurt KG ²²	Erfurt	99,77	24,00	EUR	- 11 183,20	- 207,71
137	LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Polizei Nordhausen KG ²²	Erfurt	100,00	15,00	EUR	- 5 209,73	614,84
138	LLC German Centre for Industry and Trade ²²	Moscow, Rußland	100,00		RUB	1 951,59	- 226,98
139	LUTEA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Flöha KG ²²	Berlin	100,00	15,00	EUR	499,11	5 166,69
140	MDL Mitteldeutsche Leasing GmbH i.L. ^{1,14}	Leipzig	100,00		EUR	- 21 344,04	- 268,81
141	MLP Leasing GmbH & Co. KG i.L. ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	- 14,84	0,00
142	MLP Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	107,87	- 0,66
143	MLS GmbH & Co. KG i.L. ^{1,26}	Mannheim	100,00		EUR	45,16	8,79
144	MMV-Mittelrheinische Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1,6,22}	Koblenz	100,00		EUR	26,43	0,00
145	Pollux Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH ²²	Stuttgart	100,00		EUR	4 435,23	- 97,37
146	Rheinpromenade Mainz Komplementär GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	23,63	- 0,55
147	Sachsen V.C. GmbH & Co. KG ^{1,22}	Leipzig	75,19		EUR	1 304,81	- 301,24
148	Sachsen V.C. Verwaltungsgesellschaft mbH ^{1,22}	Leipzig	100,00		EUR	6,15	- 3,23
149	SachsenFonds International Equity Holding I GmbH ^{1,22}	Aschheim-Dornach	100,00		EUR	2 307,16	- 21,94
150	SachsenFonds International Equity I GmbH & Co. KG ^{1,22}	Leipzig	96,15		EUR	3 343,21	14,35
151	SBF Sächsische Beteiligungsfonds GmbH ^{1,22}	Leipzig	100,00		EUR	104,06	45,05
152	SDD Holding GmbH i.L. ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	- 3 352,64	- 12,70

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
153	SL Bayern Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	63,78	-8,44
154	SL Bremen Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	1 711,35	298,37
155	SL BW Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	39,71	-4,18
156	SL Düsseldorf Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	604,14	9,70
157	SL Financial Services Corporation ^{1,22}	North Salem, USA	100,00		USD	2 224,24	-749,57
158	SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. Hafis KG ^{1,22,30}	Mannheim	0,00	51,00	EUR	2 005,06	-6,24
159	SL Operating Services GmbH i.L. ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	80,41	0,00
160	SL RheinMainSaar Verwaltungs GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	510,21	-0,86
161	SL Schleswig-Holstein Verwaltungs GmbH i.L. ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	91,56	-0,53
162	SL Ventus GmbH & Co. KG ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	496,91	-24,30
163	Städtische Pfandleihanstalt Stuttgart Aktiengesellschaft ²²	Stuttgart	100,00		EUR	3 895,23	316,44
164	Steelcase Leasing GmbH & Co KG i.L. ^{1,26}	Mannheim	100,00		EUR	147,56	4,85
165	Süd Mobilien-Leasing GmbH ^{1,6,22}	Stuttgart	100,00		EUR	28,28	0,00
166	Süd Verwaltung Schweiz GmbH	Zürich, Schweiz	100,00			k.A.	k.A.
167	SüdLeasing Finance-Holding GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	175,01	-3,90
168	SüdLeasing Suisse AG i.L. ^{1,28}	Zürich, Schweiz	100,00		CHF	7 959,38	61,79
169	SÜDRENTING ESPANA, S.A. (in Liquidation) ^{1,22}	Barcelona, Spanien	100,00		EUR	12 133,00	69,46
170	targens GmbH ²²	Stuttgart	100,00		EUR	4 583,48	1 289,54
171	VF Verwaltung Mittelstand GmbH ^{1,22}	Leipzig	100,00		EUR	39,39	1,88
172	VF Verwaltung Venture GmbH ^{1,22}	Stuttgart	100,00		EUR	32,07	3,72
173	Viola Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Verpachtungs KG ²²	Pullach	99,41	50,00	EUR	2 161,62	199,95
174	Yankee Properties II LLC ³⁰	Wilmington, USA	0,00	100,00		k.A.	k.A.
175	Yankee Properties LLC ¹⁸	New York, USA	100,00		USD	542,38	-22,02
176	Zenon Mobilien-Leasing GmbH i.L. ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	33,39	0,82
177	Zorilla Mobilien-Leasing GmbH ^{1,22}	Mannheim	100,00		EUR	25,39	-10,63
178	Zweite Karl-Scharnagl-Ring Immobilien Verwaltung GmbH ^{1,22}	München	100,00		EUR	39,65	1,78
b. Nicht einbezogene Tochterunternehmen (Verfügungsgewalt über vertragliche Vereinbarungen)							
179	Georges Quay Funding I Limited i.L. ^{20,30}	Dublin 1, Irland			EUR	9,63	0,00
180	Hahn SB-Warenhaus Bergheim GmbH & Co. KG ^{22,30}	Bergisch-Gladbach			EUR	-2 315,48	184,21
181	Humboldt Multi Invest B SICAV-FIS Sachsen LB Depot A ¹⁵	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	5 897,89	-248,71
182	LBBW RS Flex ^{22,30}	Stuttgart			EUR	87 561,01	-1 825,56
183	Platino S.A. ^{22,30}	Luxembourg, Luxemburg			EUR	-5,06	-65,06
184	Weinberg Capital LLC ³⁰	Wilmington, USA				k.A.	k.A.
2. Gemeinschaftsunternehmen, die nicht at Equity bewertet werden							
185	addfinity testa GmbH ^{1,22}	Hartha	19,08		EUR	3 302,60	539,73
186	EPSa Holding GmbH ^{1,18}	Saalfeld	45,00		EUR	1 791,97	-99,10
187	German Centre for Industry and Trade India Holding-GmbH ^{1,22}	München	50,00		EUR	906,41	-499,83
188	GIZS Verwaltungs-GmbH ²²	Frankfurt am Main	33,33		EUR	10,11	-9,59
189	LBBW Immobilien Verwaltung GmbH ^{1,18}	Stuttgart	50,00		EUR	53,50	4,39
190	SEALINK FUNDING DESIGNATED ACTIVITY COMPANY ^{18,30}	Dublin, Irland			EUR	-393 661,00	360 212,00
191	SHS Gesellschaft für Beteiligungen mbH & Co. Mittelstand KG ^{1,22}	Tübingen	75,02		EUR	3 559,81	-450,91
3. Assoziiertes Unternehmen, die nicht at Equity bewertet werden							
192	aiP Hirschgarten 1 Verwaltungs GmbH i. L. ^{1,22}	Oberhaching	45,00		EUR	30,03	-9,76
193	aiP Isarauen Verwaltungs GmbH i. L. ^{1,22}	Oberhaching	45,00		EUR	30,29	7,98
194	Cäcilienpark am Neckar GbR ^{1,18}	Heilbronn	33,33		EUR	308,97	8,97
195	Cortex Biophysik GmbH ^{1,19}	Leipzig	47,70		EUR	132,49	428,18
196	Deharde GmbH ^{1,22}	Varel	37,50		EUR	11 066,53	1 526,38
197	Doughty Hanson & Co. Funds III Partnership No.15 ^{1,22}	London, Großbritannien	21,74		USD	12 934,59	-7,67
198	DUO PLAST Holding GmbH ^{1,22}	Lauterbach	47,43		EUR	16 772,44	2 348,62
199	EURAMCO Immobilien GmbH ^{1,22}	Aschheim-Dornach	49,00		EUR	58,82	6,96
200	Fabmatics Holding GmbH ^{1,22}	Dresden	50,00		EUR	5 330,34	942,33
201	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 34, Wolfstor 2, Esslingen i.L. ^{1,18}	Stuttgart	30,39		EUR	9 348,49	405,61
202	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 36, Stuttgart/Lein-felden-Echterdingen ^{1,22}	Stuttgart	28,11		EUR	30 157,32	-113,77
203	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 38, Stuttgart-Filderstadt ^{1,22}	Stuttgart	23,82		EUR	25 316,16	-570,06
204	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 39, Stuttgart-Fellbach i.L. ^{1,18}	Stuttgart	42,03		EUR	25 472,67	-604,44
205	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 40, Ludwigsburg »Am Schloßpark« i.L. ^{1,18}	Stuttgart	44,59		EUR	24 564,47	160,25
206	INULA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG i.L. ^{8,22}	Grünwald	80,00	18,25	EUR	-19 231,16	4 334,83
207	Janoschka AG ^{1,22}	Kippenheim	39,80		EUR	4 870,66	859,06

Lfd .Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil	abw. Stimm-rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis in TEUR
208	Kiesel Finance GmbH & Co. KG ^{1,22,30}	Baienfurt	0,00	75,00	EUR	1 108,24	1 073,24
209	Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²²	Stuttgart	20,00		EUR	1 022,58	0,00
210	M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG i. L. ^{1,22}	Leipzig	49,75		EUR	21 981,60	6 081,33
211	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH ²²	Dresden	25,27		EUR	44 728,93	2 464,43
212	MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG ²²	Düsseldorf	94,00	49,00	EUR	- 1 485,08	446,10
213	Piller Entgrattechnik GmbH ^{1,22}	Ditzingen	40,00		EUR	10 745,30	1 994,37
214	Ritterwand Metall-Systembau Beteiligungs GmbH ^{1,22}	Nufringen	49,97		EUR	9 729,38	708,53
215	Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau ^{7,22}	Stuttgart	25,00		EUR	226 972,56	16 102,76
216	SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. ENERCON KG ^{1,22,30}	Mannheim	0,00	80,00	EUR	35 873,15	- 5,14
217	SLB Leasing-Fonds GmbH & Co. Portos KG i.L. ^{1,22}	Pöcking	35,12		EUR	263,20	- 21,16
218	SLN Maschinen Leasing GmbH & Co. OHG ^{1,22,30}	Stuttgart	0,00	75,00	EUR	- 1 411,91	- 512,99
219	SLP Mobilien-Leasing GmbH & Co. OHG ^{1,22,30}	Mannheim	0,00	75,00	EUR	347,93	- 67,62
220	Stollmann Entwicklungs- und Vertriebs GmbH i.L. ^{1,22}	Schenefeld	34,00		EUR	1 116,86	859,81
221	1. yourTime Solutions AbwicklungsGmbH i.L. ^{1,14}	Potsdam	20,11		EUR	- 478,00	- 1 317,00
III. Beteiligungen im Sinne des § 271 (1) HGB 29)							
222	ABE Clearing S.A.S., à capital variable ²²	Paris, Frankreich	1,92		EUR	20 401,40	4 799,64
223	Abingworth Bioventures III L. P. ^{1,22}	London, Großbritannien	0,44		USD	17 680,27	- 24,50
224	Accession Mezzanine Capital II L.P. ^{1,22}	Hamilton, Bermuda	1,91		EUR	42 243,00	- 4 237,00
225	ADLATUS Robotics GmbH ^{1,22}	Ulm	0,75		EUR	- 241,06	- 321,00
226	African Export-Import Bank ²²	Cairo, Ägypten	0,05		USD	1 356 833,10	137 683,23
227	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²²	Frankfurt am Main	3,29		EUR	231 752,10	22 885,00
228	ALPHA CEE II L.P. ^{1,22}	Grand Cayman, Kaimaninseln	2,41		EUR	134 035,00	3 087,00
229	amcure GmbH ^{1,22}	EGgenstein-Leopoldshafen	18,26		EUR	1 531,83	- 2 278,58
230	Bain Capital VIII L. P. ^{1,22}	Grand Cayman, Kaimaninseln	0,32		USD	119 060,89	- 8 998,93
231	Biometrics GmbH ^{1,22}	Tübingen	13,31		EUR	710,16	- 821,31
232	BioM Venture Capital GmbH & Co. Fonds KG i.L. ^{1,18}	Martinsried	4,46		EUR	450,03	- 2,57
233	BS Abwicklungs-GmbH ^{1,18}	Stuttgart	1,10		EUR	- 791,64	- 282,92
234	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH ²²	Dresden	27,96	18,44	EUR	40 369,95	2 219,50
235	CCP Systems AG i.L. ^{1,17}	Stuttgart	0,96		EUR	9 182,77	- 10 654,37
236	Chargepartner GmbH i.L. ^{1,17}	Walldorf	0,75		EUR	0,00	- 493,17
237	Chicago Mercantile Exchange Holdings Inc.	Wilmington, USA	0,00		k.A.	k.A.	k.A.
238	Computomics GmbH ^{1,22}	Tübingen	0,75		EUR	- 485,42	- 596,00
239	CorTec GmbH ^{1,22}	Freiburg	0,59		EUR	1 571,21	- 1 302,12
240	crealytics GmbH ^{1,22}	Passau	9,86		EUR	4 281,40	- 753,02
241	CVC European Equity Partners IV (A). L. P. ^{1,22}	Grand Cayman, Kaimaninseln	0,29		EUR	297 663,17	27 913,50
242	Depository Trust & Clearing Corporation	New York, USA	0,00	0,01	k.A.	k.A.	k.A.
243	Designwelt GmbH i.L. ^{1,13}	München	6,41		EUR	- 16,81	- 4 416,87
244	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{7,22}	Stuttgart	8,11		EUR	171 670,66	37 786,61
245	Doughty Hanson & Co. IV Partnership 2 ^{1,22}	London, Großbritannien	4,04		EUR	74 593,46	16 778,51
246	Dr. Gubelt Immobilien Vermietungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Stuttgart Gutenbergstraße KG ²²	Düsseldorf	2,62	2,55	EUR	114,62	404,98
247	Dritte SHS Technologiefonds GmbH & Co. KG ^{1,22}	Tübingen	4,94		EUR	23 559,43	- 1 804,86
248	enOware GmbH ^{1,22}	Karlsruhe	0,75		EUR	- 431,85	- 358,00
249	Erste IFD geschlossener Immobilienfonds für Deutschland GmbH & Co. KG ^{1,18}	Hamburg	0,20		EUR	27 517,61	2 202,74
250	FL FINANZ-LEASING GmbH ²²	Wiesbaden	17,00		EUR	- 358,57	- 86,33
251	Fludicon GmbH i.L. ^{1,17}	Darmstadt	7,88		EUR	516,90	- 2 184,41
252	GbR VÖB-ImmobilienAnalyse ³¹	Bonn	25,00	20,00	k.A.	k.A.	k.A.
253	GLB GmbH & Co. OHG ^{22,32}	Frankfurt am Main	30,05		EUR	6 235,54	494,04
254	GLB-Verwaltungs-GmbH ^{22,32}	LenneStadt	30,00		EUR	51,74	1,99
255	Grundstücks-Vermögens- und Verwaltungs- GbR Nr. 32, Leonberg/Ditzingen i.L. ^{1,14}	Stuttgart	0,37		EUR	34 995,90	- 951,56
256	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 35, Sillenbacher Markt i.L. ^{1,18}	Stuttgart	0,02		EUR	45 833,47	408,40
257	Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 31, Esslingen/Stuttgart i.L. ^{1,18}	Stuttgart	13,18		EUR	503,46	28,96
258	Grundstücks-Vermögens- und Verwaltungs-GbR Nr. 27, Stuttgart-Mitte II i.L. ^{1,18}	Stuttgart	0,13		EUR	8 467,53	45,06
259	Grundstücksverwaltungsgesellschaft Sonnenberg mbH & Co. Betriebs-KG i.L. ¹	Wiesbaden	5,52		k.A.	k.A.	k.A.

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital- anteil	abw. Stimm- rechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis
260	HANSA TREUHAND Dritter Beteiligungsfonds GmbH & Co. KG ¹	Hamburg	0,03		EUR	23 875,57	2 920,32
261	HANSA TREUHAND Zweiter Beteiligungsfonds GmbH & Co. KG i.L. ^{1,17}	Hamburg	0,16		EUR	32 066,52	- 6 076,52
262	Heidelberg Innovation BioScience Venture II GmbH & Co. KG i.L. ^{1,22}	Leimen	3,83		EUR	5 227,12	315,89
263	HGA Mitteleuropa V GmbH & Co. KG ^{1,18}	Hamburg	0,05		EUR	1 923,39	- 547,69
264	HSBC Trinkaus & Burkhardt AG ^{7,22}	Düsseldorf	18,66		EUR	1 858 015,35	154 520,13
265	Humboldt Multi Invest B S.C.A., SICAV-FIS i.L. ^{15,33}	Luxembourg, Luxemburg	99,99		EUR	6 928,35	- 165,43
266	Icon Brickell LLC ¹	Miami, USA	13,35			k.A.	k.A.
267	ImmerSight GmbH ^{1,22}	Ulm	0,85		EUR	- 525,39	- 246,00
268	KanAm USA XXII Limited Partnership ^{1,23}	Atlanta, USA	0,04		USD	36 621,49	455,43
269	Kreditgarantiegemeinschaft der Freien Berufe Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²²	Stuttgart	4,76		EUR	153,39	0,00
270	Kreditgarantiegemeinschaft der Industrie, des Verkehrsgewerbes und des Gastgewerbes Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²²	Stuttgart	15,28		EUR	1 299,87	0,00
271	Kreditgarantiegemeinschaft des Gartenbaus Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²²	Stuttgart	4,50		EUR	138,31	0,00
272	Kreditgarantiegemeinschaft des Handels Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²²	Stuttgart	9,14		EUR	1 021,91	0,00
273	Kreditgarantiegemeinschaft des Handwerks Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH ²²	Stuttgart	9,76		EUR	1 001,05	0,00
274	Kunststiftung Baden-Württemberg gGmbH ²²	Stuttgart	2,00	0,61	EUR	2 899,37	- 16,60
275	Maehler & Kaege AG i. I. ^{1,9}	Ingelheim	7,50	9,26	EUR	- 2 041,59	67,06
276	MAT Movies & Television Productions GmbH & Co. Project IV i.L. ^{1,22}	Grünwald	0,22		EUR	543,57	- 7,80
277	MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Baden-Württemberg Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²²	Stuttgart	9,94		EUR	66 947,91	6 067,18
278	MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG i.L. ²²	Grünwald	7,97	7,93	EUR	80,34	- 28,70
279	Monolith Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Neubau Sparkassen-Versicherung Sachsen OHG ^{8,22}	Mainz	10,50	2,66	EUR	- 14 671,00	2 377,76
280	NAVALIA 11 MS »PORT MENIER« GmbH & Co. KG ¹	Bramstedt	0,15			k.A.	k.A.
281	NESTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Villingen-Schwenningen KG ^{8,22}	Düsseldorf	5,00		EUR	- 2 575,31	416,20
282	Neumayer Tekfor Verwaltungs GmbH i.L. ^{1,16}	Offenburg	8,97	0,00	EUR	26,91	- 9,38
283	Notion Systems GmbH ^{1,22}	Schwetzingen	0,75		EUR	1 508,81	168,65
284	Novoplant Gesellschaft mit beschränkter Haftung ^{1,10}	Gatersleben	18,77		EUR	- 5 574,08	1 852,89
285	otego GmbH ¹	Karlsruhe	6,25			k.A.	k.A.
286	OXID eSales AG ^{1,22}	Freiburg	19,92		EUR	27,27	13,58
287	PARAMOUNT GROUP, INC. ^{1,22}	Baltimore, USA	0,50		USD	4 076 208,23	- 8 287,66
288	Paramount Group Operating Partnership LP ¹	Wilmington, USA	2,46	0,00		k.A.	k.A.
289	PARAMOUNT GROUP REAL ESTATE FUND III, L.P. ^{1,22}	Wilmington, USA	12,19	11,09	USD	34 702,56	3 132,07
290	Phenix Pharmaceuticals AG ^{1,22}	Ludwigshafen	8,90		EUR	72 775,23	70 352,67
291	Polish Enterprise Fund V, L.P. ^{1,22}	New York, USA	1,67		EUR	32 512,55	- 3 646,29
292	PolyAn Gesellschaft zur Herstellung von Polymeren für spezielle Anwendungen und Analytik mbH ^{1,22}	Berlin	9,93		EUR	14,84	3,44
293	PressMatrix GmbH ^{1,22}	Berlin	14,08		EUR	- 782,46	- 221,89
294	Probiodrug AG ^{1,22}	Halle/Saale	2,85		EUR	16 847,14	- 14 512,44
295	Rau Metall GmbH & Co. KG i. I. ^{1,13}	Geislingen / Steige	5,00	0,00	EUR	- 12 457,02	510,67
296	REAL Immobilien GmbH ^{1,17}	Hanau	9,00		EUR	- 30 637,14	- 9 117,47
297	Reha-Klinik Aukammtal GmbH & Co. Betriebs-KG i.L. ¹	Wiesbaden	5,54			k.A.	k.A.
298	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG ²²	München	18,80		EUR	14 946,09	1 825,23
299	RW Holding AG i.L. ²⁴	Düsseldorf	1,36		EUR	391 525,73	- 34 448,23
300	RWSO Grundstücksgesellschaft TBS der Württembergischen Sparkassenorganisation GbR ²²	Stuttgart	10,00	8,81	EUR	6 421,00	49,55
301	S CountryDesk GmbH ²²	Köln	2,50		EUR	404,81	32,35
302	Schiffahrts-Gesellschaft »HS ALCINA«/»HS ONORE«/»HS OCEANO« mbH & Co. KG ^{1,22}	Hamburg	0,04		EUR	20 838,43	2 503,58
303	Schiffahrts-Gesellschaft »HS MEDEA« mbH & Co. KG ^{1,22}	Hamburg	0,16		EUR	15 202,91	1 249,09
304	SE.M.LABS GmbH ^{1,22}	Stuttgart	0,75		EUR	- 143,25	- 221,00
305	Sensitu GmbH ¹	Bendorf	14,29			k.A.	k.A.
306	SI-BW Beteiligungsgesellschaft mbH & Co KG ²²	Stuttgart	4,00	3,96	EUR	43 750,76	1 204,06
307	SimuForm GmbH i.L. ^{1,14}	Herten	6,84		EUR	235,00	- 300,00
308	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.) ²²	La Hulpe, Belgien	0,16		EUR	314 177,57	23 406,11
309	stimOS GmbH ^{1,22}	Konstanz	0,75		EUR	- 12,96	- 29,00
310	Synapticon GmbH ^{1,22}	Gruibingen	0,85		EUR	- 2 163,38	- 1 156,00

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital in TEUR	Ergebnis
311	Technologiegründerfonds Sachsen Plus GmbH & Co. KG ^{1,22}	Leipzig	8,47	8,48	EUR	2 695,33	- 1 474,65
312	Technologiegründerfonds Sachsen Seed GmbH & Co. KG ^{1,22}	Leipzig	3,33	3,34	EUR	4 260,10	- 153,00
313	Technologiegründerfonds Sachsen Start up GmbH & Co. KG ^{1,22}	Leipzig	10,81	10,83	EUR	18 229,01	712,03
314	TETRAGENEX PHARMACEUTICALS, INC. ^{1,11}	Park Ridge, USA	0,71		EUR	2 201,00	4 580,00
315	tocario GmbH ^{1,22}	Stuttgart	0,75		EUR	- 589,04	- 124,00
316	TuP 8 GmbH & Co. KG ¹	Berlin	0,43			k.A.	k.A.
317	TVM IV GmbH & Co. KG ^{1,22}	München	1,67		EUR	15 359,98	2 736,97
318	VCM Golding Mezzanine GmbH & Co. KG ^{1,18}	Köln	3,89		EUR	12 849,63	6 319,20
319	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung ²⁷	Essen	0,40		EUR	297,69	- 222,35
320	Visa Inc. ²¹	San Francisco, USA	0,00		USD	27 457 556,42	4 998 122,89
321	VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG i.L. ^{1,22}	Mainz	16,65		EUR	1 918,37	2 338,51
322	VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz Nr. 2 GmbH & Co. KG ^{1,22}	Mainz	16,65		EUR	1 269,89	3 344,17
323	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen GmbH & Co. KG 1, ^{22,34}	Leipzig	27,34	27,55	EUR	18 205,85	782,25
324	Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Plus GmbH & Co. KG ^{1,22}	Leipzig	13,68	13,72	EUR	6 728,13	- 1 107,98
325	Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH ^{2,22}	Stuttgart	16,06		EUR	828,29	- 2 470,85
326	5Analytics GmbH ^{1,35}	Köngen	0,75		EUR	2,32	- 32,42

- 1 Mittelbar gehalten.
- 2 Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.
- 3 Es besteht eine Patronatserklärung.
- 4 Seitens einer Konzerntochter besteht eine Patronatserklärung.
- 5 Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungs- und/ oder Beherrschungsvertrag.
- 6 Es besteht ein Ergebnisabführungs- und/ oder Beherrschungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.
- 7 Beteiligung an großer Kapitalgesellschaft mit einem Stimmrechtsanteil von min. 5% (§ 340a (4) Nr. 2 HGB)
- 8 Ist gleichzeitig eine Strukturierte Einheit nach IFRS 12.
- 9 Es liegen Daten nur zum 31.12.2004 vor.
- 10 Es liegen Daten nur zum 31.12.2006 vor.
- 11 Es liegen Daten nur zum 31.12.2007 vor.
- 12 Es liegen Daten nur zum 31.12.2011 vor.
- 13 Es liegen Daten nur zum 31.12.2012 vor.
- 14 Es liegen Daten nur zum 31.12.2013 vor.
- 15 Es liegen Daten nur zum 31.07.2014 vor.
- 16 Es liegen Daten nur zum 13.10.2014 vor.
- 17 Es liegen Daten nur zum 31.12.2014 vor.
- 18 Es liegen Daten nur zum 31.12.2015 vor.
- 19 Es liegen Daten nur zum 31.03.2016 vor.
- 20 Es liegen Daten nur zum 30.04.2016 vor.
- 21 Es liegen Daten nur zum 30.09.2016 vor.
- 22 Es liegen Daten nur zum 31.12.2016 vor.
- 23 Es liegen Daten nur zum 31.12.2016 nach IFRS vor.
- 24 Es liegen Daten nur zum 21.02.2017 vor.
- 25 Es liegen Daten nur zum 28.02.2017 vor.
- 26 Es liegen Daten nur zum 31.03.2017 vor.
- 27 Es liegen Daten nur zum 30.06.2017 vor.
- 28 Es liegen Daten nur zum 27.10.2017 vor. Liquidationsschlussbilanz.
- 29 Finanzinstrumente nach IFRS.
- 30 Kein Anteilsbesitz im Sinne von § 285 Nr. 11 HGB.
- 31 Einstufung als Beteiligung, da keine wirtschaftlichen Aktivitäten von der Gesellschaft ausgehen.
- 32 Einstufung als Beteiligung, da keine relevanten Entscheidungen mehr getroffen werden und Liquidation erwartet wird.
- 33 Einstufung als Beteiligung, in Liquidation; es werden keine relevanten Entscheidungen mehr getroffen.
- 34 Einstufung als Beteiligung; aufgrund vertraglicher Vereinbarungen ist das Stimmrecht bei wesentlichen Entscheidungen nur mit 14,29% ausübbar.
- 35 Es liegen Daten nur zum 31.12.2016 vor. Rumpfgeschäftsjahr vom 22.01.2016 - 31.12.2016

76. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen (Köpfe) setzen sich wie folgt zusammen:

	2017			2016		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeit	4 641	2 861	7 503	4 957	3 128	8 085
Teilzeit	336	2 630	2 967	251	2 612	2 864
Auszubildende ¹	192	111	303	240	178	417
Insgesamt	5 169	5 603	10 772	5 448	5 918	11 366

¹ Inklusive Studierende der Dualen Hochschule.

77. Organe und deren Mandate.

Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

Vorstand.

Vorsitzender.

RAINER NESKE

Mitglieder.

KARL MANFRED LOCHNER

ALEXANDER FREIHERR VON USLAR-GLEICHEN
bis 31. Dezember 2017

Stv. Vorsitzender.

MICHAEL HORN

DR. CHRISTIAN RICKEN

VOLKER WIRTH

THORSTEN SCHÖNENBERGER
ab 1. August 2017

Aufsichtsrat.

Vorsitzender.

CHRISTIAN BRAND
ehem. Vorsitzender des Vorstands
der L-Bank

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

DR. JUTTA STUIBLE-TREDER
Geschäftsführende Gesellschafterin der
EversheimStuible Treuberater GmbH

Stv. Vorsitzende.

EDITH SITZMANN MDL
Ministerin für Finanzen
des Landes Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

DR. BRIGITTE THAMM
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

Mitglieder.

CARSTEN CLAUS
bis 30. September 2017
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

SABINE LEHMANN
Beschäftigtenvertreterin der
Landesbank Baden-Württemberg

BURKHARD WITTMACHER
ab 1. Oktober 2017
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Esslingen-Nürtingen

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatsminister
Chef der Staatskanzlei
Staatsministerium Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

UTA-MICHAELA DÜRIG
Geschäftsführerin der
Robert Bosch Stiftung GmbH

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschafter
der Unternehmensgruppe Eberspächer

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

CHRISTIAN ROGG
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Mitglied des Aufsichtsrats der
WGV-Versicherung AG

CLAUS SCHMIEDEL
Mitglied im Kreistag des Landkreises
Ludwigsburg

CHRISTIAN HIRSCH
Beschäftigtenvertreter der
Landesbank Baden-Württemberg

B. JUTTA SCHNEIDER
Mitglied der Geschäftsleitung der
Global Consulting Delivery SAP
Deutschland SE & Co. KG

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Gremien setzten sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	Vorstand		Aufsichtsrat	
	2017	2016	2017	2016
Bezüge				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen ¹	6,6	7,8	1,0	1,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	20,5	25,5	0,0	0,0
Andere langfristig fällige Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,0	0,0	0,0
Bezüge früherer Mitglieder und deren Hinterbliebener				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	11,2	11,2	0,0	0,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	143,6	153,8	0,0	0,0
Andere langfristig fällige Leistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0,0	0,0	0,0	0,0

¹ Inklusive Sitzungsgeld.

Kredite an sowie Haftungsverhältnisse zugunsten der Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats beliefen sich zum 31. Dezember 2017 auf 3 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR). Davon entfallen 1 Mio. EUR (Vorjahr: 2 Mio. EUR) auf Mitglieder des Vorstands und 2 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR) auf Mitglieder des Aufsichtsrats.

Die Kredite wurden mit einem Effektivzinssatz zwischen 1,32% und 5,13% ausgereicht und haben eine vertragliche Restlaufzeit von wenigen Monaten bis hin zu 37 Jahren. Alle mit dem aufgeführten Personenkreis getätigten Bankgeschäfte wurden zu marktüblichen Konditionen und Sicherheiten abgeschlossen.

Wie auch im Vorjahr wurden im Geschäftsjahr 2017 keine Vorschüsse gewährt.

Mandate.

Im Folgenden werden die von gesetzlichen Vertretern der LBBW und AidA¹-Vorständen wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten sowie die von Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten aufgeführt.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
BS PAYONE GmbH, Frankfurt (vormals: B+S Card Service GmbH, Frankfurt a.M.)	Aufsichtsrat	Helmut Dohmen
Boerse Stuttgart GmbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Dr. Christian Ricken (ab 22.05.2017) Dr. Christian Ricken (ab 03.05.2017 bis 21.05.2017)
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat stv. Verwaltungsratsmitglied	Oliver Fern Peter Kröger
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn (ab 01.02.2017)
Düker GmbH, Karlstadt	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Georg Hengstberger (bis 30.09.2017)
Euwax AG, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Christian Ricken (ab 22.05.2017)
Hypo Vorarlberg Bank AG, Bregenz (vormals: Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz)	Aufsichtsrat	Michael Horn
Grieshaber Logistik GmbH, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Dr. Christian Ricken (ab 08.03.2017) Rainer Neske (bis 30.09.2017) Frank Hagenstein (ab 01.10.2017) Michael Nagel Dr. Christian Ricken (ab 01.01.2017 bis 07.03.2017)
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Michael Horn
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Peter Hähner
MMV Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats stv. Vorsitzender des Beirats Beirat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Peter Hähner
Progress-Werk Oberkirch AG, Oberkirch	Aufsichtsrat	Dr. Georg Hengstberger (bis 30.09.2017)
Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn Thorsten Schönenberger Thomas Christian Schulz
Mainzer Stadtwerke AG, Mainz	Aufsichtsrat	Hannsgeorg Schöning
SüdFactoring GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Norwin Graf Leutrum von Ertingen
SüdLeasing GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Volker Wirth Norwin Graf Leutrum von Ertingen
VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Stuttgart	Aufsichtsrat	Claudia Diem

¹ Anstalt in der Anstalt.

Weitere Informationen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 5. März 2018

Der Vorstand



RAINER NESKE
Vorsitzender



MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender



KARL MANFRED LOCHNER



DR. CHRISTIAN RICKEN



THORSTEN SCHÖNENBERGER



VOLKER WIRTH

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers.

An die Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gesamtergebnisrechnung, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und der Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den zusammengefassten Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die nichtfinanzielle Erklärung, die im zusammengefassten Lagebericht enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten nichtfinanziellen Erklärung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden »EU-APrVO«) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt »Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts« unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflicht-gemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Ermittlung von beizulegenden Zeitwerten für Finanzinstrumente mithilfe von Bewertungsmodellen (Level 2 und 3)

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Baden-Württemberg verweisen wir auf die Angaben 6, 54 und 55 der Notes.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

In den zum Fair Value i. S. d. IFRS 13 bewerteten finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten, die unter den Handelsaktiva bzw. -passiva sowie der Fair Value Option ausgewiesen werden, sind Vermögenswerte (26 431 Mio. EUR) und Verbindlichkeiten (23 282 Mio. EUR) enthalten, für die keine Marktpreise beobachtbar sind. Ihre Fair Values sind daher auf Basis anerkannter Bewertungs-methoden zu ermitteln. Die Auswahl der Bewertungsmodelle sowie deren Parametrisierung sind zum Teil ermessensbehaftet. Für unsere Prüfung war es daher von Bedeutung, dass bei der Ermittlung der Fair Values sachgerechte Bewertungsmodelle und -parameter verwendet werden und das Handlungsergebnis sowie das sonstige Ergebnis insoweit im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns einen Einblick in die Entwicklung dieser zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente, die damit verbundenen Risiken sowie den Prozess und die Ausgestaltung des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Bewertung der Finanzinstrumente des Handelsbestands verschafft.

Für die Beurteilung der sachgerechten Bewertung zum Fair Value dieser Finanzinstrumente, für die keine Marktpreise beobachtbar sind, haben wir unter Einbeziehung von KPMG-internen Bewertungsspezialisten in einem zweistufigen Prozess eine Nachbe-

wertung durchgeführt und die Ergebnisse mit den von der Bank ermittelten Werten verglichen. Dabei sind zunächst sämtliche Finanzinstrumente in ein standardisiertes Nachbewertungsverfahren einbezogen worden.

Sofern Abweichungen außerhalb einer definierten Bandbreite festgestellt wurden oder eine Nachbewertung über das standardisierte Verfahren aufgrund fehlender Marktdaten nicht möglich war, haben wir uns von der Angemessenheit der Bewertungsmodelle überzeugt. Durch eine bewusste Auswahl haben wir sichergestellt, dass für jede Art von Finanzinstrument sämtliche angewandten Bewertungsmodelle im Rahmen der Validierung berücksichtigt wurden. Die in die Bewertungsmodelle einfließenden Parameter wurden im Rahmen der Nachbewertung aus internen und externen Quellen abgeleitet.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die durch die Bank auf der Grundlage ihrer Auswahl und Parametrisierung der Bewertungsmodelle für die Finanzinstrumente, für die keine Marktpreise beobachtbar waren, ermittelten beizulegenden Zeitwerte liegen nach dem Ergebnis unserer Nachbewertung innerhalb von angemessenen Bandbreiten.

Ermittlung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden bei signifikanten Krediten

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Landesbank Baden-Württemberg verweisen wir auf die Angaben 9, 34 und 35 der Notes.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Zum 31. Dezember 2017 bestehen Forderungen an Kunden i.H.v. 108 332 Mio. EUR. Die Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden betragen zum 31. Dezember 2017 589 Mio. EUR. Der überwiegende Teil der Einzelwertberichtigungen und pauschalierten Einzelwertberichtigungen zur Berücksichtigung akuter Ausfallrisiken entfällt auf Einzelwertberichtigungen bei signifikanten Krediten.

Gemäß IAS 39.58 ist an jedem Abschlussstichtag zu ermitteln, ob es objektive Hinweise darauf gibt, dass bei einem finanziellen Vermögenswert oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten eine Wertminderung eingetreten ist. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen für Forderungen an Kunden bei signifikanten Krediten ist ermessenbehaftet. Sie erfordert Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten. Die Annahmen werden in Abhängigkeit von der gewählten Sanierungs- bzw. Abwicklungsstrategie getroffen.

Für unsere Prüfung war es daher von Bedeutung, dass erforderliche Einzelwertberichtigungen zeitgerecht erkannt werden, angemessene Kriterien zur Identifizierung von objektiven Hinweisen auf Wertminderung nach IAS 39.59 angewendet werden und eine Identifizierung der Engagements prozessual sichergestellt ist. Darüber hinaus war es für unsere Prüfung von Bedeutung, dass bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung sachgerechte Annahmen über die Höhe der noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der zu erwartenden Zahlungsströme aus der Verwertung gestellter Kreditsicherheiten getroffen werden. Fehlerhafte Annahmen über die Höhe der erwarteten Zahlungsströme und/oder der Verwertung gestellter Kreditsicherheiten führen dazu, dass den Adressenausfallrisiken nicht in angemessener Höhe Rechnung getragen wird und die Forderungen somit unzutreffend bewertet sind.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns einen umfassenden Einblick in die Entwicklung der Forderungen an Kunden, die damit verbundenen Risiken sowie das interne Kontrollsystem in Bezug auf die Steuerung, Überwachung und Bewertung der Forderungen an Kunden bei signifikanten Krediten verschafft.

Für die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems in Bezug auf die Identifizierung, Steuerung, Überwachung und Bewertung der Forderungen an Kunden haben wir Einsicht in die relevanten Organisationsrichtlinien genommen sowie Befragungen durchgeführt. Darüber hinaus haben wir uns von der Angemessenheit, Implementierung und Wirksamkeit von relevanten Kontrollen, die die Bank zur Identifizierung von Engagements mit objektiven Hinweisen auf Wertminderung sowie zur Einhaltung der Systematik zur Ermittlung der Einzelwertberichtigung eingerichtet hat, überzeugt. Für die zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Wirksamkeit der relevanten IT-Anwendungskontrollen unter Einbindung unserer IT-Spezialisten überprüft.

Anhand einer unter Wesentlichkeits- und Risikogesichtspunkten bestimmten bewussten Auswahl von Einzelengagements haben wir die Werthaltigkeit der Forderungen untersucht. Zunächst haben wir uns davon überzeugt, dass das Vorliegen von objektiven Hinweisen auf Wertminderung ordnungsgemäß erkannt wurde. Bei wertgeminderten Engagements haben wir anschließend gewürdigt, ob die zugrunde gelegte Sanierungs- bzw. Abwicklungsstrategie nachvollziehbar begründet ist. Darauf aufbauend haben wir insbesondere die Annahmen über die noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder die erwarteten Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten überprüft und gewürdigt, ob die in der Vergangenheit verwendeten Annahmen zutreffend waren. Sofern für ein Engagement Kreditsicherheiten gestellt wurden, auf die in der Bewertung abgestellt wird, haben wir den rechtlichen Bestand und die Werthaltigkeit dieser Sicherheiten beurteilt. In diesem Zusammenhang haben wir, falls anwendbar, in unserem Urteil Wertgutachten unabhängiger Sachverständiger verwendet und anhand öffentlich verfügbarer Informationen beurteilt, ob deren Annahmen in sachgerechter Weise aus geeigneten internen und externen Quellen abgeleitet wurden. Hierzu haben wir unter anderem Marktstudien, Marktpreise und Renditeanalysen herangezogen. Für ausgewählte Sicherungsobjekte haben wir darüber hinaus unsere Immobilienbewertungsspezialisten eingebunden. Abschließend haben wir nachvollzogen, ob die erforderliche Einzelwertberichtigung rechnerisch richtig ermittelt wurde.

Darüber hinaus haben wir für eine Stichprobe aus den Einzelengagements, die nicht Bestandteil unserer bewussten Auswahl waren, geprüft, ob die Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf angemessen angewendet wurden und erforderlichenfalls zur Bildung einer Einzelwertberichtigung geführt haben.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Kriterien zur Identifizierung von Engagements mit Einzelwertberichtigungsbedarf sowie Annahmen über die Höhe der noch zu erwartenden vertraglichen Zahlungsströme und/oder über die Höhe der zu erwartenden Zahlungsströme aus der Verwertung der gestellten Kreditsicherheiten wurden sachgerecht ausgewählt und im Einklang mit den für die Bemessung von Einzelwertberichtigungen anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen verwendet.

Einführung eines neuen Kernbanksystems bei der Landesbank Baden-Württemberg

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Landesbank Baden-Württemberg hat im April 2017 ein neues Kernbanksystem produktiv gesetzt, in dem Aktiv- und Passivgeschäfte sowie Kunden- und Sicherheitendaten geführt werden. Zudem wurde eine neue Lieferstrecke in das Hauptbuch implemen-

tiert. Wesentliche Teile der migrierten Geschäfte werden entsprechend den Anforderungen der IFRS unter den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sowie den Eventualverbindlichkeiten bilanziert. Für unsere Prüfung war es daher von Bedeutung, dass die rechnungslegungsrelevanten Daten vollständig in das neue Kernbanksystem migriert wurden sowie über die angepasste Lieferstrecke vollständig und genau in das Hauptbuch übertragen werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Basierend auf unserer Risikoeinschätzung und der Beurteilung der Fehlerrisiken haben wir unser Prüfungsurteil sowohl auf kontrollbasierte Prüfungshandlungen als auch auf aussagebezogene Prüfungshandlungen gestützt, bei denen wir unsere IT-Spezialisten hinzugezogen haben. Demzufolge haben wir unter anderem die folgenden Prüfungshandlungen durchgeführt:

In einem ersten Schritt haben wir uns durch Einsichtnahme in Projektunterlagen sowie Befragungen einen Überblick über rechnungslegungsrelevante Fach- und IT-Konzepte zur Ablösung des Kernbanksystems verschafft. Zudem haben wir Einsicht in wesentliche rechnungslegungsrelevante GAP-Konzepte, Schnittstellenkonzepte sowie das Berechtigungskonzept genommen und diese gewürdigt.

Im zweiten Schritt haben wir das Migrationsvorgehen im Rahmen von Befragungen aufgenommen und dieses gewürdigt. Wir haben zudem das Migrationskonzept der Bank kritisch auf die Angemessenheit der dort von der Bank definierten Maßnahmen zur Sicherstellung der vollständigen und genauen Übernahme der Daten in das neue Kernbanksystem durchgesehen. Für die Echtmigration haben wir die Dokumentation der Kontrollmaßnahmen der Bank eingesehen und geprüft, dass identifizierte Differenzen korrigiert wurden.

Anschließend haben wir durch Einsichtnahme in Arbeitsanweisungen und Befragung der verantwortlichen Mitarbeiter den Aufbau des (Konzern-)Rechnungslegungsprozesses geprüft und dessen Angemessenheit beurteilt. Hierbei haben wir insbesondere die angepassten Elemente der Lieferstrecke rechnungslegungsrelevanter Daten in das Hauptbuch in die Prüfung einbezogen. Für die zum Einsatz kommenden IT-Systeme haben wir die Wirksamkeit der rechnungslegungsrelevanten IT-Anwendungskontrollen geprüft. Ergänzend haben wir im Rahmen einer bewussten Auswahl geprüft, ob die betroffenen Geschäfte im laufenden Geschäftsbetrieb vollständig und genau in das Hauptbuch übertragen werden. Für Geschäfte, die nicht Bestandteil unserer bewussten Auswahl waren, haben wir im Rahmen einer Stichprobe die vollständige und genaue Migration überprüft.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die von der Bank umgesetzten Maßnahmen waren angemessen, um die vollständige Migration rechnungslegungsrelevanter Daten in das Kernbanksystem umzusetzen und die Übertragung rechnungslegungsrelevanter Daten über die angepasste Lieferstrecke vollständig und genau in das Hauptbuch zum 31. Dezember 2017 sicherzustellen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die nichtfinanzielle Erklärung und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zum zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie

mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 31. Mai 2017 als Konzernabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 19. Juli 2017 vom Prüfungsausschuss beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2010 als Konzernabschlussprüfer der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Carsten Eisele.

Stuttgart, den 13. März 2018

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Pfeiffer

Wirtschaftsprüfer

gez. Eisele

Wirtschaftsprüfer

Vermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über eine Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit der zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung.

An den Aufsichtsrat der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz

Wir haben die für die Landesbank Baden-Württemberg und den LBBW-Konzern zusammengefasste nichtfinanzielle Erklärung sowie den durch Verweisung als Bestandteil qualifizierter Abschnitt im Zusammengefassten Lagebericht »Struktur und Geschäftsmodell« (im Folgenden »Erklärung«) nach §§ 315b und 315c i. V. m. 289b bis 289e HGB der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (im Folgenden »LBBW«), für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 einer Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit unterzogen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung der Erklärung in Übereinstimmung mit den §§ 315b, 315c i. V. m. 289b bis 289e HGB.

Diese Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft umfasst die Auswahl und Anwendung angemessener Methoden zur Aufstellung des Berichts sowie das Treffen von Annahmen und die Vornahme von Schätzungen zu einzelnen Angaben, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung der Erklärung zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Angaben ist.

Erklärung des Wirtschaftsprüfers in Bezug auf die Unabhängigkeit und Qualitätssicherung

Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Unsere Prüfungsgesellschaft wendet die nationalen gesetzlichen Regelungen und berufsständischen Verlautbarungen zur Qualitätssicherung an, insbesondere die Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer sowie den IDW Qualitätssicherungsstandard: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1).

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Prüfungsurteil mit begrenzter Sicherheit über den Bericht abzugeben. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des International Standard on Assurance Engagements (ISAE) 3000 (Revised): »Assurance Engagements other than Audits or Reviews of Historical Financial Information«, herausgegeben vom IAASB, durchgeführt. Danach haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir mit einer begrenzten Sicherheit beurteilen können, ob die Erklärung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen in Übereinstimmung mit den §§ 315b, 315c i. V. m. 289b bis 289e HGB aufgestellt worden ist. Dies bedeutet nicht, dass zu jeder Angabe jeweils ein separates Prüfungsurteil abgegeben wird. Bei einer Prüfung zur Erlangung einer begrenzten Sicherheit sind die durchgeführten Prüfungshandlungen im Vergleich zu einer Prüfung zur Erlangung einer hinreichenden Sicherheit weniger umfangreich, sodass dementsprechend eine erheblich geringere Prüfungssicherheit erlangt wird. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem folgende Prüfungshandlungen und sonstige Tätigkeiten durchgeführt:

- Befragungen von für die Wesentlichkeitsanalyse verantwortlichen Mitarbeitern auf Gruppenebene, um ein Verständnis über die Vorgehensweise zur Identifizierung wesentlicher Themen und entsprechender Berichtsgrenzen des LBBW-Konzerns zu erlangen.
- Eine Risikoeinschätzung, einschließlich einer Medienanalyse, zu relevanten Informationen über die Nachhaltigkeitsleistung des LBBW-Konzerns in der Berichtsperiode.
- Einschätzung der Konzeption und der Implementierung von Systemen und Prozessen für die Ermittlung, Verarbeitung und Überwachung der Angaben zu Umwelt- und Arbeitnehmerbelangen, Achtung der Menschenrechte und Bekämpfung von Korruption und Bestechung, einschließlich der Konsolidierung der Daten.
- Befragungen von Mitarbeitern auf Konzernebene, die für die Ermittlung der Angaben zu Konzepten, Due Diligence Prozessen, Ergebnissen und Risiken, die Durchführung von internen Kontrollhandlungen und die Konsolidierung der Angaben verantwortlich sind.
- Einsichtnahme in ausgewählte interne und externe Dokumente.
- Analytische Beurteilung der Daten und Trends der quantitativen Angaben, welche zur Konsolidierung auf Konzernebene von allen Standorten gemeldet wurden.
- Einschätzung der Gesamtdarstellung der Angaben.

Prüfungsurteil

Auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungshandlungen und der erlangten Prüfungsnachweise sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Auffassung gelangen lassen, dass die Erklärung der LBBW für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 in allen wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den §§ 315b, 315c i. V. m. 289b bis 289e HGB aufgestellt worden ist.

Verwendungsbeschränkung/AAB-Klausel

Dieser Vermerk ist an den Aufsichtsrat der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, gerichtet und ausschließlich für diesen bestimmt. Gegenüber Dritten übernehmen wir insoweit keine Verantwortung.

Dem Auftrag, in dessen Erfüllung wir vorstehend benannte Leistungen für den Aufsichtsrat der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, erbracht haben, lagen die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde (<https://www.kpmg.de/bescheinigungen/lib/aab.pdf>). Durch Kenntnisnahme und Nutzung der in diesem Vermerk enthaltenen Informationen bestätigt jeder Empfänger, die dort getroffenen Regelungen (einschließlich der Haftungsbeschränkung auf EUR 4 Mio. für Fahrlässigkeit in Ziffer 9 der AAB) zur Kenntnis genommen zu haben, und erkennt deren Geltung im Verhältnis zu uns an.

München, den 13. März 2018

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Laue ppa. Auer
Wirtschaftsprüfer

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese zukunftsgerichteten Aussagen sind erkennbar durch Formulierungen wie »erwarten«, »wollen«, »antizipieren«, »beabsichtigen«, »planen«, »glauben«, »anstreben«, »einschätzen«, »werden«, »vorhersagen« oder ähnliche Begriffe. Diese Aussagen basieren auf den gegenwärtigen Einschätzungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen, sondern unterliegen einer Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Sollten einer dieser Unsicherheitsfaktoren oder andere Unwägbarkeiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig erweisen, könnten die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den in diesen Aussagen genannten oder implizit zum Ausdruck gebrachten Ergebnissen abweichen.

Der LBBW-Konzern übernimmt keine Verpflichtung, vorausschauende Aussagen laufend zu aktualisieren, da diese ausschließlich von den Umständen am Tag ihrer Veröffentlichung ausgehen.

MEHR INFORMATIONEN ÜBER DIE LANDESBANK BADEN-WÜRTTEMBERG

LBBW

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Konzeption & Realisation:
Landesbank Baden-Württemberg

Layout erstellt mit **firesys**

Der Geschäftsbericht erscheint
auch in englischer Sprache.

Landesbank Baden-Württemberg

Hauptsitze

Stuttgart

70144 Stuttgart
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
Telefon 0711 127-0
Telefax 0711 127-43544
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Karlsruhe

76245 Karlsruhe
Ludwig-Erhard-Allee 4
76131 Karlsruhe
Telefon 0721 142-0
Telefax 0721 142-23012
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mannheim

Postfach 10 03 52
68003 Mannheim
Augustaanlage 33
68165 Mannheim
Telefon 0621 428-0
Telefax 0621 428-72591
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mainz

55098 Mainz
Große Bleiche 54 – 56
55116 Mainz
Telefon 06131 64-37800
Telefax 06131 64-35701
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de